

4. TSCHECHOSLOWAKISCH-
DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE
KONFLIKTGESCHICHTE 1918-1939

Tschechoslowakischer Nationalstaat mit oder ohne sudetendeutsche Minderheit?

Trotz diverser politischer Absprachen zwischen tschechischen und slowakischen Politikern in der französischen, britischen und amerikanischen Emigration während des Ersten Weltkrieges – vor allem im Abkommen von Pittsburgh im Mai 1918 – wurde die erste Tschechoslowakische Republik nicht als tschechisch-slowakischer Nationalitätenstaat (etwa wie Österreich-Ungarn), sondern als „tschechoslowakischer“ Nationalstaat von 6,8 Millionen Tschechen und knapp 2 Millionen Slowaken (das waren zusammen 64,79 % der Gesamtbevölkerung von 1921) konstituiert. Ein „Geburtsfehler“, den die siegreichen Westmächte und ihre maßgebenden Politiker und Diplomaten zu verantworten hatten, war allerdings die ungefragte Einbeziehung von gut 3,2 Millionen Deutschen (23,64 %), 760.000 Magyaren (5,60 %), 477.000 Karpato-Ukrainern (3,51 %), 190.000 Juden (1,40 %, nach der Nationalität) und 110.000 Polen (0,81 %), die somit mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Hinzu kam, dass der Großteil der neuen Minderheiten in den Grenzgebieten lebte: die Deutschen in Nord- und Südböhmen, in Nord- und Südmähren, sowie im Westteil von (Österreichisch-)Schlesien; die Polen in dessen Ostteil, dem ehemaligen Herzogtum Teschen; die Magyaren im Süden der Slowakei und der Karpato-Ukraine; die Ukrainer in der Karpato-Ukraine und in der nordöstlichen Slowakei. Neben der von den Sudetendeutschen, Österreich und Deutschland kritisierten Abgrenzung der böhmischen Länder blieb sowohl die neue Grenzziehung zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn als auch zwischen der Tschechoslowakei und Polen umstritten, da die Alliierten wirtschaftliche, eisenbahntechnische und militärstrategische Argumente den ethno-politischen und kulturellen vorzogen. Ob allerdings ein wirklicher „Nationalstaat“ der Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainer (1921 etwa 9,3 Millionen Einwohner) – also ohne deutsche, magyarische und polnische Mehrheitsgebiete – außen- und innenpolitisch unumstrittener geblieben wäre und bessere Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten aufgebaut hätte, ist nicht zu beweisen.⁶²²

Der Begriff *right of self-determination* war vom US-Präsidenten Woodrow Wilson in die internationale politische Diskussion gebracht worden, und die Entente-Propaganda hatte ihn seit 1917 zuehmend aufgegriffen und gezielt gegen die Habsburgermonarchie und das Osmanische Reich in Stellung gebracht. Aber sogar der US-Secretary of State, Robert Lansing, fragte sich, was Präsident Wilson unter *self-determination* meinte: „Does he mean a race, a territorial area, or a community?“ Punkt 10 der 14 Punkte Wilsons vom 8. Jänner 1918 hatte noch gelautet: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die Möglichkeit zu autonomer Entwicklung

⁶²² Alfred BOHMANN, *Menschen und Grenzen*, 4. Bd.: *Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei* (Köln 1975); HASLINGER, *Nation, Karten zwischen* den S. 246 und 247.

gewährt werden.“ In seiner Botschaft an den US-Kongress am 11. Februar 1918 betonte Wilson, dass Selbstbestimmung kein bloßes Schlagwort bleiben dürfe, sondern „zwingender Grundsatz des Handelns“ werden müsse, „den Staatsmänner in Zukunft nur zu ihrem Schaden missachten“ könnten. Folgende Grundsätze seien hierbei zu berücksichtigen:

- 1) „dass die Völker und Gebiete nicht von einer Staatshoheit zur anderen herumgeschoben werden dürfen, als handle es sich um tote Gegenstände oder um Steine in dem – wenn auch großen – nunmehr aber für alle Zeit verworfenen und beendeten Spiel um das Gleichgewicht der Kräfte;
- 2) dass jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch den Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zu Gunsten der betroffenen Bevölkerung, nicht aber als Teil eines bloßen Ausgleichs von Machtansprüchen rivalisierender Staaten getroffen werden muss.“⁶²³

Auf die Lage in den böhmischen Ländern zu Ende des Jahres 1918 übertragen, ergaben sich daher folgende Fragen:

- 1) Um wessen Selbstbestimmungsrecht ging es? Wer war das Volk, das über sich selbst bestimmen sollte? Waren es alle Einwohner Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens? Oder nur die tschechischen Einwohner der böhmischen Länder? Oder nur die deutschen Einwohner der böhmischen Länder? Oder alle Deutschen der Republik Deutschösterreich?
- 2) Was sollte geschehen, wenn ein Gebiet von einer ethnisch gemischten Bevölkerung bewohnt war? Sollte eine Volksabstimmung durchgeführt werden? – Wenn ja, in welchem Gebiet?
- 3) Bedeutete Selbstbestimmung nur innere Selbstbestimmung, also ein besonderer Status innerhalb eines übergeordneten Staates, oder auch äußere Selbstbestimmung, also Eigenstaatlichkeit?
- 4) Sollte das äußere Selbstbestimmungsrecht nur für die ehemaligen Nationalitäten (Volksstämme) Österreich-Ungarns gelten oder auch für die anderen neuen nationalen Minderheiten in den neuen Nationalitätenstaaten Ostmitteleuropas?⁶²⁴

⁶²³ The Public Papers of Woodrow WILSON, ed. by Stannard Baker [et alii], Bd. I: War and Peace (New York 1927) 177-179; Robert LANSING, The Peace Negotiations: A Personal Narrative (Boston und New York 1921) 97f.

⁶²⁴ Im weitgehend von Lenin formulierten „Dekret über den Frieden“ vom 8. November 1917 hieß es unmissverständlich:
 „[...] Wenn irgendein Volk durch Gewalt innerhalb der Grenzen eines bestimmten Staates gehalten und entgegen seinem ausdrücklichen Wunsch [...] keine Gelegenheit erhält, die Form seines staatlichen Lebens durch freie, von den Truppen des besetzten [...] Staates unbeeinflusste Wahlen [...] selbst zu bestimmen, dann ist die Angliederung dieses Volkes durch den stärkeren Staat Annexion; d. h. Eroberung durch Macht und Gewalt.“ – Es ist offensichtlich, dass die „Friedensdeklaration“ von 1917 zur gesamten nachfolgenden Herrschaftspraxis der KPdSU unter Lenin und Stalin in völligem Widerspruch stand. Vgl. John WHEELER-BENNET, The Forgotten Peace: Brest-Litovsk 1918 (New York 1939) 376.

Zumindest ein britischer Diplomat fragte sich im Oktober 1918: „what if the Germans took the slogan of national selfdetermination seriously? Would the peace not then lead to an even larger German Reich – especially if the Habsburg monarchy fell apart?“. Die Fragen, die sich 1918/19 in den böhmischen Ländern stellten, wurden daher auch in vielen anderen Ländern Ostmitteleuropas gestellt – und blieben bis heute auf der Tagesordnung der Weltpolitik.⁶²⁵

Zwischen dem Tag der Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1918 und der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint-Germain am 10. September 1919, letzten Endes aber bis zum Beschluss der neuen tschechoslowakischen Verfassung am 29. Februar 1920 herrschte in den böhmischen Ländern eine Art Interregnum. Dies war nicht nur durch die Diskussionen und Verhandlungen um die neue Friedensordnung bedingt, sondern auch durch die Neueinrichtung des „tschechoslowakischen Nationalstaates“ – mit der Übernahme der Staatsbürokratie durch bisherige tschechische Beamte aus Prag, Brünn und Wien – und das Überstehen der schweren wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Krise seitens der tschechischen und deutschen Bevölkerung, wobei allein die schwere Grippeepidemie im Winter 1918/19 Zehntausende Opfer forderte. Schließlich hatte auch die Tschechoslowakei die Konversion von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft durchzuführen. Daher greifen die beiden alten stereotypen, einander diametral entgegengesetzten Erklärungsmuster viel zu kurz, die bis in unsere Tage vorzufinden sind:

- 1) Die Tschechoslowakei habe seit ihrem Beginn den Sudetendeutschen, die in diesen Staat mit Gewalt und gegen ihren Willen hineingezwungen worden seien, ihr Selbstbestimmungsrecht verweigert;
- 2) die Sudetendeutschen hätten von Anfang an sich bemüht, durch Gebietsabtretungen und durch separatistische Aktionen die Tschechoslowakei zu schädigen, ja zu zerstören.⁶²⁶

Der (tschechoslowakische) „Nationalausschuss“ proklamierte noch am 28. Oktober 1918 das folgende Gesetz:

„Der selbständige tschechoslowakische Staat ist ins Leben getreten. Damit der Zusammenhang der bisherigen Rechtsordnung mit dem neuen Zustand erhalten bleibt, Verwirrung vermieden und der ungestörte Übergang zum neuen staatlichen Leben gesichert wird, ordnet der Nationalausschuss als Vollzugsorgan der Staatshoheit namens des tschechoslowakischen Staates an:

Art. 1. Die Staatsform des tschechoslowakischen Staates legt die Nationalversammlung in Abstimmung mit dem Tschechoslowakischen Nationalrat in Paris fest. Das Organ des

⁶²⁵ J. W. HEADLAM, A Memoir of the Paris Peace Conference, 1919 (London 1972) 127f.; Georg BRUNNER, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa (Gütersloh 1993) 14f., 94; Jörg FISCH, Die Ratlosigkeit der Statussucher. Kosovo und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: NZZ, 16. Jänner 2006, 29; The Balkans: Kosovo, controversially free at last, in: The Economist, February 23rd, 2008, 18-20; Kosovo: The world's newest state, in: The Economist, February 23rd, 2008, 67f.; Balkan Tensions Flare Anew, in: The Wall Street Journal, February 22nd, 2008, 1.

⁶²⁶ LEMBERG, Staatsgründung, 119-135.

einmütigen Willens der Nation und das Vollzugsorgan der Staatshoheit ist der Nationalausschuss;

Art. 2. alle bisherigen Landes- und Reichsgesetze und Verordnungen bleiben bis auf weiteres gültig;

Art. 3. alle Selbstverwaltungskörper staatlicher und regionaler Art, Staats-, Landes-, Bezirks- und vor allem Gemeindeämter sind dem Nationalausschuss unterstellt und arbeiten und handeln bis auf weiteres nach den bisher gültigen Gesetzen und Verordnungen;

Art. 4. dieses Gesetz tritt heute in Kraft;

Art. 5. der Nationalausschuss beauftragt sich mit dem Vollzug des Gesetzes.

Dr. jur. Alois Rašín e.h.

Antonín Švehla e.h.

Dr. jur. František Soukup e.h.

Jiří Štříbrný e.h.

Dr. Vavro Šrobár e.h.⁶²⁷

Der „Nationalausschuss“ war vorläufig lediglich aus Vertretern der tschechischen Parteien zusammengesetzt – unter Hinzuziehung einiger Slowaken wie des Arztes und Masaryk-Anhängers Vavro Šrobár. Bemerkenswert ist, dass die Proklamation des Nationalausschusses keine Aussage über das Staatsgebiet traf. Dieser Nationalausschuss wurde bald auf 270 Mitglieder erweitert und nannte sich dann „Nationalversammlung“ (*Národní shromáždění*). Von diesem Parlament wurden schließlich die Verfassung, das Sprachenrecht, das Gesetz über die Gau- und Bezirksverfassung und die parlamentarische Geschäftsordnung festgelegt, ohne dass die Vertreter der anderen Nationen daran mitwirken konnten. In den böhmischen Ländern wurde weitgehend die altösterreichische Bezirksverwaltung übernommen, hingegen die 1920 beschlossene Gaueinteilung nicht umgesetzt, da sie mindestens zwei überwiegend deutsche Gaue geschaffen hätte.⁶²⁸

Auch die deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten hatten sich vorbereitet und proklamierten schon am 29. Oktober 1918 von Wien aus die Selbständigkeit „Deutschböhmens“ als Provinz des Staates Deutschösterreich:

„Wir, vom deutschen Volk Böhmens auf Grund des allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrechts erwählten Abgeordneten, haben uns zu dieser vorläufigen Landesversammlung vereinigt, um auf Grund des allgemein anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Beschlüsse der deutsch-österreichischen Nationalversammlung in unserem Siedlungsgebiet eine geordnete Verwaltung aufzurichten und so unser Volk von Fremdherrschaft und wirtschaftlichem Elend zu bewahren. [...] Im Namen des von ihr vertretenen Volkes und Gebietes erklärt die Landesversammlung Deutschböhmen als eigenberechtigte Provinz des Staates Deutsch-

⁶²⁷ ČSR-Sammlung 1918, Nr. 11 im 2. Stück vom 6. November 1918, 1. Die Proklamation klärte nicht, ob nur die österreichischen oder auch die ungarischen Gesetze und Verordnungen bis auf weiteres gültig bleiben sollten.

⁶²⁸ Ferdinand PEROUTKA, *Budování státu. Československá politika v letech popřevratových*, 4 Bde. (V Praze ²1936), hier I, 123-137, 163-165, 227-229; HABEL, *Sudetenfrage*, 233-235.

Österreich, erkennt bis zur endgültigen Ordnung der Verfassung die [...] deutsch-österreichische Nationalversammlung als ihre einzige und höchste gesetzgebende Körperschaft, die von ihr eingesetzten Behörden als ihre übergeordneten Behörden an und erklärt die Beschlüsse der deutsch-österreichischen Behörden für sich selbst, wie für das vom Landtag vertretene Volk und Gebiet ohne Vorbehalt für bindend. Die Provinz Deutschböhmen steht somit zu gleichen Rechten und Pflichten den übrigen Ländern Deutsch-Österreichs zur Seite und gelobt, deren Schicksal mit unverbrüchlicher Gemeinschaft und Treue zu teilen. [...]⁶²⁹

Und die deutschböhmisches Abgeordneten legten weiters fest: Da der „tschechische Volksstamm jede politische und wirtschaftliche Gemeinschaft mit dem österreichischen Staate und damit selbst alle geschichtlichen und gesetzlichen Verbindungen mit uns aufgehoben“ habe, so gebe sich jetzt „Deutschböhmen“ eine vorläufige Verfassung:

„[...] Artikel 1: Der Provinz Deutschböhmen kommen im Verhältnisse zum Staate Deutschösterreich alle Rechte und Pflichten zu, welche für das Königreich Böhmen im Verhältnisse zu den übrigen, im österreichischen Reichsrates vertretenen Königreichen und Ländern in der böhmischen Landesordnung und im österreichischen Verfassungsgesetze niedergelegt sind.“⁶³⁰

Nach dem Vorbild der Provinz „Deutschböhmen“ (mit dem Hauptort Reichenberg) konstituierten sich in den folgenden Tagen auch die Provinz „Sudetenland“ (mit dem Hauptort Troppau) sowie „Deutschsüdmähren“ (mit Znaim) und der „Böhmerwaldgau“ (mit Krumau). Und allgemein galt die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als stärkster Trumpf: „Die Tschechen berufen sich darauf, dass Deutschböhmen historisch zu ihrem Staate gehört, aber vergilbte Pergamente können das lebende Recht des deutschen Volkes in Böhmen nicht aufheben.“ Auch die neue Führung der Tschechoslowakei argumentierte nicht ausschließlich mit historisch-staatsrechtlichen Ableitungen, sondern war im Falle seiner Forderung nach dem Anschluss der „Slowakei“ ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht angewiesen. Tatsächlich berief sich auch der Slowakische Nationalrat (*Slovenský národný výbor*) am 30. Oktober 1918 in St. Martin in der Turz (Turčianský Svätý Martin) in seiner Erklärung der Zugehörigkeit des „slowakischen Zweiges zur einheitlichen tschechoslowakischen Nation“ ausschließlich auf das Selbstbestimmungsrecht. Noch dazu hatten die Slowaken so gut wie keine gewählten Abgeordneten, da sie im letzten ungarischen Reichstag 1918 nur mehr mit zwei Mitgliedern (Milan Hodža und Ferdyš Juriga) vertreten waren.⁶³¹

Die nach Genf gereisten führenden Mitglieder des tschechischen „Nationalausschusses“ trafen dort die Proponenten des „Nationalrates“ und erklärten am 31. Oktober 1918: Die tschechoslowakische Nation, vertreten durch die in Genf

⁶²⁹ EPSTEIN, 55. Darüber hinaus wurde der Landeshauptmann beauftragt, sich über die Einrichtung einer besonderen vorläufigen Verwaltung in den offenkundig gemischtnationalen Gemeinden des Landes bis zur endgültigen Ordnung der Verhältnisse mit den Vertretern des tschechischen Volkes ins Einvernehmen zu setzen.

⁶³⁰ Bohemia, 30. Oktober 1918.

⁶³¹ Vznik Československa 1918, Dok. 181, 186; vgl. LEMBERG, Staatsgründung, 125f.

Anwesenden, habe „für immer alle Verbindungen mit Wien und Budapest zerbrochen und werde nicht aufhören zu kämpfen, bis sie ihren vier historischen Ländern die völlige Freiheit erlangt haben wird“. Und die tschechischen und slowakischen Politiker bekräftigten, „dass es keine Verbindung mehr gibt und nie mehr geben wird zwischen der Nation und der Dynastie der Habsburger“.⁶³² – Auch bei dieser Erklärung war Geschichtsklitterung am Werk: Schlesien, auch Österreichisch-Schlesien, war sicher kein historisches Land der tschechoslowakischen Nation, und die Slowakei galt im Königreich Ungarn nicht als „historisches Land“, wie etwa Siebenbürgen oder Kroatien-Slawonien.

Masaryk hatte am selben 31. Oktober aus Washington seinem wichtigsten Mitstreiter in der Emigration, dem späteren Außenminister Edvard Beneš, aufgetragen:

„Wir müssen alle Kräfte anspannen! Große Vorsicht – keine Schwäche, sondern unnachgiebig die vollkommene Selbständigkeit von den Habsburgern fordern. Gegen die Habsburger [ist] deren Unfähigkeit und unsere Sorge um die Nation hervorzuheben. [...] Gegenüber dem Deutschen Reich Unnachgiebigkeit, aber zu verstehen geben, dass man mit uns verhandeln kann, nicht (aber) mit den Österreichern und Habsburgern. Die haben die Deutschen, die sie zweimal [gegen Russland – Italien] gerettet haben, verraten. Sie sind degeneriert, unfähig [...]. Unsere Deutschen werden die Ohren hängen lassen, wenn sich Deutschland ergibt; auf dem hist.[orischen] Recht bestehen. Unsere Minderheiten: es ist gerechter, 3 Millionen [Deutsche, Anm. Suppan] unterzuordnen, als dass 10 Millionen [Tschechen und Slowaken, Anm. Suppan] untergeordnet werden würden [trotz Majorität]. Auch wenn Österreich an Deutschland fallen sollte, wäre das weniger, als wenn es das ganze Österreich hätte.“⁶³³

Die Einseitigkeit der Haltung Masaryks ist bestürzend, vor allem seine eindeutig negative Haltung gegenüber den Habsburgern und Österreich. Um das Zahlenverhältnis für die Tschechen und Slowaken günstiger aussehen zu lassen, hatte Masaryk die Zahlen für Tschechen und Slowaken um knapp 20 Prozent erhöht, für die Deutschen um knapp 10 Prozent gesenkt. Doch auch nach der tschechoslowakischen Volkszählung vom 15. Februar 1921 hatten die Tschechen und Slowaken in der neuen Republik erst 8,819.663 Einwohner (= 64,8 %) erreicht, die Deutschen immerhin noch 3,218.005 (= 23,6 %), von denen 88.161 Ausländer – meist österreichische oder deutsche Staatsbürger – blieben.⁶³⁴

Am 3. November 1918, am Tag des Waffenstillstands zwischen Österreich-Ungarn und der Entente in der Villa Giusti bei Padua (Padova), vertiefte Masaryk seine Differenzierung zwischen den Deutschen und Österreichern:

⁶³² Alois KOCMAN [et alii] (Hgg.), *Boj o směr vývoje československého státu*, Bd. I (Praha 1965) 119f.; zitiert nach: LEMBERG, Staatsgründung, 123f.

⁶³³ Masaryk an Beneš, Washington, 31. Oktober 1918, in: HADLER, *Weg von Österreich!*, 537-539. Masaryk betrachtete auch die katholische Kirche als traditionellen Feind der tschechischen Nation. – Vgl. Emilia HRABOVEC, Reformbestrebungen der tschechischen Priester und die Entstehung der „Tschechoslowakischen Kirche“, in: *Römische Historische Mitteilungen* 51 (Wien 2009) 337-368.

⁶³⁴ Volkszählung in der Tschechoslowakischen Republik vom 15. Februar 1921, I. Teil, hg. vom Statistischen Staatsamt (Prag 1924).

„Die Deutschen [im Reich] werden natürlich die verräterischen Habsburger und Österreicher hassen; ergo muss man ihnen aufmerksam und anständig entgegentreten, ohne zurückzuweichen. [...] Unsere Deutschen in Böhmen werden nicht auf dem (hohen) Ross sitzen. Auch sie sind durch ihre dumme antislawische Politik Schuld am Krieg. Die Stimmung in Berlin ist gegen sie auszunutzen. Sie sind aber in Ruhe zu lassen, (auch) wenn wir die historischen Grenzen bis zum äußersten verteidigen werden [...].“⁶³⁵

Bereits am 30. Oktober 1918 hatte hingegen die Provisorische Nationalversammlung in Wien an US-Präsident Woodrow Wilson appelliert:

„Wir sind überzeugt, Herr Präsident, dass Sie nach sorgfältiger Prüfung dieser Fragen den von Ihnen verkündeten Grundsätzen entsprechend es ablehnen werden, 3 ½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischen Staate zu unterwerfen und sie zu einem Verzweigungskampfe gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Das Zeitalter der Demokratie in Mitteleuropa kann nicht damit beginnen, dass ein Volk von 3 ½ Millionen Menschen unterworfen wird. Der dauernde Friede in Europa kann nicht dadurch begründet werden, dass in dem neuen tschecho-slowakischen Staate eine deutsche Irredenta geschaffen, deren ständige Hilferufe nach Berlin und Wien dringen und den Frieden in Europa gefährden würden [...].“⁶³⁶

Am selben Tag entschied die deutschösterreichische Nationalversammlung auch über Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsfunktionen: Der „neue Staat“ beanspruchte „die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen Österreich, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bilden“. Das Staatsgebiet ergab sich aus der Summe der Einer-Wahlkreise mit deutschen Abgeordneten. Der neue Staat sollte daher kein Nationalitätenstaat mehr sein: „Die Verschiedenheiten der Nationen entfallen: In unseren Reihen gibt es heute keinen nationalen Streit.“ – Dies war jedoch ein Euphemismus, denn in den böhmisch-mährisch-schlesischen Wahlkreisen mit deutscher Mehrheit lebten natürlich auch Tschechen und Polen, in den untersteirischen und Unterkärntner Wahlkreisen auch Slowenen. – Die Nationalversammlung wählte hierauf einen zwanzigköpfigen Staatsrat (einschließlich der deutschböhmischen und deutschmährischen Abgeordneten Robert Freißler, Josef Seliger, Oskar Teufel und Karl Hermann Wolf), der die Regierung und Vollzugsgewalt in Deutschösterreich übernahm. Gleichzeitig übernahm der Staatsrat auch die Verwaltung in den deutschen Gebieten Österreichs und die Befehlsgewalt über die deutschen Truppen. Das „deutsche Volk in Österreich“ wurde aufgefordert, „Ruhe und Selbstzucht“ zu bewahren und der Übernahme der Verwaltung durch die neue Volksregierung keinen Widerstand zu leisten. Indem die oberste Gewalt einschließlich der Gesetzgebung allein der Nationalversammlung zukam, wurde das demokratische Prinzip festgelegt, mit der Übertragung der Regierungs- und Vollzugsgewalt auf den Staatsrat das republikanische. Da-

⁶³⁵ HADLER, Weg von Österreich!, 543.

⁶³⁶ Stenographisches Protokoll zur 2. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich, Wien, 30. Oktober 1918, in: Klaus KOCH, Walter RAUSCHER und Arnold SUPPAN (Hgg.), Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918-1938 (ADÖ), Bd. 1: Selbstbestimmung der Republik, 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919 (Wien – München 1993) Nr. 3.

mit war nach Hans Kelsen „die Konstituierung des Staates Deutsch-Österreich vollendet“.⁶³⁷

Erst als am 9. November in Berlin die Republik ausgerufen wurde, Kaiser Wilhelm II. abdankte und am nächsten Tag in die Niederlande ins Exil ging, war Kaiser Karl bereit, „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ zu verzichten, seine Regierung Lammasch ihres Amtes zu entheben und „im Voraus“ die Entscheidung anzuerkennen, „die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft“. Mit dem Verzicht des Kaisers am 11. November und der Beendigung der Sitzung des Reichsrates am Vormittag des 12. November 1918 war das monarchische Österreich gemäß der Verfassung von 1867 erloschen. Danach beschloss die Nationalversammlung in feierlicher Sitzung das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform“ mit den beiden entscheidenden Sätzen: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik“ und: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Staatskanzler Renner bekannte in einer leidenschaftlichen Rede: „Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.“ Die Nationalversammlung erhob sich von ihren Sitzen, und es gab stürmischen, lang anhaltenden Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Galerien.⁶³⁸

In einer weiteren Note an den Präsidenten Wilson notifizierte der Staatsrat die am 12. November 1918 vorgenommene Bildung eines deutschösterreichischen Nationalstaates bestehend aus einem Volk von 9,7 Millionen Deutschen, der die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen „Österreich“ beanspruche, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bildeten. Und in einer „Staatserklärung zur Sicherung der eigenen Wohnstätten wie der eigenen Stellung unter den Staaten und Völkern“ wurde festgestellt, dass der Staat Deutschösterreich die volle Gebietshoheit über das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb der Länder Cisleithaniens ausübe. Dazu zählten auch die sofort nach dem Umsturz in Prag gebildeten Länder „Deutschböhmen“ und „Sudetenland“ sowie „Deutschsüdmähren“ und der „Böhmerwaldgau“.⁶³⁹ Tatsächlich lebten in der gesamten Nordwestecke Böhmens zwischen Komotau (Chomutov) und Bischofteinitz (Horšovský Týn) – mit dem Egerland und dem Bäderdreieck Karlsbad (Karlovy Vary), Marienbad (Márianské Lázně), Franzensbad (Františkovy Lázně) – über 90 Prozent Deutsche, ebenso im nordostböhmischen Randgebiet zwischen Aussig (Ústí nad Labem) und Braunau (Broumov), im Altvatergebiet, im ehemaligen Herzogtum Jägerndorf (Krnov), im Znaimer Becken und im Böh-

⁶³⁷ Wilhelm BRAUNEDER, Die Verfassungssituation 1918: ein Staat entsteht, ein Staat geht unter, in: Stefan Karner – Lorenz Mikoletzky (Hgg.), Österreich. 90 Jahre Republik (Innsbruck – Wien – Bozen 2008) 16-18.

⁶³⁸ Seine Erklärung vom 11. November widerrief der Ex-Kaiser beim Verlassen Österreichs am 24. März 1919 in Feldkirch, teilte dies aber nur dem Papst und einigen Staatsoberhäuptern mit. – BRAUNEDER, Verfassungssituation 1918, 20-22; Rolf STEININGER, Deutschland – der große Nachbar, in: Karner – Mikoletzky, Österreich, 513.

⁶³⁹ Zdeněk KÁRNÍK, České země v éře První republiky (1918-1938), díl první: Vznik, budování a zlatá léta republiky (1918-1929), (Praha 2000) 37-44.

merwald (Šumava). Die stärksten tschechischen Minderheiten in den deutschen Mehrheitsgebieten gab es im nordwestböhmisches Kohlenrevier, in den Sprachinseln von Zwittau (Svitava) und Iglau (Jihlava), im unteren Thayatal und an allen Sprachgrenzen nach Innerböhmen und Innermähren. Die Nationalitätenstatistik nach der österreichischen Volkszählung von 1910 untermauerte die Forderungen der Deutschösterreicher.

Tabelle 3: Deutsche und Tschechen in den Randgebieten der böhmischen Länder 1910

Gebiete	km ²	Deutsche	Tschechen
Deutschböhmen	14.496	2,070.438	116.275
Sudetenland	6.534	643.804	25.028
Böhmerwaldgau	3.281	176.237	6.131
Deutschsüdmähren	2.226	180.944	12.477
Gesamt	26.537	3,071.423	159.911

Quelle: Eine tschechische Sprachenkarte Böhmens, Mährens und Schlesiens (Flugblätter für Deutschösterreichs Recht 24, Wien 1919).

Noch vor Abschluss des Waffenstillstandes am 3. November 1918 hatten die Grenzstreitigkeiten Deutschösterreichs mit der Tschechoslowakei und dem Staat der Slowenen, Kroaten und Serben eingesetzt. Aus der Sicht des Wiener Staatsrates „begannen die Tschechen im Norden und die Jugoslawen im Süden sofort mit militärischen Machtmitteln die Besetzung deutscher Siedlungsgebiete und die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten, die Einziehung österreichischen Staatsgutes und die Sequestration österreichischen Privateigentums“. Deutschösterreich aber war durch den Waffenstillstand wehrlos gemacht, da es den unter alliierter Fahne auftretenden tschechischen und jugoslawischen Truppenkörpern keinen bewaffneten Widerstand entgegenstellen durfte. Josef Seliger, der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten in Böhmen, hatte bereits am 14. Oktober 1918 – parallel zu Massenversammlungen der tschechischen Sozialdemokraten – Kundgebungen in allen Industrieorten Deutschböhmens organisieren lassen, worauf wenige Tage später die deutschen Arbeiterkonsumvereine von Prag aus kein Brot und keine Kartoffeln mehr zugewiesen erhielten. Infolge dieses tschechischen Boykotts kam es am 2. November 1918 in Aussig und Komotau zu Hungerrevolten, die zur Plünderung von Militärmagazinen führten.⁶⁴⁰

Die Prager Regierung begann Anfang November 1918 aber auch die Wiener Regierung unter Druck zu setzen. Als der Staatssekretär für Volksernährung im Staatsrat von der Forderung der Prager Regierung berichtete, die gesamte Zuckerbewirtschaftung der böhmischen Länder – also auch in Deutschböhmen, im Sudetenland, im Böhmerwaldgau und in Deutschsüdmähren – der in Prag

⁶⁴⁰ RENNER, Deutschösterreich, 46-48.

neu errichteten Zuckerzentrale zu unterstellen, wollte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner, ein gebürtiger Südmährer, sofort der Presse mitteilen, „dass die Preisgabe so wichtiger Teile des deutschen Gebietes unter czechische Fremdherrschaft und die Aufopferung des Selbstbestimmungsrechtes unserer Nation nicht gerechtfertigt erscheint, durch Entbehrungen, die uns zeitweise auferlegt sind“. Als freilich darauf hingewiesen wurde, dass die Tschechen auch bei der Kohleversorgung eine ähnliche Bewirtschaftung beginnen könnten, obsiegte im Staatsrat der Versorgungsgedanke und die Einsicht, mit den Tschechen eine Zuckervereinbarung zu treffen. Renner sah zwar die Gefahr einer „Niederlage für immerwährende Zeiten“, da der Friedenskongress feststellen werde, die Ende Oktober 1918 ausgerufenen Provinzen „Deutschböhmen“, „Sudetenland“, „Böhmerwaldgau“ und „Südmähren“ seien in den Augen der Entente Politiker nur als Teile des tschechischen Staates zu verwalten, musste aber das vorrangige Interesse der Versorgung der deutschösterreichischen Bevölkerung akzeptieren.⁶⁴¹ – Gerade die Nicht-Belieferung der Stadt Wien mit Lebensmitteln und Heizmaterialien im Winter 1918/19 schürte den Hass der Deutschösterreicher gegen die Tschechen. Erst eine Intervention der Großmächte Anfang Jänner 1919 brach die Blockade, und am 5. Jänner 1919 trafen die ersten 305 Tonnen Lebensmittel in Österreich ein.⁶⁴²

Anfang November 1918 schrieb der Führer der tschechischen National-Sozialisten, Václav Klofáč, in seiner Parteizeitung, dass die Einbeziehung der deutschen Gebiete in den tschechoslowakischen Staat es zur Pflicht mache, mit den Deutschen des Landes zu verhandeln. Denn: „Wir wissen, dass unser Staat nur dann dauernd gesichert werden kann, wenn sich die beiden Nationen in ihm zufrieden fühlen.“ Auf Einladung des sozialdemokratischen Abgeordneten Rudolf Bechyně kam der Landeshauptmann von Deutschböhmen, Rudolf Lodgman von Auen, nach Prag, um mit einigen Mitgliedern des Tschechischen Nationalausschusses zu verhandeln. Lodgmans Stellvertreter, der Vorsitzende der deutschböhmischen Sozialdemokraten Josef Seliger, versuchte für Deutschböhmen eine begrenzte Autonomie zu erreichen und stieß bei seinen tschechischen Parteikollegen auf Verständnis. Aber Alois Rašín, der 1915 in Wien wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und erst 1917 von Kaiser Karl begnadigt worden war, schleuderte Seliger die aggressiven Worte entgegen: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht!“ – Dazu Renners Kommentar im Herbst 1938: „So sprachen die Rebellen vom 28. Oktober [1918, Anm. Suppan], die Hochverräter von gestern [sic!] zu den deutschen Mitbürgern, die ihre nationalen Grundrechte begehrten!“ – Als Seliger darauf hinwies, dass das Selbstbestimmungsrecht doch eine Forderung Wilsons sei, erhielt er die Antwort: „Das ist nur eine Phrase, heute entscheidet die Gewalt.“ Andererseits lehnten Lodgman und Seliger das tschechische Angebot ab,

⁶⁴¹ Verhandlungsschrift zur 26. Sitzung des Staatsrates, Wien, 8. November 1918, in: ADÖ 1/10, 11.

⁶⁴² Hanns HAAS, Österreich und die Alliierten 1918-1919, in: Saint-Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien (Wien 1989) 11-40.

in den Prager Nationalausschuss einzutreten. Dabei war Lodgman in Königgrätz geboren, hatte eine tschechische Volksschule besucht und sprach fließend Tschechisch. Vor 1914 war er für einen böhmischen Ausgleich nach dem Vorbild des mährischen eingetreten und hatte noch im Sommer 1917 im Sinne einer lokalen Autonomie an den Kaiser appelliert. Aber im Herbst 1918 trat er leidenschaftlich für das Selbstbestimmungsrecht ein und forderte die Errichtung eines gesamtdeutschen Volksstaates unter Einschluss der deutschösterreichischen Gebiete, in dem Deutschböhmen ein selbständiger Bundesstaat werden sollte.⁶⁴³

Daher sandte die Landesregierung Deutschböhmens über Schweden eine Note nach Washington, protestierte gegen die „imperialistic encroachments of the Czech state“ und appellierte „in the name of two and one-half million Germans in Bohemia who, appealing to that right of self-determination, consider themselves a constituent part of the free German Republic“ an Präsident Wilson, den Schutz über diese deutsche Minderheit in Böhmen zu übernehmen. Die deutschösterreichische Regierung schlug ein Plebiszit vor, um in den von Deutschen bewohnten Regionen Böhmens und Mährens die Wünsche der Bevölkerung festzustellen.⁶⁴⁴ – Der letzte österreichische Finanzminister, Professor Redlich, bezweifelte die Erfolgchancen der Wiener Politik: „[...] die Politik, die die gegenwärtige Regierung führt mit ihrem Kleinkrieg gegen die Entente und deren Mitglieder, die Tschechen und Südslawen, ist hoffnungslos.“⁶⁴⁵

Am 14. November 1918 trat in Prag die provisorische tschechoslowakische Nationalversammlung – bestehend aus den 1911 in den Wiener Reichsrat gewähl-

⁶⁴³ Rudolf BECHYNĚ, *Pero mi zůstalo, 1938-1945* (Praha 1947) 23-24, 161; WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 80f., 95; KALVODA, *Genesis*, 436f.; RENNER, *Deutschösterreich*, 49f.; Johann W. BRÜGEL, *Tschechen und Deutsche, 1918-1938* (München 1967) 61-66.

Rudolf Ritter Lodgman von Auen, geb. 1877 in Königgrätz als Sohn eines Landesadvokaten, gest. 1962 in München, 1901 Dr. jur. in Prag, 1906 Kanzleivorstand in der „Zentralstelle der deutschen Verwaltungsbezirke Böhmens“ in Aussig, wurde 1911 unabhängiger Abgeordneter im Reichsrat und 1912 Mitglied des böhmischen Landtags. Nahm als Leutnant der Reserve am 1. Weltkrieg in Galizien, Wolhynien, Südtirol und an der Isonzo-Front teil, überreichte 1917 Kaiser Karl die Denkschrift „Die Autonomie und ihre Bedeutung für Österreich-Ungarn“. Nach dem Scheitern seiner Tätigkeit als Landeshauptmann von Deutschböhmen 1918/19 wurde er 1920 zum Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei mit Sitz in Teplitz-Schönau bestellt und im selben Jahr als Kandidat der Deutschen Nationalpartei ins Prager Parlament gewählt. Bald darauf gelang ihm die Gründung des „Deutschen Parlamentarischen Verbandes“, der alle deutschen Abgeordneten in der Tschechoslowakei erfassen sollte. Nach den Parlamentswahlen 1925 verzichtete Lodgman auf sein Mandat und zog sich aus der aktiven Politik zurück. Bereits 1945 aus Teplitz-Schönau nach Sachsen vertrieben, organisierte er von Freising aus die Sudetendeutsche Landsmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland und war bis 1959 ihr erster Sprecher. – Horst GLASSL, *Rudolf Lodgman v. Auen*, in: *Neue Deutsche Biographie*, 15. Bd. (Berlin 1987) 10f.

⁶⁴⁴ Ekengren to Lansing, 21 November 1918, in: FRUS, PPC, 1919, II, 377f.; Memorandum Swedish Legation to the Department of State, 13 December 1918, in: FRUS, PPC, 1919, II, 379; zitiert nach: KALVODA, *Genesis*, 437.

⁶⁴⁵ REDLICH, *Schicksalsjahre II*, 476.

ten tschechischen Abgeordneten und 30 nominierten slowakischen Vertretern – zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der erste tschechoslowakische Ministerpräsident, der Nationaldemokrat Karel Kramář, stellte unter starken Beifallskundgebungen fest:

„[...] Wir können zwar heute, weil wir noch keine Konstituante sind, nicht in Staatsgrundgesetzen das verkörpern, wie wir leben wollen. Aber eines kann schon heute die Nationalversammlung verkünden. Alle Bande, die uns an die Dynastie Habsburg-Lothringen gebunden haben, sind zerrissen. Mit den Verträgen aus dem Jahre 1526 und der Pragmatischen Sanktion ist es zu Ende. Die habsburgisch-lothringische Dynastie hat alle Rechte auf den böhmischen Thron verloren. Und wir, frei und ledig, erklären, dass unser tschechoslowakischer Staat eine freie Tschechoslowakische Republik ist.“⁶⁴⁶

Edvard Beneš, der neue Außenminister der Tschechoslowakischen Republik, hatte bereits in einem Memorandum vom 3. November an die Alliierten vor der „Gefahr des Bolschewismus in Wien“ und Budapest gewarnt, die angeblich „nur die Tschechen“ aufhalten könnten. Und am 9. November warnte Beneš den neuen Ministerpräsidenten Kramář:

„Hütet Euch vor jeglicher Ausschreitung und allem Blutvergießen – auch in den deutschen Teilen Böhmens. Es liegt in unserem Interesse, dass von dort nicht etwa Nachrichten des Inhalts hierher gelangen, wonach man sich dort allzu selbständig organisiert und vor allem uns völlig unversöhnlich entgegentritt.“ Dennoch ermunterte er die Prager Regierung dazu, die von der französischen Regierung angeblich bereits verbrieften „geschichtlichen“ Grenzen der böhmischen Länder „via facti und ohne großen Lärm militärisch zu besetzen“. Und am 27. November 1918 schrieb Beneš bereits ziemlich hochmütig, dass kein Deutscher zu den Friedensverhandlungen zugelassen werde:

„Wir sind von der Welt anerkannt, sie nicht. Und was besonders wichtig ist: man wird sie auch nicht anerkennen. Ich mache darauf aufmerksam, dass man mit ihnen den Frieden weder verhandeln noch abschließen, sondern ihnen den Frieden einfach auferlegen wird. [...] Hieran arbeite ich mit Kräften. [...] Über die Deutschen in Böhmen wird man überhaupt nicht sprechen. Darüber könnt ihr beruhigt sein [...].“⁶⁴⁷

Sowohl die tschechischen Nationalausschüsse als auch die deutschen Landesregierungen waren im November 1918 in erster Linie an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und an der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizmaterialien interessiert. Daher setzte sich auch die Kontinuität der alten Bezirkshauptmannschaften im Wesentlichen durch, vielfach sogar die personelle Kontinuität. Als schwierig erwies sich aber der weitere Einsatz der

⁶⁴⁶ Národní shromáždění československé 1918-1920. Stenoprotokoly, 1. schůze, 14. November 1918, URL: <http://www.psp.cz/eknih/1918ns/ps/stenprot/001schuz/s001001.html>, zitiert nach: LEMBERG, Staatsgründung, 124.

⁶⁴⁷ Edvard BENEŠ, Světová válka a naše revoluce, Bd. III (Praha 21935) 534; Helmuth K.G. RÖNNENFARTH, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Teil II (Wiesbaden 1961) 84; KALVODA, Genesis, 441.

Gendarmerie als Ordnungsmacht, da sie als Element der alten österreichischen Staatsmacht galt. Daher zogen die tschechischen Organe einerseits Sokolorganisationen für den Polizei- und Sicherheitsdienst heran, andererseits auch Militär, das zum Teil aus Kriegsheimkehrern, zum Teil aus aus Pola zurückgekehrten Matrosen, zum Teil aus den ersten heimkehrenden „Legionären“, zum Teil aber einfach nur aus lokalen Freiwilligen bestand. In den deutschen Provinzen versuchte man eine „Volkswehr“ aufzustellen, was sich – mit dem Odium des „Verlierers“ – als noch schwieriger erwies. Hilferufe der deutschböhmischen Landesregierung nach Sachsen verhallten ungehört. Auf deutscher wie auf tschechischer Seite bestand außerdem die Gefahr, dass Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft mit bolschewistischer Propaganda zur Bildung von revolutionären Soldatenräten, zu Plünderungen etc. aufriefen. Letzten Endes saß aber die tschechoslowakische Regierung mit der Verfügung über die Versorgungszentralen am längeren Ast und hatte auch die Unterstützung der Alliierten.⁶⁴⁸

Da es vorerst keine politische Lösung gab, stellte sich sofort die Frage, wer in den sudetendeutschen Gebieten die exekutive Gewalt ausüben werde. Beneš versuchte vorerst, eine militärische Besetzung der böhmischen Länder und der Slowakei durch alliierte Truppen zu erreichen. Als dies abgelehnt wurde, wurden sowohl alle unter alliierter Kommando stehenden tschechischen Einheiten als auch die nach dem Waffenstillstand in der Heimat organisierten paramilitärischen Verbände dem Oberkommando des französischen Marschalls Ferdinand Foch unterstellt, der als alliierter Oberbefehlshaber galt. Mit dieser überaus schlaun Maßnahme wurden alle tschechischen und slowakischen Einheiten alliierte Truppen, die nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes von Padua strategisch wichtige Punkte innerhalb Österreich-Ungarns besetzen durften. So konnte die Prager Regierung mit einer aus Heimkehrern, „Legionären“ und lokalen Freiwilligen zusammengestellten Armee Ende November 1918 mit der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete beginnen. Zwar gab es im Zuge der Besetzung der deutschen Städte, Märkte und Dörfer eine Reihe von Gewaltmaßnahmen, die freilich im Unterschied zu Teschen, der Slowakei oder Unterkärnten zu keinem offenen Krieg eskalierten. Bereits am 4. Dezember 1918 wurde Warnsdorf (Varnsdorf) besetzt, am 5. Dezember Teplitz (Teplice), am 12. Dezember Reichenberg (Liberec), von wo die deutschböhmische Landesregierung über Sachsen nach Wien flüchtete, und am 18. Dezember Troppau (Opava). Im Gebiet von Brüx (Most), wo es sudetendeutschen Widerstand gegeben hatte, wurde am 13. Dezember 1918 das Standrecht verhängt. Auch in Kaplitz (Kaplice) in Südböhmen gab es kurzfristigen Widerstand. Zum Jahresende 1918 war aber die tschechische Besetzung der deutschen Gebiete Böhmens und Mährens sowie des Westteils von Österreichisch-Schlesien so gut wie beendet. Das deutsche Besitz- und Bildungsbürgertum hatte sich ruhig verhalten, da es sowohl revolutionäre Unruhen als auch – im Falle

⁶⁴⁸ Bericht Ges. Marek an BK Ramek (Vertraulich), 5. Juli 1926, ÖStA, AdR, NPA, Liasse Tschechoslowakei 15, GZ 13.346-13/26, Kt. 775; LEMBERG, Staatsgründung, 126-128.

von Widerstand – negative Reaktionen der Alliierten befürchtete. Im Vertrauen auf wiederholte Erklärungen der Entente betrachteten die Sudetendeutschen die tschechische Okkupation ihrer Gebiete als eine provisorische Maßnahme, die nur bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz wirksam sein sollte.⁶⁴⁹

Der österreichische Staatssekretär für Äußeres, der Sozialdemokrat Otto Bauer, hatte bereits am 26. November 1918 eine Protestnote über die Missionen der neutralen Staaten an die Regierungen der Entente gesandt.⁶⁵⁰ Am 17. Dezember 1918 wiederholte er seinen Protest gegen die tschechoslowakische Besetzung der Gebiete Deutschböhmens, des Sudetenlandes und Südmährens und verlangte neuerlich eine Volksabstimmung:

„L'Etat tchéco-slovaque continue à occuper militairement la Bohême allemande ainsi que plusieurs régions du Pays des Sudètes et du département de Znaïm (Moravie). C'est contre cette action que le conseil d'Etat des l'Autriche allemande se voit nouvellement obligé d'élever les objections les plus formelles.

Les conditions de l'armistice avaient bien privé le Gouvernement de la République autrichienne allemande de la possibilité de s'opposer de vive force aux invasions tchéco-slovaques dans le territoire allemand. L'occupation passagère de la Bohême allemande et des autres régions ci-dessus mentionnées, par les troupes tchéco-slovaques, ne peut cependant d'aucune façon porter préjudice au droit des populations allemandes respectives de décider leur propre destinée. La République autrichienne allemande insiste sur le principe qu'aucune nation ne peut être soumise par la force à un Etat étranger. Fidèle aux maximes, établis par les démocraties du monde entier, la République autrichienne allemande adresse un nouvel appel à tous les Etats civilisés, en les priant de reconnaître à la population de la Bohême allemande, du Pays des Sudètes et de la Moravie du Sud son bon droit de choisir par un plébiscite l'Etat auquel ces territoires appartiendront à l'avenir. Ce plébiscite serait à organiser sous la surveillance d'autorités et sous la protection de troupes neutres. [...]“⁶⁵¹

Nach Intervention von Beneš in Paris reagierte der französische Außenminister Stéphane Pichon mit einer Note an die Wiener Regierung, in der er die vorgeschlagene Volksabstimmung zurückwies und dem Tschechoslowakischen Staat bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz die Grenzen der historischen Provinzen Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zugestand:

„[...] En attendant, pour ce qui concerne l'Etat tchécoslovaque, le Gouvernement français estime qu'il doit, conformément à la reconnaissance qui lui été accordée par les gouvernements alliés, avoir pour frontières, jusqu'à la décision du congrès de la Paix, les limites des provinces historiques de la Bohême, de la Moravie et de la Silésie autrichienne.“⁶⁵²

⁶⁴⁹ RENNER, *Deutschösterreich*, 50; WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 82-84; MAMATEY, *History*, 29; Dagmar PERMAN, *The Shaping of the Czechoslovak State: A Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia* (Leiden 1962) 71-73; PRINZ, *Jaksch – Beneš*, 13; KÁRNÍK, *České země* 1, 42.

⁶⁵⁰ StSchr. Bauer an alle Missionen der neutralen Staaten und k.u.k. Gesandtschaften in Bern, Den Haag, Madrid und Stockholm, Wien, 26. November 1918, in: ADÖ 1/36.

⁶⁵¹ StSchr. Bauer an alle Missionen der neutralen Staaten und der Nachfolgestaaten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei), Wien, 17. Dezember 1918, in: ADÖ 1/96.

⁶⁵² AM Pichon an „Gouvernement de l'Autriche allemande“, Paris, 19. Dezember 1918, in: DEJMEK – KOLÁŘ, *Československo*, Dok. 44; vgl. auch KALVODA, *Genesis*, 437.

Dennoch versuchte Bauer am 25. Dezember die Prager Regierung vor einer Politik der Gehässigkeit und Feindseligkeit zu warnen, denn die deutsche Nation mit ihren 70 Millionen Menschen (sic!) werde immer das tschechoslowakische Gebiet von Norden, Westen und Süden umgeben. In einer Note an die Ententestaaten und die USA wies er auf die möglichen Folgen einer gewaltsamen Eingliederung der Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staat hin: Die deutsche Bevölkerung würde „mit dem Gefühl leidenschaftlichen Hasses gegen seine tschecho-slowakische Mehrheit“ in diesen Staat eintreten, „der erschüttert wäre von den heftigsten nationalen Kämpfen zwischen seiner deutschen und tschechoslowakischen Bewohnerschaft“ [...] „Der Frieden Europas wäre durch die deutsche Irredenta innerhalb des tschechoslowakischen Staates dauernd gefährdet.“⁶⁵³ – Prophetische Worte...

Doch der neue Präsident Masaryk hatte bereits am 22. Dezember 1918, am zweiten Tag nach seiner triumphalen Rückkehr nach Prag, ziemlich unbedacht erklärt:

„Was die Deutschen in unseren Ländern betrifft, ist unser Programm längst bekannt. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist unser und wird unser bleiben. Wir haben unseren Staat geschaffen, wir haben ihn erhalten, wir bauen ihn nun neu. Ich würde mir wünschen, dass unsere Deutschen dabei mitarbeiten. [...]“

Die Sudetendeutschen hätten „sich leider allzu willfährig zum pangermanistischen, eroberungssüchtigen, tschechenfeindlichen Programm bekannt“; und sie seien „Opfer des falschen verlogenen Österreichertums und der kurzsichtigen Habsburger“ geworden. Daher: „Wir haben unseren Staat geschaffen; dadurch wird die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen bestimmt, die ursprünglich als Immigranten und Kolonisten (*imigranty i kolonisty*) ins Land kamen. Wir haben das volle Recht auf den Reichtum unseres Gebietes, das unentbehrlich ist für unsere Industrie der Deutschen unter uns. Wir wollen und können nicht unsere beträchtliche tschechische Minderheit im sogenannten deutschen Gebiet opfern.“⁶⁵⁴

Masaryk selbst dürfte rasch erkannt haben, dass seine mehrfache Geschichtsklitterung die Sudetendeutschen gehörig verstimmt hatte. Bereits am 23. Dezember besuchte er mit der gesamten Regierung das Prager Deutsche Theater und antwortete auf die Begrüßung seitens des Direktors: „Die Deutschen unseres erneuerten Staates werden vollkommene Gleichberechtigung erhalten [...] Ich hoffe

⁶⁵³ Provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich, Stenographisches Protokoll zur 7. Sitzung, Wien, 4. Dezember 1918, in: ADÖ 1/65; Denkschrift StSchr. Bauer an alle in Wien vertretenen Mächte und Regierungen der Ententestaaten und der U.S.A., Wien, 25. Dezember 1918, in: ADÖ 1/104.

⁶⁵⁴ PEROUTKA, Budování států I, 475. Masaryks Erklärung vor der Tschechoslowakischen Revolutionären Nationalversammlung hielt sich auch bei anderen Geschichtsklitterungen nicht zurück: Der Ausgang des Krieges sei ein Sieg des „spirit over matter, right over violence, and the truth over guile“, ein Sieg der „non-militaristic democracy defending humanitarian ideals“ gewesen. – KALVODA, Genesis, 433.

und wünsche, dass der heutige Abend nur ein Prolog zu einem großen politischen Drama ist, das wir und unsere Deutschen gemeinsam spielen werden.“⁶⁵⁵

Masaryk und Beneš aber wollten die militärische Besetzung der deutschen Gebiete der böhmischen Länder unbedingt vor Beginn der Friedenskonferenz auch diplomatisch abgesichert wissen. Daher empfahl Beneš den Alliierten die neue Tschechoslowakei als zuverlässige Ordnungsmacht im östlichen Mitteleuropa – vor allem gegen die Gefahr „bolschewistischer Revolutionen“. Und gegenüber der französischen Regierung argumentierte er mit der Gefahr des Einsickerns „bolschewistischer Banden“ von Deutschland her. Das *Foreign Office* betrachtete zwar die Frage einer so großen deutschen Minderheit als ernstes Problem und schlug anfänglich die Abtrennung von Eger und Reichenberg vor, doch schließlich schloss sich auch Großbritannien der französischen Haltung an und wies am 7. Jänner 1919 den österreichischen Vorschlag einer schiedsgerichtlichen Lösung der Grenzfrage zurück. Aber einige Sachverständige um Colonel Edward House, den engsten Berater Präsident Wilsons, hegten noch andere Ansichten. Professor Charles Seymour schlug die Einverleibung eines Teils von Nordwestböhmen an Deutschland vor, um den tschechoslowakischen Staat von einer beträchtlichen Zahl deutscher Bewohner zu entlasten, und Professor Archibald C. Coolidge, der nach Wien entsandt worden war und auch mit dem Abgeordneten Lodgman verhandelt hatte, empfahl die Aufteilung Österreich-Ungarns nach ethnischen Einheiten. Masaryk versuchte House einzureden, dass das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakei viel besser verwirklicht werden könne, wenn die deutsche Minderheit drei Millionen und nicht eine Million Bürger ausmache. Aber die US-Unterhändler wollten sich nicht festlegen, und Beneš erreichte beim *Secretary of State*, Robert Lansing, lediglich eine unverbindliche Anerkennung des Begehrens (*non committal acknowledgment*). Als auch Oberst House die politische Lage in Wien wegen des Mangels an Brennstoffen und Nahrungsmitteln als kritisch einstufte und einen bolschewistischen Umsturz befürchtete, machte er Masaryk klar, dass sich die tschechoslowakische Regierung durch nichts größere Verdienste erwerben könne als durch die Sicherung der elementarsten Lebensbedürfnisse der Wiener Bevölkerung. Masaryk versprach zwar die Hilfe, verlangte aber die politische Kontrolle über die Bergbaudistrikte in den Randgebieten Böhmens und Mährens. Doch noch immer gaben die US-Diplomaten keine offizielle Zustimmung zur tschechischen Besetzung der deutschen Gebiete, da sie den Präzedenzfall Polens fürchteten, das ebenfalls „historische Grenzen“ verlangen könnte.⁶⁵⁶

Dennoch waren die Karten um das Schicksal der böhmischen Länder um die Jahreswende 1918/19 bereits verteilt, und sie sahen für das Selbstbestimmungs-

⁶⁵⁵ Harry KLEPETAŘ, *Seit 1918... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik* (Mährisch-Ostau 1937) 25f.

⁶⁵⁶ Archibald Cary COOLIDGE, *Life and Letters*, ed. by Harold Jefferson Coolidge and Robert Howard Lord (Boston – New York 1932) 207-209; PERMAN, *Czechoslovak State*, 82-91.

recht der Sudetendeutschen gar nicht gut aus. Als der perfekt Tschechisch sprechende Prager Ferdinand Marek als diplomatischer Vertreter Österreichs Anfang Jänner 1919 beim Ministerpräsidenten Karel Kramář vorsprach, bezeichnete dieser die Frage der Zukunft Deutschböhmens für ihn und für die Entente bereits als erledigt, da Deutschböhmen „unbedingt ein Teil des historischen Königreiches Böhmen, das Sudetenland ein Teil der historischen Markgrafschaft Mähren“ seien. Kramář sah daher die Ausschreibung der österreichischen Parlamentswahlen für Deutschböhmen, das Sudetenland, den Böhmerwaldgau und Südmähren als feindlichen Akt und verlangte von Marek, in seinen Wirkungskreis „keinerlei böhmische Fragen“ einzubeziehen. Im Übrigen müsse sich die Wiener Regierung in die Rolle des Besiegten hineinfinden, müsse sich Wien abgewöhnen, „als Rentier von der Arbeit anderer zu leben“.⁶⁵⁷ – Bei Kramář saßen der Hochverratsprozess und das Todesurteil von 1915 offensichtlich noch immer sehr tief und waren durch die Begnadigung 1917 psychisch keineswegs aufgehoben worden.

Ganz geklärt waren die Grenzfragen aber auch für die tschechischen Politiker noch nicht, wie die intensiven Diskussionen in einer streng geheimen Sitzung des erweiterten Prager Ministerrates am 2. Jänner 1919 zeigen. So befürchtete der sozialdemokratische Sprecher Rudolf Bechyň

„einen [zu] großen Zufluss des fremden Elements. So werden vor allem die echten Deutschen sich nicht mit ihrem Schicksal einer geschlagenen Nation abfinden, um die Rolle einer zweitrangigen Nation zu spielen, und werden deshalb immer ein unruhiges Element in unserem Staate sein. [...] Unser Ziel muss sein, wenigstens nach einer Seite hin Ruhe garantiert zu haben. Unruhe auf allen Seiten werden wir nicht aushalten. [...] Nehmen wir also so wenig wie möglich Deutsche aus Böhmen in unseren neuen Staat auf. Sonst werden wir in der Nationalversammlung über ein Drittel andersnationaler Abgeordnete haben, und zwar Vertreter der Nationen, die aufgrund von Zwang bei uns sein werden und die deshalb die gleiche zersetzende Politik machen werden, wie wir im österreichischen Parlament gemacht haben.“⁶⁵⁸

Finanzminister Rašín war sich zwar auch nicht ganz sicher, wie weit die tschechischen Forderungen gehen sollten, argumentierte aber aus wirtschaftlichen Gründen doch für die gesamten böhmischen Länder:

Freilich müsse uns klar sein, „dass wir auf der Forderung der Ganzheit Böhmens und der Bewahrung der historischen Grenzen beharren wollen und ob wir genug Spannkraft haben, um das neue Gebiet wirtschaftlich und politisch ganz zu beherrschen und für unsere Zwecke zu bearbeiten. In ersten Hinsicht spricht er [Rašín] sich für die historischen Grenzen aus [...]. Im Übrigen, wenn wir über die Abtretung von z. B. Schluckenau (Šluknov), Friedland (Frýdlant) u. ä. sprechen, müssen wir uns bewusst sein, dass Deutschland diese wirtschaftlich weniger bedeutenden Gebiete von uns gar nicht fordern wird. Andererseits wird z. B. die deutsche Bevölkerung von Schluckenau von uns nicht weg wollen. Das Warnsdorfer Gebiet (Varnsdorfsko) können wir wegen der dortigen Tuchindustrie nicht hergeben, ganz abgesehen davon, dass wir damit auch zu viele unserer Leute [d. h. Tschechen, Anm. Lemberg] verlieren würden [...]. Wenn wir etwas

⁶⁵⁷ Bericht Marek an StSekr. Bauer, Prag, 10. Jänner 1919, in: ADÖ 1/126; MAMATEY, Establishment, 29f.

⁶⁵⁸ KOCMAN, Boj o směr, I, 36-42, zitiert nach: LEMBERG, Staatsgründung, 128f.

abtreten könnten, wäre das vielleicht nur ein Teil des Braunauer Landes (Broumovsko), dessen Naturschönheiten wir aber für uns bewahren müssen.“⁶⁵⁹

Die Suche nach einer optimalen Lösung war also nicht einfach, und die Argumente begannen sich zu vermischen: historische Grenzen, Anzahl der Minderheiten, wirtschaftliche Bedeutung der Gebiete, tschechische Arbeiter in deutschen Industriebetrieben, Naturschönheiten. Nach ganztägiger Debatte einigten sich die führenden tschechischen Politiker: Die Wirtschaftskraft der neuen Tschechoslowakei sollte möglichst groß sein, die Zahl der Minderheitenbevölkerung aber nicht 42 Prozent überschreiten. So blieb die Forderung nach den historischen Grenzen der böhmischen Länder (inklusive des Teschener Gebietes) aufrecht.

Die sudetendeutschen Politiker verlangten zwar nach wie vor das Selbstbestimmungsrecht – entweder durch Anschluss an Deutschösterreich oder an Deutschland oder irgendeine Autonomie. Der Bezirksausschuss aus Tachau (Tachov) im südlichen Egerland berichtete der Reichenberger Landesregierung aber schon am 8. November 1918 von anderen Haltungen:

„Leider ist der Großteil der städtischen und ländlichen Bevölkerung vielfach durch unsere heimkehrenden deutschen Soldaten verhetzt und durch die Sorge um die Ernährung und die Versorgung mit Bedarfsartikeln und durch das bisherigen Nichtfunktionieren der deutschen böhmischen Regierung, die herrschenden Unruhen in Deutschböhmen [...], endlich durch die wirtschaftlichen Beziehungen unseres Gebiets zum tschechischen Böhmen beeinflusst und bei dem vielfachen Mangel eines wirklichen Nationalbewusstseins von der Meinung und dem Glauben erfasst, dass uns Deutschböhmen zum Schlusse gar nichts anderes übrig bleibt, als der Anschluss an den tschechoslowakischen Staat, ja ein Großteil will ihn sogar, und zwar mit der Begründung, dass es der Bevölkerung in demselben besser ergehen werde.“⁶⁶⁰

Freilich, verschiedene Übergriffe während der Besetzung der deutschen Gebiete durch die tschechoslowakische Armee führten in den ersten Wochen des Jahres 1919 wieder zu einem Stimmungsumschwung unter den Sudetendeutschen gegen eine Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei, wozu auch eine Propaganda-Kampagne der deutschböhmischen Landesregierung aus Wien beitrug. Noch zwei Tage vor Beginn der Pariser Friedenskonferenz, am 16. Jänner 1919, sprach sich der stellvertretende Landeshauptmann Seliger entschieden gegen Verhandlungen mit „den Tschechen“ aus:

„[...] Ein Verhandeln hätte auch zur Voraussetzung, dass wir Deutschen unseren Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht aufgeben. Worüber können wir also mit den Tschechen verhandeln? Über nichts anderes als über die Bedingungen, unter welchen wir uns der Herrschaft der tschechischen Bourgeoisie im tschechoslowakischen Staate unterwerfen wollen. [...] Noch niemals stand es so gut um unser Selbstbestimmungsrecht wie gerade jetzt. [...] Das Aufgeben unseres Selbstbestimmungsrechtes in diesem Augenblicke wäre Verrat an uns selbst, mehr noch, wäre Verrat an den von Wilson proklamierten Grundsätzen, wäre Verrat an der besseren Zukunft

⁶⁵⁹ Ebenda.

⁶⁶⁰ Susanne MAURER-HORN, Die Landesregierung für Deutschböhmen und das Selbstbestimmungsrecht 1918/1919, in: *Bohemia* 38 (1997) 37-55, hier 41.

Europas. Wir Deutschböhmern stehen hier nicht allein für uns, sondern mit Wilson für ganz Europa. Und dieses Bewusstsein soll uns davor behüten, in grundloser Ängstlichkeit schändlich unsere Sache im Stiche zu lassen.⁶⁶¹

Man sieht, dass nicht nur der deutschnationale Landeshauptmann Lodgman, sondern auch sein sozialdemokratischer Stellvertreter Seliger die Voraussetzungen für die Friedenskonferenz ziemlich schlecht einschätzte.

Bereits am 5. Februar 1919 trat der tschechoslowakische Außenminister Edvard Beneš vor die Friedenskonferenz in Paris – Ministerpräsident Kramář kam hingegen kaum zu Wort – und konnte seine beiden wichtigsten Forderungen, nämlich die Zuteilung von ganz Böhmen und Mähren an die Tschechoslowakei ohne größeren Widerstand durchsetzen. Es genügten die Hinweise auf die jahrhundertalten historischen Grenzen von Böhmen und Mähren, auf die alten Argumente mit dem Böhmischem Staatsrecht sowie auf die natürlichen Grenzen Böhmens als gute Verteidigungslinien gegenüber Deutschland. Denn nur eine strategisch zu verteidigende und ökonomisch starke Tschechoslowakei könne dazu beitragen, den deutschen und österreichischen Einfluss in der Region abzulösen. Die Tschechen, so argumentierte Beneš, hätten immer eine Spezialmission darin gesehen, der „teutonischen Flut“, dem deutschen „Drang nach Osten“, zu widerstehen. Andererseits stellte der tschechoslowakische Außenminister die österreichischen Statistiken einfach als unglaubwürdig hin und sprach wider besseres Wissen lediglich von eineinhalb Millionen Deutschen in Böhmen (die Volkszählung 1910 hatte 2,467.724 Deutsche ausgewiesen, die Volkszählung 1921 sollte 2,230.213 Deutsche ergeben). Die sudetendeutschen Unternehmer – so Beneš – fürchteten sich angeblich vor der übermächtigen reichsdeutschen Konkurrenz, was auf die Weltfirmen im Sudetenland sicher nicht zutraf. Und noch eine falsche Behauptung: Die Tschechoslowakei könne nicht ohne die Textil- und Glasindustrie, die Zuckerraffinerien, Stahlschmelzen und Brauereien im Sudetenland überleben. Auf Anforderung der Alliierten präsentierte Beneš elf Memoranden, die auch die Angliederung des Glatzer Beckens, Oberschlesiens, der Lausitzer Sorben, des Marchfeldes, der Slowakei und der Karpato-Ukraine beanspruchten sowie die Schaffung eines Korridors nach Jugoslawien über westungarisches Gebiet. In seinem berühmten *Mémoire III* beschrieb er die künftige Stellung der Sudeten-deutschen:

„[...] Die Deutschen würden in Böhmen dieselben Rechte haben wie die Tschechoslowaken. Die deutsche Sprache würde zweite Landessprache sein, und man würde sich niemals irgendeiner Unterdrückungsmaßnahme gegen den deutschen Bevölkerungsteil bedienen. Das Regime würde ähnlich dem der Schweiz sein.“⁶⁶²

⁶⁶¹ Bohemia, 17. Jänner 1919, Morgenausgabe, 1: Das Selbstbestimmungsrecht Deutschböhmens.

⁶⁶² Délégation tchécoslovaque, *Mémoires* (Paris 1919); Bohemia, 10.-19. Oktober 1920, veröffentlichte *Mémoire III*; vgl. Hermann RASCHHOFER (Hg.), *Die Tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris, 1919-1920* (Berlin 1937) 100; WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 87f. Die *Mémoires* beinhalteten viele Karten und Statistiken, wobei auch von „sy-

Viele Deutschösterreicher, Sudetendeutsche, Reichsdeutsche und Magyaren waren der Meinung, dass sich die britischen und amerikanischen Diplomaten und Experten gegenüber den Problemen Mitteleuropas ignorant verhalten und die antideutsche und antimagyarische Propaganda der *Mémoires* blind akzeptiert hätten. Dabei kamen sie mit gut ausgearbeiteten Papieren nach Paris, die sich durchaus auch auf die altösterreichischen Statistiken stützten. So hatte der Leiter der amerikanischen Studienkommission in Wien, Professor Coolidge, der US-Friedensdelegation eine teilweise Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes empfohlen: eine Abtretung von Teilen Südmährens und Südböhmens an Nieder- und Oberösterreich, des Egerlandes an Bayern, Rumburgs und Friedlands an Sachsen und Österreichisch-Schlesiens an Preußisch-Schlesien.⁶⁶³ Aber die allgemeine Atmosphäre auf der Friedenskonferenz war antideutsch und antihabsburgisch, und die Forderungen der tschechoslowakischen Delegation tangierten unmittelbar keine alliierte Großmacht. Außerdem verstand es Beneš, die Tschechoslowakei als Barriere gegen den Bolschewismus darzustellen, auch wenn er schon Polen im Krieg gegen Sowjetrußland 1920 nicht unterstützte. Zwar wurden die völlig überzogenen tschechoslowakischen Forderungen hinsichtlich der Lausitzer Sorben, des Marchfeldes und eines westungarischen Korridors zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen rasch zurückgewiesen – lediglich die Frage einer Abtretung des Egerlandes an das Deutsche Reich gegen eine Angliederung der Grafschaft Glatz wurde länger diskutiert, und die Amerikaner wollten Rumburg nach einem Plebiszit an Deutschland abgetreten wissen –, aber der französische Außenminister Laroche insistierte:

„The inhabitants of these regions were accustomed to live in close connexion with the rest of Bohemia, and did not desire separation. [...] The result of the policy suggested by Mr. Lansing might be that the whole of Bohemia would elect to join Germany in order not to be separated from the German Bohemians.“⁶⁶⁴

stematic falsification of the Austrian census and the pressure exercised on the Czecho-Slovak population“ die Rede war. – KALVODA, *Genesis*, 442f. Wie sich in den späteren tschechoslowakischen Wahlen und Volkszählungen herausstellte, waren die österreichischen Volkszählungen keineswegs gefälscht, vielmehr Teile des in den *Mémoires* präsentierten Propagandamaterials. Eine besondere tschechische Fälschung stellte freilich die Verminderung der Zahl der Deutschen in Böhmen um mindestens 700.000 bis 900.000 dar. – HASSINGER, *Tschechoslowakei*, 168f., 326, 582-603.

⁶⁶³ Vgl. Georg E. SCHMID, *Amerikanische Österreichpolitik zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz 1919. Die Coolidge-Mission und Aspekte der österreichischen Friedensregelung* (Phil. Diss. Salzburg 1968); Christine M. GIGLER, *Die Berichte der Coolidge-Mission im Jahre 1919. Die mitteleuropäischen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Ersten Weltkrieg* (Klagenfurt 2001).

⁶⁶⁴ Cf. Great Britain: Foreign Office, *Bohemia and Moravia* (= Handbooks prepared under the direction of the Historical Section of the Foreign Office, No. 4, Jan. 1919); WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 89f.; Margaret MACMILLAN, *Paris 1919. Six Months that Changed the World* (New York 2002) 234-238; HASLINGER, *Nation*, 258-267.

Der britische Premierminister Lloyd George blieb zwar gegenüber Beneš reserviert⁶⁶⁵, lehnte aber ein Plebiszit entschieden ab, da die Deutschen der böhmischen Länder für einen Anschluss an Deutschland stimmen würden, was in der Weimarer Republik zu einem sozialdemokratischen Regime führen könnte. Daher sollten die Vorkriegsgrenzen zwischen den böhmischen Ländern und Deutschland nicht verändert werden. Weder Lloyd George noch Oberst House, der Wilson im Rat der Vier vertreten hatte, erhoben daher Einwände gegen die Einbeziehung von über drei Millionen Deutschen in die Tschechoslowakei und stimmten auf französisches Drängen bereits am 4. April 1919 den neuen Grenzen der Tschechoslowakei zu. Clemenceau trat – wie im Falle Polens, Rumäniens und Jugoslawiens – für eine möglichst große Tschechoslowakei ein, um als Barriere gegen weiterhin befürchtete Expansionen Deutschlands und Sowjetrusslands wirken zu können. Daher fiel auch der größere Teil von Österreichisch-Schlesien, obwohl die Tschechen 1910 nur 24,3 Prozent der Bevölkerung ausgemacht hatten, schließlich an die Tschechoslowakei, freilich erst nach einem Schiedsspruch der Botschafterkonferenz am 28. Juli 1920.⁶⁶⁶ Mit dem Argument notwendiger Bahnlinien hatte Beneš bereits in Saint-Germain auch niederösterreichisches Gebiet bei Feldsberg (Valtice) und Weitra (Vitoraz) erhalten. Natürlich erhöhten solche Manöver das Misstrauen und die Ablehnung der Sudetendeutschen gegenüber dem tschechoslowakischen Außenminister.⁶⁶⁷

⁶⁶⁵ David LLOYD GEORGE, *The Truth About the Peace Treaties* (London 1938) vol. 2, 936-942, bezeichnete Beneš einmal als „the little French jackal“, seine Darstellung des Sudetenproblems später als „deliberate falsifications“.

⁶⁶⁶ Nach der österreichischen Volkszählung von 1910 hatten im Herzogtum Teschen (Těšínsko) von 434.821 Einwohnern 233.850 (= 54 %) die polnische, 115.597 die böhmisch-mährisch-slowakische (= 27 %) und 76.923 (= 18 %) die deutsche Umgangssprache angegeben. Im Jänner 1919 rückte tschechisches Militär auch über die Bahnlinie Oderberg (Bohumín)–Teschen (Těšín)–Jablunkau (Jablunkov) in den Ostteil des Herzogtums Teschen vor, musste sich aber nach polnischen Gegenangriffen wieder auf die Bahnlinie zurückziehen. Nach diesen militärischen Auseinandersetzungen setzten die Großmächte auch für das ehemalige österreichische Herzogtum Teschen eine Volksabstimmung an, die jedoch abgesagt und am 28. Juli 1920 durch eine Arbitrage der alliierten Botschafterkonferenz ersetzt wurde, bei der die Tschechoslowakei die gesamte Eisenbahnlinie Oderberg (Bohumín)–Kaschau (Košice) und das gesamte Kohlenrevier am östlichen Ufer der Olsa erhielt. Das bedeutete, dass der größere Teil Teschens mit fast allen Tschechen und Slowaken innerhalb der Tschechoslowakei blieb, dazu aber auch 132.000 Polen und 33.000 Deutsche erhielt, während nur der kleinere Teil Teschens mit 94.000 Polen, 40.000 Deutschen und 3000 Tschechen und Slowaken an Polen fiel. – Jaroslav VALENTA, *Česko-polské vztahy v letech 1918-1920 a Těšínské Slezsko* (Ostrava 1961); Marek KAMIŃSKI, *Konflikt polsko-czeski 1918-1921* (Władysław 2004); Petr JELÍNEK, *Zahraničně-politické vztahy Československa a Polska 1918-1924* (Opava 2009), tabulka 1, mapa 5, 8; HASLINGER, *Nation*, 270-279.

⁶⁶⁷ David HUNTER MILLER, *My Diary at the Conference of Paris* (New York 1925) XVII, 88f.; MAC-MILLAN, *Paris*, 229-242; Zara STEINER, *The Lights that failed. European International History 1919-1933* (Oxford History of Modern Europe, Oxford 2005) 24, 53, 83. Das Gebiet um Feldsberg umfasste 83 km² mit 10.600 überwiegend deutschsprachigen Einwohnern, das Gebiet nördlich von Weitra 113 km² mit ebenfalls überwiegend deutschsprachigen 10.000 Einwohnern. Die Abtretung des mehrheitlich tschechischen Hultschiner Ländchens (Hlučínko) – mit

Diese wesentlichen Vorentscheidungen der Friedenskonferenz sickerten nur langsam zu den Sudetendeutschen durch. Unmittelbarer hatten schon die von Finanzminister Rašín vor dem Ende der Habsburgermonarchie konzipierten und ab November 1918 umgesetzten finanzpolitischen Maßnahmen gewirkt. Schon am 2. November verbot er den Filialen der Österreichisch-Ungarischen Bank auf dem Gebiet der Tschechoslowakei, Obligationen der Krieganleihe einzulösen. Am 5. November begab er eine „nationale Befreiungsanleihe“, die sofort mit einer Milliarde Kronen gezeichnet wurde. Im November und Dezember 1918 wurden die Tschechoslowakische Giro-Postsparkasse und die Prager Börse gegründet, um die Verbindungen zu Wien zu lösen. Mit dem geheim vorbereiteten Währungstrennungsgesetz vom 25. Februar 1919 ließ Rašín 50 Prozent aller Banknoten einziehen, die Bank- und Sparkonten sperren und eine einprozentige Zwangsanleihe verordnen. Obwohl infolge Verzögerungen, Berufungen und Umgehungen der Abgabepflicht nur die Hälfte der erwarteten zwölf Milliarden Kronen erfasst und abgestempelt werden konnte, gelang letzten Endes die Umstellung von der bisher geltenden österreichisch-ungarischen Kronenwährung auf die tschechoslowakische Kronenwährung. Die Tschechen ließen ihre Kronenbestände fast zu 100 % abstempeln, aber auch die große Mehrheit der Sudetendeutschen machte mit, während unter den Slowaken vor allem die Lutheraner und die in der westlichen Slowakei Lebenden mitmachten, während die Magyaren der Abstempelung überwiegend fern blieben. Am 6. März 1919 wurde das Münzmonopol von der Österreichisch-Ungarischen Bank in Wien auf das Bankamt des tschechoslowakischen Finanzministeriums (*Bankovní úřad ministerstva financí*) übertragen; das Währungsgesetz vom 10. April 1919 führte die tschechoslowakische Krone (Kčs) als neue Landeswährung und gesetzliches Zahlungsmittel der neuen Republik ein. Die Währungsreform wirkte stabilisierend, milderte die Inflation und schuf den Rahmen für ein von Wien und Budapest unabhängiges tschechoslowakisches Wirtschaftssystem.⁶⁶⁸

Innerhalb kurzer Zeit drifteten die beiden Währungen auseinander, wobei die österreichisch-ungarische Krone bereits zum Jahresende 1919 nur mehr die Hälfte der tschechoslowakischen wert war und auf eine Hyperinflation zusteuerte. Diese unterschiedliche Währungsentwicklung in Prag und Wien hatte daher zur Folge, dass die tschechoslowakischen Staatsbürger – und somit auch der größte Teil der Sudetendeutschen – ihre Geldvermögen zum größeren Teil erhalten konnten,

361 km² und 78.000 Einwohnern – von Preußisch-Schlesien an die Tschechoslowakei wurde von Deutschland ohne Protest akzeptiert. – Adrian von ARBURG – Tomáš STANĚK (Hgg.), *Vysídlení Němců a proměny českého pohraničí 1945-1951: Dokumenty z českých archivů*, I: Češi a Němci do doku 1945. Úvod k edici (Příbram 2010) 29; Jan MLYNÁŘIK, *Fortgesetzte Vertreibung. Vorgänge im tschechischen Grenzgebiet 1945-1953* (München 2003).

⁶⁶⁸ Hugo HASSINGER, *Die Tschechoslowakei. Ein geographisches, politisches und wirtschaftliches Handbuch* (Wien – München 1925); Alice TEICHOVA, *Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980* (Wien – Köln – Graz 1988) 60f.; KÁRNÍK, *České země* 1, 60-63; HOLEC, *Die Slowaken*, 599-602; MÄRZ, *Creditanstalt*, 328-330.

während diese in Österreich zunehmend vernichtet wurden. Otto Bauer brachte die verheerenden Konsequenzen für das deutschösterreichische Bürgertum auf den Punkt:

„[...] Derselbe Prozess der Geldentwertung [...] hat breite Schichten der alten Bourgeoisie pauperisiert. Zunächst traf dieses Schicksal die Rentiers [...]. Mit den Rentiers wurden die Hausbesitzer expropriert [...]. Auch die höhere Beamtenschaft wurde von der Geldentwertung niedergedrückt. [...] Es war das Altwiener Patriziat, es waren die führenden Schichten der österreichischen Intelligenz, es waren große Teile des mittleren und kleineren Bürgertums, die durch die Geldentwertung verelendet wurden. Sie waren die eigentlich herrschende Klasse der Habsburgermonarchie gewesen. [...] Sie waren die eigentlich Besiegten des Krieges. Es war ihr Reich, das im Oktober 1918 zusammengebrochen war. Und mit ihrem Reich hatten sie auch ihren Reichtum verloren. [...]“⁶⁶⁹

Unter dem Druck der Prager Regierung fanden am 16. Februar 1919 in den sudetendeutschen Gebieten tatsächlich keine Wahlen zur deutschösterreichischen Nationalversammlung statt, auf ausdrücklichen Wunsch der sudetendeutschen Sozialdemokraten wurden aber Abgeordnete für das Wiener Parlament ernannt. Trotz strengster Überwachung durch die tschechische Polizei und das tschechische Militär gelang es Anfang März 1919, eine Landeskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Bodenbach (Podmokly) abzuhalten, welche für den 4. März, den Tag des Zusammentritts der inzwischen neu gewählten deutschösterreichischen Nationalversammlung, einen Generalstreik der deutschen Arbeiter und improvisierte Massenversammlungen „für das Selbstbestimmungsrecht“ anordnete. Der mittlerweile als Hochverräter gesuchte Seliger erschien bei einer Massendemonstration in Teplitz und erklärte in einer aufpeitschenden Rede:

„[...] Uns führt nicht Hass gegen das tschechische Volk zusammen, dem wir seine Befreiung aus dem alten Sklavenstaat Habsburg [sic!] gönnen, und wir deutschen sozialdemokratischen Arbeiter können uns dessen rühmen, einen großen Teil dazu beigetragen zu haben, dass dieser Staat endlich zusammengebrochen ist. [...]

Unsere heutige Kundgebung wird nicht unverhallt bleiben; auch wenn sie keine Wirkung ausübt auf die Machthaber der Entente, so wird sie ihre Wirkung auf die Völker des Westens nicht verfehlen, denn nimmer können sie jetzt sagen, nur die Führer des deutschen Volkes in Böhmen schreien nach dem Selbstbestimmungsrecht und das deutsche Volk will gar nicht los vom tschechoslowakischen Staat. [...]

Aber unter solchen Umständen, wie die Machthaber des tschechischen Volkes ihren Staat heute begründen wollen, ist ein Zusammenwirken nicht möglich. (Rufe: Nie!) [...] Wenn Deutsche verprügelt werden, nur weil sie Deutsche sind (Pfu-Rufe), so fühlen wir alle diesen Schlag als Erniedrigung, und man kann von dem Misshandelten nicht verlangen, dass er die Hand zur Versöhnung reicht. Nur die Gewalt, der klirrende Militarismus, der Deutschlands Unglück gewesen ist, wird imstande sein, Millionen Menschen zu unterdrücken, aber ein solcher Staat wird nie und nimmer auf demokratischer, freiheitlicher Grundlage beruhen. [...]

⁶⁶⁹ Eduard MÄRZ, Österreichische Bankenpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe (Wien 1981) 397-417; Otto BAUER, Die österreichische Revolution (Wien 1923) 750.

Wir stehen erst am Anfang der europäischen Revolution. [...] Über das Schicksal Deutschböhmens wird nicht die in Paris versammelte Konferenz entscheiden, sondern werden wir bestimmen (lebhafter Beifall) im Einvernehmen mit den revolutionären Völkern ganz Europas. [...] Unser höchstes Tribunal, dessen Entscheidung wir uns beugen, ist die sozialdemokratische Internationale; kein anderes Forum werden wir anerkennen. [...] Wir geloben unseren Brüdern und Schwestern in Deutschösterreich, an deren Seite wir durch Freud und Leid gegangen sind, auch weiter unverbrüchliche Treue. Wir wollen mit ihnen gemeinsam einmarschieren in das große, freie, sozialistische Deutschland! (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)⁶⁷⁰

Bevor die tschechische Polizei eingreifen konnte, war der Redner in der Menge verschwunden und die Kundgebung ging ruhig zu Ende. Davon konnte an vielen anderen sudetendeutschen Orten nicht die Rede sein, wo tschechische Polizisten auf die Menge einhieben und tschechische Soldaten sogar in die Menge schossen. In sieben böhmischen und mährischen Städten – in Karlsbad (Karlovy Vary), Kaaden (Kadaň), Aussig (Ústí nad Labem), Arnau (Hostinné), Mies (Stříbro), Sternberg (Šternberk) und Neutitschein (Nový Jičín) – erschossen tschechisches Militär und tschechische Polizei 54 Personen und verletzten mindestens 84, darunter auch Greise und Kinder. Staatssekretär Bauer protestierte bereits am 6. März beim tschechoslowakischen Bevollmächtigten Tusar gegen die Anwendung von Waffengewalt „gegen die deutsche Bevölkerung in den okkupierten Gebieten Deutschböhmens und des Sudetenlandes“ und verlangte, „die schuldtragenden Organe der Staatsgewalt – Offiziere wie Beamte – mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Rechenschaft“ zu ziehen. Als Bauer auch Protestnoten an die neutralen Staaten senden ließ, reagierte die Prager Regierung mit dem völlig unzutreffenden – ja geradezu lächerlichen – Gegenvorwurf, Deutschösterreich habe eine militärische Aktion gegen die Tschechoslowakei vorbereitet. Daraufhin lud Bauer die alliierten Militärmissionen in Wien ein, die schwachen militärischen Sicherungen entlang der österreichischen Nordgrenze zu überprüfen.⁶⁷¹

Die Konstituierende Nationalversammlung in Wien hielt am 12. März 1919 eine Trauerkundgebung ab, in der Präsident Karl Seitz dem tschechoslowakischen Imperialismus vorwarf, dass in Deutschböhmen Bürger in der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes gefallen seien, „niedergemetzelt, hingemordet von volksfremden Soldaten“. Und der Sozialdemokrat Seitz hob ausdrücklich hervor: „Die Opfer sind in einem heiligen Kampfe gefallen für das ganze deutsche Volk.“⁶⁷² – Diese Diktion sollte man knapp zwanzig Jahre später neuerlich hören, nun allerdings mehr aus Berlin und Reichenberg...

⁶⁷⁰ Rede Josef Seliger, Teplitz, 4. März 1919, in: HOFFMANN – HARASKO, Odsun, 564-567.

⁶⁷¹ Note StSchr. Bauer an Tusar, Wien, 6. März 1919, in: ADÖ 1/180; vgl. auch franz. Zirkularverbalnoten StSchr. Bauer an alle Missionen der neutralen Staaten, Wien, 7., 8. und 13. März 1919, in: ADÖ 1/182, 184, 186.

⁶⁷² Stenographisches Protokoll der Konstituierenden Nationalversammlung, 12. März 1919, in: ADÖ 1/185; vgl. PRINZ, Böhmen und Mähren, 388-390. „Die Schüsse des 4. März 1919“, resümierte der Sozialdemokrat Wenzel Jaksch in seinen Memoiren, „waren der Ausgangspunkt des Münchner Abkommens vom 29. September 1938. Wer Gebiete mit Gewalt erwirbt, der muss

Da sich Beneš an Clemenceau gewandt hatte, beauftragten die Alliierten die internationale Teschen-Kommission mit einer Untersuchung der Vorfälle. Der amerikanische Vertreter berichtete am 12. April:

„Though there is, no doubt, a strong feeling of discontent among the Germans of Bohemia fostered to some extent by Vienna and Berlin, [...] the movement therefrom cannot be dignified by the name of a conspiracy.“⁶⁷³

Im Schloss von Saint-Germain wurde Staatskanzler Renner, dem Leiter der deutschösterreichischen Friedensdelegation, erst am 2. Juni 1919 Gelegenheit gegeben, die Standpunkte der Deutschösterreicher – und somit auch der Sudetendeutschen – vorzutragen. Ihm gegenüber saßen auf einer großen Hufeisentafel nicht nur die „Großen Vier“ – Georges Clemenceau, Woodrow Wilson, David Lloyd George, Vittorio Orlando –, sondern am Ende der beiden Flügel der Tafel auch gute Bekannte aus der früheren österreichischen Politik: Tschechen (unter ihnen Beneš und Kramář), Polen, Rumänen und Jugoslawen (unter ihnen der ehemalige österreichische Minister Ivan Žolger), zum Teil ehemalige Freunde. Renner hielt in seiner französisch gehaltenen Antwortrede fest:

- Volk und Gebiet der früheren Monarchie trügen insgesamt die Verantwortung für die Kriegsfolgen;
- die Sukzessionsstaaten seien völkerrechtlich alle erst nach Einstellung der Feindseligkeiten entstanden; die Republik Deutschösterreich habe als solche niemals Krieg geführt – weder gegen die Entente noch gegenüber den neuen Nationalstaaten;
- „Wir hoffen, dass das Gewissen der Welt auch unserem Volke jenes unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht nicht verweigern und nicht verkürzen lassen wird, welches die Verbandsmächte [gemeint ist die Entente, Anm. Suppan] als ihr Kriegsziel verkündet haben, welches für unsere Nachbarvölker mit unserer sofortigen und freudigen Zustimmung verwirklicht worden ist, und das unser Volk im Vertrauen auf jene Grundsätze zur Grundlage seiner Staatsbildung gemacht hat.“⁶⁷⁴

Da bereits der erste Teil der am 2. Juni übergebenen Friedensbedingungen u. a. die Abtretung aller deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens enthielt, hob die erste österreichische Antwortnote vom 10. Juni her-

damit rechnen, dass sie ihm wieder mit Gewalt genommen werden.“ – WENZEL JAKSCH, Europas Weg nach Potsdam (Stuttgart 1958).

⁶⁷³ HUNTER MILLER, My Diary XVII, 504-506; WISKEMANN, Czechs and Germans, 85. Der deutsche Außenminister, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, drückte zwar seine Sympathien für die Sudetendeutschen aus, machte aber ebenso klar, dass Deutschland seine Verhandlungsposition riskiere, wenn es die Eingliederung einer Bevölkerung verlange, die niemals Teil des Deutschen Reiches gewesen sei. – MACMILLAN, Paris, 237. Hierbei übersah der Minister, dass 1848 deutsche Abgeordnete aus Böhmen, Mähren und Schlesien Mitglieder der Frankfurter Paulskirche gewesen waren.

⁶⁷⁴ RENNER, Deutschösterreich, 53f.

vor, dass mehr als vier von zehn Millionen Deutschösterreichern gegen ihren Willen, gegen ihr nationales Bewusstsein und ihre wirtschaftlichen Interessen einer Herrschaft unterworfen würden, die volksfremd und dem deutschen Volkstum feindselig sei. Hierbei beriefen sich die Tschechen in Böhmen auf die historischen Grenzen, während sie in Bezug auf Gmünd und Feldsberg das historische Recht mit Füßen träten. Und am 15. Juni 1919 sandte die österreichische Friedensdelegation eine besondere „Note über Deutschböhmen, Sudetenland und die Neutralisation des Beckens von Ostrau“ an die Friedenskonferenz.⁶⁷⁵ Hierbei fielen folgende Argumente besonders ins Gewicht:

- Das sicherheitspolitische Argument: „Die Entente begeht an dem deutschen Volke dieser Gebiete wie an den Deutschen Oesterreichs ein schweres Unrecht und stürzt das tschechoslovakische Volk in verhängnisvolles Abenteuer. Sie ersetzt, wenigstens was die Deutschen und Tschechen betrifft, den früheren höchst problematischen [sic!], aber wirtschaftlich immerhin noch erträglichen Staat Oesterreich durch zwei, zur unaufhörlichen gegenseitigen Feindseligkeit verurteilte Kleinstaaten ohne wirtschaftliche Lebensfähigkeit, in die tschechoslovakische Republik und in die Republik Deutschösterreich. Sie schafft damit im Herzen des europäischen Kontinents einen Kriegsherd, der für die Welt und für ihre soziale Erneuerung vielleicht noch verhängnisvoller werden kann als der Kriegsherd des Balkan.“
- Das Selbstbestimmungsrecht: „Das Unrecht an den Deutschen Böhmens springt in die Augen. Das Gebiet und Volk, um das es sich hier handelt, ist mehr als zweimal so gross als Elsass-Lothringen. Die Entente will 1870/71 wieder gut machen und geht daran, ein zweites Elsaß zu schaffen. Sie proklamieren einerseits das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker und sprechen auf der anderen Seite das politische Todesurteil über eine Bevölkerung aus, welche zahlreicher ist als jene von Norwegen oder Dänemark.“⁶⁷⁶
- Das sicherheitspolitische Argument: „Elsaß-Lothringen ging aus der Herrschaft einer alten grossen KulturNation in jene einer anderen Großmacht über, und dieser Übergang wurde demnach als unerträglich empfunden. Deutschböhmen gelangt als Teil einer grossen und alten Nation in die Gewalt eines kleinen, weitaus jüngeren Volkes und eines kleinen Staates: dreieinhalb Millionen Deutsche sollen unter die Souveränität von sechseinhalb Millionen Tschechen gestellt werden. Niemals wird die hörige Nation diese Herrschaft ertragen, niemals die beherrschende das ihr gestellte Problem bewältigen; beide sind zu einer unseligen Kampfgemeinschaft verurteilt, unseliger als das alte Öster-

⁶⁷⁵ Bericht der deutschösterreichischen Friedensdelegation I, 88-92; vgl. ADÖ 2/273, 2/274 und 2/277.

⁶⁷⁶ Zu Elsass-Lothringen vgl. Paul SMITH, *The Alsatians and the Alsace-Lorraine Question in European Politics, c. 1900-1925*, in: Paul Smith – Kalliopi Koufa – Arnold Suppan (eds.), *Comparative Studies on Governments and Non-Dominant Ethnic Groups in Europe, 1850-1940*, vol. 5: *Ethnic Groups in International Relations* (Aldershot – New York 1991) 59-83.

reich, wo wenigstens zwischen acht verschiedenen Nationen zumeist ein Zustand schwebenden Gleichgewichtes vorherrschte. Die Bilanz dieser Versuche ist, dass nach dem fürchterlichsten Blutbade, das die Weltgeschichte kennt, der neue Stand der Dinge weitaus schlechter und für den Frieden bedrohlicher ist, als vorher!“

- Das volkswirtschaftliche Argument: „Wenn sich die Tschechoslowakische Republik auf die Grenzen jener Gebiete beschränkte, welche in Wahrheit den Wohnsitz der Tschechen und Slowaken bilden, so könnte sie sich in jeder Hinsicht einer befriedigenden Entwicklung ihres wirtschaftlichen und sozialen Gedeihens erfreuen. Sie wäre in Wahrheit auch bei Beschränkung auf das ihren Völkern eigene Gebiet eines der reichsten Länder von Europa [...].“⁶⁷⁷
- Das demokratiepolitische Argument: „Aber das deutsche Volk wird niemals begreifen können, dass in Anbetracht der menschenfreundlichen Enunziationen der Großmächte ein Parlament in Prag, an dem kein Deutscher teilnimmt, über das Schicksal des deutschen Landes entscheiden könnte, während die Vertretung dieses Landes, welche durch das freie Stimmrecht des Volkes gewählt wurde, nunmehr durch Polizeimaßnahmen geknebelt wird. Dieses Volk wird sich niemals dabei beruhigen, es niemals zugeben können und sich niemals mit der Idee befreunden, dass es ohne vorhergehende Befragung von Fremden an Fremde ausgeliefert werde.“⁶⁷⁸

Das angelsächsische *Committee on New States* fasste am 16. Juni 1919 auf seiner 22. Sitzung die nationalpolitische Problemlage in der neuen Tschechoslowakei zusammen:

„[...] The Germans in Bohemia, [Erg. Wiskemann] have till within recent years been the dominating influence in the State; they form a highly developed very capable element, and, in the past, have been a very aggressive population. It is clear that the prosperity and perhaps also the existence of the new State will depend upon the success with which it incorporates the Germans as willing citizens. The very magnitude of this task makes it one quite different in character from the mere protection of the other minorities with which the Committee have had to deal; it is one that goes so deeply into the heart of all the institutions that the solution of it is probably best left to the Czechs themselves.“

Aber David Hunter Miller warnte in seinem Tagebuch, dass es zwar absurd sei, die böhmischen Grenzen mit all ihren Bergen den Deutschen zu überlassen, aber die dort kompakt lebende deutsche Bevölkerung könne „hostile to their Slav neighbours“ sein, „and in sympathy with the Saxons, Bavarians (and Austrians) dwelling beyond their border and with the German capitalists and Germanized

⁶⁷⁷ Dies hätte nicht mehr zugetroffen, denn eine Tschechoslowakei ohne deutsche, magyarische, polnische und rusinische Mehrheitsgebiete wäre natürlich nicht nur flächen- und einwohnermäßig, sondern auch volkswirtschaftlich um zwei Fünftel schwächer gewesen.

⁶⁷⁸ Bericht Friedensdelegation I, 88-92; vgl. RENNER, *Deutschösterreich*, 55-59. Die Behauptung von WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 88, und KALVODA, *Genesis*, 446, dass die österreichische Regierung in Saint-Germain von vier Millionen „Sudetendeutschen“ gesprochen habe, trifft also nicht zu.

nobles within them“. Daher sind die Vermutungen von Wiskemann in Zweifel zu ziehen, dass „a good deal of cautious middle-class opinion half preferred the bourgeois Government of Prague to the ‚red‘ régimes of either Berlin or Vienna, which they complained, had deserted them in poltroonish fashion“. Auch Wiskemann musste einräumen: „others again shook their heads over working-class movements in Czechoslovakia and remembered that Slavs were ‚fals‘ and Leftist at heart.“⁶⁷⁹

Noch einmal flammte sudetendeutscher Widerstand auf, als die Sozialdemokratische Partei für den Vortag der Gemeinderatswahlen am 15. Juni 1919 einen Generalstreik proklamierte und sich das Bürgertum ausnahmslos anschloss. Um weitere Opfer zu vermeiden, wurden die Arbeiter aufgefordert, in ihren Wohnungen zu bleiben. Alle Fabriken und Werkstätten standen still, auch alle Geschäfte blieben geschlossen, die Straßen waren leer. Tatsächlich entfielen mehr als 90 Prozent der Stimmen in Deutschböhmen auf deutsche Parteien. Dies hätte man als indirektes Plebiszit werten können...

Doch die Memoranden, Proteste und Wahlergebnisse halfen nicht; die Alliierten waren nicht mehr bereit, ihre Friedensbedingungen an Österreich abzuändern. Nach dem Bericht des Staatskanzlers erhob die deutschösterreichische Nationalversammlung am 6. September 1919 „vor aller Welt feierlich ihren Protest dagegen, dass der Friedensvertrag von Saint-Germain unter dem Vorwand, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke sein Selbstbestimmungsrecht nimmt [...]“. Und in schmerzlicher Enttäuschung legte sie „Verwahrung ein gegen den leider unwiderruflichen Beschluss der alliierten und assoziierten Mächte, dreieinhalb Millionen Sudetendeutsche von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bilden, gewaltsam loszureißen, ihrer nationalen Freiheit zu berauben und unter die Fremdherrschaft eines Volkes zu stellen, das sich in demselben Friedensvertrag als ihr Feind bekennt“. Am selben Tag stellten die Landesvertretungen der deutschen Sudetenländer, von Tirol, Kärnten, der Steiermark, Ober- und Niederösterreich in einer gemeinsamen Erklärung fest, „dass die territorialen Bedingungen des Friedensvertrages das natürliche nationale Recht auf Selbstbestimmung vergewaltigen und die Grundlagen, auf welchen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, gröblich verletzen“. Trotz dieser Proteste und Erklärungen musste die Nationalversammlung aus wirtschaftlichen, sozialen und völkerrechtlichen Gründen Staatskanzler Renner den Auftrag erteilen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.⁶⁸⁰

Die neue staatsrechtliche Lage zwang die sudetendeutschen Abgeordneten zum Ausscheiden aus der österreichischen Nationalversammlung. Am 24. September

⁶⁷⁹ HUNTER MILLER, *My Diary* XIII, 161, XX, 342; vgl. WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 85f., 91f.

⁶⁸⁰ ADÖ 2/355; vgl. Fritz FELLNER, *Der Vertrag von St. Germain*, in: Erika Weinzierl und Kurt Skalnik (Hgg.), *Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik* (Graz – Wien – Köln 1983) 85-106.

1919 erschienen alle sudetendeutschen Abgeordneten im schwarzen Anzug mit einer kleinen rot-weiß-roten Kokarde im Wiener Parlament. Die beiden Landesregierungen und die längst nicht mehr amtierenden deutschösterreichischen Behörden in den „inzwischen von der Tschechoslowakei tatsächlich besetzten Gebieten“ wurden auch offiziell aufgehoben, die „Funktionäre der Republik Deutschösterreich“ wurden des Treuegelöbnisses für die Republik entbunden. Der Landeshauptmann von Deutschböhmen, Rudolf Lodgman von Auen, hielt die Abschiedsrede:

„[...] Der Friedensvertrag hat das deutsche Volk in den Sudetenländern ohne Erforschung seines Willens der Tschechoslowakei zugewiesen. [...] Mag das staatsrechtliche Band zwischen Deutschösterreich und den Sudetenländern auch zerrissen sein, unlösbar sind das nationale Bewusstsein und die in Jahrhunderten gewachsenen kulturellen und geistigen Beziehungen, welche die Sudetendeutschen mit den Alpendeutschen und beide gemeinsam mit den Deutschen des Reiches verbinden. Die ideale Hoffnung, dass die Zukunft auch dem deutschen Volke in Europa sein volles und uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht bringen werde, nehmen wir tiefbewegt von Deutschösterreich und von unseren Brüdern Abschied. [...] Wir scheiden im Raum, wir bleiben vereint im Geiste.“⁶⁸¹

Nachdem Lodgman unter feierlichem Stillschweigen der Nationalversammlung seine Rede beendet hatte, trat er vor den Tisch des Präsidenten Karl Seitz, legte zum Zeichen des Verzichtes die rot-weiß-rote Kokarde nieder und reichte dem Präsidenten die Hand zum Abschiedsgruß. Ihm folgten alle übrigen sudetendeutschen Abgeordneten. Während sich alle Sitzungsteilnehmer erhoben hatten, verließ der Zug langsam den Sitzungssaal. Die Abgeordneten von Deutschböhmen und Sudetenland wurden zwar von der tschechoslowakischen Regierung bald amnestiert, konnten aber erst nach Beschluss der Verfassung und den Wahlen im März 1920 in die Prager Nationalversammlung einziehen.⁶⁸²

Während Lodgman am 1. Juni 1920 namens der sudetendeutschen Abgeordneten in der tschechoslowakischen Nationalversammlung den Protest gegen die neue Verfassung kundtat, stimmte die Mehrheit der slowakischen Abgeordneten zu. Dies war keineswegs selbstverständlich, übergang doch die Verfassung die auch von Masaryk unterzeichneten Zusagen im *Pittsburgh Agreement*, wonach „Slovakia shall have its own administration, its own diet, and its own courts“. Nachdem aber Hlinkas persönliche Intervention in Paris im Herbst 1919 gescheitert war, seine Partei andererseits aber die Anzahl ihrer Sitze in der Nationalversammlung verdoppelt hatte – auch Hlinka gewann einen Parlamentssitz, während sein Rivale Šrobár seinen Sitz an den Sozialdemokraten Ivan Dérer verlor –, schwenkte er auf eine konstruktivere politische Linie ein und hoffte, dass Kramář den Slowaken helfen werde, eine politische Autonomie zu erreichen. Obwohl Prag diese Autonomie bis zum Oktober 1938 nicht gewährte, kam es in der Ersten Tschechoslowakischen Republik zu einem signifikanten Anstieg der Zahl der Slowaken.

⁶⁸¹ Stenographische Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung, 24. September 1919; RENNER, Deutschösterreich, 77.

⁶⁸² LEMBERG, Staatsgründung, 132f.

Dieser ist teilweise dadurch zu erklären, dass sich nach 1920 viele zweisprachige Dorfschullehrer, Dorfnotare, katholische Pfarrer, kleinere Beamte der Komitate und Kleinstädte, Förster der staatlichen und gräflichen Domänen sowie Eisenbahner und Postbedienstete für Slowaken erklärten, während Kündigungen und Entlassungen vieler ungarischer Staatsbeamter und -angestellten (höhere Beamte, Mittelschullehrer, Richter, Notare, Offiziere, höhere Eisenbahn- und Postangestellte) gleichzeitig einen deutlichen Rückgang der Magyaren bewirkten.⁶⁸³

Eine psychologische Belastung des Verhältnisses zwischen Slowaken und Tschechen stellte der Flugzeugabsturz von General Štefánik dar. Nachdem die französische Regierung am 20. Juni 1918 die Tschechoslowakische Legion in Russland als Teil der französischen Streitkräfte anerkannt hatte, wurde Oberstleutnant Štefánik zum Brigadegeneral ernannt und im Herbst 1918 über Japan zu den Truppen nach Sibirien entsandt. Dort versuchte er die Legionäre als „the invincible enemies of Bolshevism“ zur Offensive gegen die Bolševiki anzuspornen, hatte aber nur teilweise Erfolg. Bereits im Jänner 1919 verließ Štefánik wieder Sibirien und kehrte nach Rom zurück. Von hier startete er – offiziell noch immer tschechoslowakischer Verteidigungsminister – am 4. Mai 1919 zum Rückflug in die Heimat. Als die Maschine auf einem Militärflugplatz in der Nähe von Pressburg landen wollte, stürzte die Maschine ab – nach manchen slowakischen Behauptungen unter Beschuss einer tschechischen Flak-Batterie. Obwohl die Absturzursache niemals zweifelsfrei geklärt werden konnte, reklamierten nun sowohl die slowakischen Autonomisten als auch die tschechoslowakischen Zentralisten den toten General als ihren nationalen Helden. Wie auch immer, das ehemalige Emigrations-Triumvirat reduzierte sich auf Masaryk und Beneš.⁶⁸⁴

Die Neuordnung Mitteleuropas auf der Pariser Friedenskonferenz erfolgte zum starken Vorteil der Tschechen und Slowaken, aber zum deutlichen Nachteil der Deutsch-Österreicher und Magyaren, was in Prag und Pressburg Hybris, in Wien und Budapest Empörung auslöste. Staatspräsident Masaryk und Außenminister Beneš hatten es schon zur Zeit ihrer Emigration in Paris, London und Washington verstanden, die Westmächte von der Notwendigkeit der Schaffung einer Tschechoslowakischen Republik als neuer demokratischer Ordnungsmacht in Mitteleuropa, vielleicht als zweiter Schweiz, zu überzeugen. Daher akzeptierten die Westmächte auch viele der stark überzogenen tschechoslowakischen Grenzforderungen, die sogar die Grafschaft Glatz und einen Korridor über Westungarn nach Jugoslawien eingeschlossen hatten.⁶⁸⁵ – Die Tschechoslowakei musste den Westmächten, ebenso wie Polen, Rumänien und Jugoslawien, einen „Befreiungs-

⁶⁸³ KALVODA, Genesis, 457-459; vgl. VAVRO ŠROBÁR, *Oslobodené Slovensko*, 2 Bde. (Praha 1928).

⁶⁸⁴ KALVODA, Genesis, 475-486; *The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks*, 654.

⁶⁸⁵ Zum Friedensvertrag von Trianon, der u. a. die Abgrenzung zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn festlegte, vgl. Mária ORMOS, *From Padua to the Trianon* (Budapest 1990); László KONTLER, *A History of Hungary* (Budapest 2002); Ignác ROMSICS, *Der Friedensvertrag von Trianon* (Herne 2005).

beitrag“ von 750 Millionen Goldfranc leisten, was etwa fünf Milliarden Kronen ausmachte.⁶⁸⁶

Die neuen Grenzen von 1919/20 im Riesengebirge, Erzgebirge und Böhmerwald, sowie an Thaya, March und Donau waren freilich alles andere als ethnische Grenzen oder nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene, sondern ein Gemisch aus historischen, strategischen und verkehrspolitischen Argumenten; sie zerteilten nicht zuletzt auch zusammengehörende Wirtschaftsgebiete und Kulturlandschaften. Die Sudetendeutschen reagierten aber keineswegs mit einem secessionistischen Aufruhr, zu sehr waren sie von den unmittelbaren Kriegsfolgen (Gefallene, Schwerverwundete, Witwen, Waisen; Nahrungsmittel- und Kohlemangel; Inflation; Grippeepidemie) niedergedrückt. Die Gegenvorschläge der österreichischen Friedensdelegation unter Führung des Staatskanzlers Renner, die auch die sudetendeutschen Positionen vertrat, konnten nicht einmal die Abtretung der niederösterreichischen Gebiete um Feldsberg und bei Gmünd verhindern. Immerhin gab es zwischen Tschechen und Österreichern keine militärischen Auseinandersetzungen, und immerhin blieben die neuen Grenzen bis 1938 im Wesentlichen durchlässig, was österreichische Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem 12. Februar 1934, österreichische Christlichsoziale, Legitimisten und Juden nach dem 11. März 1938 zur Flucht nützen konnten. Die ungerechte Grenzziehung von Saint-Germain nützte freilich Hitler seit 1930 zu hemmungsloser Propaganda gegen das „System von Versailles“, und die Westmächte akzeptierten 1938 unter der Kriegsdrohung Hitlers Grenzveränderungen, die 1919 weder die österreichische noch die deutsche Friedensdelegation – beide von demokratisch gewählten Parlamenten eingesetzt – gefordert hatten. Mehr Gerechtigkeit und Balance in der mitteleuropäischen Neuordnung 1919/20 hätte vielleicht die deutsch-tschechische (und die ungarisch-slowakische) Konfrontation ab 1938 verhindert, zumindest abgeschwächt.

Präsident Masaryk resümierte über den Weltkrieg bereits Mitte Juli 1919 in einem längeren Gespräch mit Professor Redlich – den er zuletzt im Oktober 1914 im Wiener Volksgarten gesehen hatte – auf dem Liechtenstein'schen Schloss Koloděj, 25 Kilometer östlich von Prag, wo er Sommerurlaub machte:

Als er Wien im Dezember 1914 verlassen hatte, habe er als Hauptgedanken formuliert: „Österreich könne nur vor außen her umgeformt werden.“ Bei der Hus-Feier in Genf 1915 sei er zum ersten Mal offen gegen Habsburg aufgetreten. Es sei Briands Verdienst, dass Frankreich zuerst auf seine Vorschläge eingegangen sei, während in den USA noch volle Sympathie für Österreich geherrscht habe. Erst die Organisation einer tschechoslowakischen Armee in Russland und Gefechte gegen die Bolševiki und die Deutschen hätten die Amerikaner und Japaner auf die Tschechoslowaken aufmerksam gemacht. Wilsons 14 Punkte seien in Wien missverstanden worden; aber seit dem Friedensschluss von Brest-Litovsk sei innerhalb der Entente die Auflösung Österreichs beschlossene Sache gewesen.⁶⁸⁷

Außenminister Beneš hatte zwar in einer Note vom 20. Mai 1919 den „Nationalitäten“ versprochen, aus der Tschechoslowakei „a sort of Switzerland“ zu machen,

⁶⁸⁶ ZEMAN, Beneš, 91.

⁶⁸⁷ REDLICH, Schicksalsjahre II, 509-512.

öffentliche Schulen für die Nationalitäten einzurichten, die öffentlichen Ämter in den Nationalitätengebieten zweisprachig zu führen, auch die Gerichte zweisprachig einzurichten, die Amtssprache in den Bezirken und Gemeinden nach der Mehrheit der Bevölkerung auszurichten und die deutsche Sprache als zweite Sprache im Staat zu akzeptieren. Der Vertrag von Saint-Germain und der am selben Tag zwischen den Alliierten und der Tschechoslowakei unterzeichnete Minderheitenvertrag aber machte die Sudeten- und Karpatendeutschen – ebenso wie die Tschechen und Slowaken in Wien und Niederösterreich – zu nationalen Minderheiten. Trotz einiger Minderheitenschutzbestimmungen, die den Sudetendeutschen den Großteil ihrer öffentlichen und privaten Minderheiten-Volksschulen, sowie die Verwendung der deutschen Sprache vor den Ämtern und Gerichten beließen, verloren sie nun nicht nur ihre alte gesellschaftliche Vorrangstellung, sondern blieben auch verfassungsrechtlich nicht den „Tschechoslowaken“ gleichgestellt, da nur diese die neue Staatsnation bildeten. Das bedeutete, dass die neue Tschechoslowakei keineswegs das Modell des französischen Nationalstaates mit allen Einwohnern als Teil der französischen Staatsnation übernahm. Immerhin erhielten die Minderheiten nach dem tschechoslowakischen Sprachengesetz 1920 in Städten und Bezirken mit einem mehr als 20%igen Anteil Sprachenrechte vor den Gerichten, in den Ämtern und in den Volksschulen zugestanden. Allerdings blieben zwischen Prag und Wien die Vertragsbegriffe „proportion considérable“, „villes et districts“ und „facilités appropieés“ offen.⁶⁸⁸

Da eben die Verträge von Saint-Germain nicht alle Spezialfragen regelten, wie z. B. das Öffentlichkeitsrecht der privaten Volksschulen, verhandelten das Prager und das Wiener Unterrichtsministerium einen bilateralen Vertrag „über Staatsbürgerschaft und Minderheitenschutz“ aus, der am 7. Juni 1920 in Brünn unterzeichnet wurde. Als Leiter von privaten Schulen wurden nun nur mehr Staatsbürger jenes Staates zugelassen, in welchem sich der Schulstandort befand; die österreichische Seite verpflichtete sich, den privaten Volksschulen der „tschechoslowakischen“ Minderheit das Öffentlichkeitsrecht zu erteilen – was die Tschechoslowakei bereits am 3. April 1919 gesetzlich geregelt hatte – und zu Beginn des Schuljahres 1920/21 in Wien auch öffentliche Volksschulen mit „tschechoslowakischer“ – in der Praxis „tschechischer“ – Unterrichtssprache zu errichten. Tatsächlich konnte der tschechische Schulverein *Komenský* im Schuljahr 1921/22 in Wien bereits 8 Volksschulen, 2 Bürgerschulen, 1 Mittelschule und 1 Fachschule führen, während der Wiener Stadtschulrat 14 öffentliche Volksschulen mit tschechischer Unterrichtssprache einrichtete.⁶⁸⁹

⁶⁸⁸ Tusar an Klein, 29. März 1919; Note Klein, 3. April 1919; Antwort Tusar, 2. Mai 1919, AMZV, Politické zprávy, Vyslanectví ve Vídni, č. 24/1919; WISKEMANN, Czechs and Germans, 92f.; Jaroslav KUČERA, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen (München 1999).

⁶⁸⁹ Vertrag Tschechoslowakei – Österreich, Brünn, 7. Juni 1920, in: ADÖ 3/447; vgl. Karl M. BROUSEK, Wien und seine Tschechen. Integration und Assimilation einer Minderheit im 20. Jahrhundert, Wien 1980; Arnold SUPPAN, Die österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert (Wien 1983) 71-73.

Der bilaterale Vertrag stieß in der Tschechoslowakei wie in Österreich auf Kritik, wobei die Prager Reaktionen schärfer waren. Die *Národní listy*, die Zeitung der Nationaldemokraten, sah die Wiener Tschechen bereits „zu einer bloßen Kolonie ohne Recht“ herabgedrückt. Tatsächlich erhielt der Vertrag in der Nationalversammlung keine Mehrheit, da auch die deutschen und magyrischen Abgeordneten dagegen stimmten. Dennoch erklärte der Präsident des Abgeordnetenhauses den Brünner Vertrag als mit einfacher Mehrheit angenommen; die Prager Regierung sollte lediglich noch einige strittige Fragen klären. In Wien wurde die Ratifizierung von vorneherein aufgeschoben, da man vor den Nationalratswahlen im Oktober 1920 keine Verschiebung der Wahlberechtigten herbeiführen wollte. Dennoch einigten sich beide Seiten bereits am 23. August 1920 auf ein Additionalabkommen von Karlsbad: Österreichischen wie tschechoslowakischen Lehrern und Professoren wurde die Bewerbung auf ausgeschriebene Lehrerstellen im jeweils anderen Staat gegen späteren Erwerb der Staatsbürgerschaft gestattet. Die „im Süden des alten Staates Österreich“ angestellt gewesenen Lehrer deutscher Nationalität, die in einer Gemeinde der Tschechoslowakei heimatberechtigt und in diese zurückgekehrt waren, sollten auf entsprechende Dienstposten unter Einrechnung ihrer bisherigen Dienstzeit übernommen werden. Österreich wiederum erklärte sich bereit, innerhalb der ersten beiden Jahre nach Inkrafttreten des Brünner Vertrages an Privatschulen mit „tschechoslowakischer“ Unterrichtssprache auch nicht-österreichische Staatsbürger als Schulleiter zuzulassen, freilich nur bis zur Hälfte aller tschechoslowakischen Privatschulen.⁶⁹⁰

Der Brünner Vertrag mit dem Karlsbader Additionalabkommen stellte somit zweifellos eine wertvolle bilaterale Ergänzung zu den internationalen Minderheitenschutzbestimmungen dar, welche die personal- und nationalpolitisch heikle Direktoren- und Lehrerfrage pragmatischen Lösungen zuführte – was etwa zwischen Kärnten, der Steiermark und Slowenien einen ständigen Konfliktstoff darstellte. Trotz interner Kritik in Prag und Wien erhielten somit die über 3,2 Millionen Sudetendeutschen und die über 80.000 Tschechen und Slowaken in Wien und Niederösterreich einen besseren Minderheitenschutz als die meisten nationalen Minderheiten im östlichen und vielfach auch im westlichen Europa. Dies erkennt man vor allem im Bereich des Schulwesens, das nicht nur das Pflichtschulwesen, sondern auch das Mittelschulwesen erfasste, für die Sudetendeutschen auch die Deutsche Universität in Prag und Teile der beiden Technischen Hochschulen in Prag und Brünn. Freilich, an das vorbildliche altösterreichische Nationalitätenrecht von 1867 mit der „Gleichberechtigung aller Volksstämme“ reichten die neuen Regelungen schon rein rechtlich nicht heran. Denn von einer verfassungsrechtlichen Gleichberechtigung zwischen Staatsnation und nationaler Minderheit war jetzt nicht mehr die Rede.⁶⁹¹

⁶⁹⁰ Protokoll bei der Bezirksverwaltung Karlsbad, 23. August 1920, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 3506/1, Kart. 738.

⁶⁹¹ Vgl. Ernst FLACHBARTH, System des internationalen Minderheitenrechtes (Budapest 1937).

Als Staatskanzler Renner im Jänner 1920 zu einem offiziellen Besuch nach Prag gekommen war, hatte er sich mit Außenminister Beneš sehr rasch auf die Sprachregelung geeinigt, dass die in den Verträgen von Saint-Germain übernommene administrative Verpflichtung zum Schutz der nationalen Minderheiten „eine rein innerstaatliche Angelegenheit“ darstelle und eine Beschwerde nur an den Völkerbund eingebracht werden könne. Beneš versicherte Renner immerhin, den nationalen Frieden im Inneren schon angesichts der internationalen Position der Tschechoslowakei bewahren zu wollen, denn sie sei bis auf Österreich „von lauter imperialistischen Staaten umgeben“. – Damit waren neben Deutschland vor allem Polen und Ungarn gemeint. – Beneš und Renner unterzeichneten daher am 12. Jänner 1920 ein Geheimprotokoll, in dem sich beide Staaten „zu gegenseitiger Mitarbeit und Hilfe gegen alle Pläne und Versuche einer Restauration des alten Regimes“ verpflichteten und die Tschechoslowakei Österreich diplomatische, aber auch materielle Hilfe in der Burgenlandfrage gegen Ungarn zusagte. Trotz Drängen Wiens zögerte aber Prag den Abschluss eines Handelsvertrages hinaus und hielt auch die Gewährung eines Sonderkredits zurück. Dies veranlasste sogar den besonnenen Gesandten Marek zu einem Wutausbruch: „Der eingefleischte Hass gegen Wien ist stärker als alle politischen Rücksichten, die eine Förderung Österreichs gebieten würden.“⁶⁹²

Auch die Angst vor einer Restauration der Habsburger blieb in Prag bestehen. Als am 2. April 1922 die Nachricht eintraf, dass der letzte Kaiser von Österreich, der letzte gekrönte König von Ungarn und der letzte nicht gekrönte König von Böhmen in der Verbannung auf der Atlantikinsel Madeira verstorben war, geriet der tschechisch-patriotische Autor des in den *Národní listy* erschienenen Nekrologs außer sich bei der Vorstellung, dass es auch in Prag eine Königskrönung hätte geben können:

„Eine große Gefahr bedrohte die tschechische Politik, eine Bedrohung, die in innerster Tiefe der tschechischen Volksseele ruhte. Eine schreckliche Gefahr, weil sie unabwendbar in dem Moment drohte, in dem sich Kaiser Karl zum König von Ungarn krönen ließ und der Text des ungarischen Krönungsschwurs durch die ganze Monarchie flog. Die schicksalhafte Frage war, ob sich Karl auch in Prag zum König von Böhmen wird krönen lassen. Zum Glück haben die Großdeutschen und Großungarn, die Erzfeinde von Tschechen und Slawen, diese Gefahr, die dem tschechischen Volk und den böhmischen historischen Ländern drohte, abgewendet.“

Daher urteilt Jan Galandauer: „Man war also noch im Jahre 1922 überzeugt, dass eine Krönung Karls zum König von Böhmen im Jahre 1917 die Errichtung der von Masaryk angestrebten Tschechischen Republik verhindert hätte.“⁶⁹³

⁶⁹² Aide-mémoire Ges. Marek über die Verhandlungen zwischen Dr. Beneš und Dr. Renner, Prag, 10.-12. Jänner 1920, in: ÖStA, NPA Tschechoslowakei geheim, Kart. 415; Protokoll o politických ujednáních, Praha [o. D.], AMZV, Politické zprávy Vídeň, čis. 2-a/1920; Protokoll über die mündlichen Vereinbarungen zwischen Beneš und Renner bezüglich der Publizität der politischen Vereinbarungen, [o. D.], ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 200/1, Kart. 738; vgl. ADÖ 3/410; Ges. Marek an BMfÄ, 19. Februar 1921, AMZV, Politické zprávy Vídeň, čis. 16/1921.

⁶⁹³ *Národní listy* (Praha), 2. April 1922; zitiert nach: GALANDAUER, Der misslungene Kampf, 148.

Wien hielt sich an das Prinzip der Nichteinmischung in Minderheitenfragen. Nachdem im November 1920 die Evakuierung der tschechoslowakischen Legionäre aus Vladivostok abgeschlossen war – der Generalstab war bereits im Juni 1920 in Prag eingetroffen –, stürzten in der zweiten Novemberhälfte Legionäre in Eger und Reichenberg Denkmäler Josephs II., und der „Mob“ in Prag verprügelte und erpresste Deutsche und Juden und stürmte Gebäude des deutschen öffentlichen Lebens in Prag wie das Ständetheater. Franz Kafka, der sowohl die Attacken tschechischer Nationalisten auf das Ständetheater als auch auf jüdische Häuser im früheren Ghetto in der Josephstadt (Josefov) miterlebte, schrieb an seine Freundin und Übersetzerin Milena Jesenská: „Die ganzen Nachmittage bin ich jetzt auf den Gassen und bade im Judenhass.“ Das mittelalterliche jüdische Rathaus wurde unter den Schutz der Botschaft der Vereinigten Staaten gestellt.⁶⁹⁴

Der Ballhausplatz intervenierte weder für die Prager Deutschen noch für die Deutschen in Nordböhmen:

„Da bei den Ereignissen in der Tschechoslowakei [...] weder die Rechte Österreichs noch auch die österr.[eichischer] Staatsbürger verletzt wurden, bietet das intern.[ationale] Recht weder zu einer diplomatischen Intervention bei der tssl. [tschechoslowakischen] Regierung, noch zur Ergriffung von Retorsionsmaßnahmen oder von Repressalien eine Handhabe.“⁶⁹⁵

Die nationale, konfessionelle, soziale und wirtschaftliche Struktur der Tschechoslowakei 1921-1930

Die deutschen und magyarischen Abgeordneten protestierten, als die tschechoslowakische Regierung entschied, in der Volkszählung 1921 nach der „Nationalität“ zu fragen, obwohl darunter die „Stammeszugehörigkeit“ verstanden wurde, „deren äußeres Hauptmerkmal in der Regel die Muttersprache ist“. So wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien 3,061.369 Personen deutscher Nationalität ermittelt, in der Slowakei und der Karpato-Ukraine zusammen 156.636 Deutsche, in der Republik insgesamt 3,218.005. Der Rückgang der Deutschen in den böhmischen Ländern von 3,512.682 in der österreichischen Volkszählung 1910 auf nunmehr 3,061.369 hatte andere Ursachen als die Art der Fragestellung:

- 1) Die Frage nach der Umgangssprache 1910 hatte die Deutschen bevorzugt, die Frage nach der Nationalität 1921 bevorzugte die Tschechen;

⁶⁹⁴ Franz KAFKA, Briefe an Milena (Frankfurt am Main 1986) 286; SAYER, Bohemia, 115, 118, 343; PRINZ, Böhmen und Mähren, 385.

⁶⁹⁵ Ges. Marek an BMfÄ, Prag, 25. November 1920, in: ADÖ 3/468; Arnold SUPPAN, Die außenpolitischen Beziehungen zwischen Prag und Wien 1918-1938, in: Prague Papers on History of International Relations (Prague 1999) 225-228; Manfred ALEXANDER (Hg.), Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918-1938, Teil I: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918-1921 (München – Wien 1983) 350-358; Ferdinand SEIBT, Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas (München – Zürich 1993) 275-277.

- 2) Die Deutschen der böhmischen Länder hatten höhere Kriegsverluste als die Tschechen, was sich auch auf die Geburtenrate nach 1918 auswirkte;
- 3) bald nach Kriegsende wanderten Zehntausende deutsche Beamte und Staatsangestellte nach Österreich ab, junge Rekruten zum Teil nach Deutschland;
- 4) das Gebiet zwischen Teschen und Bielitz gehörte seit 1920 zu Polen, womit auch die in diesem Gebiet lebenden Deutschen an Polen fielen;
- 5) Deutsche in gemischtsprachigen Familien bekannten sich nun teilweise zur tschechischen Nationalität, besonders wenn es ihrem sozialen Aufstieg nützte;
- 6) Deutschen mit Positionen im staatlichen Einflussbereich wurde unmissverständlich vermittelt, dass sie zur tschechoslowakischen Nationalität gehörten;
- 7) Tausende Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekennen wollten, wurden von tschechischen Beamten – angeblich nach objektiven Kriterien, aber gegen ihren Willen – zu „Tschechen“ gemacht;
- 8) die Juden konnten sich 1921 als eigene Nationalität zählen lassen, gaben daher nicht mehr mehrheitlich Deutsch als Nationalität an.⁶⁹⁶

Die US-Historikerin Tara Zahra fand heraus, dass „Tausende von Bürgern, die sich bei der Volkszählung von 1921 als Deutsche registrieren ließen, [...] Verhören, Bußgeldern und Inhaftierungen wegen der illegalen Angabe einer ‚falschen‘ Nationalität unterzogen“ wurden. Zwar waren die Bußgelder relativ gering, meist ein Wochenlohn, und die Inhaftierungen kurz, dennoch wurden „in allen Fällen, in denen Menschen für die Angabe einer falschen Nationalität mit Bußgeldern oder Haft bestraft wurden, erklärte Deutsche zu Tschechen gemacht“. Nach der Volkszählung 1930 stellte sogar eine Untersuchung des tschechoslowakischen Innenministeriums fest, dass Volkszähler in Brünn 1145 Unterschriften gefälscht und weitere 2377 Personen falsch klassifiziert hatten, um den deutschen Einwohneranteil der Stadt knapp unter die 20-Prozent-Marke zu drücken.⁶⁹⁷

Bis zur Volkszählung 1930 nahmen die Deutschen zwar um 100.440 Personen zu, die Tschechen und Slowaken freilich um 936.941, während die Magyaren einen Rückgang von 42.254 Personen verzeichneten. Die gegenüber den Tschechen wesentlich geringere Zunahme der Deutschen erklärte sich einerseits aus dem geringeren Geburtenzuwachs bei den Sudetendeutschen, andererseits aus der Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Sudetendeutchtums. Schließlich wirkte sich auch der Zuzug tschechischer Militärpersonen, Verwaltungsbeamter, Polizei- und Gendarmeriebeamter sowie Post- und Bahnangestellter samt Familien aus, nicht zuletzt Zählpraktiken tschechischer Zählorgane.⁶⁹⁸

⁶⁹⁶ HASSINGER, Tschechoslowakei, 148-152; ZAHRA, Kidnapped Souls, 10.

⁶⁹⁷ ZAHRA, Kidnapped Souls, 107, 121; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 24.

⁶⁹⁸ Dokumentation der Vertreibung IV/1, 7-10; WISKEMANN, Czechs and Germans, 123f. Der Begriff „Nationalität“ wurde nun folgendermaßen definiert: „Die Nationalität wird in der Regel nach der Muttersprache eingetragen. Eine andere Nationalität als jene, für welche die Muttersprache zeugt, kann nur dann eingetragen werden, wenn die gezählte Person ihre Muttersprache weder in der Familie noch im Haushalt spricht und wenn sie die Sprache jener Nationalität vollkommen beherrscht. Juden können jedoch immer die Nationalität einbekennen.“ – Volkszählung in der

Tabelle 4: Die Bevölkerung der Tschechoslowakei nach Nationalitäten 1921 und 1930

Land		Bevölkerung nach Nationalitäten						Gesamt
		Tschecho-slowaken	Deutsche	Magyaren	Ukrainer (Rusini)	Juden	Polen	
Böhmen	1921	4,401.107 (65,97%)	2,230.213 (33,43%)	6.135 (0,09%)	10.506 (0,15%)	12.578 (0,19%)	3.365 (0,05%)	6,670.582
	1930	4,732.070 (66,56%)	2,326.090 (32,72%)	8.214 (0,11%)	16.769 (0,23%)	15.697 (0,22%)	3.563 (0,05%)	7,109.376
Mähren-Schlesien	1921	2,373.608 (71,17%)	831.156 (24,92%)	914 (0,03%)	2.838 (0,08%)	23.121 (0,69%)	100.156 (3,00%)	3,335.152
	1930	2,616.969 (73,40%)	823.730 (23,10%)	3.213 (0,09%)	5.888 (0,16%)	21.396 (0,60%)	89.126 (2,50%)	3,565.010
Slowakei	1921	2,025.003 (67,48%)	145.844 (4,86%)	650.597 (21,68%)	88.970 (2,96%)	73.628 (2,45%)	6.059 (0,20%)	3,000.870
	1930	2,373.054 (71,26%)	154.821 (4,65%)	592.337 (17,79%)	95.359 (2,86%)	72.678 (2,18%)	7.023 (0,21%)	3,329.793
Karpato-Ukraine	1921	19.945 (3,29%)	10.792 (1,78%)	104.177 (17,17%)	375.117 (61,84%)	81.529 (13,44%)	558 (0,09%)	606.568
	1930	34.511 (4,75%)	13.804 (1,90%)	115.805 (15,96%)	450.925 (62,16%)	95.008 (13,09%)	610 (0,08%)	725.357
Tschecho-slowakei	1921	8,819.663 (64,79%)	3,218.005 (23,64%)	761.823 (5,60%)	477.430 (3,51%)	190.856 (1,40%)	110.138 (0,81%)	13,613.172
	1930	9,756.604 (66,24%)	3,318.445 (22,53%)	719.569 (4,89%)	568.941 (3,86%)	204.779 (1,39%)	100.322 (0,68%)	14,729.536

Quellen: Volkszählung in der Čechoslovakischen Republik vom 15. Februar 1921, I. Teil, hg. vom Statistischen Staatsamte (Prag 1924) Tab. X, 83; Volkszählung in der Čechoslovakischen Republik vom 1. Dezember 1930, I. Teil, hg. vom Statistischen Staatsamte (Prag 1934) Tab. 9, 70-80, und Tab. 4, 26-36. In der Volkszählung 1930 wurden auch 32.857 Zigeuner, 14.170 Rumänen und 6.026 Südslawen sowie 7.828 Personen anderer und unbekannter Nationalität gezählt. Von den Einwohnern der Tschechoslowakei besaßen 1930 249.971 Personen eine andere Staatsangehörigkeit, davon 74.248 die polnische, 45.688 die österreichische, 40.174 die deutsche, 32.144 die ungarische, 15.184 die russische (Eimigranten), 9.060 die rumänische, 8.549 die jugoslawische, 3869 die italienische, 2816 die US-amerikanische, 2353 die bulgarische, 1004 die Schweizer, 809 die sowjetische, 746 die französische und 683 die britische; 1528 Einwohner waren Staatsangehörige sonstiger europäischer Staaten, 1169 sonstiger amerikanischer Staaten, 249 sonstiger Erdteile und 9698 Ausländer unbekannter Staatsangehörigkeit.

Čechoslovakischen Republik vom 1. Dezember 1930, I. Teil, hg. vom Statistischen Staatsamte (Prag 1934) XIV.

– Auch fünf Jahre später, im Jahre 1935, waren die Sudetendeutschen im öffentlichen Dienst stark unterrepräsentiert: So stellten sie nur 2 Prozent der höchsten Beamten, 5 Prozent der Offiziere und 10 Prozent der Bediensteten der staatlichen Eisenbahn.⁶⁹⁹

Dennoch hatten 1930 in Böhmen noch immer 90 von 227 Gerichtsbezirken eine deutsche Mehrheit, in Mähren-Schlesien 30 von 106; in 2651 von 8471 Gemeinden Böhmens und in 746 von 3325 Gemeinden Mähren-Schlesiens betrug der Anteil der deutschen Bevölkerung mehr als 50 %. Gab es in Böhmen auch 9 Bezirke, in Mähren-Schlesien 11 Bezirke mit einer deutschen Minderheit von über 20 %, so bildeten die Deutschen in der Slowakei nur in 5 politischen Bezirken eine solche Minderheit. Die Magyaren hatten hingegen noch in 13 politischen Bezirken der Slowakei die absolute Mehrheit, in weiteren 7 Bezirken eine Minderheit von über 20 %.⁷⁰⁰

Die erstmals in ihrer Geschichte territorial abgegrenzte Slowakei umfasste nach dem Friedensschluss von Trianon 1920 49.006 km² und zählte nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1921 3.000.870 Einwohner, darunter bereits 1.952.668 Slowaken (= 65,1 %), aber nur mehr 650.597 Magyaren (= 21,7 %), 145.844 Deutsche (= 4,9 %), 88.970 Ukrainer (= 3,0 %), 73.628 Juden (= 2,4 %), 72.335 Tschechen (= 2,4 %) und 8.035 Roma (= 0,3 %). Zwar war die Zahl der Karpatendeutschen zwischen der ungarischen Volkszählung 1910 und der tschechoslowakischen Volkszählung 1921 von 198.385 (= 6,8%) auf 139.900 (= 4,7 %) zurückgegangen, stieg aber bis 1931 wieder auf 145.844 (= 4,5 %) an. Die Zahl der Deutschen in Pressburg, dem neuen Bratislava, blieb zwar absolut konstant, nahm hingegen prozentuell kontinuierlich ab: 1880 – 31.492 (= 65,5 %), 1910 – 32.790 (= 41,9 %), 1921 – 28.173 (= 30,1 %), 1931 – 35.815 (= 28,9 %).⁷⁰¹

Bereits während des Ersten Weltkrieges waren von tschechischen Intellektuellen Neo-Hussitismus und Freidenkertum verstärkt propagiert worden. Statthalter Graf Coudenhove erkannte durchaus den antiösterreichischen Charakter dieser Strömungen. Ein Vertrauter Masaryks, der Schriftsteller und Publizist Jan Herben, verlangte in einer Artikelserie im Jänner und Februar 1918 in den *Národní Listy*, dass ein unentbehrliches Attribut einer selbständigen Nation eine nationale Kirche sein müsse. Tatsächlich kam es unmittelbar nach dem Umsturz in Prag auch zum Sturz der Mariensäule auf dem Altstädter Ring, darüber hinaus zu Hunderten Schändungen von Kreuzen und Statuen. Der sozialdemokratische Minister für Unterricht und Volksaufklärung, Gustav Habrman, ließ die Kreuze aus den Schulklassen entfernen und den Religionsunterricht einschränken. Auch

⁶⁹⁹ A German Bohemia Deputy, National Minorities in Europe: The German Minority in Czechoslovakia, in: Slavonic and East European Review 4 (1936) 297f.; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 26.

⁷⁰⁰ Čechoslovakische Volkszählung 1930, XLIII; Sudetendeutscher Atlas, 27.

⁷⁰¹ Čechoslovakische Volkszählung 1930, Tab. 5; Lubomír LIPTÁK, Slovakia in the 20th Century, in: Mannová, History, 241-243; Marián HRONSKÝ, The Struggle for Slovakia and the Treaty of Trianon 1918-1920 (Bratislava 2001).

Beschlagnahmungen, Requisitionen und Enteignungen von kirchlichem Besitz nahmen überhand, so etwa im Emaus-Kloster in Prag. Sogar die Mehrheit in der Nationalversammlung agitierte gegen die römisch-katholische Kirche.⁷⁰²

Trotz katholischer Reformbestrebungen und der Neubesetzung der Erzbistümer Prag und Olmütz erfolgte am 8. Jänner 1920 im *Národní dům* in Praha-Smíchov die Gründung der „Tschechoslowakischen Kirche“ (*Církev Československá*). Am selben Nachmittag stimmten 144 katholische Priester für das nationale Schisma. Ihr nationaler und anti-römischer Aufruf löste keineswegs Begeisterungstürme aus, auch nicht bei den Sozialdemokraten und den Agrariern. Ein nicht-katholischer Beobachter ätzte: „Der Umstand, dass die Pfarrer heiraten wollen, ergibt noch lange nicht ein religiöses Programm.“ Lediglich die National-Sozialisten gaben die Losung aus: „Am 6. Juli 1920 treten alle tschechoslowakischen National-Sozialisten aus der Kirche aus!“ Der neue Prager Erzbischof Kordač und der Heilige Stuhl forderten von der tschechoslowakischen Regierung mehr Distanz gegenüber der neuen Kirche und konnten in der Verfassung eine völlige Trennung zwischen Kirche und Staat wie etwa in den USA verhindern.⁷⁰³

Die tschechoslowakische Volkszählung von 1921 ergab gegenüber 1910 größere Verschiebungen hinsichtlich des konfessionellen Bekenntnisses: Der Anteil der Römisch-Katholischen sank in Böhmen von 95,67 auf 78,2 %, in Mähren von 95,42 auf 90,92 %, in Schlesien von 89,53 auf 83,9 %. Die Evangelischen nahmen in Böhmen von 2,62 auf 3,69 %, in Mähren von 2,83 auf 3,23 %, in Schlesien von 9,15 auf 9,62 % zu. Die Tschechoslowakische Kirche umfasste jetzt in Böhmen 6,56 % aller Einwohner, in Mähren 2,32 %, in Schlesien 3,58 %. Die Anteile am israelitischen Religionsbekenntnis gingen in Böhmen, Mähren und Schlesien leicht zurück. Die Anteile der Konfessionslosen stiegen hingegen stark an: in Böhmen auf 9,86 %, in Mähren auf 1,85 %, in Schlesien auf 1,4 %. Der Rückgang der Katholiken war also wesentlich geringer ausgefallen als von ihnen befürchtet; die Mehrzahl der Ausgetretenen trat nicht in die Tschechoslowakische Kirche ein, sondern blieb konfessionslos. Ebenso wie die tschechisch-mährischen und tschechisch-schlesischen Gläubigen blieben die Slowaken, Polen und Deutschen der römisch-katholischen Kirche treu; von den Deutschen in Böhmen blieben 94,24 % römisch-katholisch, von den Deutschen in der gesamten Republik 93,37 %. Die Volkszählung von 1930 ergab für die gesamte Tschechoslowakei nach dem Religionsbekenntnis 10.831.696 römisch-katholische und 22.712 alt-katholische sowie 585.041 griechisch-katholische (überwiegend Rusini) und armenische Gläubige, 297.977 Angehörige der Tschechisch-Brüderlichen Evangelischen Kirche, 132.333 deutsche Evangelische, 46.884 Angehörige des Augs-

⁷⁰² Walter REICHEL, *Die römisch-katholische Kirche und die Tschechoslowakei 1918-1928* (Phil. Diss. Wien 2004) 50-70; Martin SCHULZE WESSEL, *Tschechische Nation und katholische Konfession vor und nach der Gründung des Tschechoslowakischen Nationalstaates*, in: *Bohemia* 38 (1997) 311-327.

⁷⁰³ REICHEL, *Römisch-katholische Kirche*, 81-99, 193.

burger Bekenntnisses in Ostschlesien (überwiegend Polen), 407.558 Angehörige des Augsburgers Bekenntnisses in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine (überwiegend Slowaken und Deutsche), 219.108 Angehörige der Reformierten Kirche in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine (überwiegend Magyaren), 6813 Angehörige der Böhmisches Brüderunität, 5682 Angehörige der Brüderunität (Herrnhuter), 4445 tschechoslowakische Baptisten, 7361 Methodisten, 1597 Angehörige sonstiger evangelischer Denominationen, 145.598 Orthodoxe, 793.385 Angehörige der Tschechoslowakischen Kirche, 1054 Unitarier, 4152 Adventisten, 2694 Angehörige sonstiger christlicher Bekenntnisse, 356.830 Israeliten, 854.638 Konfessionslose sowie 1988 sonstiger und unbekannter Konfessionen.⁷⁰⁴ – Besonders bemerkenswert an dieser Konfessionsstatistik war das Ergebnis des Kirchenkampfes vieler tschechischer Intellektueller gegen die römisch-katholische Kirche: Die Zahl der Konfessionslosen übertraf nun die Zahl der Angehörigen der neuen Tschechoslowakischen Kirche.

Die Tschechoslowakei hatte aus dem Nachlass von Österreich-Ungarn die beste Erbschaft gemacht. Die Nationalökonom Friedrich von Fellner, Ernst Waizner und Friedrich Hertz waren sich zwar nicht einig, ob der nunmehr tschechoslowakische Anteil an der früheren Industrieproduktion Cisleithaniens – je nach Auslegung des Terminus Industrieproduktion und der Anwendung der Dampfkraft als wichtige Kennzahl – 70, 60 oder „nur“ 50 Prozent betragen hatte, dennoch blieb Faktum, dass in der neuen Tschechoslowakei sowohl Industrie, Bergbau und Gewerbe als auch Land- und Forstwirtschaft in beachtlichem Umfang und konkurrenzfähiger Qualität vorhanden waren. Vor allem die industrielle Erbschaft war eine außerordentliche. Sowohl die Glas-, Porzellan-, Textil-, Chemie-, Maschinen-, Papier-, Möbel- und Emailindustrie als auch die Zucker-, Bier- und Malzindustrie besaßen auf dem Weltmarkt eine hohe Wertschätzung. Dass ein Teil dieser Industrien in den mehrheitlich deutschsprachigen Gebieten lag und dass ein Teil der Eigentümer Österreicher oder Deutsche waren, verminderte nicht den Wert der Produktionsanlagen und der erzeugten Güter, im Gegenteil: Über die nunmehr internationalisierten Flüsse Elbe, Oder und Donau funktionierte der Export auf die internationalen Märkte und senkte die Transportkosten. Der tschechoslowakischen Industrie standen im Übrigen bestausgebildete Arbeitskräfte auf mehreren Qualifikationsstufen zur Verfügung, die vielfach im alten österreichischen Schulsystem ausgebildet worden waren, das gerade für den technisch-gewerblichen Bereich mehrere Technische Hochschulen sowie zahlreiche Realschulen und Fachschulen bereitgestellt hatte.⁷⁰⁵

⁷⁰⁴ Volkszählung in der Čechoslovakischen Republik vom 1. Dezember 1930, I. Teil, Tab. 11; REICHEL, Römisch-katholische Kirche, 193-204. Die weitere Austrittswelle bis 1930 hatte allerdings in der Erzdiözese Prag kuriose Folgen: Von den verbliebenen Gläubigen waren jetzt 800.000 Deutsche und nur mehr 650.000 Tschechen.

⁷⁰⁵ Manuel Statistique de la République Tchécoslovaque (Prague 1925) II, 111, 137, zitiert nach: HERTZ, Economic Problem 168-171; O. BUTTER – B. RUMML, Tschechoslovakische Republik (Prag 1921); RUMPLER – SEGER, Soziale Strukturen, Kt. 11.1. – 11.7.; KÁRNÍK, České země 1, 203-205.

Freilich gab es in der Zwischenkriegszeit bemerkenswerte Produktionsrückgänge. So hatte der Kohleverbrauch 1913 in den böhmischen Ländern 14,177.000 t Förderkohle und 15,017.000 t Braunkohle betragen, ein Wert, der erst wieder 1927 erreicht und nur 1929 um ein Viertel übersprungen wurde. Ab 1930 aber wurde die Produktion von 1913 nicht mehr erreicht und betrug 1936 nur mehr 12,442.000 t Förderkohle und 14,519.000 t Braunkohle. Im Jahre 1912 hatte die gesamte Habsburgermonarchie 238.700 t Baumwolle importiert, von denen die spätere Tschechoslowakei mit etwa 75 % der Spindeln Österreich-Ungarns 179.025 t verarbeitet haben dürfte. Aber die Zahl der Baumwollspindeln ging in der Tschechoslowakei zwischen 1920 und 1937 um ein Drittel, von 3,9 auf 2,65 Millionen, zurück und die Zahl der Webstühle in selben Zeitraum um die Hälfte, von 136.891 auf 75.000. Drastische Rückgänge zwischen 1913, 1929 und 1937 hatten auch die Zucker- und die Bierproduktion zu verzeichnen. Noch schlechter erging es der berühmten böhmischen Glas- und Porzellanindustrie, die in den 1930er Jahren auf ein Drittel ihrer Vorkriegsproduktion absank.⁷⁰⁶

Besser erging es nur Industriezweigen, die von der Regierung aus nationalen und militärischen Gründen gefördert wurden. Zwar fiel auch die Förderung von Eisenerz von 2,176.000 t im Jahre 1913 auf 1,808.000 t 1929 und 1,090.000 t 1936, aber die Produktion von Roheisen stieg von 1,237.000 t im Jahre 1913 auf 1,645.000 t 1929 und 1,675.000 t 1937 und die Stahlerzeugung erhöhte sich von 1,257.000 t 1913 auf 2,193.000 t 1929 und 2,315.000 t 1937. In diesen Zahlenentwicklungen sind deutlich die Anstrengungen um Aufrüstung zu erkennen. Auch die Produktion von Maschinen, Chemikalien, Fahrzeugen, Gummiwaren sowie Stiefeln und Schuhen nahm zu, freilich blieben Lücken in den Bereichen Elektrotechnik und Chemie.⁷⁰⁷

Bis in die Gegenwart dauern historiographische Diskussionen an, ob der Prozess der „Nostrifizierung“ zu umfangreichen Vermögensverschiebungen zum Nachteil der Deutschen, Magyaren und Juden in der Tschechoslowakei geführt habe. Das erste Nostrifizierungsgesetz vom 19. Juli 1919 betraf 17 private Eisenbahngesellschaften, das eigentliche Nostrifizierungsgesetz vom 11. Dezember 1919 betraf 235 Unternehmen, und die Nostrifizierung der Banken beruhte auf einer Anordnung des Finanzministeriums vom 13. September 1920. Die Nostrifizierung bedeutete zwar im zeitgenössischen Diskurs Nationalisierung, war aber keine Verstaatlichung wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn nach dem tschechoslowakischen Gesetz mussten Unternehmen, die auf dem Gebiet der Tschechoslowakei Betriebe führten, ihren Firmensitz ebenfalls in die Tschechoslowakei verlegen. Die Nostrifizierung betraf Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, nicht aber Privatunternehmen im Eigentum eines Einzel-

⁷⁰⁶ HERTZ, *Economic Problem*, 170-174; KÁRNÍK, *České země* 1, 197-203; vgl. Walter LEVIT, *Die wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei seit dem Umsturz* (Prag 1936).

⁷⁰⁷ HERTZ, *Economic Problem*, 173f.; vgl. André TIBAL, *La Tchécoslovaquie, étude économique* (Paris 1935).

unternehmers oder einer Familie. Die 235 Industrieunternehmen wiesen ein Aktienkapital von fast zwei Milliarden Kronen aus, sodass es sich ungefähr um ein Drittel des gesamten Industrie- und Handelskapitals der Tschechoslowakei handelte. Finanzpolitischer Hintergrund der Maßnahme war einerseits, dass in Cisleithanien das Unternehmen 80 % der Steuer im Herstellungsland, aber 20 % der Steuer im Land des Unternehmenssitzes gezahlt hatte; andererseits, dass der in der Tschechoslowakei erwirtschaftete Profit auch in diesem Land bleiben sollte. Zusätzlich sollten tschechoslowakische Staatsangehörige eine qualifizierte Mehrheit in den Aufsichtsräten bilden. Schließlich musste nun das Spitzenmanagement, das als wirtschaftliche Elite auch einen wesentlichen Teil der Schicht der Luxuskonsumenten darstellte, ebenso in die Tschechoslowakei umziehen. Hauptgewinner der Nostrifizierung wurde zwar die tschechische *Živnostenská banka*, die 44 % des Aktienkapitals in ihre Einflussphäre brachte, aber an zweiter Stelle rangierte die multinationale Böhmisches Escompte-Bank (*Česká eskomptní banka*) mit 27 % des Aktienkapitals und an dritter Stelle die deutsche Böhmisches Union-Bank (*Česká banka Union*) mit 9 % des Aktienkapitals, noch vor der nunmehr französischen Länderbank, der Anglo-Bank und der Credit-Anstalt.⁷⁰⁸

Vom abrupten Ende des Ersten Weltkrieges und von der Notwendigkeit der Umstellung auf Friedensproduktion waren besonders die Škoda-Werke in Pilsen betroffen, die größte Waffenschmiede der Habsburgermonarchie, die nicht zuletzt durch den 30,5-cm-Mörser weltbekannt geworden war. Abgesehen davon, dass sie bei Kriegsende auf Schulden in Höhe von 398,3 Millionen Kronen und Forderungen von 560,7 Millionen Kronen sitzen blieb, hatte sie während des Krieges riesige Investitionen in den Bau von Rüstungsabteilungen getätigt, für die es nun vorerst keine Verwendung zu geben schien. Aber schon nach wenigen Wochen, als sich im Zuge der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete, der militärischen Auseinandersetzung mit Polen um Teschen, vor allem aber des Krieges gegen Räte-Ungarn um die Slowakei neue militärische Notwendigkeiten ergaben, kamen von Prager Ministerien Weisungen nach Pilsen, die Rüstungsproduktion nicht zu unterbrechen, auch wenn die Bezahlung der neuen Aufträge noch nicht gesichert war. Zur selben Zeit überlegte Frankreich allerdings noch die Beschlagnahme der Škoda-Werke als feindlichen Rüstungsbetrieb, um den von der Tschechoslowakei geforderten „Befreiungsbeitrag“ (eigentlich Reparationen) und die Kriegsschulden für die tschechoslowakischen Legionen sicherzustellen. Die sozialistischen Parteien wiederum verlangten eine Verstaatlichung bzw. Sozialisierung des Konzerns. Der Mehrheitseigentümer, Karel Freiherr von Škoda, der österreichischer Staatsbürger blieb und 1929 in Gaaden bei Wien verstarb, erkannte daher die

⁷⁰⁸ HOLEC, Die Slowaken, 602-609. So verlegten die deutschen, österreichischen und ungarischen Aktionäre den Sitz der chemischen Fabrik Dynamit Nobel AG von Wien nach Pressburg, und die Wiener Dynamit Nobel AG wurde zur Tochtergesellschaft der Pressburger Dynamit Nobel AG mit einem deutschen Mehrheitseigentümer und einer Minderheitsbeteiligung der Pesti Magyar Kereskedelmi Bank. Vgl. Compass 1918-1928; BOYER, Nationale Kontrahenten, 284.

Notwendigkeit, „angesichts der veränderten politischen Verhältnisse“ den alten Verwaltungsrat abzulösen und für den 22. Mai 1919 die außerordentliche Hauptversammlung nicht nach Wien, sondern nach Prag einzuberufen. Nun wurden mehrheitlich tschechoslowakische Staatsbürger in den Verwaltungsrat gewählt, und der Gutsbesitzer Josef Šimonek wurde neuer Generaldirektor. Mit diesem Schritt waren die Škoda-Werke dem am 11. Dezember 1919 im Prager Parlament verabschiedeten Gesetz über die Nostrifikation von Aktiengesellschaften zugekommen.⁷⁰⁹

Die General- und Vertriebsdirektion der Škoda-Werke zog von Pilsen nach Prag-Smíchov in das Verwaltungsgebäude der Vereinigten Maschinenfabrik, vormals Škoda, Ruston, Bromovský und Ringhoffer, und konzentrierte sich auf den Bau von Dieselmotoren, Brückenkonstruktionen, Zuckerfabriken und Brauereien. Karel Škoda verkaufte schon im September 1919 die Mehrheit seiner Aktien an den französischen Rüstungskonzern Schneider et Cie. in Creusot, und die Holdinggesellschaft des Schneider-Konzerns, *L'Union Européenne Industrielle et Financière* in Paris, emittierte neue Aktien, wodurch die französische Beteiligung am Škoda-Konzern auf etwa 60 % stieg. Die neue tschechisch-französische Führung erweiterte die Lokomotivfabrik, errichtete ein Zentrifugenwerk und ein elektrotechnisches Werk und begann in Lizenz Traktoren, Personenkraftwagen, Flugzeugmotoren und Ganzmetallflugzeuge zu produzieren. Durch Fusion mit der Firma Laurin & Klement in Jungbunzlau (Mladá Boleslav) stieg der Škoda-Konzern in die Produktion eigener Automobile ein. Um das Produktionsmonopol an Artilleriewaffen zu erhalten, das vom größten Mitbewerber ČKD (früher Böhmisches-Mährische Maschinenfabrik) in Frage gestellt wurde, schlug Škoda dem Verteidigungsministerium vor, kostenlos zwei große Rüstungsbetriebe im Osten des Landes zu bauen: in Adamov bei Brünn und in Dubnica nad Váhom in der Slowakei; die Geschützfabrik in Dubnica konnte die volle Produktion aber erst 1939 aufnehmen und arbeitete dann für die deutsche Kriegsproduktion.⁷¹⁰

Vor allem mit Krediten der Londoner City und der Pariser Hochfinanz – die der junge Generaldirektor Karel Loevenstein aushandelte – gelang Škoda die Expansion nach Polen, Rumänien, Jugoslawien⁷¹¹, Südafrika, Indien und Singapur. Im erfolgreichsten Geschäftsjahr 1929 bestand der Škoda-Konzern aus mehr als einem Dutzend Produktionsstätten in den Bereichen Metallurgie und Maschinenbau mit einem Aktienkapital von 225 Millionen Kčs, Rücklagen von 620 Millionen Kčs, einem Bilanzwert an Gebäuden, Maschinen und Anlagen von 560 Millionen Kčs, einem Bilanzwert an Grundstücken in Höhe von 65,7 Millionen Kčs sowie

⁷⁰⁹ Vladimír KARLICKÝ, Petr HOFMAN, František JANÁČEK, Antonín KLIMEK, Vladislav KRÁTKÝ, Svět okřídleného šípu. Koncern Škoda Plzeň 1918-1945 (Plzeň 1999) 610-614.

⁷¹⁰ KARLICKÝ, Škoda, 615-619.

⁷¹¹ Škoda lehnte allerdings Mitte der 1920er Jahre das Angebot der jugoslawischen Regierung, die Mehrheit an den Rüstungsbetrieben des Landes zu übernehmen, ab. Nach 1935 wurde der Bau eines Stahlwerks in Zenica in Bosnien samt langfristigen Kredit abgelehnt bzw. von Krupp übernommen. – KARLICKÝ, Škoda, 621.

einem Jahresgewinn von 60 Millionen Kčs. Wurde 1930 noch die Grenze von insgesamt 36.000 Mitarbeitern überschritten, so gab es zum Jahresende 1931 nur mehr 19.050 Arbeiter und 4889 Angestellte. Der Tiefpunkt des Umsatzes wurde aber erst 1933 erreicht, während 1934 die Lieferungen an Rüstungsmaterial an die tschechoslowakische Armee sowie an die verbündeten Armeen in den Staaten der Kleinen Entente wieder zunahmen. Bereits 1936 gab es so viele Rüstungsaufträge, dass Lieferfristen erstreckt werden mussten, wobei die Rüstungsaufträge große Gewinne abwarfen. Mit dem Münchener Abkommen gerieten die Škoda-Werke in Pilsen in strategische Grenznähe, während die Werke in Nürschan und Komotau an das Deutsche Reich fielen, mit dem Ersten Wiener Schiedsspruch die Schiffswerft in Komorn (Komárno) an Ungarn. Nach der Unterzeichnung des tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrags im Mai 1935 vereinbarten die Škoda-Werke mit sowjetischen Partnern den Austausch von Lizenzen einiger Geschütztypen von Škoda für die Lizenz des sowjetischen Bombers B-71. Dieser wurde jedoch ebenso wenig fertiggestellt wie zwei ausgedehnte Rüstungskomplexe in der UdSSR, die freilich nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt unter deutscher Führung weitergebaut wurden.⁷¹²

Tomáš Baťa hatte 1894 gemeinsam mit seinen Geschwistern Anna und Antonín im ostmährischen Kleinstädtchen Zlín einen Schuhmacher-Betrieb registrieren lassen. Mit der Herstellung von Leinenschuhen mit Gummisohlen beschäftigte Baťa um 1900 bereits 120 Schuhmacher und ließ einen Schienenanschluss zur unweit vorbeiführenden Kaiser-Ferdinand-Nordbahn bauen. Nachdem bei Beginn des Ersten Weltkrieges der Export in die Balkanländer und in den Nahen Osten zusammengebrochen war, erhielt Baťa in Wien den Auftrag für 50.000 „Segelschuhe“ aus Leinen zur Verwendung in den Kriegsspitälern. Den eigentlichen Durchbruch erzielte er aber mit der Lieferung von bald 50 Prozent der Soldatenstiefel für die österreichisch-ungarischen Truppen. In den Jahren 1919/20 besuchten Tomáš und Jan die River Rouge Plant von Henry Ford in Detroit und übernahmen vom Ingenieur Frederick Taylor das Wirtschaftsmodell der Zerlegung des Produktionsprozesses in repetitive Arbeitsschritte für Beschäftigte mit geringer Qualifikation, außerdem die Rationalisierung und Fließbandproduktion. Um den Absatz auf den nun internationalen Absatzmärkten anzukurbeln, wurden 1922 die Verkaufspreise der Produkte um 50 und die Löhne um 40 Prozent gesenkt. Billigschuhe avancier-

⁷¹² Der Škoda-Konzern führte Hauptwerke in Pilsen (Stahlwerk, Gießerei, Schmiedewerk, Presswerk, Lokomotivfabrik, Automobilfabrik, Maschinenfabrik, Zahnradfabrik, Präzisionsmechanikwerk, Waffenfabrik), Doudlevice (elektrotechnisches Werk, Brücken- und Blechbearbeitungswerk), Nýřany (Geschoßfüllwerk und Kraftwerk), Bolevec (Schießplatz), Prag-Smíchov (Gießerei und Maschinenfabrik), Königgrätz (Gießerei, Maschinenfabrik, Kesselschmiede, Kupferschmiede), Mladá Boleslav (Automobilfabrik), Hrádek u Rokycan (Stahlwerk und Walzwerk), Brünn (elektrotechnisches Werk), Komárno (Schiffswerft), Dubnica nad Váhom (Geschütz- und Munitionsfabrik), Letňany bei Prag (Flugzeugfabrik AVIA) und Adamov bei Brünn (Eisenbahnbremsen, Munition), weiters Kohlebergwerke, Kalksteinbrüche und Kalkwerke, Kabelwerke, Wohnhäuser für Angestellte und Arbeiter und Grundstücke. – KARLICKÝ, Škoda, 623-627.

ten zum Erfolgsmodell für Baťa. Um den drohenden Unmut der Arbeiterschaft abzufedern, ließ Tomáš Baťa den Arbeitern Wohnsiedlungen, konzern-eigene Spitäler, Schulen, Lebensmittelgeschäfte, Kinos und Sportplätze bauen und ordnete obligatorische Weiterbildung, Sparzwang und Freizeitgestaltung an. František L. Gahura entwarf einen Masterplan für das Werksgelände und die Stadt und ließ von der firmeneigenen Bauabteilung für sämtliche Neubauten das „Baťa-Skelett“ realisieren, das auf einem Konstruktionsraster von 6,15×6,15 Metern beruhte und bei Werkshallen, Bürobauten und kommunalen Gebäuden zur Anwendung kam. Auf den Hügeln rings um das Stadtzentrum und die Fabrik entstanden seit Mitte der zwanziger Jahre neue Wohnquartiere mit streng kubischen, von Gärten umgebenen Kleinhäusern aus Backstein, die bis zu vier separate Wohnungen mit jeweils eigenem Eingang enthielten. Zlín wuchs zu einer funktionalistisch gestalteten Industriestadt mit mehr als 40.000 Einwohnern an. Im Jahre 1932, als Tomáš Baťa nach dem Start mit seiner dreisitzigen De Havilland vom firmeneigenen Flugplatz einen Fabrikschlot ramnte und tödlich verunglückte, produzierte er mit seinen 18.200 Arbeitskräften in ca. 80 europäischen, amerikanischen und asiatischen Produktionsstätten bereits 144.000 Paar Schuhe pro Tag. Gerade die Weltwirtschaftskrise hatte den Konzerngründer zur Globalisierung gezwungen.⁷¹³

Die Arbeitsbedingungen hatten sich in der Tschechoslowakei insgesamt deutlich verbessert, da die neue Republik unter anderem die gesetzliche 8-Stunden-Arbeitszeit einführt und die Kranken- und Unfallversicherung ausbaute. In die Krankenversicherung wurden auch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die Heimarbeiter und die häuslichen Arbeitskräfte aufgenommen, in die Unfallversicherung die Bergarbeiter; die Eisenbahnangestellten und -arbeiter sowie die Arbeiter in den staatlichen Tabakfabriken erhielten jedoch eigene, generell bessere Versicherungen. Die Gesamtzahl der Arbeiter in der Tschechoslowakei erreichte im Jahre 1929 mit 2.506.200 Männern und Frauen ihren Höchststand; gleichzeitig wurden 347.146 Männer und Frauen als Angestellte bezahlt. Die Löhne in der Tschechoslowakei gehörten mit zu den höchsten in Europa. In der Weltwirtschaftskrise fiel aber die Zahl der Arbeiter bis 1934 auf 1.879.000 Personen, also um 25 %, wobei die Zahl der Industriearbeiter noch stärker zurückging. Im Jahre 1929 hatten die Arbeitsämter erst 42.000 Arbeitslose registriert, 1933 bereits die enorme Zahl von 920.182, 1936 noch immer 621.019. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug 1933 nicht mehr als 248.000 Personen, die vom Staat 535.000 Kčs, von den Gewerkschaften 137.000 Kčs bekamen. Kein Wunder, dass seit 1930 der Fleisch-, Fett- und Tabakkonsum deutlich zurückging.⁷¹⁴

⁷¹³ Hubertus ADAM, Janusgesicht der Moderne. Die Baťa-Stadt Zlín – ein funktionalistisches Baudenkmal von Weltrang in Südmähren, in: NZZ, 16. Januar 2010, 21; Ralph BOLLMANN, Die Schumacher und ihre 80 Fabrikstädte, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14. August 2011, 32.

⁷¹⁴ HERTZ, Economic Problem, 175-181. Vgl. Boris TRČKA, Soziale Lasten als Kostenfaktor (Prag 1933). In der Volkszählung 1930 gaben 4.283.000 Personen an, Arbeiter zu sein, während in der Krankenversicherung 1929 nur 3.421.000 Personen gemeldet waren. Offensichtlich gab es

Die Produktions- und Exportrückgänge in der Weltwirtschaftskrise trafen vor allem die mehrheitlich deutschsprachigen Territorien, sodass im Sudetenland nach 1930 von „Industriefriedhöfen“ gesprochen wurde. Der Ruin von ganzen Industriezweigen schuf unter der deutschen Bevölkerung große Arbeitslosigkeit und erzeugte große Bitterkeit, die zweifellos maßgeblich die „Sudetendeutsche Heimatfront“ und bald auch die NS-Bewegung unter den Sudetendeutschen förderte. Friedrich Hertz ging in seinem Urteil sogar noch weiter:

„It may be recalled that the German districts were much more severely hit by unemployment than the Czech, because they were much more industrialised. The figures quoted reveal one of the most important causes of the political unrest in Czechoslovakia which led to the disastrous Munich Agreement, to the Second World War, and to the later mass expulsions of Sudeten Germans from Czechoslovakia.“⁷¹⁵

Eine wesentlich günstigere Entwicklung hatte das Aktienkapital zu verzeichnen. Betrug das gesamte Aktienkapital der tschechoslowakischen Industrie- und Handelsunternehmen im Jahre 1926 7987 Millionen Kronen, so stieg es bis 1930 auf 9095 Millionen Kronen und bis 1936 auf 10.499 Millionen Kronen. Damit übertraf die jährliche Zunahme sogar den Anstieg zur Zeit der Habsburgermonarchie. Allerdings erlitten die Geschäftsbanken durch die Weltwirtschaftskrise bei den Aktien einen Verlust von etwa einem Drittel, bei den Spareinlagen von etwa 10 %. Daher mussten sie auch ihre Darlehen von 24.911 Millionen Kronen im Jahre 1929 auf 16.384 Millionen Kronen im Jahre 1933 zurücknehmen. Die Sparkassen, die ihre Einlagen zwischen 1922 und 1930 mehr als verdoppelt hatten, konnten hingegen ihren hohen Level auch in der Weltwirtschaftskrise halten. Und der Goldwert der tschechoslowakischen Krone war 1936 bereits um 30 % niedriger als 1929.⁷¹⁶

In den Regionen der Tschechoslowakei ging die von der Land- und Forstwirtschaft lebende Bevölkerung zwischen den Volkszählungen von 1910 und 1930 um 605.000 Personen oder 10,6 Prozentpunkte zurück. In den böhmischen Ländern war dieser Rückgang noch höher (absolut: 759.000 Personen oder 21,8 Prozentpunkte), während in der Slowakei dieser Bevölkerungsteil nach 1918 wieder zunahm. Dennoch produzierten die böhmischen Länder im Durchschnitt der Jahre 1935-1937 um 50 % mehr Weizen als im Durchschnitt der Jahre 1911-1913 und machten sich unabhängig von der Weizeneinfuhr aus Ungarn. Diese deutliche Produktionssteigerung war maßgeblich auf den gesteigerten Einsatz von Maschinen und Kunstdünger zurückzuführen, die in den böhmischen Ländern selbst erzeugt wurden. Auch der Kartoffelanbau – vor allem forciert von den Kleinbauern – nahm um etwa 50 % zu, während der Gersten- und Zuckerrübenan-

Hunderttausende Wanderarbeiter, die in die böhmischen Provinzen einpendelten (vor allem slowakische Saisonarbeiter) oder in die benachbarten Regionen Sachsen, Schlesien, Österreich und Bayern auspendelten.

⁷¹⁵ HERTZ, Economic Problem, 177.

⁷¹⁶ HERTZ, Economic Problem, 185-189.

bau bewusst zurückgenommen wurde. Die staatliche Förderung des Weizen- und Kartoffelanbaus stand in den 1930er Jahren durchaus auch im Zusammenhang mit militärischen Überlegungen. Die Besitzstruktur war ausgewogener als im übrigen Ostmitteleuropa, da nach der Agrarreform die Bauern mit bis zu 10 ha Grundbesitz 43 % des bebaubaren Landes (Äcker, Weingärten, Gärten, Wiesen und Weiden, aber keine Wälder) besaßen, die Bauern mit Höfen zwischen 10 und 50 ha 38 % und der Großgrundbesitz über 100 ha nur mehr 16 %. Obwohl der durchschnittliche Bauernhof nur 17,37 ha umfasste, wurden im Jahr pro ha 98,26 Mann-Arbeitstage aufgebracht und ein soziales Einkommen von 389,30 Goldfrancs pro ha erzielt. – Zum Vergleich: In Österreich erwirtschaftete der durchschnittliche Bauernhof von 29,67 ha bei 69,69 Mann-Arbeitstagen nur 223,02 Goldfrancs pro ha; aber der Schweizer Bauer mit einer durchschnittlichen Hofgröße von 14,66 ha und einem Arbeitseinsatz von 73,0 Mann-Tagen erwirtschaftete mit 778,60 Goldfrancs pro ha genau den doppelten Ertrag des tschechoslowakischen Bauern.⁷¹⁷

Tabelle 5: Die soziale Schichtung der tschechoslowakischen Staatsangehörigen nach Berufsgruppen und Nationalität 1930 (absolut und in %)

Berufsgruppen	Tschechen und Slowaken	Deutsche	Magyaren	Rusini (Ukrainer)	Juden	Polen
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,354.965 34,63%	744.346 23,03%	441.262 63,77%	450.834 82,09%	24.476 13,11%	13.259 16,22%
Industrie und Produktionsgewerbe	3,330.648 34,38%	1,469.756 45,48%	117.094 16,92%	33.804 6,16%	41.465 22,22%	45.401 55,55%
Handel, Geldwesen und Verkehr	1,293.400 13,35%	417.027 12,90%	44.508 6,43%	14.648 2,67%	86.786 46,50%	7.389 9,04%
Öffentlicher Dienst, Freie Berufe und Militär	646.219 6,67%	170.118 5,26%	35.060 5,07%	17.224 3,14%	13.234 7,09%	2.705 3,31%
Häusliche und persönliche Dienste	121.693 1,26%	47.245 1,46%	5.718 0,83%	1.917 0,35%	1.146 0,61%	901 1,10%
Sonstige Berufe und Personen ohne Berufsangabe	941.845 9,72%	383.196 11,86%	48.281 6,98%	30.742 5,60%	19.535 10,47%	12.082 14,78%
Gesamt	9,688.770	3,231.688	691.923	549.169	186.642	81.737

Quelle: Volkszählung der Čechoslovakischen Republik vom 1. Dezember 1930, hg. vom Statistischen Staatsamte, II. Teil: Beruf der Bevölkerung (Prag 1935) Tab. 1. In den einzelnen Berufsgruppen sind Berufstätige, mithelfende Familienmitglieder, Angehörige ohne eigenen Beruf und Hausdienerschaft der Selbständigen, Pächter, Beamten, Bediensteten, Arbeiter, Lehrlinge und Tagelöhner zusammengefasst

⁷¹⁷ HERTZ, Economic Problem, 103-113, 124f.; vgl. O. S. MORGAN, Agricultural Systems of Middle Europe, a Symposium, 1939, in: Royal Institute of International Affairs (ed.), South-Eastern Europe, a Political and Economic Survey (London 1939); International Agricultural Institute (ed.), Compatibilité agricole (1932).

Das Nationaleinkommen aller Regionen der späteren Tschechoslowakei dürfte 1913 etwa 8,8 Milliarden Kronen betragen haben. Der tschechoslowakische Finanzminister Professor Engliš sprach in seiner Budgetrede für das Jahr 1927 von einem Nationaleinkommen von 60 Milliarden Kčs, was etwa 9 Milliarden Goldkronen entsprochen hätte, nach den Preisen von 1913 aber nur 7 Milliarden Goldkronen. Allerdings waren in die Berechnungen von Engliš die Gehälter der Staatsangestellten in Höhe von 6 Milliarden Kčs und die Mieten für Häuser und Wohnungen nicht eingerechnet, und Wirtschaftsminister Hotovec schätzte für 1926/27 ein Nationaleinkommen von 76 bis 83 Milliarden Kčs. Der Minister für soziale Wohlfahrt, Nečas, erwähnte freilich 1935 im Parlament, dass das Nationaleinkommen seit 1929 von 80 auf 50 oder 40 Milliarden Kčs zurückgegangen sei. Das hätte bedeutet, dass das Nationaleinkommen der Tschechoslowakei im Jahre 1937 niedriger gewesen wäre als in allen ihren Regionen im Jahre 1913.⁷¹⁸

Die Sudetendeutschen konnten sich in der Ersten Tschechoslowakischen Republik auf ein breit aufgestelltes und tief differenziertes Schulwesen stützen. Nach einer Statistik des Prager Unterrichtsministeriums aus dem Jahre 1927 gab es 9589 Volksschulen mit tschechischer bzw. slowakischer Unterrichtssprache, 3301 mit deutscher, 838 mit ungarischer, 544 mit rusinischer und 87 mit polnischer; der Anteil der deutschen Schulen lag also nur knapp unter dem deutschen Bevölkerungsanteil aus dem Jahre 1921. Während die deutschen Schutzvereine die Aufrechterhaltung der deutschen Schulen forderten, verlangten die lokalen tschechischen Schulbehörden die Schließung „unnützer“ deutscher Schulen. Auf der Sekundarstufe gab es über 70 deutsche Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen und Lehrerbildungsanstalten, etwa 30 Handelsakademien und Handelsschulen, mehr als ein Dutzend Landwirtschafts- und Haushaltungsschulen, sowie über 50 Fach- und Gewerbeschulen, vor allem für Textil-, Glas- und Keramikbearbeitung. Auf der tertiären Ebene gab es die Deutsche Universität in Prag, je eine Deutsche Technische Hochschule in Prag und Brünn, eine Deutsche Akademie für Musik und Darstellende Kunst in Prag, zwei deutsche Malereiklassen an der Tschechischen Kunstakademie in Prag und die Deutsche Landwirtschaftliche Hochschule in Tetschen-Liebwerd. Daneben gab es eine Reihe wissenschaftlicher Gesellschaften und Vereine in Prag, Brünn, Reichenberg und Troppau, sowie zahlreiche Museen und Bibliotheken.⁷¹⁹

Neben der Sprachen- und Beamtenfrage führte die Bodenreform in der Tschechoslowakei zu den nachhaltigsten Auseinandersetzungen – sowohl zwischen Tschechen und Deutschen als auch zwischen Slowaken und Magyaren. Sie barierte auf vier Gesetzen:

⁷¹⁸ HERTZ, *Economic Problem*, 208-212; vgl. *The Bulletin of the National Bank of Czechoslovakia*, No. 147 (Prague 1939).

⁷¹⁹ *Sudetendeutscher Atlas*, 49-51; ZAHRA, *Kidnapped Souls*, 113-115; Andrej TOŤH – Lukáš NOVOTNÝ – Michal STEHLÍK (Hgg.), *Národnostní menšiny v Československu 1918-1938* (Praha 2012) 468.

- 1) auf dem Sequestrationsgesetz vom 9. November 1918, das in den böhmischen Ländern den Verkauf und die Aufnahme von Hypotheken auf Großgrundbesitz untersagte;
- 2) auf dem Bodenenteignungsgesetz vom 16. April 1919, das alle Besitzer von Gütern über 150 ha Anbaufläche und über 250 ha Wald, Wiesen und anderem Land betraf; der „Überschuss“ fiel in die Kategorie des zur Neuverteilung bestimmten Bodens.⁷²⁰
- 3) auf dem Landzuteilungsgesetz vom 30. Jänner 1920, nach dem die Kleinbauern allen anderen Gesuchstellern nach Zuteilung von Ackerland bevorzugt werden sollten;
- 4) auf dem Schadenersatzgesetz vom 8. April 1920, nach dem die Ablösungspreise für das konfiszierte Land nach den Durchschnittswerten der Jahre 1913-1915 festgelegt wurden.⁷²¹

Die Bodenreform sollte einerseits die während des Dreißigjährigen Krieges in den böhmischen Ländern durch Enteignung „tschechischer Adelsgüter“ zu Besitz gekommenen Großgrundbesitzer treffen – als „Wiedergutmachung für den Weißen Berg“ –, andererseits dem sozialpolitischen Druck der Klein- und Mittelbauern entgegenkommen, der besonders von der Agrarpartei, aber auch von der sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichsozialen Partei vertreten wurde. Der mächtige Obmann der Agrarpartei, Innenminister Antonín Švehla, argumentierte vor der Nationalversammlung:

„Es ist eines der größten Gesetze nicht nur in einer Zeit, in der wir tagen, sondern – ich bin überzeugt – auch für die Zukunft. Ich habe um das Wort gebeten, um auf die Wichtigkeit hinzuweisen. Wir haben hier eine Schuld getilgt, durch die wir belastet waren und die wir nun ausgeglichen haben: Eine Schuld gegenüber der Nation, gegenüber der Geschichte. Ebenso stoßen wir eines der größten sozialen Probleme an, das auf uns wartet und das uns aufgegeben wurde, damit wir es lösen.“⁷²²

⁷²⁰ HASSINGER, Tschechoslowakei, 375-378. Wie in Österreich wurde auch in der Tschechoslowakei – nicht jedoch in Polen und Ungarn – die ehemalige Herrscherfamilie Habsburg-Lothringen sogleich enteignet (in Böhmen 34.700 ha, in Mähren 11.500 ha). Das galt auch für die drei damals noch minderjährigen Waisenkinder des in Sarajevo ermordeten Thronfolgerpaars, zwei Herzöge und eine Herzogin von Hohenberg. Ihr sämtliches in Böhmen befindliches Eigentum (12.600 ha), einschließlich des Schlosses Konopischt (Konopište), wurde verstaatlicht, sie selbst wurden mit je fünf Kilogramm Gepäck aus der Tschechoslowakischen Republik ausgewiesen. – SANDGRUBER, Agrarstatistik, 234f.; Dr. Georg Hohenberg, Franz Ferdinands Enkel repliziert, in: Die Presse, 30. Jänner 2010, 30.

⁷²¹ Vgl. Josef PEKAŘ, *Omyly a nebezpečí pozemkové reformy* (Praha 1923); DERSELBE, *Irrtümer und Gefahren der Bodenreform* (Prag 1923). Jan VOŽENÍLEK, *Předběžné výsledky pozemkové reformy*, 2 Bde. (Praha 1930-1932); Ivo FROLEC (Hg.), *Československá pozemková reforma 1919-1935 a její mezinárodní souvislosti* (Uherské Hradiště 1994); REICHEL, *Römisch-katholische Kirche*, 117. Für Ferdinand PEROUTKA, *Budování státu*, 2. Bd., 563f., war die Bodenreform nach dem staatlichen Umsturz 1918 und dem Beschluss der Verfassung 1920 die dritte Säule der tschechoslowakischen Revolution.

⁷²² www.psp.cz/eknih/1918ns/ps/stenprot/046schuz/s046012.htm, zitiert nach: REICHEL, *Römisch-katholische Kirche*, 118.

Das von der tschechoslowakischen Regierung eingerichtete „Staatliche Bodenamt“ (*Státní pozemkový úřad*) – dem bis 1926 der ehemalige Reichsratsabgeordnete und Leiter des Kriegsgetreideinstituts, Dr. Karel Viškovský, vorstand, nach seiner Ernennung zum Minister Ing. Jan Voženílek – hatte die gesamte Bodenreform zu administrieren und sollte bis zu seiner Auflösung im Jahre 1937 allein in den böhmischen Ländern die Neuverteilung von 4 Millionen ha – immerhin 29 % des gesamten Staatsgebietes – durchführen. Allerdings wurden im Verlauf der Zwischenkriegszeit 1,831.920 ha des beschlagnahmten Landes nach und nach aus der Bodenreform ausgeklammert und den ursprünglichen Besitzern zurückgestellt, so dass letzten Endes „nur“ 1,800.782 ha, davon 868.601 ha Ackerland, zur Verteilung kamen, während 717.985 ha Wald ins Staats- bzw. Gemeindeigentum übernommen wurden. Die umworbenste Maßnahme war die Verteilung von 2291 sogenannten „Restgütern“, die um Schlösser und Gutshöfe erhalten werden mussten, die insgesamt 226.306 ha umfassten, daher eine Durchschnittsgröße von 100 ha (85 ha Ackerland, 15 ha Wald) aufwiesen. Diese zum Teil in den Grenzgebieten situierten Restgüter wurden überwiegend loyalen tschechischen Bürgern zugeteilt – Güterbeamten, Legionären, nationalbewussten Landwirten, „Widerständlern“. Während mit dieser Maßnahme ein ökonomisch starkes (tschechisches) Mittel- und Großbauerntum geschaffen wurde, brachte die Verteilung von 789.803 ha an 638.182 Kleinbauern keine wirtschaftlich effizienten Bauernwirtschaften hervor.⁷²³

Obwohl die Prager Bodenreform etwa 40 Prozent des „deutschen Großgrundbesitzes“ (der vor 1918 etwa 1,5 Millionen Hektar umfasst hatte) betraf, wurde sie von österreichischen Regierungsstellen nur in einigen Einzelfällen – wie der Causa der Erben des Erzherzogs Franz Ferdinand, der Herzöge von Hohenberg – hinterfragt. Der „deutsche“ Großgrundbesitz – vor allem Jan Nepomuk Fürst Schwarzenberg (Krumau/Český Krumlov, Wittingau/Třeboň, Frauenberg/Hluboká, Postelberg/Postoloprty), Franz Josef Prinz von und zu Liechtenstein (Lundenburg/Břeclav, Eisgrub/Lednice, Feldsberg/Valtice, Sternberg/Šternberk, Jägerndorf/Krnov, Kostelec), Josef Graf Colloredo-Mannsfeld (Dobříš, Opočno, Zbiroh), Adolf Graf Waldstein (Gitschin/Jičín, Münchengrätz/Mnichovo Hradiště), Franz Graf Clam-Gallas (Reichenberg/Liberec, Friedland/Frýdlant), Karl Graf Buquoy (Nové Hradý), Karl Fürst Schwarzenberg (Orlík), Albert Maria Fürst Thurn und Taxis (Rychmburk, Leitomischl/Litomyšl), Franz Josef Graf Auersperg (Dolní Kralovice, Žleby, Nasavrky), Hugo Graf Salm-Reifferscheidt (Blansko), Franz Graf Harrach (Groß-Meseritsch/Velké Meziříčí), Jaroslav Graf Thun-Hohenstein (Tetschen/Děčín), Leopold Graf Podstatzky-Lichtenstein (Telč) – verlor durch die Bodenreform 640.000 ha und behielt 875.000 ha, davon immerhin 250.000 ha im tschechischen Sprachgebiet. Im deutschen Sprachgebiet wechselten 123.000 ha

⁷²³ TEICHOVA, Wirtschaftsgeschichte, 31f. Nach HERTZ, Economic Problem, 114, wurden in den böhmischen Ländern bis Jahresende 1936 867.160 ha bebaubares Land an 638.994 neue Besitzer verteilt.

Ackerland den Besitzer; davon erhielten 31.000 ha deutsche Pächter, 15.000 ha ortsansässige tschechische Pächter und 7.200 ha tschechische Neusiedler.⁷²⁴

Auf Grund der Bodenreform ist es nachvollziehbar, dass der böhmische und mährische Adel mehrheitlich keine Sympathie für die Prager Regierung hatte. Die bekannteren Familien beschwerten sich auch über die Auflösung der alten Familien-Fideikomisse am 24. Juni 1924. Nur relativ wenige böhmische Adelige unterstützten den neuen Staat und mutierten zu begeisterten Tschechen. Neuerlich ging der Streit quer durch alle Familien, auch durch die Familie Sachsen-Coburg-Gotha-Koháry. Während etwa der Graf Kinsky keine Steuern bezahlte, wurde ein Graf Kolowrat Staatssekretär im Handelsministerium.⁷²⁵

Da auch die Schwächung des Großgrundbesitzes der römisch-katholischen Kirche zu den nationalpolitischen Zielen der Bodenreform gehörte, erlitten die größten Verluste eindeutig die Erzbistümer Prag, Olmütz und Esztergom (hinsichtlich seiner Besitzungen in der Slowakei) sowie eine Reihe von Orden und Kongregationen. Auffallend war hiebei die durchaus unterschiedliche Behandlung der Bistümer und Orden, die mit nationalpolitischer Motivation nicht erklärt werden kann. So verlor die mehrheitlich tschechische Erzdiözese Prag von ihren 23.737 ha in Böhmen immerhin 4553 ha (= 19,18 %), die mehrheitlich tschechische Erzdiözese Olmütz von ihren 46.514 ha in Mähren-Schlesien auch noch 5053 ha (= 10,86 %), während die deutsche Diözese Breslau von ihren 33.795 ha Grundbesitz in Mähren-Schlesien nur 339 ha (= 1 %) einbüßte. Verlor der (deutsche) Orden der Malteser Ritter allein in Böhmen vom Gesamtbesitz im Ausmaß von 5287 ha 3662 ha (= 69,26 %), so musste der Deutsche Ritterorden von seinem Besitz in Mähren-Schlesien im Ausmaß von 24.556 ha lediglich 1440 ha (= 5,86 %) abgeben. Der Orden der (tschechischen) Prämonstratenser auf dem Strahov in Prag verlor von 8833 ha immerhin 2107 ha (= 23,85 %), der Orden der (deutschen) Prämonstratenser in Tepl von 9462 ha lediglich 1812 ha (= 19,15 %). Die Zisterzienser von Hohenfurth in Südböhmen wurden besser behandelt als die Zisterzienser von Osek in Nordböhmen, die Benediktiner in Břevnov besser als die Benediktiner in Braunau, der Orden der Kreuzherren mit dem roten Stern in Prag besser als der Orden der Piaristen, das Kollegiatskapitel Hl. Peter und Paul auf dem Vyšehrad besser als das Metropolitankapitel Hl. Veit in Prag. Bei der

⁷²⁴ Auch Großgrundbesitzer aus ehemaligen tschechischen Geschlechtern – wie die Grafen Czernin, die Grafen Kinsky, die Fürsten Lobkowitz und die Grafen Sternberg – verloren Tausende Hektar. – KÁRNÍK, *České země* 3, 673-704; REICHEL, *Römisch-katholische Kirche*, 117f.; SEIBT, *Deutschland und die Tschechen*, 279-282. Bei einer Unterredung Ende Jänner 1924 in Lány machte Professor Redlich den Präsidenten Masaryk auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Schlösser aufmerksam, die durch die Bodenreform herrenlos würden. Masaryk versprach, darüber mit dem Ministerpräsidenten Švehla zu sprechen. – REDLICH, *Schicksalsjahre II*, 627f.

⁷²⁵ CZERNIN, *Böhmen*, 53f.; Rudolf JUNG, *Die Tschechen. Tausend Jahre deutsch-tschechischer Kampf* (Berlin 1937) 75f. Hingegen sieht Joachim von PUTTKAMER, *Die tschechoslowakische Bodenreform von 1919: Soziale Umgestaltung als Fundament der Republik*, in: *Bohemia* 46/2 (2005) 315-342, keine „systematische Benachteiligung“ der deutschen Großgrundbesitzer.

Verteilung der Kirchengüter wurden eindeutig Einrichtungen bzw. Personen bevorzugt, die zu den Kirchengegnern zählten, wie etwa der tschechisch-nationale Turnverein *Sokol* oder ehemalige Legionäre. Als das Bodenamt von der Erzdiözese Olmütz die Überlassung vom etwa 60 % der erzbischöflichen Wälder verlangte, ersuchte Erzbischof Prečan den Obmann der Tschechoslowakischen Volkspartei, Msgr. Jan Šrámek, einen Freund seit Jugendtagen, um Unterstützung. Šrámek intervenierte als Minister für Gesundheit und Sport beim (lutherischen) Landwirtschaftsminister Milan Hodža und konnte Prečan bald beruhigen: Das Bodenamt sah von einer Übernahme der Wälder ab.⁷²⁶

Gegen die Bodenreform sandten allein zwischen Februar 1921 und März 1925 Angehörige der deutschen Minderheit zehn Petitionen und Memoranden nach Genf. Einige von ihnen waren von zahlreichen Vereinen, Städten, Gemeinden und Pfarrämtern mitunterzeichnet. Tatsächlich untersuchte die Minderheitenabteilung des Völkerbundes, ob bei der Realisierung der Reform der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz respektiert worden oder ob es unter dem Vorwand wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen nicht womöglich zu ungerechten Enteignungen mit dem Ziel gekommen war, der deutschen Minderheit wirtschaftliche Potentiale zu entziehen. Das Dreierkomitee unter Lord Cecil forderte am 27. September 1922 die Tschechoslowakei und Beneš persönlich auf, die für den 1. Jänner 1923 vorgesehene Enteignung der Großgrundbesitzer zu verschieben, was Beneš mit der nicht gerade logischen Begründung ablehnte, dass die tschechoslowakischen politischen Parteien die Bodenreform als nationales Programm betrachteten, welches in keinem Zusammenhang mit Minderheitenfragen stehe. – Die Frage drängt sich auf: Womit sonst? – Im Dezember 1923 legte die Geschäftsstelle der Deutschen Landwirtschaft für Böhmen, Mähren und die Slowakei eine umfangreiche Petition vor, die von Eugen Graf Ledebur-Wicheln vertreten wurde, der auch Kontakt mit dem Pariser Rechtsanwalt René Brunet aufnahm. Dieser erhielt umfangreiches Material, das er dem Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, Erik Colban, übergab. In seinen Verhandlungen mit Beneš und seinen Mitarbeitern im Prager Außenministerium im April 1925 ging es vor allem um die Enteignung ohne Entschädigung nach Artikel 9 des Gesetzes vom 16. April 1919 (betreffend Personen, die sich während des Krieges gegenüber dem tschechoslowakischen Volk gröblich verhalten hatten) und um die Preisgestaltung für die enteigneten Güter.⁷²⁷

Wie eng Bodenreform und direkte Enteignung zusammenhingen, veranschaulichen Petitionen aus den nordwestböhmisches Kurorten Karlsbad (Karlovy Vary),

⁷²⁶ SÚA, SPÚ, Kt. 627, 22.276/27, Beilage, zitiert nach: REICHEL, Römisch-katholische Kirche, 124-136; KÁRNÍK, České země 3, 705-712. Vergleicht man lediglich den Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche, so standen die Benediktiner von Braunau an der Spitze, vor der Erzdiözese Olmütz, den Malteser Rittern, dem Metropolitankapitel Hl. Veit in Prag, der Erzdiözese Prag und den Prämonstratensern von Tepl.

⁷²⁷ FERENČUHOVÁ, Schutz, 141-144; vgl. Mark CORNWALL, „National Reparation“? The Czech Land Reform and the Sudeten Germans 1918-1938, in: *The Slavonic and East European Review* 75/2 (1997) 259-280.

Marienbad (Mariánské Lázně) und Franzensbad (Františkovy Lázně). Ursprüngliches österreichisches Eigentum war auf die Tschechoslowakische Republik übergegangen, wie etwa die St. Joachimsthaler Bäder. Als diese auch das Radium Palace Hotel erwarb, wechselte sie das gesamte deutsche Personal gegen tschechisches aus. „Massenentlassung und Ersetzung durch die Mehrheitsnationalität“ stellten nach Meinung der Minderheitenabteilung des Völkerbundes eine evidente Verletzung des Minderheitenvertrages dar. Bürgermeister der nordwestböhmisches Kurstädte ließen eine Nationalitätenanalyse ihrer Besucher anstellen und führten den Nachweis, dass in Karlsbad und Franzensbad die Tschechen nur 30 Prozent der Gäste ausmachten. Dennoch übernahm der Staat auf Weisung des Prager Bodenamtes auch die Quellen und Badehäuser in Marienbad in eigene Verwaltung und setzte die Enteignung des Grundbesitzes des Prämonstratenserklosters Tepl (Teplá) fort. Abt Dr. Gilbert Helmer wandte sich Anfang Februar 1926 telegraphisch an den Völkerbund, Rechtsanwalt Brunet protestierte direkt bei Colban. Das Völkerbundsekretariat leitete ein „Dringlichkeitsverfahren“ ein, aber auch Beneš reagierte schnell: Bereits am 16. Februar informierte der tschechoslowakische Gesandte in Genf, Ferdinand Veverka, Colban, dass die Angelegenheit des Klosters Tepl vor dem Obersten Verwaltungsgericht der Tschechoslowakei verhandelt werde, weshalb jede internationale Regelung verfrüht wäre. Die Prager Regierung wollte das gesamte Eigentum in eine Aktiengesellschaft überführen, an der der Staat zu zwei Drittel, das Kloster zu einem Drittel beteiligt sein sollten. Unter Beobachtung des Völkerbundes wurde schließlich doch ein Kompromiss gefunden.⁷²⁸

Bereits im Juni 1919 hatte das tschechoslowakische Ackerbauministerium die fürstlich-liechtensteinische Hofkanzlei in Wien ersucht, eine Zusammenstellung über die Art des Erwerbs des fürstlichen Besitzes in der Tschechoslowakei vorzulegen. Noch im selben Monat erstellte der Archivar des Liechtensteinischen Hausarchivs eine „Erwerbungs-geschichte der fürstlich Liechtenstein'schen Herrschaften und Güter im Gebiete des tschechoslowakischen Staates“ und listete 24 Herrschaften mit insgesamt 160.000 ha auf, von denen 124.000 ha auf Forstwirtschaft und 36.000 ha auf Landwirtschaft entfielen. Fürst Johann II. von und zu Liechtenstein richtete im September 1919 ein Schreiben an den Ministerrat der Tschechoslowakischen Republik, in dem er auf „jene Rechtstatsachen“ hinwies, welche aus seiner souveränen Stellung als regierender Fürst, aus der Eigenschaft eines Teils des fürstlichen Besitzes in der Tschechoslowakei als Krongut und aus der Neutralität des Fürstentums Liechtenstein im Ersten Weltkrieg resultierten. Aber die Prager Regierung beauftragte drei Professoren der Karls-Universität mit der Erstellung von Gutachten. Der renommierte Historiker Josef Pekař bezeichnete jenen Grundbesitz als widerrechtlich erworben, welcher nach der Schlacht am Weißen Berg durch Konfiszierung aus dem Besitz des böhmischen Adels in den Besitz der neuen Eigentümer gelangt sei, u. a. in den Besitz Karls von Liechtenstein. Der bekannte Rechtshistoriker Karel Kadlec war ebenfalls der Meinung, solche Güter ohne Entschädigung wegzunehmen, „deren

⁷²⁸ FERENČUHOVÁ, Schutz, 144-146.

Eigentum [...] in die Zeit des Umsturzes nach der Schlacht am Weißen Berg“ zurückreiche. Und der juristische Berater des Außenministeriums, Anton Hobza, argumentierte, dass der Fürst von Liechtenstein bis 1918 in einem „Subjektionsverhältnis zu Österreich“ gestanden sei, daher keinen Anspruch auf Exterritorialität habe. Im Übrigen bezweifelten auch Außenminister Beneš und der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Maurice Paléologue, die Souveränität und Neutralität Liechtensteins, denn der Fürst sei auch während des Krieges Mitglied des Wiener Herrenhauses gewesen. Es half auch wenig, dass im Oktober 1919 für die Verwaltung der Liechtensteinischen Güter in der Tschechoslowakei eine Zentralkommission in Prag eingerichtet wurde. Gemäß Beschluss des Bodenamtes vom 23. Februar 1921 wurden die Herrschaften Radim oder Kaunitz, Uhříněves und Netluky, 500 ha des Gutes Eisgrub, das Gut Hluk sowie die Meierhöfe Trnávka, Dürrhof, Umiraska, Rovenz, Aussee, Schönwald und Krenzendorf enteignet. Jetzt ersuchte Fürst Johann II. den schweizerischen Bundespräsidenten Giuseppe Motta um Intervention bei der Prager Regierung, und Motta wandte sich tatsächlich an Beneš. Es ging nicht nur um die Frage der Enteignung, sondern auch um die Höhe der Entschädigung, denn die Tschechoslowakei bezahlte durchschnittlich lediglich 2000 Kronen pro Hektar, während das Haus Liechtenstein mit 7000 bis 10.000 Kronen rechnete. Immerhin waren 1925 bereits 31.342 ha landwirtschaftlicher Boden und 41.065 ha Waldbesitz enteignet. Prinz Franz von Liechtenstein, der spätere Fürst, wurde zwar vom Generalsekretär am Quai d'Orsay, Philippe Berthelot, empfangen, scheiterte aber mit seinen Wünschen. Gegenüber dem Schweizer Botschafter in Paris bezeichnete er die Mitglieder der Tschechoslowakischen Regierung als „Banditen von Prag“.⁷²⁹

Nach einer Vereinbarung zwischen der Prager Regierung und dem Fürsten von und zu Liechtenstein vom 6. März 1930 fielen vom Gesamtbesitz im Ausmaß von rund 160.000 Hektar etwa 91.500 ha, also über 57 Prozent, durch verschiedene Enteignungs- und Veräußerungsaktionen an den tschechoslowakischen Staat. Die fürstlichen Beamten schätzten, dass die Kompensation im Fall des landwirtschaftlichen Eigentums etwa ein Fünftel bis ein Viertel des Marktwertes betrug, bei den Wäldern annähernd ein Drittel; dies hätte eine Entschädigungssumme von 121,336.800 tschechoslowakische Kronen ergeben, die bis zum März 1939 keinesfalls bezahlt wurden. Der Fürst verfügte in den 1930er Jahren in der Tschechoslowakei noch über 68.500 ha Wald- und landwirtschaftlichen Besitz, dazu über kleinere Industrie- und Handelsbetriebe, wie Sägewerke, Ziegeleien und Kaolinbergwerke. Freilich war die Rechtslage hinsichtlich des Eigentums nicht eindeutig geklärt. Nach dem österreichischen Gesetz vom 12. Jänner 1893 war der herrschende Fürst als ausländischer Souverän angesehen worden, dem gleichzeitig die Verwaltung des familieneigenen Fideikommiss zustand. Während der Fideikommiss in der Republik Österreich bestehen blieb – dem Haus Liechtenstein verblieben hier

⁷²⁹ Rupert QUADERER, Das Haus Liechtenstein und die Bodenreform in der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg, in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2008) 265-290.

etwa 26.000 Hektar –, wurde der Fideikommiss in der Tschechoslowakei 1924 abgeschafft, womit die Frage virulent wurde, ob der Fürst persönlich oder die Dynastie Liechtenstein der neue Eigentümer sei. Im Übrigen lehnte das tschechoslowakische Außenministerium – somit auch Außenminister Beneš – die Anerkennung der Unabhängigkeit Liechtensteins ab, „solange die Bodenreform hinsichtlich der Besitzungen der Fürsten von Liechtenstein nicht durchgeführt ist“. Erst am 29. Juli 1938 stimmte die tschechoslowakische Regierung – auf wiederholte Einforderung aus Vaduz – der Anerkennung des Fürstentums zu. Anlass war der Todesfall des regierenden Fürsten Franz I. gewesen, des letzten Liechtensteiner Herrschers, der den Großteil seiner Regierungszeit auf seinen Besitzungen in Mähren verbracht hatte. Tatsächlich übergab das Prager Außenministerium der Schweizer Gesandtschaft eine Note, in der das Einverständnis mit der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zu Liechtenstein über die Schweiz zum Ausdruck gebracht wurde.⁷³⁰

In der Slowakei und in der Karpato-Ukraine gab es insgesamt 791 Großgrundbesitzer, von denen 676 die magyarisches, 79 die deutsche und 22 die slowakische Nationalität deklariert hatten. Von den magyarisches Großgrundbesitzern wurden mit der Bodenreform 1.646.584 ha eingezogen, von den deutschen 467.308 ha und von den slowakischen 58.646 ha. Einer der größten Grundbesitzer in der Slowakei war Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha-Koháry, der auf den Familiengütern in Predná Hora, Svätý Anton, Pusté Pole und Muráň aufgewachsen war, bevor er Zar von Bulgarien wurde. Nach seiner Abdankung im Herbst 1918 zugunsten seines Sohnes Boris III. lebte er in Coburg im politischen Exil, da er weder Bulgarien noch die Tschechoslowakei betreten durfte. Hier war sein Großgrundbesitz durch die Bodenreform bedroht, und es bedurfte jahrelanger Verhandlungen – begleitet von manchen Skandalen –, bis er 1934 einen Teil seiner Besitzungen bestätigt bekam und auch wieder die Slowakei besuchen durfte. Allerdings wurden Residenzen und viele Jagdgründe im Frühjahr 1939 von NS-Paladinen wie Göring und Ribbentrop übernommen, die etwa in Pusté Pole sowohl das alte als auch das neue Herrenhaus sowie den Park gründlich umgestalteten – zum Leidwesen Ferdinands.⁷³¹

⁷³⁰ Memorandum über die Frage der Enteignung Fürst Liechtenstein'schen Grundbesitzes in der Tschechoslowakei, 29. Mai 1945, Liechtensteinisches Landesarchiv Vaduz/Triesen, Kt. V 143/32; tschechoslowak. Außenministerium an tschechoslowak. Finanzministerium, 12. Mai 1924, Nr. 333, 193/III/24, NA Praha, JAF 832, Kt. 1700; Büro des Präsidenten der Republik an die Büros aller Ministerien sowie die Höchste Rechnungskontrollbehörde, Prag, 30. Juli 1938, Nr. 5914/46/S-38, NA Praha, JAF 832, Kat. 1700, zitiert nach: Václav HORČIČKA, Ein Beitrag zur Problematik der Enteignung der Fürsten von und zu Liechtenstein in der Tschechoslowakischen Republik, in: Prague Papers on the History of International Relations (Praha 2009) 375-385. Die Schweiz hatte schon im Oktober 1919 die Vertretung Liechtensteins im Ausland übernommen.

⁷³¹ TÓTH – NOVOTNÝ – STEHLÍK, Národnostní menšiny, 328f.; Roman HOLEC, The Former Czar of Bulgaria Ferdinand and Slovakia (1939-1944), in: Historical Journal of the Institute of History of the SAS 57 (Bratislava 2009) 75-103, hier 75-77. Ferdinands Großvater, Ferdinand Georg August von Sachsen-Coburg-Gotha, hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts Maria Antonia von Koháry geheiratet und 80.000-90.000 ha Land, Bergwerke und Eisenwerke in der Mittelslowakei geerbt. – The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks, 142f.

Die Sudeten- und Karpatendeutschen zwischen „Negativismus“ und „Aktivismus“

Die deutsche Minderheit in der neuen Tschechoslowakei, die nun als Sudeten- und Karpatendeutsche eine neue Identität finden musste, war keineswegs eine homogene nationale Gruppe wie etwa die Siebenbürger Sachsen oder die deutschen Südtiroler. Im Übrigen erhielt das mehrheitlich deutschsprachige Siedlungsgebiet in der Tschechoslowakischen Republik verschiedene Bezeichnungen: *Sudety* (Sudeten), *pohraničí* bzw. *pohraniční území* (Grenzgebiete). Sowohl für die Darlegung der Entwicklung bis zum Münchener Abkommen als auch für die Auseinandersetzungen mit den Tschechen und Slowaken ist es nützlich, die größeren deutschen Siedlungseinheiten und ihre städtischen Zentren vorzustellen. Dabei muss beachtet werden, dass besonders Nordböhmen hinsichtlich des Prozesses der Urbanisierung – mit allen Konsequenzen aus dem Bevölkerungswachstum, der Lebensbeschleunigung dank der neuen Transportmittel, der Kompression von Distanzen, der technischen Innovationen, der Arbeitszeiterfassung, der Produktionssteigerung und der kulturellen „Modernität“⁷³² – lange Zeit eine Vorreiterrolle in der ganzen Habsburgermonarchie und teilweise auch noch in der Tschechoslowakei einnahm:

1) Im Nordwesten Böhmens, einschließlich der Bezirke Bischofteinitz (Horšovský Týn) – Mies (Stříbro) – Luditz (Žlutice) – Podersam (Podbořany) – Saaz (Žatec) – Komotau (Chomutov), bestand eine starke Siedlungskonzentration von nahezu einer Million Deutschen um das Bäderdreieck Karlsbad (Karlovy Vary) – Marienbad (Mariánské Lázně) – Franzensbad (Františkovy Lázně) und die alte Stadt Eger (Cheb). Das von Kaiser Karl IV. gegründete Karlsbad war mit seinen mineralreichen Thermalquellen und Luxushotels der berühmteste Kurort Böhmens und einer der berühmtesten Europas, in dem sich vor 1914 auch Kaiser (Joseph I., Karl VI., Joseph II., Franz I.), Zaren (Peter I.), Könige (Maria Theresia), Kanzler (Metternich), Feldherren (Prinz Eugen, Laudon), Dichter (Goethe, Schiller, Kleist, Körner, Fontane, Stifter) und Komponisten (Bach, Beethoven, Liszt, Weber, Schumann, Chopin), nach 1918 Regierungschefs (unter ihnen Nikola Pašić und Ignaz Seipel) und Außenminister (etwa der Kleinen Entente) einfanden. Für ausländische Gäste wurden eine anglikanische, russisch-orthodoxe und protestantische Kirche sowie eine Synagoge erbaut. Der Einmarsch tschechischer Truppen im Dezember 1918 erfolgte gegen den Protest der sich zu Deutschösterreich bekennenden Bürger, und bei der Protestkundgebung am 4. März 1919 wurden sechs Bürger der Stadt von tschechischem Militär erschossen. Auch in der Zwischenkriegszeit verkehrte ein direkter Schnellzug zwischen Wien und Karlsbad, freilich halbierten sich zwischen 1928 und 1936 die Einnahmen aus der Kurtaxe. Wegen seiner geeigneten Infra-

⁷³² Vgl. Hans Peter HYE, Technologie und sozialer Wandel, in: Helmut Rumpler (Hg.), Soziale Strukturen (Geschichte der Habsburgermonarchie IX/1, Wien 2010) 15-65; Stephen KERN, The Culture of Time and Space, 1880-1918. With a New Preface (Cambridge, Mass. 2003).

struktur fanden auch weiterhin zahlreiche Kongresse statt: Parteitage der Sozialdemokraten, Zionistenkongresse, im April 1938 der Parteitag der Sudetendeutschen Partei, auf dem das Karlsbader Programm beschlossen wurde.⁷³³

Nördlich des mondänen Weltbades, im Erzgebirge (Krušné hory), liegt die kleine Bergwerksstadt Sankt Joachimsthal (Jáchymov), in der seit Beginn des 16. Jahrhunderts Stefan Graf Schlick Silber schürfen und den wertvollen „Joachimsthaler“ prägen ließ. König Ferdinand II. nahm freilich dem aufständischen Grafen Schlick sowohl die Bergwerke als auch das Münzrecht ab, das seither im Besitz der böhmischen Könige blieb. Am Ende des 19. Jahrhunderts isolierte Marie Curie aus dem Uranpecherz von Joachimsthal das Radium, und hier wurde noch vor 1914 das erste Radionheilbad der Welt eingerichtet, ohne die schädliche Wirkung der Radioaktivität abschätzen zu können. In der Zwischenkriegszeit wurden neben dem Uranpecherz auch noch Zinn, Kobalt und Wismut gewonnen. Während des Zweiten Weltkrieges ließ die NS-Kriegswirtschaft vor allem russische Kriegsgefangene Uran abbauen, nach 1945 setzte die sowjetische Zwangsverwaltung überwiegend deutsche Kriegsgefangene und sudetendeutsche Zwangsarbeiter für den Uranabbau ein. Nach der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 wurden die Deutschen durch Oppositionelle aus der eigenen Bevölkerung ersetzt, wobei für die gefährlichsten Arbeiten gezielt Priester, andere Intellektuelle und politische Gefangene herangezogen wurden. Im Erzgebirge gab es auch eine ganze Reihe von kleinen Industriestädten und großen Industriedörfern, die Musikinstrumente (vor allem in Graslitz/Kraslice), Spielwaren und Porzellanwaren herstellten. Sie waren im Reichsrat von 1911 ausschließlich von Sozialdemokraten (u. a. von Otto Glöckel) vertreten. Auf Grund der Exportorientierung dieser Konsumgüterindustrien war die Bevölkerung im Erzgebirge von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer betroffen.⁷³⁴

Eger war als Kaiserpfalz Kaiser Friedrichs I. Barbarossa bekannt geworden, ab 1322 als Reichspfandschaft für die Böhmisches Krone. Die reiche Handelsstadt beherrschte das gesamte Egerland, widerstand den Hussiten, hielt sich jedoch im Widerstand gegen die Habsburger vor 1620 zurück. Nach der Ermordung des Generalissimus Albrecht von Wallenstein durch kaiserliche Offiziere im Wohnhaus des Bürgermeisters Alexander Pachelbel 1634 musste auch aus Eger die protestantische Intelligenz emigrieren, und Eger verlor nach dem Dreißigjährigen Krieg seine Funktion als autonomer Stadtstaat. Nachdem die Stadt in den 1860er Jahren Eisenbahnanschlüsse nach Sachsen, Bayern und Prag erhielt, brachte die Industrialisierung einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung. Obwohl das Eger-

⁷³³ Peter HILSCH, Karlsbad (Karlovy Vary), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 249-253; WISKEMANN, Czechs and Germans, 100f.; PRINZ, Böhmen und Mähren, 240-244.

⁷³⁴ Peter HILSCH, St. Joachimsthal (Jáchymov), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 540-542; PRINZ, Böhmen und Mähren, 255; Josef HASLINGER, Jáchymov (Wien 2011); Joachim ROGALL, Graslitz (Kraslice), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 169f.; G. Freytags Reichsrats-Wahlkarte 1911 von Österreich (Wien o. J.).

land nach der Volkszählung von 1910 über 95 Prozent Deutsche zählte, wurde es zu einem Zentrum der deutsch-tschechischen Spannungen. Die Egerländer mit ihrem eigenen Dialekt betrachteten sich als die Deutschesten der Deutschen und entsandten häufig alldeutsche Schönerianer in den Wiener Reichsrat. Von Eger war daher auch der schärfste Protest gegen die Sprachenverordnungen Badenis ausgegangen. Besondere Anschluss-Gefühle für Österreich bestanden im Egerland 1918 freilich nicht, da hier der Protestantismus stark war, besonders in der lange Zeit autonomen Textilstadt Asch (Aš). Das Ascher Ländchen war auch nach dem Westfälischen Frieden evangelisch geblieben, da die Herren von Zedtwitz zur freien Reichsritterschaft zählten, denen das Recht der Religionsausübung nach dem Stand von 1624 eingeräumt worden war. In Asch stand auch das einzige Martin-Luther-Denkmal in der gesamten Tschechoslowakei.⁷³⁵

Der Zusammenbruch der Mittelmächte Ende Oktober/Anfang November 1918 bedeutete besonders für die Egerländer eine Katastrophe, die sich auch darin ausdrückte, dass sich im heimkehrenden k.u.k. Infanterieregiment Nr. 73 Soldatenräte gebildet hatten. Nun errichtete die neue Staatsmacht sofort eine tschechische Volksschule, die freilich erst 1925 ein eigenes Gebäude beziehen konnte. Als die Tschechen im Winter 1922 den 600. Jahrestag der Gewinnung des Egerlandes durch den Luxemburger König Johann von Böhmen feiern wollten, verhinderten Deutsche die Feier, indem sie im Schützenhaus die Fenster entfernten. Um weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, insistierten die tschechischen Behörden nicht weiter auf die Anbringung zweisprachiger Straßen- und Geschäftsnamen. Als im Prager Parlament über den Wunsch der Egerländer diskutiert wurde, zum Reich zu gehören, stellte der Abgeordnete Josef Mayer fest, dass er „in der Nacht und barfußig“ nach Deutschland gehen würde. Der Anschlusswunsch drückte sich auch in den Kommunalwahlen von 1931/32 aus, als die Sozialdemokraten wie die bürgerliche Wahlgemeinschaft die Hälfte ihrer Mandate an die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) verloren. Schon in den 1860er Jahren hatte eine deutsche Gesellschaft die Eisenbahnlinie Eger–Franzensbad–Asch und weiter nach Sachsen gebaut. Der Betrieb wurde auch nach 1918 von den deutschen Staatsbahnen fortgeführt, so dass reichsdeutsche Bahnangestellte bis zum Bahnhof Eger fahren. Noch 1937 gab es ein Arrangement zwischen Berlin und Prag, nach dem die Tschechoslowakei die Kontrolle des Personenverkehrs übernahm, der Güterverkehr aber weiter vom Deutschen Reich geführt wurde. Im Übrigen wurde auch die Bahnlinie Zittau–Reichenberg von Deutschland geführt, während tschechische Bahnbedienstete bis nach Furth im Walde fahren.⁷³⁶

Im Süden des Egerlandes liegt der einst ebenfalls berühmte Kurort Marienbad, wie Karlsbad ein Anziehungspunkt für Kaiser, Könige, Paschas, Industrielle,

⁷³⁵ František KUBŮ, Eger (Cheb), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 119-126; PRINZ, Böhmen und Mähren, 34. Der Wahlkreis Marienbad wurde jedoch vom Deutschfortschrittlichen Adolf Bachmann im Reichsrat vertreten.

⁷³⁶ WISKEMANN, Czechs and Germans, 101-105; KUBŮ, Eger, 125.

Großgrundbesitzer, Poeten und Revolutionäre. Nachdem die schon seit dem 16. Jahrhundert bekannten Heilquellen von einem Arzt des Prämonstratenserklosters Tepl wissenschaftlich untersucht worden waren, begannen 1808 der Badebetrieb und die Errichtung von Kurhäusern. Bereits 1823 wurde der Kurort durch Goethes „Marienbader Elegie“ weltberühmt, in denen der 73-jährige Dichterstürm seine späte Liebe zur 18-jährigen Ulrike von Levetzow verarbeitete. Neben den luxuriös ausgestatteten Hotels wurden für das internationale Publikum eine gusseiserne Kolonade sowie eine anglikanische und eine russisch-orthodoxe Kirche errichtet. In den neun Jahren seiner Regierungszeit verbrachte König Edward VII. mehr als sechs Monate in Marienbad, führte zwar als „the first gentleman of Europe“ den Tweed und den Homburg ein, unterzog sich aber als Kettenraucher eher unwillig der täglichen Prozedur: „cups of sulphurous water forced down, more walks, frequent urination (the waters were diuretic), another drinking course, a sweat room, a mineral-water bath, a manipulation of joints, more urination.“ Nach dem Ersten Weltkrieg besuchten Gustav Mahler, Rudyard Kipling, Alfred Nobel, Maxim Gorkij und Sigmund Freud Marienbad. Trotz der Nähe zu Hitler-Deutschland fand hier 1937 noch ein Zionistenkongress statt; in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde jedoch die Synagoge niedergebrannt.⁷³⁷

2) Östlich des Bäderdreiecks schloss sich das alte Braunkohlenrevier mit den Bezirken Dux (Duchcov), Brüx (Most) und Teplitz (Teplice) an, in dem seit der Arbeitsmigration in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine starke tschechische Minderheit herangewachsen war. So wies der Gerichtsbezirk Brüx zwischen 1890 und 1910 eine Bevölkerungswachstumsrate von mehr als 52 Prozent auf und wurde nur von Mährisch-Ostrau mit knapp 80 Prozent übertroffen.⁷³⁸ Die Arbeits- und Wohnverhältnisse waren im nordwestböhmischen Kohlenrevier besonders bedrückend, wenn auch viele Arbeiter kleine Grundstücke besaßen, auf denen sie Kartoffel anbauten und eine Kuh oder eine Ziege hielten. Andererseits kontrollierten um 1890 die „Brüxer Kohlenbergbau AG“, die „Nordböhmische Kohlenwerksgesellschaft in Brüx“ (Anglo-österreichische Bank) und die „Brücher Kohlenwerke“ (Dresdner Bank, Gutmann, Wiener Bankverein) einen Großteil der Förderung in 130 Schächten durch etwa 30.000 Arbeiter; im Kriegsjahr 1917 übernahm dann der Petschek-Konzern die Majorität der Aktien der Brüxer Kohlenbergbau AG und der Nordböhmischen Kohlenwerksgesellschaft. Einst hatten sich im Schloss der Grafen Waldstein in Dux Giacomo Casanova, Ludwig van Beethoven, Frédéric Chopin und Johann Wolfgang von Goethe aufgehalten.

⁷³⁷ J. M. LEDGARD, *Once upon a time...*, in: *intelligent life. The Quarterly from The Economist*, vol. 3, issue 4, summer 2010, 108-112; František KUBŮ, *Marienbad (Mariánské Lázně)*, in: *Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren*, 367f.

⁷³⁸ Die Einwohnerschaft Wiens wuchs in diesen zwei Jahrzehnten um knapp 23 %, die der Prager Agglomeration um knapp 28 %, während die Gerichtsbezirke Pilsen, Teplitz, Aussig und Karlsbad Steigerungsraten zwischen 30 und 45 % aufwiesen. – Heinz FASSMANN, *Die Bevölkerungsentwicklung 1850-1918*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. IX (Wien 2010) 159-184.

Goethe und Beethoven trafen sich im Juli 1812 persönlich im eleganten Kurort Teplitz, wo sich der mitteleuropäische Hochadel ein Stelldichein gab. Im Schloss der Familie Clary-Aldringen schmiedeten 1813 Kaiser Franz I., Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. ihr Bündnis gegen Napoleon, aber auch in späteren Jahrzehnten gab es in Teplitz bedeutende politische Versammlungen und Demonstrationen: 1848 den Beginn der deutschböhmischen Volksbewegung, 1871 eine Versammlung gegen das Böhmisches Staatsrecht, am 4. März 1919 eine Großdemonstration mit der Rede Seligers und am 17. Oktober 1937 eine Versammlung der Sudetendeutschen Partei, bei der es auch zu einem Zusammenstoß mit der tschechischen Polizei kam. Die Wegweiser nach Prag und Aussig waren auf Tschechisch und Deutsch in kleinen lateinischen Buchstaben angebracht, der Wegweiser nach Dresden nur auf Deutsch und in großen gotischen Lettern.⁷³⁹

Im Südosten von Teplitz und südlich von Aussig – entlang des malerischen Elbetales – erstreckte sich der Bezirk Leitmeritz (Litoměřice), der bereits eine größere tschechische Minderheit aufwies, wobei die alte Brückenstadt Leitmeritz (Litoměřice) als Bischofssitz ab 1655 Zentrum der Gegenreformation wurde. Als deutsch-tschechische Schulstadt seit dem Ende des 18. Jahrhunderts wurde Leitmeritz ab 1848 Versammlungsort deutscher und tschechischer Vereine und war bis 1918 auch Sitz des IX. k.u.k. Korpskommandos. Bei der Gemeinderatswahl 1919 ergab sich ein Übergewicht der deutschen bürgerlichen Parteien, die in der Folge auch den Bürgermeister stellten. An der Verlegung tschechischer Garnisonen und Verwaltungsbeamter nach Leitmeritz entzündeten sich freilich nationale Emotionen, die von der Sudetendeutschen Partei genützt wurden, sodass sie im Juni 1938 24 von 36 Gemeinderatsmandaten gewann. Innerhalb weniger Tage nach dem Münchener Abkommen verließen Anfang Oktober 1938 die tschechoslowakischen Behörden und mehr als 5000 tschechische Einwohner die Stadt, bevor am 10. Oktober die deutsche Wehrmacht einzog.⁷⁴⁰

3) Von der Hafen- und Industriestadt Aussig an der Elbe (Ústí nad Labem) bis nach Gablonz an der Neiße (Jablonec nad Nisou) an der schlesischen Grenze erstreckte sich die zweite große Siedlungskonzentration der Sudetendeutschen, die ebenfalls etwa eine Million Einwohner umfasste. Aussig war erst mit der Dampfschiffahrt ab 1841, der Reform der Elbeschiffahrtsakte von 1821 in den Jahren 1844, 1854 und 1863 (mit dem transitzollfreien Warentransport in beide Richtungen), dem Bau der staatlichen Eisenbahnstrecke Prag–Aussig–Dresden 1851 und der Errichtung der Aussig-Teplitzer-Bahn 1858 (für die Erschließung der Braun-

⁷³⁹ WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 99f.; Karl BROUSEK, *Die Großindustrie Böhmens 1848-1918* (München 1987) 54-56, 124; Jan SMETANA, *Dux (Duchcov)*, in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, *Böhmen und Mähren*, 118f.; Jan SMETANA, *Teplitz (Teplice)*, in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, *Böhmen und Mähren*, 604-607; Martin GECK, *Das Treffen in Teplitz*, in: *Die Zeit*, 5. Juli 2012, 18. Teplitz hatte bereits 1895 einen regelmäßigen Betrieb elektrischer Straßenbahnen eingeführt, ein Jahr früher als Prag und zwei Jahre früher als Wien. – HYE, *Technologie*, 53.

⁷⁴⁰ Christian LÜBKE, *Leitmeritz (Litoměřice)*, in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, *Böhmen und Mähren*, 324-330; PRINZ, *Böhmen und Mähren*, 60.

kohlelager) zur bevölkerungsreichsten nordböhmischen Stadt aufgestiegen, die bis 1913 der größte Frachthafen Österreich-Ungarns wurde, über den viele Exportgüter (Braunkohle, Chemikalien, Maschinen, Textilien, Glaswaren, Zucker) die Elbe abwärts nach Sachsen bis nach Hamburg und von dort in alle Welt verschifft wurden, während Salze, Kupfererze und Pflanzenfette für die chemische Industrie eingeführt wurden. Bereits 1843 war der Fabrikant Carl Georg Wolfrum nach Aussig gekommen, betrieb Tuchfabriken und Färbereien, eine Likörfabrik und eine Brauerei. Wolfrum war nicht nur Stadtrat, sondern auch Abgeordneter des böhmischen Landtags und des Wiener Reichsrats und stiftete den bekannten Elbbrunnen. Schon 1856/57 erfolgte durch den bis heute bestehenden „Verein für chemische und metallurgische Produktion“ die Gründung einer großen Fabrik. Später baute in Aussig die aus Gablonz kommende Firma Schicht ihren Chemiekonzern auf. Aussig zeichnete sich um die Jahrhundertwende durch etwa 1300 (!) Gewerbebetriebe (darunter allein 74 Herren- und Damenschneider), zwei Krankenhäuser und mehrere Heilanstalten, als Sitz von mehr als 40 Ärzten und mehr als 20 Advokaten, sowie durch Filialen von fünf Großbanken und ein reichhaltiges Schulwesen aus. Aus einigen wenigen „Einheimischen“ und insbesondere evangelischen und jüdischen Zuwanderern (Petschek, Weinmann) formierte sich ab den 1860er Jahren die „Aussiger Bourgeoisie“, die um 1900 aus etwa 30 Familien (Fabrikanten, Bankiers, Großhändlern) bestand, die sich vornehmlich im Vereinshaus des berühmten Aussiger Vereins „Ressource“ trafen. Ihr zunehmender Reichtum schlug sich sowohl in der Errichtung zahlreicher Unternehmervillen als auch in der 1912 eröffneten Stadtbibliothek im Jugendstil nieder, die wesentlich vom Kohlebaron Eduard Jakob Weinmann gesponsert worden war. Politisch bedeutender wurde ab den 1880er Jahren die städtische Mittelschicht der Gewerbetreibenden, Freiberufler und höheren Angestellten. Bei den Gemeinderatswahlen 1899 waren bereits knapp 5000 Männer wahlberechtigt, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Reichsrates 1907 schon 8100. Obwohl die Arbeiterschaft gut 75 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, wurde der Wahlkreis Aussig zwischen 1911 und 1918 vom Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, Rudolf Lodgman von Auen, im Reichsrat vertreten.⁷⁴¹

Auch in der neuen Tschechoslowakei blieb Aussig eine überwiegend sudetendeutsche Stadt mit zunehmender Bedeutung als Industrie- und Hafenstadt. Zwar kamen viele Tschechen aus dem Landesinneren und nahmen die neuen Posten in den tschechoslowakischen Behörden ein, aber die Deutschen behielten ihre Schulen, Firmen, Handwerksbetriebe und Geschäfte. Die Aufschriften an den öffentlichen Gebäuden und staatlichen Einrichtungen wurden zweisprachig. Wenn Deutsche genug Tschechisch konnten, durften sie auch in den tschechischen Behörden arbeiten. Ab 1935 begannen die Henlein-Anhänger, Erwachsene und Jugendliche,

⁷⁴¹ Aussiger Adress-Taschenbuch für das Jahr 1895 (Aussig 1896); HYE, Technologie, 31-37; WISKEMANN, Czechs and Germans, 98; Jan SMETANA, Aussig (Ústí nad Labem), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 13-17; Tragická místa paměti, 140.

durch die Stadt zu marschieren: in kurzen Lederhosen, weißen Kniestrümpfen und festen Lederschuhen; mit Fackeln, Kampflieder singend, zum Klang von Trommeln, Pfeifen und Fanfaren. Anfang Oktober 1938 wurde das 1919 eingerichtete tschechische Gymnasium wieder geschlossen und viele Professoren fuhren kurzerhand ins Landesinnere. Ein Teil der zurückgebliebenen tschechischen Schüler, die über genügend Deutsch-Kenntnisse verfügten, wurde ins deutsche Gymnasium aufgenommen. Am 12. Oktober 1938 marschierte die Wehrmacht ein und wurde mit Blumen, Torten, Kaffee und Schlagsahne empfangen, Delikatessen, die im Reich bereits knapp geworden waren.⁷⁴²

Östlich von Aussig erstreckte sich die nordböhmische Textilwelt über die Bezirke Tetschen (Děčín), Böhmisches Leipa (Česká Lípa), Warnsdorf (Varnsdorf), Deutsch Gabel (Německé Jablonné), Reichenberg (Liberec) und Gablonz (Jablonec) – Industriedorf für Industriedorf, jeweils errichtet um einige Fabriken. Erst von Kaiser Rudolf II. 1577 zur Stadt erhoben, erlebte Reichenberg bereits vor und im Dreißigjährigen Krieg durch den Zuzug von flämischen Leinenwebern und deutschen Tuchmachern und Heereslieferungen für Wallenstein eine erste Blütezeit, die nach der Abtretung Schlesiens an Preußen fortgesetzt wurde. So stieg Reichenberg zur leistungsfähigsten Tuchmacherstadt Böhmens auf und entwickelte neben der Textilproduktion (Johann von Liebig) auch den Maschinenbau und die Metallverarbeitung. Spätestens seit den 1860er Jahren erlangten die Reichenberger Textilien internationale Geltung, und in der Stadt mit ihrem neugotischen Rathaus nach Wiener Vorbild entstanden zahlreiche Schulen und prächtige Bürgerhäuser, deren Eigentümer Ende Oktober 1918 die Stadt zur Hauptstadt Deutschböhmens deklarierten. Andererseits gab es in den umliegenden Industriedörfern eine starke sozialdemokratische Tradition. Die Reichenberger Messe präsentierte jährlich die Erzeugnisse deutschen Gewerbefleißes der Sudetenländer, besonders Textilien und Glaswaren von hoher Qualität. Die Reichenberger Deutschen behaupteten auch in der Tschechoslowakei eine klare Bevölkerungsmehrheit (1930: 30.023 Deutsche, 6314 Tschechen) und unterstützten die Sudetendeutsche Partei, sodass die Stadt im Oktober 1938 Hauptstadt des Reichsgaues Sudetenland wurde. Zu einer Weltfirma stiegen in der Zwischenkriegszeit die Kunert-Werke in Warnsdorf auf, die in neu errichteter Industriearchitektur täglich etwa 120.000 Paar Strümpfe produzierten.⁷⁴³

Das nahegelegene Gablonz an der Neiße wurde erst zur Mitte des 16. Jahrhunderts von protestantischen deutschen Bauern neu besiedelt, Adam von Wartenberg ließ die erste Glashütte errichten. Der Aufstieg zum Zentrum der böhmischen Glasindustrie begann zwar erst nach 1820, bald folgte jedoch die Verflechtung mit dem Welthandel. So wurde die Stadt ein bedeutender Devisenbringer der Habs-

⁷⁴² Bedřich BRABEC – die Geschichte eines Aussiger Tschechen, in: *Tragická místa paměti*, 146-158.

⁷⁴³ WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 98f.; HASSINGER, *Tschechoslowakei*, 69; Eberhard HOLTZ, *Reichenberg (Liberec)*, in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, *Böhmen und Mähren*, 514-516; PRINZ, *Böhmen und Mähren*, 367.

burgermonarchie, freilich auch abhängig von den Schwankungen des Weltmarktes. Nach einem verheerenden Konjunkturreinbruch im Ersten Weltkrieg begann in der Tschechoslowakei ein neuer Aufschwung, der bis 1929 anhielt. Gablonz wurde 1918 auch Sitz des Bischofs der Deutschen Evangelischen Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien. Die Weltwirtschaftskrise traf besonders die weitgehend exportabhängige Schmuckindustrie; die öffentliche Baupolitik konnte der Massenarbeitslosigkeit nicht Herr werden. In Gablonz entstand schon 1933 eine der ersten Ortsgruppen der Sudetendeutschen Heimatfront, bei der Stadtverordnetenwahl 1938 gewann die Sudetendeutsche Partei 96,6 % der deutschen Stimmen. Doch die NS-Kriegspolitik stellte die Glasproduktion weitgehend auf Rüstung um, und nach 1945 siedelte sich ein Teil der vertriebenen Gablonzer in Neugablonz, einem Stadtteil von Kaufbeuren in Bayern, an.⁷⁴⁴

Auch die Grenzbezirke in Nordost-Böhmen, Hohenebel (Vrchlabí), Trautenau (Trutnov) und Braunau (Broumov), waren überwiegend von Deutschen besiedelt und zeitweise Schauplätze von nationalen Auseinandersetzungen. Trautenau war das Zentrum der böhmischen Leinenindustrie, in der die Familie Faltis über zehntausende Spindeln gebot. Ihre Produkte erwiesen sich vor dem Ersten Weltkrieg als ausgesprochene Exportschlager der böhmischen Industrie. In Braunau war 1866 die preußische Garde mit dem jungen Leutnant Hindenburg einmarschiert, weshalb er Hitler irrtümlich auch als „böhmischen Gefreiten“ bezeichnete.⁷⁴⁵

4) Ganz andere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse als in Nordböhmen herrschten seit jeher im Böhmerwald (Šumava) und in Südböhmen. Entlang der böhmisch-bayerischen Grenze südlich des tschechischen Taus (Domažlice) und entlang der böhmisch-oberösterreichischen Grenze lebte bereits seit dem Hochmittelalter eine deutschsprachige bäuerliche Bevölkerung, die vor dem Ersten Weltkrieg etwa 250.000 Personen umfasste und 1911 von drei Abgeordneten im Wiener Reichsrat vertreten wurde. Größter Grundbesitzer in dieser Region war die Fürstenfamilie der Schwarzenberg mit ihrem Sitz in Krumau (Český Krumlov), die etwa 140.000 Hektar besaß und das Holz über einen eigenen Schwemmkanal bis zur Donau und diese entlang bis Wien befördern ließ. Waren die Bürger der deutsch-tschechischen Stadt Prachatitz (Prachatice) am „Goldenen Steig“, dem alten Handelsweg nach Passau, nach Bayern hin orientiert, so waren die Deutschen Südböhmens wirtschaftlich mit Oberösterreich verbunden und sprachen auch einen ähnlichen Dialekt. Ethnisch gemischt war hingegen der Hauptort Südböhmens, das von König Přemysl Otakar II. gegründete Budweis (České Budějovice), das – gut befestigt – sowohl während der Hussitenkriege als auch im Dreißigjährigen Krieg auf der habsburgischen Seite blieb. Nach der Erhebung zum Bischofssitz

⁷⁴⁴ WISKEMANN, Czechs and Germans, 99; Frank HADLER, Gablonz an der Neiße (Jablonec nad Nisou), in: Bahlecke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 159-161; PRINZ, Böhmen und Mähren, 207, 259.

⁷⁴⁵ Lothar HÖBELT, Einiges über Böhmen und Mähren, in: Bulletin des Geschichtsvereins für Kärnten, 2. Halbjahr 2011 (Klagenfurt 2011) 68-74.

unter Kaiser Joseph II. wurde die Stadt 1832 durch eine Pferdeisenbahn mit Linz verbunden, auf der Salz und Holz aus Oberösterreich bis nach Prag und Sachsen transportiert wurden, umgekehrt Bier, Malz, Fett, Fische, Honig und Pech nach Oberösterreich. 1847 verlagerte die Wiener Firma Karl Hardtmuth ihre Bleistift- und Steingutproduktion nach Budweis und errichtete die erste Fabrik. Nachdem die von einem tschechischen Priester geführten Studenten 1848 einen tschechischen Bürgermeister gewählt hatten, setzte Franz Josef Klawik diese Tradition ab 1861 fort. In der Handels- und Gewerbekammer gewannen die Tschechen allerdings erst ab den 1880er Jahren die Mehrheit, und auch der Reichsratsabgeordnete der Stadt war erst ab 1907 ein Tscheche. Der Ausgleich von 1911 sah schließlich eine Teilung in nationale Kurien vor. Zwischen den Volkszählungen von 1910 und 1921 ging der deutsche Bevölkerungsanteil um mehr als die Hälfte zurück, was auf viele zweisprachige Budweiser hinweist, die sich nach 1918 – auch unter wirtschaftlichem und sozialem Druck – der tschechischen Mehrheit anschlossen.⁷⁴⁶

5) Hatten sich die deutschen Minderheiten in Prag und Pilsen (Plzeň) bis 1918 noch auf die deutsch dominierte Zentralverwaltung und einige Konzernzentralen in Wien stützen können, so fiel nun diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rückendeckung komplett weg. Das bedeutete allerdings nicht, dass nun die Kontakte zum Deutschtum in Nord- und Südböhmen stärker geknüpft worden wären. Durch die Eingemeindung von 37 Stadt- und Landgemeinden war die Bevölkerung Prags auf 676.657 Einwohner angestiegen, von denen sich 1921 noch 30.429 zur deutschen Nationalität bekannten, anteilmäßig nur mehr knapp fünf Prozent. Dabei bekannten sich von den etwa 30.000 Prager Juden in der Volkszählung von 1921 bereits 16.342 zur tschechoslowakischen Nationalität, nur mehr 7426 zur deutschen und nun 5900 zur jüdischen. Erstaunlicherweise stieg aber bis zur Volkszählung 1930 nicht nur die gesamte Prager Bevölkerung auf 848.948 Bewohner an, sondern auch die Bevölkerung deutscher Nationalität auf 45.819 (= 5,4 %), von denen 8088 Juden waren.⁷⁴⁷

Die Umwandlung Prags von der Hauptstadt Böhmens zur Hauptstadt der Tschechoslowakei mit dem Sitz des Präsidenten, der Regierung und des Parlaments, mit der neuen gesamtstaatlichen Verwaltung und zahlreichen diplomatischen Vertretungen verlieh der Stadt ein großstädtisches Gepräge. Dank der Nachbarschaft von Kohle und Eisen entwickelte sich in Prag auch eine bedeutende Großindustrie mit Maschinen-, Eisenwaren- und Waggonfabriken, Brauereien, Selchereien und neuen Hafenanlagen. Prag wurde nun noch eindeutiger der kulturelle Mittelpunkt des Tschechentums, das durch möglichst wenige deutsche Firmenschilder und Reklametafeln gestört werden sollte. Im Übrigen bemühte sich das tschechische

⁷⁴⁶ WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 105-108; Václav BŮŽEK, *Böhmisch Budweis (České Budějovice)*, in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, *Böhmen und Mähren*, 46-51; PRINZ, *Böhmen und Mähren*, 63, 256, 273; vgl. Jeremy KING, *From Budweiser into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848-1948* (Princeton 2002).

⁷⁴⁷ COHEN, *Ethnic Survival*, 102; KÁRNÍK, *České země* 1, 91f., 140.

Tabelle 6: Nationalitätenverhältnisse in Städten der böhmischen Länder 1880-1910-1921

Städte	Österreichische Volkszählung 1880			Österreichische Volkszählung 1910			Tschechoslowakische Volkszählung 1921		
	Gesamt	Tsch.	Deutsch	Gesamt	Tsch.	Deutsch	Gesamt	Tsch.	Deutsch
Böhmen									
Prag (Praha)	162.323	125.742	32.657	223.741	202.067	18.753	676.657	624.744	30.429
Pilsen (Plzeň)	38.883	31.600	6.827	80.445	69.882	10.036	88.416	79.166	6.757
Budweis (České Budějovice)	23.845	11.812	11.829	44.538	27.309	16.903	44.022	35.577	7.006
Aussig (Ústí nad Labem)	16.524	542	15.019	39.301	2.042	35.607	39.830	6.885	30.544
Reichenberg (Liberec)	28.090	2.488	24.742	36.350	2.217	32.893	34.985	4.894	27.929
Gablonz (Jablonec)	9.032	62	8.782	29.521	2.358	26.343	26.929	3.926	21.982
Eger (Cheb)	17.148	201	15.477	26.682	130	23.029	27.524	1.305	23.125
Teplitz (Teplice)	14.841	812	13.429	26.777	2.089	23.729	28.892	4.406	22.489
Warnsdorf (Varnsdorf)	15.162	115	14.595	23.220	456	21.887	20.328	1.098	18.237
Karlsbad (Karlovy Vary)	10.579	101	10.266	17.466	95	16.783	19.480	862	17.173
Leitmeritz (Litoměřice)	10.854	1.417	9.263	15.421	2.034	13.165	16.988	5.066	11.015
Brüx (Most)	10.136	1.026	8.943	25.692	3.965	21.372	27.239	8.802	17.014
Komotau (Chomutov)	10.111	427	9.499	19.129	169	18.414	21.123	1.889	18.245
Asch (Aš)	13.209	---	11.796	21.880	---	19.826	19.525	133	17.812
Saaz (Žatec)	10.425	660	9.616	17.130	579	16.295	16.211	1.820	13.979
Trautenau (Trutnov)	11.253	1.661	9.460	16.106	1.497	14.379	14.584	2.791	11.412
Böhmisch-Leipa (Česká Lípa)	10.170	139	9.892	12.065	552	11.326	11.737	1.350	10.083
Rumburg (Rumburk)	10.142	98	9.818	10.544	36	10.250	9.093	326	8.458
Graslitz (Kraslice)	7.850	3	7.784	13.857	---	13.579	12.526	33	12.249
Bodenbach (Podmokly)	5.862	681	4.620	13.412	608	11.556	15.103	1.651	12.117

Tetschen (Děčín)	5.612	370	4.825	10.640	61	9.885	11.244	1.158	9.289
Dux (Duchcov)	7.363	2.285	4.872	12.399	4.117	8.048	12.619	5.978	6.324
Weipert (Vejprty)	6.433	10	6.223	11.898	20	11.360	10.422	96	9.996
Oberleutensdorf (Litvínov)	5.727	56	5.582	10.658	1.214	9.294	9.429	1.921	7.287
Mähren									
Brünn (Brno)	82.660	32.142	48.591	125.737	41.943	81.617	221.758	155.931	55.816
Olmütz (Olomouc)	20.176	6.123	12.879	22.245	8.030	13.253	57.206	39.213	15.818
Mährisch-Ostrau (Ostrava)	13.448	8.229	3.682	36.754	13.349	17.299	41.765	24.293	9.879
Iglau (Jihlava)	22.378	3.450	18.745	25.914	5.212	20.523	28.179	13.521	13.420
Znaim (Znojmo)	12.254	1.389	10.636	18.825	2.366	16.090	21.197	11.691	7.988
Sternberg (Šternberk)	14.243	57	14.108	14.601	160	14.357	12.925	1.113	11.520
Neutitschein (Nový Jičín)	10.274	1.106	9.017	13.859	2.047	11.575	13.226	3.917	8.635
Mährisch-Schönberg (Šumperk)	8.562	31	8.416	13.329	353	12.765	13.117	1.991	10.571
Lundenburg (Břeclav)	5.681	1.922	3.442	8.517	3.639	4.696	12.500	9.534	2.028
Witkowitz (Vitkovice)	2.591	1.396	992	23.151	4.557	15.990	27.358	16.726	6.940
Schlesien									
Troppau (Opava)	20.562	2.259	16.149	30.762	2.039	27.240	33.457	8.527	22.008
Jägerndorf (Krnov)	11.792	265	10.127	16.681	247	15.390	21.129	1.062	18.635
Bielitz (Bielsko)	13.060	182	10.778	18.568	136	15.144	19.785	158	12.247
Teschen (Český Těšín, Cieszyn)	13.004	1.703	6.091	22.489	1.437	13.244	8.068	2.427	3.406

Quellen: K. K. Statistische Central-Commission (Hg.), Special-Orts-Repertorien der im Reichsrath vertretenen Königreich und Länder, bearb. auf Grund der Ergebnisse der Volkszählungen 1880, 1890 und 1900 (Wien 1883-1905); Die Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in den im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern I/1: Die summarischen Ergebnisse der Volkszählung (Österreichische Statistik, Neue Folge I/1, Wien 1912); Statistický lexikon obcí v Čechách (V Praze 1923); Statistický lexikon obcí na Moravě a ve Slezsku (V Praze 1924). Im 1921 polnischen Bielitz lebten außerdem 4610 Polen und 2770 Ausländer. – Pierwszy powszechny spis Rzeczpospolitej Polskiej z dnia 30 września 1921 roku (Warszawa 1927).

Bürgertum, die westliche (= französisch-britische) Orientierung der Stadt zu betonen. Entgegen manchen Befürchtungen im Herbst 1918 konnte sich trotz der führenden Stellung der tschechischen National-Sozialisten in der Stadtverwaltung das reichhaltige deutsche Wirtschafts-, Kultur- und Geistesleben im Wesentlichen halten. Neben der Deutschen Universität, der Deutschen Technischen Hochschule und einigen deutschen Mittelschulen waren hierfür vor allem das Deutsche Theater, das Deutsche Haus, die Urania sowie die Zeitungen *Prager Tagblatt* und *Deutsche Zeitung Bohemia* maßgeblich. Dank all dieser Institutionen konnte das Prager Deutschtum (einschließlich des deutschsprachigen Judentums) bis 1939 seine wirtschaftliche und kulturelle Sonderstellung behaupten. Freilich setzte mit Beginn der Weltwirtschaftskrise auch unter den Prager Deutschen ein politischer Rechtsruck ein. Dominierte bei den Gemeinderatswahlen 1931 noch die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, so entfielen 1938 bereits 75 Prozent der Stimmen auf die Sudetendeutsche Partei.⁷⁴⁸

Die seit dem Spätmittelalter katholisch orientierte Stadt Pilsen wurde mit dem ab 1842 im neuen Bürgerlichen Brauhaus gebrauten „Pilsner Urquell“ (*Plzeňský Prazdroj*) weltberühmt. Den zweiten Grundpfeiler der Industrialisierung der Stadt bildete die 1859 vom Grafen Christian Waldstein-Wartenberg gegründete Niederlassung der Sedletzer Eisenwerke, die 1869 der Ingenieur Emil Škoda erwarb und die seit den 1880er Jahren zum größten Rüstungsbetrieb der Habsburgermonarchie aufstieg. Seit 1899 mit Hilfe der beiden Hausbanken, der Wiener Creditanstalt und der Böhmisches Escompte-Bank, zu einer Aktiengesellschaft umgewandelt, erhielt das Unternehmen seit 1905 größere Aufträge seitens der Staatsverwaltung, vor allem für Geschütze, und beteiligte sich an in- und ausländischen Unternehmen. Die Tausenden neuen Arbeitsplätze führten bereits vor der Jahrhundertwende zu einer starken Binnenmigration tschechischer Arbeitskräfte in die Stadt, während die deutsche Minderheit trotz deutscher Realschule zahlenmäßig stagnierte. Dieser Trend setzte sich in der Zwischenkriegszeit fort, auch wenn sich die Škodawerke vorerst auf Maschinen- und Lokomotivbau umstellen mussten. Das industrielle Gepräge von Stadt und Umgebung wurde durch Kaolinschlemmwerke, Tonwaren- und Porzellanfabriken sowie durch Glashütten vervollständigt.⁷⁴⁹

Auch Mähren war zwar grundsätzlich in einen deutschsprachigen Norden und Süden sowie eine zahlenmäßig stärkere tschechischsprachige Mitte gegliedert, die Lage der deutschen Sprachinseln in Brünn (Brno), Olmütz (Olomouc), Mährisch-Ostrau (Moravská Ostrava) und Iglau (Jihlava) unterschied sich dennoch grundsätzlich von der in Böhmen. Vor allem war das Verhältnis zwischen tschechischer Mehrheit und deutscher Minderheit im gesamten Land ein deutlich weniger ge-

⁷⁴⁸ Václav LEDVINKA, Prag, in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 470-491, hier 487f.; HASSINGER, Tschechoslowakei, 60f.

⁷⁴⁹ Jan PELANT, Pilsen (Plzeň), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 445-451; BROUSEK, Großindustrie, 131f.; HASSINGER, Tschechoslowakei, 58.

spanntes, die Beziehungen zu den Zentralstellen in Wien keineswegs feindlich. Dies drückte sich auch darin aus, dass vor dem Ersten Weltkrieg unter den deutschen Parteien die Agrarier (Brunner, Luksch, Teltschik), die Volkspartei (Jesser, Wagner) und die Deutschfortschrittlichen (d'Elvert, Gross, Redlich) dominierten, unter den tschechischen Parteien die Klerikalen (Hruban, Stojan) und die Sozialdemokraten (Bechyně, Prokeš, Tusar). Eine Teilung des Landes zwischen tschechischen und deutschen Bezirken stand niemals ernsthaft in Diskussion und wäre in Mähren zweifellos zum Nachteil der Deutschen in Brünn, Olmütz, Mährisch-Ostrau und Iglau erfolgt.⁷⁵⁰

1) Die mährische Landeshauptstadt Brünn hatte 1910 noch eine klare deutsche Mehrheit – freilich innerhalb eng gezogener Stadtgrenzen. Die alte, wesentlich von den Jesuiten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gestaltete Stadt war bereits von vielen modernen Vorstädten und Industriedörfern umgeben, deren Textil- und Maschinenfabriken der Stadt den Ruf eines „mährischen Manchester“ verschafften. Auf Grund der engen Beziehungen der städtischen Bevölkerung zu Wien – gefördert durch die seit 1839 bestehende Eisenbahnlinie – wurde Brünn aber auch als Vorstadt Wiens bezeichnet. Da die meisten Unternehmer aus dem Brünner Deutschtum und dem zwischen der Mitte des 15. und des 18. Jahrhunderts ausgewiesen gewesenen Brünner Judentum (Auspitz, Löw-Beer, Bauer, Bloch, Strakosch, Redlich, Schwarz&Beran, Hecht, Fuhrmann, Gottlieb&Brauchbar, Lederer&Porges) stammten, die Arbeiter aber vorwiegend aus dem tschechischen Umland kamen, begannen sich ab 1848 soziale und nationale Spannungen zu überdecken. Obwohl die Stadt von den relativ liberalen Deutschfortschrittlichen regiert wurde – daher der Bürgermeister bis 1918 ein Deutscher war –, war der gut auf ein Drittel angewachsene tschechische Bevölkerungsteil im Stadtrat nicht vertreten, und die Straßennamen waren ausschließlich auf Deutsch angebracht, womit die konträre Situation zu Prag gegeben war. Die Deutschen ließen auch keine tschechische Bürgerschule zu, sodass ein tschechisches Arbeiterkind in der Stadt selbst nach seinem 10. Lebensjahr gar nicht zur Schule gehen, sondern in die Vorstädte ausweichen musste. Andererseits gab es neben den fünf deutschen Knaben-Gymnasien, -Realgymnasien und -Realschulen vier tschechische, und den tschechischen Mädchen stand ein öffentliches und ein privates Gymnasium zur Verfügung. Sowohl die Deutschen als auch die Tschechen verfügten über eine eigene Technische Hochschule, nachdem das alte Technikum 1869/73 geteilt worden war. Die Gründung einer zweiten tschechischen Universität in Brünn ließen freilich die Deutschen nicht zu, da sie offensichtlich den Zustrom tschechischer Studenten fürchteten. Immerhin gab es ein deutsches und ein tschechisches Theater, ein Deutsches Haus und ein *Besední dům*. Fern jeder Öffentlichkeit entdeckte Prälat Gregor Mendel im Augustinerkloster durch Kreuzungsversuche an Erbsen und Bohnen zwischen 1858 und 1868 grundlegende Vererbungsgesetze; rascher bekannt wurde Viktor Kaplan, der 1912 in der Gießerei Stork seine berühmte Tur-

⁷⁵⁰ G. Freytags Reichsrats-Wahlkarte 1911 von Österreich (Wien o. J.).

bine konstruierte. Während in den tschechischen Arbeitervorstädten lange Zeit katholische Kirchenbauten unterblieben, wollte die deutsche lutherische Gemeinde lange Zeit keine eigene tschechische reformierte Gemeinde zulassen. Erst seit den 1880er Jahren konnten sich die tschechischen Brüner Protestanten schrittweise organisieren. Nach dem 500. Todestag von Jan Hus im Juli 1915 wurde dann der Ruf laut, die „böhmisch-mährischen einheimischen evangelischen Kirchen zu einer einzigen, rein nationalen, tschechischen Kirche“ zusammenzuschließen.⁷⁵¹

Dennoch verlief der Umsturz 1918 fast mit Wiener Gemütlichkeit: Als der tschechische Nationalausschuss den österreichischen Statthalter Baron Heinold zum Rücktritt aufforderte, wollte er seinen Nachfolger wissen. Nachdem ihm mitgeteilt worden war, dass hierfür sein Assistent Dr. Černý auserkoren sei, rief Heinold im Wiener Innenministerium an und ersuchte um eine Beförderung Černýs, da sein derzeitiger Rang für einen Statthalter zu niedrig sei. Als aber der deutsche Bürgermeister aufgefordert wurde, mit den Tschechen zu verhandeln, da diese die Vorstädte in die Stadt einbeziehen wollten, glaubte er noch, dass diese nicht ohne Gesetz handeln könnten. Doch die Prager Regierung setzte am 6. November 1918 einen Regierungskommissar ein, der bereits 1919 das Stadtgebiet durch Eingemeindung von 23 Vororten in einem Ausmaß erweiterte, dass sich die gesamte Einwohnerzahl nahezu verdoppelte, wodurch die Deutschen zu einer Minderheit von einem Viertel der Stadtbevölkerung absanken. Die tschechische Administration versuchte auch eine Spaltung zwischen den Deutschen und Juden, indem sie diesen eine eigene jüdische Volksschule und ein Reformrealgymnasium zugestanden – die einzige jüdische Mittelschule in den böhmischen Ländern zwischen den beiden Weltkriegen. Abgesehen davon, dass herausragende Persönlichkeiten des Wiener Kulturlebens wie Theodor Gomperz, Fritz Grünbaum und Erich Wolfgang Korngold aus Brünn stammten, wirkten hier viele andere Persönlichkeiten jüdischer Herkunft wie der Historiker Bertold Bretholz, der weltbekannte Linguist Roman Jakobson und der Gründer der *Lidové noviny*, Adolf Stránský. Bis zur Volkszählung 1930 nahm auch die Anzahl der Gemeindeglieder der neuen Tschechoslowakischen Kirche in Brünn und Umgebung auf fast 22.000 Personen zu. Der Maschinenbau (Erste Brüner Maschinenfabrik) überholte nun die Textilindustrie, von deren zahlreichen Betrieben nur drei die Weltwirtschaftskrise überstanden.⁷⁵²

⁷⁵¹ WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 109-112; Thomas KRZENCK, Brünn (Brno), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, *Böhmen und Mähren*, 68-79; WINGFIELD, *Flag Wars*, 79-106; vgl. Pavel FILIPI – Karl W. SCHWARZ (Hgg.), *Brnem cestami pokoje. Křesťané a Židé v dějinách a současnosti. Friedenswege durch Brünn. Christen und Juden in Geschichte und Gegenwart* (Brno 2008) 234-236, 241, 310-316, 395-404; Hugo GOLD, *Die Juden und Judengemeinden in Vergangenheit und Gegenwart* (Brno 1929).

⁷⁵² WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 112f. Obwohl verwaltungstechnisch gegenüber Prag herabgestuft, wurde Brünn nach 1918 ein Zentrum der tschechoslowakischen Baukultur der klassischen Moderne. So schuf der junge Bohuslav Fuchs – teilweise in der Tradition von Otto Wagner – das Hotel Avion und das Café Zeman in der Brüner Innenstadt, Villen im Brüner

2) Auch Olmütz (Olomouc) wurde erst durch die Eingemeindungen von 13 umliegenden Dörfern nach 1918 eine mehrheitlich tschechische Stadt. Die jahrhundertlange Konkurrentin mit Brünn um die mährische Landeshauptstadt entwickelte sich mit den zahlreichen Klöstern, der Erhöhung des Bistums zum Erzbistum im Jahre 1722, einem reichen, überwiegend deutschen Handwerker- und Handelsbürgertum und der weitgehenden Barockisierung der Stadt zum mährischen Salzburg. Am josephinischen Generalseminar für die Priesterausbildung wirkte kurzzeitig der berühmte Philologe Josef Dobrovský als Rektor, am städtischen Theater wirkten u. a. Leo Slezak, Adele Sandrock und Gustav Mahler. Im Oktober 1848 flüchtete der kaiserliche Hof nach Olmütz, wo der 18-jährige Franz Joseph I. am 2. Dezember im erzbischöflichen Palais seinem Onkel Ferdinand I. als Kaiser nachfolgte. Die alte Jesuitenuniversität war zwar unter dem Namen „Franzensuniversität“ wiederbelebt worden, bestand nach 1860 aber nur mehr als Theologische Fakultät weiter; erst 1946 sollte sie als František-Palacký-Universität neu errichtet werden. Auch die alte Tradition als Festungs- und Garnisonsstadt lebte wieder auf, als die tschechoslowakische Armee in Olmütz eine starke Garnison einrichtete, deren Angehörige die Gemeinderatswahlen zugunsten der tschechischen Parteien beeinflussten. Olmütz wurde nach 1919 als Sitz der Diözese und des mährischen Bischofs das wichtigste Zentrum der Tschechoslowakischen Kirche in Mähren. Auch in der Zwischenkriegszeit bestand das Nebeneinander von tschechischen und deutschen Volks- bzw. Mittelschulen sowie tschechischen und deutschen Vereinen und Zeitungen fort. Bei den Parlamentswahlen 1935 stimmten zwar 14,9 Prozent aller Wähler, d. h. die Mehrheit der Deutschen, für die Sudetendeutsche Partei, der Bruch zwischen Deutschen und Tschechen begann aber erst nach dem Münchener Abkommen und mit der Einrichtung des Protektorats.⁷⁵³

3) Die flächenmäßig größte deutsche Sprachinsel mit mehr als 70 Gemeinden war die an der mährisch-böhmischen Landesgrenze gelegene Iglauer Sprachinsel. Bekannt geworden durch das hier seit etwa 1240 gefundene Silber und die Lage am Handelsweg von Wien nach Prag, wurde Iglau (Jihlava) im Spätmittelalter eine der bedeutendsten Bergstädte Mitteleuropas. Nach Erschöpfung der Erzlager begannen flämische Weber die Tuchmacherei und Leinenweberei aufzubauen, die auch nach den verheerenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges Grundlage für die Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurden. Aber auch eine große staatliche Tabakfabrik schuf Tausende Arbeitsplätze. Bereits im Dezember 1918 wurde der deutsche Bürgermeister zum Rücktritt gezwungen, die Gemeinderatswahlen im Juni 1919, die noch immer eine deutsche Mehrheit ergaben, von der tschechischen

Masaryk-Viertel, Schulen, Banken, Fabriksgebäude und Bäder. Mies van der Rohe entwarf die berühmte Villa Tugendhat. – Jan ŠAPAK und Adolph STILLER (Hgg.), Bohuslav Fuchs. Architekt der tschechischen Avantgarde (Salzburg 2010).

⁷⁵³ Vladimír SPÁČIL – Franz MACHILEK, Olmütz (Olomouc), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 420-431; PRINZ, Böhmen und Mähren, 103.

Administration für ungültig erklärt. Nach blutigen Zusammenstößen zwischen deutschen Demonstranten und tschechischer Polizei 1920 wurde zwar in einer Neuwahl im selben Jahr die deutsche Mehrheit bestätigt, in den Wahlen von 1925 aber erstmals von einer tschechischen Mehrheit abgelöst. Mit dieser politischen Entwicklung ging auch eine Zurückdrängung der Deutschen aus führenden gesellschaftlichen Positionen einher. Nachdem Mitte März 1939 deutsche Truppen einmarschiert waren, erhielten die deutschen Einwohner die Reichsbürgerschaft.⁷⁵⁴

4) Das mehrheitlich deutsche Siedlungsgebiet in Südmähren verlief entlang der Grenze zu Niederösterreich, umfasste die politischen Bezirke Znaim (Znojmo) Stadt und Land sowie Nikolsburg (Mikulov) und war politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell völlig nach Wien hin ausgerichtet. Am wichtigen Handelsweg Wien–Iglau–Prag gelegen, der unter Kaiser Karl VI. zur Reichsstraße ausgebaut worden war, wurde die alte Garnisons- und neue Schulstadt Znaim im 19. Jahrhundert auch ein Zentrum des Gemüse- und Obstanbaus, das vor allem Wien belieferte. Stellten die Tschechen in der Stadt Znaim 1910 erst 12,6 % der Bevölkerung, so rückten sie in der Volkszählung von 1921 – auch dank einer Garnison von 3000 tschechischen Soldaten (die nach nur neuntägiger Stationierung in der Stadt wahlberechtigt waren!) – auf 54,7 % vor, während die Deutschen im selben Zeitraum von 85,5 % auf 37,7 % zurückgingen, was vor allem auf eine kaum zu erklärende Halbierung der „Deutschen“ (in absoluten Zahlen) zurückzuführen war. Möglicherweise stellte diese tschechische Überschichtung eine Reaktion auf die heftige Propaganda des deutschradikalen Abgeordneten Oskar Teufel dar, der bis 1918 den Ton angab.⁷⁵⁵

Die ehemals fast ausschließlich deutsche Kleinstadt Nikolsburg (Mikulov) liegt am wichtigen Handelsweg Wien–Brünn und wurde vom Olmützer Bischof Franz Kardinal Dietrichstein Anfang des 17. Jahrhunderts mit einem Renaissanceschloss und einem Piaristenkolleg ausgezeichnet, an dem später der jüdische „Nationalökonom“ Joseph Sonnenfels und der tschechische Physiologe Jan E. Purkyně studierten. Im Nikolsburger Schloss wurde 1866 auf Drängen Bismarcks der Präliminarfrieden zwischen Österreich und Preußen geschlossen. Auch 1930 hatte es neben 6409 deutschen Einwohnern, die überwiegend vom Weinbau lebten, erst 898 tschechische gegeben. Am westlichen Hang des Schlosshügels entstand im 18. Jahrhundert die größte jüdische Gemeinde in Mähren, die bis 1919 selbständig war und 1938 von den Nationalsozialisten aufgelöst wurde. Ein Schlossbrand am 22. April 1945 vernichtete Teile der wertvollen Schlossbibliothek.⁷⁵⁶

Lundenburg (Břeclav) an der Nordbahn wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg eine überwiegend tschechische Stadt, nicht zuletzt als Grenzbahnhof und Zollsta-

⁷⁵⁴ Eberhard HOLTZ, Iglau (Jihlava), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 214-220.

⁷⁵⁵ Franz MACHILEK, Znaim (Znojmo), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 688-695.

⁷⁵⁶ Frank HADLER, Nikolsburg (Mikulov), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 411-413; vgl. Peter URBANITSCH, Die politischen Judengemeinden in Mähren nach 1848, in: XXVI. Mikulovské sympozium 2000 (Brno 2003) 39-53.

tion. Seit dem Kauf im Jahre 1638 war es Zentrum der mährischen Besitzungen der Herren von Liechtenstein gewesen und blieb dies bis 1945. Mit dem Vertrag von Saint-Germain wurden die überwiegend von Deutschen bewohnten niederösterreichischen Besitzungen der Familie Liechtenstein um Feldsberg (Valtice) und Eisgrub (Lednice) angeschlossen, was von Beneš in Paris mit dem notwendigen Verlauf der Verbindungsbahn Lundenburg–Nikolsburg auf tschechischem Gebiet begründet wurde. Seit dem späten 14. Jahrhundert im Besitz der Liechtenstein, erbaute Johann Bernhard Fischer von Erlach gegen Ende des 17. Jahrhunderts das heutige Schloss Feldsberg, das im 19. Jahrhundert mit der bis nach Eisgrub reichenden Parkanlage und dem dortigen Renaissanceschloss ein Zentrum des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens wurde.⁷⁵⁷

5) Das mehrheitlich deutsche Nordmähren begann nördlich von Olmütz und umfasste die politischen Bezirke Sternberg, Hohenstadt, Mährisch-Trübau, Mährisch-Schönberg, Römerstadt, Bärn und Neutitschein. Die von den mächtigen Herren von Sternberg (Šternberk) gegründete Stadt gleichen Namens kam Ende des 17. Jahrhunderts in den Besitz der Fürsten von Liechtenstein und blieb bis 1945 überwiegend deutsch. Am 4. März 1919 besetzten hier deutsche Demonstranten die tschechoslowakischen Ämter, sodass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit tschechischem Militär mit Todesfolgen kam. Mährisch-Schönberg (Šumperk) wurde nach 1620 wie viele andere nordmährische Besitzungen von Protestanten – etwa den Herren von Žerotín – von Kaiser Ferdinand II. an Karl von Liechtenstein übertragen und entwickelte sich im 18. Jahrhundert zu einem Zentrum der Seidenweberei, später auch des nordmährischen Schulwesens. Das im 14. Jahrhundert von deutschen Siedlern gegründete Römerstadt (Rýmařov) wurde im 18. Jahrhundert durch eine Leinenwarenfabrik bekannt, die zu Ende des 19. Jahrhunderts durch zwei Seidenwarenfabriken abgelöst wurde. Die 1893 gegründete Metallwarenfabrik beschäftigte im Zweiten Weltkrieg etwa 900 Mitarbeiter sowie zahlreiche Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. Neutitschein (Nový Jičín), das Zentrum des von der oberen Oder durchflossenen Kuhländchens, lag an der alten Reichsstraße von Wien über Brünn und Olmütz nach Krakau und entwickelte sich schon früh zu einer prosperierenden Tuchmacher-, Hutmacher- und Gerberstadt, wovon die Renaissance- und Barockhäuser um den großen Ringplatz zeugen. Nach der Rekatolisierung durch die Olmützer Jesuiten entwickelte sich Neutitschein nach 1867 auch zur Schulstadt und beherbergte nationalpolitische Vereine der Deutschen und Tschechen. Die regional bedeutende jüdische Gemeinde mit Rabbinatssitz baute 1908 eine neue, große Synagoge, die sogar das NS-Pogrom 1938 überstand. Im stets überwiegend tschechisch besiedelten Nesselsdorf (Kopřivnice), in dessen Waggonfabrik 1897 das erste Automobil der Monarchie, der „Präsident“, hergestellt worden war, wirkten nach dem Ersten Weltkrieg die Konstrukteure Hans Ledwinka und Ferdinand Porsche, die in dem 1920 auf „Tatra“ umbenannten Unternehmen

⁷⁵⁷ Frank HADLER, Eisgrub (Lednice); Feldsberg (Valtice); Lundenburg (Břeclav), alle in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 131f., 141f., 349f.

den berühmten „Tatraplan“ konstruierten, den ersten stromlinienförmigen PKW mit luftgekühltem Motor. Dies dürfte im Oktober 1938 auch das Hauptmotiv für den Anschluss an das Deutsche Reich gewesen sein.⁷⁵⁸

6) Mährisch-Ostrau (Moravská Ostrava), seit dem Ende des 13. Jahrhunderts als Germanica Ostrava zwischen den schlesischen Herzogtümern Troppau und Teschen gelegen, entwickelte sich im 19. Jahrhundert aus einem gewerbefleißigen, mehrheitlich deutschen Städtchen an der galizischen Straße zum Zentrum des bedeutendsten Industriereviere Österreich-Ungarns, mit Kohleschächten, Koksöfen, Gussstahlwerken, Rangierbahnhöfen und Industriedörfern, in dem Tschechen, Deutsche, Polen, Schlonzaken und Juden unmittelbar zusammenlebten. Nachdem zu Beginn des 18. Jahrhunderts die Reichsgrafen Wilczek von Guteland die Herrschaft gekauft hatten, begannen sie auf den um 1750 entdeckten Steinkohlefeldern mit dem Tagbau. An den Kohleschächten beteiligten sich bald auch Herzog Albert von Sachsen(-Teschen), die Grafen Salm-Reifferscheidt, die Grafen Larisch-Mönnich, die Freiherren von Rothschild, die Unternehmersdynastien Gutmann und Zwierzina sowie die Gesellschaft der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn. Der Aufschwung zur Industriestadt begann 1840 mit der Eröffnung der ersten Steinkohlengrube, 1847 mit dem Anschluss an die Nordbahn und 1851 dem Bau der Kettenbrücke nach Schlesisch-Ostrau. Kohleförderung, Verkoksung, Stahlerzeugung, Maschinen- und Bauindustrie ließen Mährisch-Ostrau schon bis 1910 zur zweitgrößten mährischen Stadt aufsteigen, wobei 47,1 % der Einwohner Deutsch, 36,2 % Tschechisch und Slowakisch und 13,9 % Polnisch als Umgangssprache angaben. In diesen Prozentsätzen waren freilich die rund 15 % Juden eingerechnet, mehrheitlich wohl unter den Deutschen. In der ethnisch und konfessionell gemischten Stadt entstanden ab Beginn des großstädtischen Ausbaus nacheinander eine Hauptsynagoge (1879), die katholische Heilandskirche (1889), das tschechische Nationalhaus (1894), das Deutsche Haus (1895), das Polnische Haus (1902), die evangelische Kirche (1907) und das Stadttheater (1907) sowie zahlreiche Wohn- und Geschäftshäuser, Arbeiterkolonien (in den Vorstädten), Schulgebäude und Hotels. Im Vorort Witkowitz (Vítkovice) entstand 1828 das erste Puddelwerk Österreichs, 1836 der erste Koksöfen und 1839 das erste Walzwerk, wobei das Eisenerz entweder per Schiff aus Schweden oder (ab 1854) per Bahn vom steirischen Erzberg kam. Die Witkowitz Eisenwerke gingen nach 1840 in den Besitz des Bankiers und Nordbahnaktionärs Salomon Maier Freiherr von Rothschild über und wurden nach 1873 als „Witkowitz Berg- und Eisen-

⁷⁵⁸ Vladimír SPÁČIL, Sternberg (Šternberk), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 584f.; Karen LAMBRECHT, Mährisch Schönberg (Šumperk), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 358-361; PRINZ, Böhmen und Mähren, 265; Karen LAMBRECHT, Römerstadt (Rýmařov), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 520f.; Robert LUFT, Neu-Titschein (Nový Jičín), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 408-410; Robert LUFT, Nesselsdorf (Kopřivnice), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 391f.; vgl. František SPURNÝ, Mährisch Schönberg, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, IX, 307-351.

hüttengewerkschaft“ – an der sich auch Wilhelm von Gutmann beteiligte – zum größten Hüttenwerk der Habsburgermonarchie ausgebaut. Unter den Angestellten und den Facharbeitern war das deutsche Element führend, unter den angelehrten und Hilfsarbeitern Tschechen und Polen (die auch „Wasser-Polaken“ oder „Schlonsaken“ genannt wurden). Für den Vorort Oderfurt (Přívov) legte der Wiener Architekt Camillo Sitte einen städtischen Regulierungsplan vor und erbaute das Rathaus und eine neugotische Pfarrkirche.⁷⁵⁹

In der 1924 um Witkowitz und andere Industrievororte erweiterten und nun sozialdemokratisch regierten Stadt Mährisch-Ostrau zeigten Bauten der Moderne wie das Neue Rathaus, das Haus der Künste, das Warenhaus Bachner, das Baťa-Haus und Bankgebäude den weiteren Aufschwung, wobei sich bei der Volkszählung 1930 von den nunmehr 130.304 Einwohnern 79 % zur tschechoslowakischen Nationalität und nur mehr 18,6 % zur deutschen, 1,9 % zur jüdischen und 0,4 % zur polnischen Nationalität bekannten. Im Witkowitz Stahl- und Maschinenunternehmen arbeiteten 1921 bereits rund 22.200 Personen. Nach dem Zusammenbruch der Wiener Creditanstalt 1931 fing der englische Zweig der Familie Rothschild die Witkowitz Eisenwerke auf. Nachdem bereits am 14. März 1939 abends deutsche Truppen Mährisch-Ostrau besetzt hatten, wurde die Industrie in die Hermann-Göring-Werke eingegliedert und sehr rasch auf Kriegsproduktion umgestellt. Obwohl einem vergleichsweise hohen Anteil der jüdischen Bevölkerung die Flucht gelang, wurden etwa 4000 Personen in Konzentrationslager deportiert, die sie größtenteils nicht überlebten. Am 30. April 1945 eroberte die Rote Armee nach schweren Gefechten die bereits durch alliierte Luftangriffe stark zerstörte Stadt, aus der die deutsche Bevölkerung teilweise schon geflüchtet war; der Rest wurde 1946 zwangsausgesiedelt.⁷⁶⁰

Österreichisch-Schlesien, das restliche Siebtel der seit 1335 zur böhmischen Krone gehörenden, 1742 an Preußen abgetretenen schlesischen Fürstentümer, bestand aus den vier „Fürstentümern“ Teschen, Troppau und Jägerndorf, Bielitz und Neisse. Joseph II. schloss diese Herzogtümer erstmals administrativ an Mähren an, was die Tschechoslowakische Republik 1928 wiederholen sollte. Die deutsche Bevölkerung machte auf einen fremden Besucher aber eher einen preußischen als einen österreichischen Eindruck, was nach 1918 den Irredentismus verstärkte. Nachdem der von deutschen Abgeordneten dominierte Schlesische Landtag 1871 scharf gegen die Fundamentalartikel protestiert hatte, wurden weder die Stremayr'schen noch die Badeni'schen Sprachenverordnungen auf das Kronland Schlesien angewendet. Im Reichsrat war Österreichisch-Schlesien ab 1907 durch zehn deutsche, drei polnische und zwei tschechische Abgeordnete vertreten, unter ihnen deutsche und tschechische Agrarier, Deutschfortschrittliche, Deutschradi-

⁷⁵⁹ Robert LUFT, Mährisch Ostrau (Moravská Ostrava), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 355-358; WISKEMANN, Czechs and Germans, 114f.; HASSINGER, Tschechoslowakei, 73.

⁷⁶⁰ LUFT, Mährisch Ostrau, 356; Lothar HÖBELT, Der „österreichische Ruhrpott“? Das mährisch-schlesische Kohlenrevier, in: Geschichtsverein für Kärnten, Bulletin, 1. Halbjahr 2012, 59-62.

kale und Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, polnische Konservative sowie deutsche, polnische und tschechische Sozialdemokraten.⁷⁶¹

Nachdem Kaiser Franz Joseph I. 1849 Österreichisch-Schlesien als eigenes Kronland wiederhergestellt hatte, wurde Troppau (Opava) Landeshauptstadt. Einst an der Nord-Süd-Handelsroute von Danzig nach Triest und der Abzweigung nach Ungarn gelegen, wurde es schon 1614 von Kaiser Matthias an Karl von Liechtenstein übertragen. Das Gebäude des Jesuitenkollegs diente ab 1861 dem Landtag und dem Landesausschuss, und Troppau blieb eine Stadt der Behörden mit einigen Textil- und Zuckerfabriken. Neben deutschen Schulen und Institutionen („Nordmark“ 1884) entstanden auch tschechische Schulen und Vereine. Obwohl Ende Oktober 1918 zur Hauptstadt der Provinz Sudetenland erklärt, bildete Troppau nach der kampflosen Besetzung der Stadt durch tschechoslowakisches Militär am 18. Dezember 1918 die Hauptstadt der tschechoslowakischen Provinz Schlesien, büßte jedoch 1928 mit der Bildung des Landes Mähren-Schlesien (*země moravskoslezská*) seine Funktion als Sitz der Landesbehörden ein. Dennoch – oder eben aus diesem Grund – behielt es auch nach 1918 seine deutsche Mehrheit. Noch eindeutiger war dies beim ehemals Hohenzollern'schen Jägerndorf (Krnov), das 1622 an Karl von Liechtenstein fiel und 1740 Ansatzpunkt für die Ansprüche König Friedrichs II. auf die schlesischen Fürstentümer war. Nach Aufbau einer bedeutenden Textilindustrie gehörte es 1914 mit seinen 30 Tuchfabriken und 5500 Arbeitern zu den größten Tuchmacherstädten der Habsburgermonarchie. An der alten Gesenkestraße von Olmütz nach Breslau liegt Freudenthal (Bruntál), das nach 1620 dem Deutschen Ritterorden übergeben wurde, der nicht nur die Forstwirtschaft und Textilverarbeitung intensivierte, sondern auch die Gründung eines Piaristenkollegiums herbeiführte. Die Absatzkrise der Leinen- und Damastweberei zwang zu Ende des 19. Jahrhunderts viele Weber zur Auswanderung. Die Gründung einer Staatsfachschole für Weberei und eines Staats-Realgymnasiums führte wieder zur Aufwertung der Stadt. Obwohl die Deutschen auch nach 1918 über 95 Prozent der Einwohner stellten, gab es Spannungen mit der tschechischen Garnison, die durch die Wirtschaftskrise verstärkt wurden. Nach dem Anschluss an das Deutsche Reich arbeitete auch die Freudenthaler Textilindustrie für die Wehrmacht, zunehmend mit Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter.⁷⁶²

Ohne Proteste war hingegen 1919 die Abtretung des etwa 78.000 Einwohner zählenden Hultschiner Ländchens (Hlučinsko) vom Deutschen Reich an die Tschechoslowakei erfolgt, da es von einer zu 80 Prozent einen mährisch-tschechischen Dialekt sprechenden, überwiegend von landwirtschaftlicher Arbeit lebenden Bevölkerung bewohnt war, die der preußischen Verwaltung gewisse Probleme

⁷⁶¹ G. Freytag's Reichsrats-Wahlkarte von Österreich 1911.

⁷⁶² Karel MÜLLER, Troppau (Opava), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 625-631; Karen LAMBRECHT, Jägerndorf (Krnov), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 222-224; Werner BEIN, Freudenthal (Bruntál), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 149-151.

me bereitet hatte. Hier wurde also die neue Staatsgrenze der ethnisch-sprachlichen Grenze angepasst, obwohl die tschechoslowakische Delegation in Paris Gebiete bis Ratibor an der Oder gefordert hatte.⁷⁶³

Teschen (Český Těšín, Cieszyn), die alte Residenzstadt des gleichnamigen Herzogtums an der Olsa im Vorland der Beskiden, hatte bereits nach 1500 durch den Kupferhandel mit der oberungarischen Fugger-Thurzó-Gesellschaft eine wirtschaftliche Blütezeit erlebt, wobei die deutsche städtische Oberschicht, die polnische Bevölkerungsmehrheit und einige Tschechen die Geschicke der Stadt bestimmten. Als Zentrum des oberschlesischen Protestantismus wurde es 1629 für katholisch erklärt, aber auch die Jesuiten konnten den starken Geheimprotestantismus nicht unterbinden. Nach dem Tode einer piastischen Erbtöchter fiel das Herzogtum Teschen als erledigtes Lehen an die Habsburger, die es dem Haus Lothringen übertrugen. Auf Grund der Altranstädter Konvention durften aber zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine evangelische Gnadenkirche und eine Lateinschule errichtet werden. Ab 1742 die einzige evangelische Gemeinde Österreichs, wurde Teschen nach dem Toleranzpatent Josephs II. Sitz einer Superintendentur für das Augsbürgische Bekenntnis. Im 19. Jahrhundert profitierte die Stadt von ihrer Verkehrslage an der Kaiserstraße Wien–Krakau sowie als Eisenbahnknotenpunkt an der 1869 eröffneten Kaschau-Oderberg-Bahn, der wichtigsten Verbindung zwischen Oberschlesien und Oberungarn. Nach der Volkszählung von 1910 hatten die Deutschen unter den 22.849 Einwohnern eine knappe absolute Mehrheit (13.244), die Polen waren die zweitstärkste Gruppe, die Tschechen zählten lediglich 1437 Einwohner; die 2112 Juden dürften mehrheitlich Deutsch als Umgangssprache angegeben haben. Statistisch nicht erfasst waren die sogenannten „Schlonsaken“, die einen regionalen polnisch-tschechischen Mischdialekt sprachen und prohabsburgisch eingestellt waren. Erzherzog Friedrich, Herr über 64.000 Hektar an Latifundien im Herzogtum Teschen, verlegte als Oberbefehlshaber im Herbst 1914 das k.u.k. Armeeoberkommando nach Teschen, von wo aus die Karpatenschlacht und die Gegenangriffe in Galizien geleitet wurden.⁷⁶⁴

Die Grenzfrage im Herzogtum Teschen wurde zwischen 1918 und 1920 sowohl militärisch als auch politisch-diplomatisch ausgetragen. Im November 1918 kam Teschen unter polnische Verwaltung, bis am 23. Jänner 1919 tschechoslowakische Truppen einmarschierten. Nachdem die von den Alliierten anberaumte Volksabstimmung auf Betreiben von Beneš abgesagt worden war, entschied die Botschafterkonferenz am 28. Juli 1920 die Grenzfestsetzung zugunsten der Tschechoslowakei, indem das Gebiet und die Stadt Teschen entlang der Olsa geteilt wurden, sodass der alte Stadtkern an Polen fiel und der Bahnhof in der Tschechoslowakei blieb. Die Grubenbesitzer und Industriellen wie die Rothschilds bevorzugten die Zugehörigkeit zur Tschechoslowakei, und die Nationalitätenverhältnisse im tschechoslowaki-

⁷⁶³ WISKEMANN, Czechs and Germans, 115f.

⁷⁶⁴ Robert LUFT, Teschen (Český Těšín, Cieszyn), in: Bahlcke – Eberhard – Polívka, Böhmen und Mähren, 607-609.

schen Teil Teschens verschoben sich schon in der Volkszählung 1921 zugunsten der Tschechoslowaken (47,5 %), während die Deutschen auf 40,5 % sowie die Polen auf 11,2 % zurückfielen. In der neuen tschechoslowakischen Stadt Teschen aber stellten die nun für die Tschechoslowakei eingestellten „Schlonsaken“ (*Šlonzáky*) mit Józef Koźdoń den Bürgermeister. Nach der polnischen Besetzung von etwa zwei Dritteln des tschechoslowakischen Teschener Gebietes im Oktober 1938 wurden beide Städte wieder vereint und wurden im September 1939 dem Reichsgau Oberschlesien angegliedert. Nach Flucht und Zwangsausiedlung der deutschen Bevölkerung wurde die nicht zerstörte Doppelstadt 1945 wieder getrennt.⁷⁶⁵

Der Umsturz von 1918 hatte in den böhmischen Ländern nicht nur die politischen Herrschaftsverhältnisse zwischen Tschechen und Deutschen umgekehrt, sondern auch den „alten Schiedsrichter“ – den cisleithanisch-österreichischen Staat (!) – beseitigt.⁷⁶⁶ Die tschechischen und deutschen Schutzvereine hatten sich immer wieder zu übertreffen und zu überspielen versucht, hatten aber auch die Autorität der österreichischen Behörden respektieren müssen. Der neue, durch und durch demokratische Charakter der Tschechoslowakischen Republik ermöglichte nun noch mehr politische Agitation, während das Beharren auf der tschechoslowakischen Staatssprache und auf tschechischen (und slowakischen) Traditionen mit Recht eine Allianz zwischen den neuen Behörden und den tschechischen Organisationen – und gegen die sudetendeutschen Organisationen – vermuten ließ. „In a thousand little ways the Czechs, in the early days of their Republic, set out to humiliate the Germans“, urteilte Elizabeth Wiskemann im Frühjahr 1938. So wurde auf den neuen tschechoslowakischen Kronenscheinen der Wert in vier Sprachen angegeben, aber die deutsche Sprache kam erst an dritter Stelle – nach der russinischen (in kyrillischen Buchstaben). An der Bahnstation Břeclav (Lundenburg), dem wichtigsten Eisenbahngrenzübergang zwischen der Tschechoslowakei und Österreich, wurden die deutschen Aufschriften durch französische ersetzt.⁷⁶⁷

Die tschechoslowakische Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen stand von Beginn an unter keinem guten Stern, da Präsident Masaryk bereits am 22. Dezember 1918 behauptet hatte, dass die Deutschen „nur Kolonisten oder Abkömmlinge von Kolonisten“ seien und Außenminister Beneš diese Auffassung auch in das *Mémoire III* aufgenommen hatte. Zwar verhinderte die demokratische Struktur des tschechoslowakischen Staates eine angestrebte rasche „Entgermanisierung“ der deutschen Siedlungsgebiete und eine planmäßige Assimilationspolitik, aber die „manchmal unzweckmäßige, auf dem Prestigedenken beruhende Präponderanz der Sprache des Mehrheitsvolkes“ blieb das Hauptmerkmal der Prager Sprachpolitik. Das zeigte sich auch 1926, als die Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz „die Tür zu einer zumindest in Ansätzen einvernehmlichen Regelung

⁷⁶⁵ LUFT, Teschen, 609; vgl. Petr JELÍNEK, *Zahraničně-politické vztahy Československa a Polska 1918-1924* (Opava 2009).

⁷⁶⁶ Vgl. REDLICH, *Reichsproblem I*, 407, 457.

⁷⁶⁷ WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 117.

weitgehend“ verschloss. Die tschechischen Parteien – hierbei nicht unähnlich den deutschen Parteien vor 1914 – erwiesen sich auch in der Folgezeit nicht imstande, „die zweifellos kühne und zukunftsweisende Entscheidung“ der „aktivistischen“ Sudetendeutschen zur Mitwirkung an der Stabilisierung des Staates noch vor der Weltwirtschaftskrise und der NS-Machtergreifung „mit entsprechenden nationalpolitischen Zugeständnissen zu honorieren“.⁷⁶⁸

Am 28. Februar 1920 beschloss das Prager Parlament die neue Verfassung und das Sprachengesetz. Die Verfassung bestätigte Freiheit, Gleichheit, Sicherheit, Privatheit und die Beseitigung aller Adelstitel und Privilegien. Kapitel VI beinhaltete den Schutz der nationalen, religiösen und ethnischen Minderheiten, und das am selben Tag beschlossene Sprachengesetz beinhaltete die relevanten Teile des Minderheitenvertrags von Saint-Germain. Die tschechoslowakische Sprache wurde zur Staatssprache erklärt, während die Sprachen der Minderheiten nur in jenen Gerichtsbezirken zugelassen wurden, in denen sie mehr als zwanzig Prozent der Bevölkerung zählten. Das Sprachengesetz adaptierte damit die altösterreichische 20-%-Regelung und wendete sie so auf die Formulierung von „einem verhältnismäßig beträchtlichen Teil an tschechoslowakischen Staatsbürgern“ an. Immerhin verbot die Verfassung jede Art von gewaltsamer Entnationalisierung. Der Minderheitenvertrag sicherte zwar die Einrichtung von Minderheitenschulen, aber nicht die Verwendung von Minderheitensprachen im Parlament.⁷⁶⁹

Am 18. April 1920 wurden die ersten Wahlen zur Abgeordnetenversammlung mit 300 Sitzen, am 25. April die zum Senat mit 150 Sitzen abgehalten. Die nationalen Minderheiten hatten sich dafür entschieden, daran teilzunehmen. Obwohl die Deutschen in den böhmischen Ländern bei der Volkszählung 1921 nur 30,4 % der Bevölkerung ausmachen sollten, erreichten die deutschen Parteien bei den Wahlen für das Abgeordnetenhaus 32,6 %, für den Senat 32,7 % aller Stimmen. Auf das ganze Staatsgebiet hochgerechnet, wäre somit 1921 mit 3,367.000 Deutschen zu rechnen gewesen, und nicht 3,123.000. Jedenfalls wählten 1920 1,586.060 deutsche Wähler 72 Abgeordnete und 40 Senatoren; das waren 24 % aller Abgeordneten und 26,6 % aller Senatoren. Trotz dieses für Deutsche wie Tschechen überraschenden Erfolges der deutschen Parteien – die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Josef Seliger, Ludwig Czech), der Bund der Landwirte (Professor Franz Spina), die Deutsche Nationalpartei (Rudolf Lodgman von Auen), die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei (Professor Robert Mayr-Harting), die Deutschdemokratische Freiheitspartei (Professor Bruno Kafka) und die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Rudolf Jung) – boykottierten die deutschen Vertreter in der Nationalversammlung die Wahl von Professor Masaryk zum ers-

⁷⁶⁸ KUČERA, Minderheit, 307; Christoph BOYER, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR 1918-1938 (München 1999).

⁷⁶⁹ WISKEMANN, Czechs and Germans, 119-121; TÓTH – NOVOTNÝ – STEHLÍK, Národnostní menšiny, 26-32.

ten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, und am 1. Juni 1920 protestierte Dr. Lodgman als Sprecher der deutschen Abgeordneten in der Kammer gegen die Verfassung.⁷⁷⁰

Am 5. April 1922 übersandte der Deutsche Parlamentarische Verband in Prag, unterzeichnet von seinem Vorsitzenden Josef Böhr, eine erste Petition an den Völkerbund nach Genf. Die deutschen Abgeordneten zweifelten die Gültigkeit der Verfassung an, die in ihrer Abwesenheit verabschiedet worden war. Die Prager Regierung wies darauf hin, dass der Minderheitenvertrag erst am 16. Juli 1920 rechtskräftig geworden sei, also nach Ratifizierung der Verfassung. Eine zweite Petition protestierte gegen den Mindestanteil von 20 % der Bevölkerung für die Zulassung des Deutschen als Gerichtssprache, gegen das Austausch deutscher Aufschriften gegen tschechische und gegen das Gesetz vom 19. Februar 1920, nach dem allein der tschechische Teil der Erbe der Karls-Universität sein sollte. Aber das Dreierkomitee des Völkerbundes unter Lord Cecil akzeptierte die tschechoslowakischen Antworten.⁷⁷¹

Sudetendeutsche Proteste gab es jedes Mal, wenn eine deutsche Schule wegen Nicht-Erreichens der erforderlichen Kinderzahl geschlossen wurde, während im sudetendeutschen Gebiet immer mehr tschechische Minderheitenschulen eröffnet wurden, vor allem in den Städten wie Aussig, Brüx, Dux, Reichenberg und Troppau, aber auch in Postelberg, Zwittau und Nikolsburg. Mit Druck und Angebot „überredeten“ tschechische Behörden deutsche Eltern, ihre Kinder auch in diese Minderheitenschulen zu schicken. Im Dezember 1924 wurde ein drastisches Wirtschaftsgesetz verabschiedet, das zu größeren Entlassungen führte. Mangels sprachlicher Eignung waren insgesamt 33.000 deutsche Beamte und Tausende Eisenbahner aus verstaatlichten und privaten Betrieben betroffen. Sudetendeutsche Eisenbahnbeamte mit guten Tschechisch-Kenntnissen wurden hingegen in den tschechoslowakischen Staatsdienst übernommen und rasch befördert.⁷⁷²

In der Sprachenverordnung vom 3. Februar 1926 wurden genaue Regeln über die Verwendung der Staatssprache und der Minderheitensprachen festgelegt. Dabei wies die Verordnung eine tendenzielle Verschlechterung der Stellung der Minderheitensprachen auf. Die Behörden und Gerichte hatten in den Mehrheitsprachen der politischen und Gerichtsbezirke zu agieren; nur bei Vorhandensein einer Minderheit von über 20 % wurde auch die Minderheitensprache berücksichtigt – und dies galt auch für die tschechische bzw. slowakische Sprache. Die deutschen Parteien demonstrierten, wie ihre Väter gegen die Badeni-Verordnungen demonstriert hatten, in Leitmeritz, Landskron, Trautenau, Teplitz, Aussig

⁷⁷⁰ HASSINGER, Tschechoslowakei, 139-141, 573; WISKEMANN, Czechs and Germans, 121f.; KÁRNÍK, České země I, 71f., 90-94, 129. Die Abgeordneten der Deutschen Nationalpartei mit Lodgman an der Spitze verließen den Sitzungssaal und erklärten: „Die deutschen Kolonisten und Immigranten verlassen den Saal.“

⁷⁷¹ FERENČUHOVÁ, Schutz, 141f.

⁷⁷² WISKEMANN, Czechs and Germans, 125f.; Friedrich NATHER, Als Deutscher in der Tschechoslowakei und im Protektorat Böhmen und Mähren (Olomouc 2008) 6.

und Karlsbad, aber das Dekret verstieß nicht gegen den Minderheitenvertrag von 1919. Der Hauptredner des Deutschen Verbandes stellte im Prager Parlament fest, dass die Sprachverordnung erfüllt sei vom Geist des Hasses, vom Geist der Rache und Herrschsucht und vom Streben nach Unterdrückung des deutschen Volkes. Doch das Misstrauensvotum wurde mit 157 gegen 101 Stimmen abgelehnt. Die Verwaltungsreform von 1927 traf vor allem die deutschen Beamten der bisherigen Landeshauptstadt Troppau, da Schlesien nun mit Mähren vereinigt wurde und viele Beamte – auch tschechische – pensioniert wurden. Im Übrigen wurde nun ein Drittel der Mitglieder der vier Provinzlandtage und der Bezirksräte von Prag ernannt und nur zwei Drittel gewählt, was eine Einengung des demokratischen Prinzips gegenüber dem alten Österreich bedeutete.⁷⁷³

Dennoch hatten sich in Prag nach den Wahlen im Herbst 1925 Stimmen zur Versöhnung erhoben. Vor allem die starke Zunahme der kommunistischen Stimmen zu Lasten der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten ermöglichte es dem Ministerpräsidenten Švehla, über eine deutsche Beteiligung an der Regierung zu verhandeln. Der deutsche Senator Professor Karl Hilgenreiner erklärte, die Sudetendeutschen seien keine Revolutionäre und sie seien bereit, dem tschechoslowakischen Staate zu dienen und ihm gute Dienste zu leisten. Und der tschechische Sozialdemokrat Rudolf Bechyně lehnte jeglichen Chauvinismus ab: „Wir haben die Deutschen im Land, wir müssen mit ihnen so leben, wie es sich für vernünftige Leute von selbst versteht.“ Im Sommer 1926 wurden gegen den heftigen Widerstand der tschechoslowakischen und deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten im Prager Parlament die Agrarzölle erhöht, was zu Preiserhöhungen der landwirtschaftlichen Produkte führte. Die tschechoslowakischen Agrarier unter Führung von Švehla konnten die Abstimmung nur mit Hilfe deutscher Stimmen von den Christlichsozialen, vom Bund der Landwirte und von der Gewerbspartei gewinnen. Daher nahm der „Bauernzar“ Švehla im Oktober 1926 zwei sudetendeutsche „Aktivisten“ in sein neues Kabinett auf: aus dem Bund der Landwirte den Bohemisten Franz Spina als Minister für öffentliche Arbeiten und aus der Christlichsozialen Volkspartei den Juristen Robert Mayr-Harting als Justizminister. Spina hatte den sudetendeutschen Aktivismus mit folgenden Worten charakterisiert: „Das Ziel der aktivistischen Politik ist die Umbildung der Tschechoslowakei zu einem Nationalitätenstaat. Die 3,5 Millionen Deutschen müssen mit die Hand am Steuerruder haben.“⁷⁷⁴

Dennoch blieb unter den tschechischen Parteien sowohl eine „Anschluss-Phobie“ als auch ein „Habsburger-Komplex“ bestehen. Nicht zuletzt Masaryk, Beneš und Kramář vertraten zumindest nach außen hin – entgegen der Übernahme vieler

⁷⁷³ Der Anstoß zur Durchführungsordnung ging vom Obersten Verwaltungsgericht in Prag aus, das am 19. Jänner 1926 einer Beschwerde deutscher Gastwirte gegen die von politischen Behörden angeordnete Anbringung tschechischer Aufschriften stattgegeben hatte. – KUČERA, Minderheit, 87-97; WISKEMANN, Czechs and Germans, 126f., 132f.

⁷⁷⁴ WISKEMANN, Czechs and Germans, 131f.

tschechischer Beamter aus früheren Wiener Ministerien und entgegen der Übernahme vieler tschechischer Generalstabsoffiziere aus der k.u.k. Armee⁷⁷⁵ – eine konsequente Politik der „Entösterreicherung“, die ungewollt eine Hinwendung der Sudetendeutschen zur Weimarer Republik förderte. Der Kulturgeograph Hugo Hassinger konstatierte, dass zu wenige Vertreter des „österreichischen Menschen“ – er meinte damit „einfühlsame, verstehende, schmiegsame Kulturmenschen“, seien sie Staatsmänner, Offiziere, Beamte, Geistliche, Künstler, Gelehrte und Kaufleute gewesen, die bis 1918 „mitteleuropäische Vermittlungsarbeit“ geleistet hatten – den Ersten Weltkrieg überstanden hätten. Ohne die Vermittlungsarbeit der „österreichischen Menschen“ aber wachse die Aussicht auf einen „Kampf zwischen dem deutschen und slawischen Mitteleuropa“.⁷⁷⁶

Eine zunehmende Trennlinie zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zeichnete sich auch in der Religionspolitik ab. Insbesondere in der gebildeten tschechischen Mittelschicht und unter der Arbeiterschaft entstand eine völlige Entfremdung von der katholischen Kirche, die als Handlangerin Österreichs und Habsburgs denunziert wurde. Freilich erfüllte auch die Bildung einer „Tschechoslowakischen Kirche“ keineswegs den mächtigen Ruf nach Säkularisierung des öffentlichen Lebens, nach konsequenter Trennung von Kirche und Staat. Während etwa der erste Ministerpräsident Kramář mit neohussitischen und nationalkirchlichen Ideen sympathisierte, tendierte sein sozialdemokratischer Nachfolger Vlastimil Tusar zum Laizismus. Und dem sozialdemokratischen Unterrichtsminister Gustav Habrman schrieb Präsident Masaryk ins Ernennungsdekret: „Die vorbereitete Trennung von Staat und Kirche wird im Bereich der Schulverwaltung mit dem nötigen Takt durchgeführt, die Entkirchlichung der Schule wird die Erziehung nicht schädigen.“⁷⁷⁷

Zu einem Spiegelbild der tschechisch-deutschen Verhältnisse in Böhmen entwickelte sich die Auseinandersetzung um die Karls-Universität. Der aus der Teilung von 1882 hervorgegangene deutsche Teil der k.k. Carl-Ferdinands-Universität war bereits am 19. Februar 1920 mit der *lex Mareš* von der nunmehr tschechischen Karls-Universität abgetrennt und in „Deutsche Universität in Prag“ umbenannt worden. Die tschechische Politik legte dabei fest, dass die Tradition der Karls-Universität mit den historischen Insignien, dem Universitätsarchiv und dem Carolinum nur mehr im tschechischen Teil fortbestehen sollte. Trotz dieser rechtlichen Trennung bestand de facto die Teilung fort, sodass die Tschechen und die Deutschen auch

⁷⁷⁵ Zdeněk KÁRNÍK, *České země v éře První republiky (1918-1938)*, 1. Teil: Vznik, budování a zlatá léta republiky (1918-1929) (Praha 2000) 154-168, 351.

⁷⁷⁶ HASSINGER, *Tschechoslowakei*, 37, 40.

⁷⁷⁷ SAYER, *Bohemia*, 160-162; Christoph BOYER, *Nationality and Competition: Czechs and Germans in the Economy of the First Czechoslovak Republic (1918-1938)*, in: Alice Teichová (ed.), *Economic Change and the National Question in the Twentieth Century Europe* (Cambridge 2000) 262-276; KÁRNÍK, *České země* 1, 284-196; HRABOVEC, *Reformbestrebungen*, 338f., 358f. Masaryk selbst war schon in jungen Jahren aus der katholischen Kirche ausgetreten und hatte die Parole der „Entkirchlichung des Lebens“ ausgegeben.

weiterhin an jeweils bestimmten Tagen die gemeinsamen Einrichtungen der Universität verwendeten. Die Personalstruktur der „Deutschen Universität in Prag“ war insofern bemerkenswert, als in den 1920er Jahren 35 % der Professoren und 25 % der Studierenden jüdischer Herkunft waren, wobei letztere zum Teil aus Prag, zum Teil aus Wien oder deutschen Städten, zum Teil aber auch aus Ungarn stammten, das einen *numerus clausus* festgelegt hatte. Mit der Wahl des aus dem Burgenland stammenden Historikers Samuel Steinherz wurde ein Jude sogar Rektor der Deutschen Universität – als erster jüdischer Rektor einer deutschsprachigen Universität überhaupt. Freilich protestierte dagegen die „Deutsche Studentenschaft“, die sich aus deutsch-nationalen Gruppierungen rekrutierte, die überwiegend aus Nordböhmen und Südböhmen, zum Teil auch aus Sachsen, Bayern und Österreich stammten. Mitte November 1922 organisierten sie sogar einen Studentenstreik, der aber beim Prager Unterrichtsministerium erfolglos blieb: Steinherz blieb als Rektor bis zum Ende seiner regulären Amtszeit. NS-Gruppierungen unter der Prager Studentenschaft luden 1930 den Gauleiter von Berlin, Joseph Goebbels, zu einem Vortrag über „Arbeiter und Studenten“ ein. Mit dem raschen Anwachsen der Arbeitslosigkeit radikalisierte sich auch die sudetendeutsche Studentenschaft, während die Professorenschaft – abgesehen von Einzelpersonen wie dem Theologen Karl Hilgenreiner, dem Osteuropa-Historiker Josef Pfitzner, dem Mediävisten Heinz Zatschek und dem Rechtshistoriker Wilhelm von Weizsäcker – bis 1938 politisch relativ neutral blieb. Vermutlich auf Initiative des tschechischen Juristen František Weyr und mit Unterstützung durch die deutschen Professoren Robert Neuner und Robert Mayr-Harting entschied sich die Juridische Fakultät im Frühjahr 1933 mit Stimmenmehrheit für die Berufung des gebürtigen Pragers und aus der Kölner Universität ausgeschlossenen jüdischen Professors Hans Kelsen – des „Vaters“ der österreichischen Bundesverfassung von 1920. Insgesamt aber führten die beiden Universitäten in der Zwischenkriegszeit ein weitgehend paralleles Leben, kaum mit kollegialen Kontakten auf Professoren- und Studentenebene. Keine Neutralität gab es aber im Insignien-Streit, in dem die Deutsche Universität letztlich die alten Insignien der Karls-Universität dem Unterrichtsministerium übergeben musste, wo sie von Vertretern der nunmehr tschechischen Karls-Universität abgeholt wurden. Dieses „Schauspiel“ sollte sich nach der Bildung des Protektorats in umgekehrter Richtung wiederholen.⁷⁷⁸

Obwohl bei den Parlamentswahlen am 27. Oktober 1929 unter den deutschen Parteien die „Aktivisten“ – die Sozialdemokraten, der Bund der Landwirte und die Christlichsozialen (mit der Deutschen Gewerbspartei) – mit insgesamt 1,25 Millionen Stimmen noch deutlich gewonnen und 51 von 66 deutschen Mandaten errungen hatten, geriet der sudetendeutsche „Aktivismus“ in der Weltwirtschaftskrise zunehmend unter Druck. Während der Christlichsoziale Mayr-Harting das neue Kabinett

⁷⁷⁸ Ota KONRÁD, *Dějepisectví, germanistika a slavistika na Německé univerzitě v Praze 1918-1945* (Praha 2011); Alena MIŠKOVÁ, *Die Deutsche (Karls-)Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges* (Prag 2007) 24-45. Nur wenige Studenten wie der spätere US-Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch absolvierten beide Universitäten.

verließ, trat der deutsche Sozialdemokrat Ludwig Czech als Minister für soziale Fürsorge ein. Abgesehen von der geringeren Distanz zwischen „Aktivismus“ und „Negativismus“ fern des Prager Parlaments und der Ministerien wurde der Kampf um den Arbeitsplatz nun neuerlich – wie in der Umsturztagen 1918/19 – ein Kampf um den deutschen Arbeitsplatz. Parallel dazu wurde auf tschechischer Seite das Anwachsen deutschfeindlicher Stimmungen deutlich, was sich besonders im September 1930 während der sogenannten „Tonfilmaffäre“ in Prag entlud, als die offensichtlich politisch gesteuerte „Prager Gasse“ – man kann auch von Mob sprechen – gegen zwei sehr erfolgreiche deutsche Unterhaltungsfilme demonstrierte, „Nieder mit den Deutschen“, „Nieder mit den Juden“, „Es lebe das tschechische Prag“ skandierte sowie deutsche und jüdische Geschäfte demolierte. Der Prager Stadtrat begrüßte „die würdigen Demonstrationen für den Schutz des slawischen Charakters Prags“; im Parlament gerieten tschechische Faschisten und Deutschnationale aneinander, wobei erstere dazu aufforderten, nach Deutschland zu gehen, während letztere dies unter Mitnahme des deutschen Gebietes zusagten. Das tschechoslowakische Außenministerium drückte zwar sein Bedauern aus, Außenminister Curtius geißelte aber im Reichstag den „Deutschenhass“ und die „Terrorakte“ in Prag und verlangte mehr Respekt vor „der Würde der deutschen Kultur“.⁷⁷⁹

Als der Direktor des Deutschen Theaters in Brünn, der Vater von Peter Demetz, für den 30. Oktober 1928 eine Festveranstaltung anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Tschechoslowakischen Republik ankündigte, sprach bei ihm eine Delegation nationalistischer deutscher Studenten, meist von der Brüner Technischen Hochschule, vor und verlangte von ihm die Absage der Veranstaltung. Als Demetz nicht nachgab, organisierten die Studenten eine öffentliche Demonstration, unterbrachen die Veranstaltung, verlasen eine Proklamation gegen die Republikfeier und versuchten die Abonnenten von einer weiteren Teilnahme abzubringen. Die tschechische Polizei schritt ein und verhaftete fünf Studenten. Im Jänner 1931 wurden diese vom zuständigen Bezirksgericht wegen Störung der öffentlichen Ruhe und gemäß dem Gesetz zum Schutz der Republik wegen Aufruhr „gegen den Staat, seine Anfänge, seine Unabhängigkeit, die verfassungsmäßige Einheit und seine demokratisch-republikanische Form“ (§ 14) zu unbedingter Haft verurteilt. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, wurde der Vertrag mit Demetz nicht mehr verlängert.⁷⁸⁰

In der tschechoslowakischen Volkszählung vom 1. Dezember 1930 gaben 3.149.820 Einwohner der böhmischen Länder als Nationalität „deutsch“ an, von denen 78.882 Ausländer – überwiegend Österreicher und Deutsche – waren. Dem-

⁷⁷⁹ JAWORSKI, Vorposten, 152-156, 179-188; WINGFIELD, Flag Wars, 199-230.

⁷⁸⁰ DEMETZ, Prague in Danger, 88f. Nachdem seine jüdische Frau bereits zur Mitte der 1930er Jahre die Scheidung herbeigeführt hatte, arbeitete Demetz in Prags elegantestem Kino am Graben, nach dem Hinauswurf durch den SS-Treuhänder als Administrator am Rose Theater in Berlin, das wie alle anderen am 1. September 1944 geschlossen wurde. Nach einer missglückten Selbstverstümmelung überlebte er in einem Prager Krankenhaus.

nach waren 50 politische Bezirke bzw. 120 Gerichtsbezirke bzw. 3397 Gemeinden mehrheitlich von Deutschen bewohnt. In Brünn lebten 52.165 tschechoslowakische Staatsangehörige deutscher Nationalität (= 20,3 % aller Stadtbewohner), in Prag 41.701 (= 5,0 %), in Mährisch-Ostrau 21.753 (= 18,6 %), in Olmütz 15.017 (= 22,9 %), in Iglau 12.095 (= 39,7 %), in Pilsen 6782 (= 6,0 %) und in Budweis 6681 (= 15,5 %). Unter der deutschen Bevölkerung der böhmischen Länder bekannten sich 1930 noch fast 94 % zur römisch-katholischen Konfession, unter der tschechischen Bevölkerung hingegen nur mehr 74 %.⁷⁸¹

Bereits im Mai 1918 war die von Karl Hermann Wolf gegründete Deutsche Arbeiter-Partei in „Deutsche National-Sozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) umbenannt worden, die in der Tschechoslowakei von Knirsch, Krebs und Jung geführt wurde. Auf einer alldeutschen Konferenz in Salzburg im August 1920 trafen sich u. a. Hitler und Krebs, der in der Folge oftmals München besuchte. Wie die Hitler-NSDAP vertrat auch die DNSAP antidemokratische, alldeutsche, rassistische und antisemitische Zielsetzungen und stand der Tschechoslowakei feindlich gegenüber. Mit ihrem Programm und ihrer Agitation – 1927 legte sie auch ein Autonomie-Programm vor – nahmen ihre Abgeordnetenmandate von fünf im Jahre 1920 und sechs im Jahre 1925 auf acht im Jahre 1929 zu. Ab 1929 begann sie sudetendeutsche Jugendliche über 21 Jahre im „Volkssport“ zu organisieren, dessen Aktivitäten und Uniformen der SA nachempfunden wurden. Kein tschechoslowakisches Gesetz verbot die Verbreitung alldeutscher Ideen, und über die tschechisch-deutsche Grenze hinweg nahmen die Kontakte von Jahr zu Jahr zu; gleichzeitig floss immer mehr Geld aus Deutschland zu sudetendeutschen Organisationen. Bereits 1927 lud die DNSAP Dr. Goebbels, 1928 Dr. Frick als Gastredner ein. Im Jahre 1931 wurden NS- und Volkssport-Uniformen in der Tschechoslowakei verboten, und im Sommer 1932 entschloss sich die tschechoslowakische Regierung, in Brünn einen großen Volkssport-Prozess durchführen zu lassen. Sieben junge Mitglieder, meist Studenten, wurden angeklagt, in Verbindung mit einer auswärtigen Macht einen bewaffneten Aufstand vorbereitet zu haben, der zur Zerstörung der Tschechoslowakei führen sollte. Aber die Polizei hatte bei ihren Untersuchungen keine Waffen gefunden, daher musste der Staatsanwalt diese Anklage fallen lassen. Die Anklage wurde auf Konspiration gegen die Republik und ihre demokratischen Institutionen abgeändert, und drei Studenten wurden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die später auf zweieinhalb Jahre reduziert wurden. Dennoch gab es einen großen Aufschrei in der sudetendeutschen, deutschen und teilweise auch österreichischen Öffentlichkeit.⁷⁸²

Eine ganze Reihe von jungen Sudetendeutschen studierte bei Professor Othmar Spann an der Universität Wien und hörte hier Ideen von der ständischen Organisa-

⁷⁸¹ Alfred BOHMANN, *Das Sudetendeutschtum in Zahlen. Handbuch über den Bestand und die Entwicklung der sudetendeutschen Volksgruppe in den Jahren von 1910 bis 1950* (München 1959) 26, 122-125; *Sčítání lidu 1930, díl I, tab. 4 und 12.*

⁷⁸² WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 134-139.

tion der Gesellschaft, von der Wiedererrichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und von der Ablehnung der westlichen demokratischen Gesellschaft. Die Spann-Jünger Heinrich Rutha, Walter Heinrich und Walter Brand gründeten 1926 den „Kameradschaftsbund“, der ab 1930 die Monatsschrift „Die Junge Front“ veröffentlichte. Diese jungen Sudetendeutschen träumten von den mittelalterlichen Traditionen Böhmens – offensichtlich nicht von den hussitischen Traditionen – und von einer neuen deutschen Mission in Böhmen. Nach Hause zurückgekehrt, erlangten sie großen Einfluss in verschiedenen nationalistischen Organisationen und entsprachen damit dem Auftrag ihres Professors Spann, dass eine intellektuelle Elite die politische Führung zu übernehmen habe. Rutha, Heinrich und Brand wollten die sudetendeutsche Einheit stärken, um deren Interessen in der Tschechoslowakei wirkungsvoller vertreten zu können. Während die „Kameradschaftsbündler“ ihr Hauptquartier in Böhmisches-Leipa aufschlugen, da es die Heimat von Heinrich und Rutha war, konzentrierten sich die „Volkssportler“ in Eger, Leitmeritz, Gablonz und Südböhmen. Spann's Ideologie verbreitete sich aber auch in Troppau und Teschen, da auch aus diesen Städten Studenten nach Wien gekommen waren.⁷⁸³

Die Weltwirtschaftskrise untergrub nicht nur das demokratische System in Deutschland und Österreich, sondern beschleunigte auch die „Desintegration zweier Völker im selben Lande“ (Eugen Lemberg) und die neuerliche Zuspitzung zu einer „Konfliktgemeinschaft“ (Jan Křen) in den böhmischen Ländern. Vor allem der katastrophale Einbruch der Exporte – die Gesamtausfuhr der Tschechoslowakei sank von 20 Milliarden Kčs im Jahre 1929 auf 7 Milliarden Kčs im Jahre 1933 – ließ die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei im Februar 1933 auf nahezu eine Million hochschnellen, was immerhin 15 % der Erwerbsfähigen ausmachte. Sozialpolitisch noch verheerender war die Tatsache, dass nur etwa 250.000 eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System erhielten, die von den Gewerkschaften verwaltet wurde. Auf Grund der Konzentration der exportabhängigen Leicht- und Konsumgüterindustrien in den deutschen Siedlungsgebieten und des konjunkturabhängigen Fremdenverkehrs im nordwestböhmischen Bäderdreieck Karlsbad, Marienbad und Franzensbad stieg die Arbeitslosigkeit allein bei den Sudetendeutschen auf bis zu 600.000 Personen an, d. h. sie betraf auf ihrem Höhepunkt bis zu 40 % aller potentiellen Arbeitskräfte. Da die Arbeitslosigkeit unter den Tschechen infolge der größeren Stabilität in der Agrar- und Grundstoffindustrie kaum mehr als 10 % ausmachte, ergab sich aus dieser markanten Differenz eine schwerwiegende nationalpolitische Differenz, die zu einer wachsenden innenpolitischen Belastung werden musste. Und nationalpolitischen Charakter nahm die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise an, als die Prager Regierung begann, ihre teilweise erfolgreichen Gegenmaßnahmen fast ausschließlich auf die tschechischen Industriebetriebe zu konzentrieren und

⁷⁸³ Vgl. Othmar SPANN, *Der wahre Staat* (Leipzig 1923); Josef PFITZNER, *Sudetendeutsche Einheitsbewegung. Werden und Erfüllung* (Karlsbad – Leipzig 1937).

Staatsaufträge an deutsche Betriebe von der personellen Durchsetzung derselben mit tschechischen Angestellten und Arbeitern abhängig zu machen.⁷⁸⁴

Hinter vielen Sparmaßnahmen der Prager Regierung vermuteten die Sudetendeutschen – zu Recht oder zu Unrecht – nationalpolitische Tendenzen. Sudetendeutsche Staatsbeamte und –angestellte wurden in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer erhielten entweder keine Anstellung oder nur in der Karpato-Ukraine. Auch tschechische Schriftsteller wie Milena Jenská – die schon am 30. Dezember 1919 in der *Tribuna* über das hungrige und frierende Wien berichtet hatte – und Emanuel Rádl kritisierten die unzureichenden Maßnahmen der Prager Zentralbehörden für die sudetendeutschen Gebiete.⁷⁸⁵

Vor dem Hintergrund der zunehmenden NS-Propaganda und der Agitation der Sudetendeutschen Partei, die eine autonome Verwaltungseinheit auf ethnischer Grundlage forderte, führte die Prager Regierung am 19. Juni 1936 eine „Grenzzone“ ein, die für 55 Bezirke Böhmens und 22 Bezirke Mähren-Schlesiens galt. Demnach behielt sich in diesen Bezirken die Militärverwaltung zu Verteidigungszwecken ihre Einwilligung zu gewissen baulichen und anderen, den Landschaftscharakter verändernden Maßnahmen vor, ebenso die Erteilung von Gewerbekonzessionen und die Bewilligung zum Aufenthalt von Ausländern. Zusätzlich wurden bestimmte Befestigungsräume festgelegt, in denen noch strengere Auflagen galten.⁷⁸⁶

Nach der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 lebten in der Slowakei 3.254.189 Personen mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft, von denen sich nach der Nationalität 68,4 % als Slowaken, 17,6 % als Magyaren, 4,5 % als Deutsche, 3,7 % als Tschechen, 2,8 % als Rusini und 2 % als Juden bezeichneten. Von den 147.501 Karpatendeutschen lebten über 51.000 in der multiethnischen Stadt Pressburg (Bratislava) mit seiner Umgebung, über 41.000 im Hauerland mit den beiden Hauptorten Deutsch Proben (Nemecké Pravno) und Krickerbäu (Handlová) und über 38.000 in der Zips (Spiš) in der Ostslowakei; weitere 7320 Deutsche waren keine tschechoslowakischen, sondern mehrheitlich ungarische Staatsbürger. Während die Zipser Sachsen überwiegend lutherisch waren und die Pressburger Deutschen gemischt lutherisch und katholisch, war das Hauerland eine fast rein katholische Gegend. Im Gegensatz zum deutschen Groß- und Kleinbürgertum in Pressburg und in der Zips gab es unter den deutschen Hauerländern in erster Linie Bergleute, Bauern und landwirtschaftliche Saisonarbeiter. Auf Grund ihrer unter-

⁷⁸⁴ SEIBT, Deutschland, 292f., 318f.; SAYER, Bohemia, 165; TEICHOVA, Wirtschaftsgeschichte, 69f.; KÁRNÍK, České země 2, 103-108; vgl. Karl WITT, Wirtschaftskräfte und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei (Leipzig 1938) 55f. Erwin Zajicek, der christlichsoziale Minister ohne Portefeuille zwischen Juli 1936 und März 1938, stellte nach 1945 fest, dass auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit 300.000 sudetendeutsche Schulkinder ohne Frühstück in die Schule gekommen seien.

⁷⁸⁵ NATHER, Als Deutscher, 10f.; DEMETZ, Prague in Danger, 129, 133.

⁷⁸⁶ ARBURG – STANĚK, Vysídlení Němců, 33.

schiedlichen Herkunft und ihrer regionalen Differenzierung konnte man daher bis in die 1930er Jahre kaum von einer karpatendeutschen Volksgruppe sprechen.⁷⁸⁷

Die Karpatendeutschen waren durch das ungarische Schulwesen seit 1867 stark magyarisiert worden und hatten sich als Bauern, Handwerker und Bergarbeiter der ungarischen Aristokratie und Gentry untergeordnet. Der Verfall des oberungarischen Bergbaus und des ungarisch-polnischen Handels ließ im Verlauf des 19. Jahrhunderts auch den deutschen Bürgerstand in den oberungarischen Städten verarmen. Lediglich in Pressburg und in einigen Zipser Städten wie Leutschau und Käsmark erhielt sich ein deutschbewusster Bürgerstand, zum Teil lutherischer Konfession, der nach 1920 wieder die Möglichkeit erhielt, mit einem eigenen Schulwesen die deutsche Nationalität zu stärken. Dennoch lehnte die Mehrheit der karpatendeutschen Bevölkerung den neuen tschechoslowakischen Staat zunächst ab.⁷⁸⁸

Seit Anfang der 1920er Jahre kamen Wanderlehrer aus dem Sudetenland in die deutschen Sprachinseln und versuchten durch identitätsstiftende Kulturarbeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Slowakei-Deutschen zu stärken. Schon im November 1919 war in Prag in Nachfolge des Deutschen Schulvereins der Deutsche Kulturverband gegründet worden, der bald auch mit der Gründung von Ortsgruppen in der Umgebung von Pressburg begann. Im Jahre 1924 wurden die Ortsgruppen in den drei Bezirksverbänden Pressburg, Zips und Hauerland zusammengefasst. Bald gab es slowakische Vorwürfe, dass der Kulturverband nicht nur den deutschen, sondern auch slowakischen Kindern aus armen Familien Schuhe kaufte. Wirtschaftlichen Rückhalt bot der Aufbau von deutschen Spar- und Darlehenskassen seit Ende der 1920er Jahre. Zwischen der Zipser Deutschen Partei und der 1929 gegründeten „Karpatendeutschen Partei“ gab es jedoch Zwistigkeiten. Zwischen 1919 und 1928 wurden in der Umgebung von Pressburg und in der Zips insgesamt 20 Turnvereine ins Leben gerufen, die sich bald auf 40 erhöhten, seit sie 1933 in enge Verbindung zur Karpatendeutschen Partei traten und ihre wichtigsten Vorfeldorganisationen wurden. Als diese im Mai 1935 unter Führung des gebürtigen Olmützers Franz Karmasin zwei Mandate in der Nationalversammlung gewann, ging sie bereits im November 1935 eine Union mit der Sudetendeutschen Partei ein, wonach Karmasin Stellvertreter Henleins in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine wurde. Die stärksten Positionen hatte die Karpatendeutsche Partei in Pressburg und Umgebung sowie im Hauerland.⁷⁸⁹

Franz Karmasin stammte aus der Familie eines Staatsbahnbeamten in Olmütz, absolvierte die Landwirtschaftliche Abteilung der Technischen Hochschule Prag in Tetschen-Liebwerd (Děčín-Libverda) und erhielt im Herbst 1926 von den Leitern

⁷⁸⁷ Ondrej PÖSS, *Dejiny a kultúra karpatskách Nemcov*. Geschichte und Kultur der Karpatendeutschen (Bratislava – Pressburg 2005) 11.

⁷⁸⁸ HASSINGER, *Tschechoslowakei*, 119f.; Dušan KOVÁČ, *Das nationale Selbstverständnis der deutschen Minderheit in der Slowakei*, in: *Österreichische Osthefte* 33 (1991) 275.

⁷⁸⁹ Dušan KOVÁČ, *Nemecko a nemecká menšina na Slovensku 1871-1945* (Bratislava 1991) 71-74; M. BOBRIK, *Nemecká menšina na Slovensku a jej telovýchovné a športové aktivity v rokoch 1918-1945* (Bratislava 2006) 59-63.

der Bauernschule in Bad Ullersdorf (Velké Losiny) in Mähren, den Gebrüdern Bürger, den Auftrag, die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Slowakei aufzubauen. Nach kurzer Tätigkeit als Sekretär der Zipser Deutschen Partei und des Deutschen Kulturverbandes in der Zips war er im Juli 1928 einer der Mitbegründer der Karpatendeutschen Partei. Zu den Hauptzielen gehörte die organisatorische Zusammenfassung der in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine lebenden Deutschen auf nationaler Grundlage. Nach Auseinandersetzungen mit magyarophilen Funktionären der Zipser Deutschen Partei und anderen Zipser Vereinen übersiedelte Karmasin 1931 nach Pressburg und übernahm die Stelle eines Gausekretärs des Karpatengaus des Deutschen Kulturverbandes. Über den Kameradschaftsbund kam er mit Konrad Henlein und anderen Funktionären der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) in Kontakt. Bereits aus dem Jahre 1931 resultierten auch Verbindungen zum Verein bzw. Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA), der zur Finanzierung der Tätigkeit des Deutschen Kulturverbandes in der Slowakei über das Deutsche Konsulat in Pressburg bereit war. Auf Vermittlung des Konsulats kam es im März 1934 zu einer Unterredung zwischen dem Leiter des VDA, dem Kärntner Hans Steinacher, und Vertretern der Karpatendeutschen Partei sowie karpatendeutscher Schutzvereine, unter ihnen Karmasin, über die Finanzierung einer Wirtschaftskanzlei in Pressburg. Diese Wirtschaftskanzleien mutierten bald zu Kreisdienststellen der Karpatendeutschen Partei. Und der deutsche Konsul in Pressburg beschrieb Karmasin „als einen der wenigen und selbstlosen Arbeiter für das deutsche Volkstum [...] Er ist neben Dr. Frühwirth [dem Leiter der Pressburger Geschäftsstelle des Deutschen Kulturverbandes, Anm. Suppan] die einzige Persönlichkeit hier, die Einblick in die Gesamtheit der hiesigen Deutschtumsarbeit hat“.⁷⁹⁰

Karmasin dürfte vor den Parlamentswahlen 1935 als führender Funktionär des Deutschen Kulturverbandes und des Deutschen Turnverbandes in Pressburg noch kein Nationalsozialist gewesen sein. In seinen Wahlreden – vor allem im Hauerland – findet man nicht nur deutschnationale Rhetorik, sondern auch staatsreue und christliche Akzente, was für die deutsche Bevölkerung dieser Sprachinsel auch wichtig war. Karmasin war aber nicht erster deutscher Kandidat im Wahlkreis Neusohl (Banská Bystrica), zu dem das Hauerland gehörte. Außerdem waren die deutschen Siedlungsgebiete auf mehrere Wahlkreise aufgeteilt, so dass der Erwerb eines Grundmandates kaum zu erwarten war. Auf Grund des Wahlübereinkommens zwischen der Sudetendeutschen Partei und der Karpatendeutschen Partei sollte Karmasin daher im sudetendeutschen Wahlkreis Iglau (Jihlava) kandidieren und

⁷⁹⁰ Franz KARMASIN, *War es so richtig, Vater Raiffeisen?* (München 1956); Lubomír LIPTÁK, *Franz Karmasin opät' na scéne* (Bratislava 1962); J. NOVÁK, *Im Zeichen zweier Kreuze. Franz Karmasins und Ferdinand Ďurčanskýs Glanz und Fall* (Prag 1962); *Lebenslauf von Franz Karmasin [1935]*, in: *Slovenský národný archív (SNA), Karpatendeutsche Partei 126-3-3/95; Berichte des deutschen Konsuls in Pressburg, Ernst von Druffel, an das AA, 17. März 1934, 27. September 1934, PA, AA, Gesandtschaft Prag, Paket 21, A II d 1, Bde. 15, 17; Dušan KOVÁČ, Nemecko a nemecká menšina na Slovensku 1871-1945* (Bratislava 1991) 74, 77, 81. Das Archivmaterial zu Franz Karmasin verdanke ich Herrn Dr. Michal Schvarc aus Pressburg.

über das zweite Ermittlungsverfahren ein Abgeordnetenmandat erhalten. Mit dem Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei im Mai 1935 zog Karmasin ins Prager Abgeordnetenhaus ein und legte seine Funktion im Deutschen Kulturverband zurück. Karmasin wurde natürlich Mitglied des Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei und der Karpatendeutschen Partei und engagierte sich vor allem in Angelegenheiten des deutschen Schulwesens, des Sprachengesetzes und bei Übergriffen der tschechoslowakischen Staatsbehörden gegenüber der deutschen Bevölkerung. Nach der organisatorischen Verschmelzung von SdP und KdP wurde er schon im November 1935 de facto Stellvertreter Henleins für die Slowakei und die Karpato-Ukraine, was de iure am 15. Oktober 1937 bestätigt wurde.⁷⁹¹

So wie Karmasin kam die Mehrzahl der führenden Funktionäre der Karpatendeutschen Partei aus Böhmen, Mähren und Schlesien, die nach 1938 auch die Führung der „Deutschen Partei“ übernahmen. Der Großteil von Karmasins Mitarbeitern war aus dem Deutschen Kulturverband, dem Turnverband und dem Kameradschaftsbund gekommen, hatte einige Zeit an der Bauernschule in Bad Ullersdorf (Velké Losiny) in Mähren verbracht und hatte auch teilweise an der Landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule Prag in Tetschen-Liebwerd (Děčín-Libverda) studiert. Da sie im Slowakischen Staat den überwiegenden Teil der Hauptleiter der Deutschen Partei stellten, betrachtete der Sicherheitsdienst der SS diesen Kreis in der späteren Volksgruppenführung als „verhängnisvolle Cliqueswirtschaft“.⁷⁹²

Die Tschechoslowakei zwischen Deutschland und Österreich 1920-1930

Antonín Klimek und Eduard Kubů bezeichnen die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland und Österreich mit Recht als „politisches und wirtschaftliches Dilemma“. Beneš selbst war klar, dass das tschechisch-deutsche Verhältnis ein „Lebensproblem“ für die Existenz der Tschechoslowakei darstellte. Einerseits waren die böhmischen Länder, also der Westteil der Tschechoslowakei, wirtschaftlich aufs engste mit Deutschland (vor allem mit Sachsen und Bayern) und Österreich verbunden, andererseits stand nun nationalpolitisch die Frage der Sudetendeutschen zwischen Prag einerseits, Berlin und Wien andererseits, und drittens gab es wenig Konkordanz zwischen tschechoslowakischer Außen- und

⁷⁹¹ Michal SCHVARC, Politická agitácia a činnosť Karpatonemeckej strany v oblasti Hauerlandu na Slovensku v rokoch 1935-1938, in: Historický časopis I (2004) 90; KRÁL, Die Deutschen, Dok. 21a und b; KOVÁČ, Nemecko, 99, 102, 115; <http://www.snemovna.cz/eknih/1935ns/ps/rejstrik/jmenny/KA.htm>.

⁷⁹² Lagebericht des SD-LA Wien über die Slowakei, 11. Oktober 1941, SNA, Bestand Alexandrijský archiv, Rolle II, C 1003, Folie 9 427 443-451; Verzeichnis der Hauptleitung der Karpatendeutschen Partei, 22. September 1943, SNA, Bestand Franz Karmasin 116-1-2/69-70; Dušan KOVÁČ, Das nationale Selbstverständnis der deutschen Minderheit in der Slowakei, in: Österreichische Osthefte 33 (Wien 1991) 277.

Wirtschaftspolitik. Masaryk hatte sich in einem Interview im September 1919 unmissverständlich geäußert: „Mit der Idee, die mit dem Wort ‚Österreich‘ verbunden ist, wollen wir nichts gemeinsam haben.“ Und Beneš stellte im selben Monat selbstzufrieden fest, dass nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie und nach dem Friedensvertrag mit Österreich „alle unsere Rechnungen beglichen sind“. Obwohl es seit 1919 korrekte Beziehungen zwischen Berlin und Prag gab, wurde Außenminister Beneš auch von vielen deutschen Politikern als insgeheimer Feind Deutschlands betrachtet. Dies hatte in erster Linie mit Beneš' eindeutig frankophiler Außenpolitik zu tun, die auch während der Ruhrkrise galt.⁷⁹³

Die Wirtschaft der Tschechoslowakei musste sich – wie die österreichische – einerseits sehr rasch von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft umstellen, andererseits aus dem geschützten Absatzmarkt der Habsburgermonarchie dem Weltmarkt öffnen. Dies zwang zu Produktionsumstellungen und zur Suche nach neuen Absatzmärkten. Dies gelang der Tschechoslowakei etwa bei der Hopfen-, Malz- und Zuckerausfuhr, freilich nur bis zur Weltwirtschaftskrise. Dann musste der Zuckerrüben- und Hopfenanbau zugunsten des Getreide- und Kartoffelanbaus eingeschränkt werden. Solche Autarkiebestrebungen behinderten allerdings den Import von landwirtschaftlichen Produkten aus den verbündeten Agrarstaaten Jugoslawien und Rumänien. In der tschechoslowakischen Eisen- und Stahlindustrie kam es durch Unterstützung von britischem, französischem und deutschem Kapital zu einer Monopolisierung der drei großen Konzerne „Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft“, „Berg- und Hüttenwerksgesellschaft A.G.“ und „Prager Eisen-Industriegesellschaft“. Der französische Eisen- und Stahlkonzern Schneider-Creusot kaufte schon im Sommer 1919 die Anteile des Mehrheitsaktionärs Karel Škoda bei den Škoda-Werken in Pilsen, der englisch-holländische Trust der Lever Brothers bei den Georg-Schicht-Werken in Aussig, dem größten Industrieunternehmen der Pflanzenölindustrie. Deutsches und US-Kapital war in der elektrotechnischen Industrie vertreten, britisches in der Bau-, Glas-, Porzellan- und Keramikindustrie, österreichisches in der Textil-, Nahrungsmittel- und Papierindustrie. Am 31. Dezember 1937 betragen die gesamten Auslandsinvestitionen Kčs 3.191,904.000, das waren 27 Prozent der gesamten Kapitalanlagen in Industrie und Banken. Der britische Anteil betrug 30,8 %, der französische 21,4, der österreichische noch 19,1, der niederländische 8,8, der deutsche nur 7,2, der belgische 7,1, der schweizerische 4,5, der US-amerikanische 3,5, der italienische 2,2, der schwedische 0,9 und der ungarische nur 0,5 %.⁷⁹⁴

⁷⁹³ T. G. MASARYK, *Cesta demokracie I. Projevy – články – rozhovory 1918-1920* (Praha 2003) 153; Edvard BENEŠ, *Naše revoluce*, 30. 9. 1919; Antonín KLIMEK – Eduard KUBŮ, *Československá zahraniční politika 1918-1938. Kapitoly z dějin mezinárodních vztahů* (Praha 1995) 34-38; WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 127f.; vgl. DDF 1923, Tome 1 (Bruxelles etc. 2010); Ota KONRÁD, „... alle unsere Rechnungen sind beglichen“. Das Österreich-Bild in den ersten Jahren der Tschechoslowakischen Republik, in: Schriffel – Perzi, *Schlaglichter*, 212.

⁷⁹⁴ TEICHOVA, *Wirtschaftsgeschichte*, 28, 36-43; vgl. Alice TEICHOVA, *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia* (Cambridge 1974) 48.

Der Vertrag von Versailles internationalisierte die Elbe von der Einmündung der Moldau bei Mělník bis zur Mündung, die Oder von der Einmündung der Oppa bei Mährisch-Ostrau bis zur Mündung; gleichzeitig erhielt die Tschechoslowakei Zollfreizonen in den Häfen von Hamburg und Stettin. Der Vertrag von Saint-Germain regelte ebenfalls die künftige Benützung von Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, hinterließ allerdings den Binnenstaaten Tschechoslowakei und Österreich einige Probleme. So waren die Aufteilung des Lokomotiv- und Waggonparks vorzunehmen, die Tarifpolitik festzulegen und der neue grenzüberschreitende Verkehr abzustimmen. Bereits im November 1918 einigten sich Wien und Prag auf die Weitergeltung der Eisenbahnverkehrsordnung aus dem Jahre 1909, Prag und Berlin benötigten für neue Eisenbahnverträge etwas länger: ein erster Vertrag wurde im Jänner 1919 in Bodenbach (Podmokly) abgeschlossen, ein zweiter in Olmütz (Olomouc) im Dezember 1923 bzw. im Jänner 1924. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft musste mit den Tschechoslowakischen Staatsbahnen (*Československé státní dráhy*) auch über Eisenbahnstrecken im Grenzgebiet verhandeln – so über die Strecken Eger (Cheb)–Asch (Aš), Eger–Voitersreuth (Vojtanov)–Zittau bzw. Rossbach (Hranice v Čechach)–Adorf, die einerseits der Reichsbahn andererseits den Staatsbahnen gehörten. Erst 1931 wurde ein entsprechender deutsch-tschechoslowakischer Eisenbahnvertrag unterzeichnet, der jedoch nicht vor dem 25. Februar 1937 in Kraft trat. Im Tarifkampf um den tschechoslowakischen Außenhandel zwischen den Seehäfen Hamburg und Triest wurde zwar 1928 eine Demarkationslinie durch die Tschechoslowakei gezogen (von Haid/Bor in Westböhmen über Pilsen und Pardubitz bis Čadca in der nördlichen Slowakei), dennoch ließ Hamburg bereits ab 1924 Triest bei weitem hinter sich, da der Transport über die Elbe wesentlich billiger kam. Denn im Vergleich zu 1913 verteuerten sich die Eisenbahntarife und verlangsamte sich der Eisenbahnverkehr auf Grund der neuen Grenzbahnhöfe. Hatte die Fahrt von Wien über Tabor nach Prag vor dem Ersten Weltkrieg noch 5 Stunden und 46 Minuten gedauert, so benötigte der Schnellzug in den 1920er Jahren für die gleiche Strecke 7 Stunden und 47 Minuten. Vielleicht erhielt sich aus diesem Grund unter der älteren tschechischen Bevölkerung bis heute das nostalgische Sprichwort: „Du bist so pünktlich gekommen, wie die österreichischen Bahnen.“⁷⁹⁵

Die Wiener Regierung hielt sich auch nach dem Kanzlerwechsel von den Sozialdemokraten zu den Christlichsozialen nach den Wahlen im Oktober 1920 an die Übereinkunft zwischen Beneš und Renner. Das bedeutete aber nicht, dass die diplomatischen Vertreter Österreichs in Prag die tschechoslowakische Außenpolitik nicht sehr kritisch beobachteten:

⁷⁹⁵ Ivan JAKUBEC, Die Destruktion Mitteleuropas – die Verkehrssituation nach dem Ersten Weltkrieg, in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2009) 559-568; vgl. Ivan JAKUBEC, Eisenbahn und Elbeschifffahrt in Mitteleuropa 1918-1938. Die Neuordnung der verkehrspolitischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei, dem Deutschen Reich und Österreich in der Zwischenkriegszeit (Stuttgart 2001).

„Die ČSR befindet sich im Schlepptau eines großen, imperialistische Politik treibenden Konzerns [Schneider-Creusot, Anm. Suppan]. Diese Lage – wenn sie auch für den Augenblick gewisse Vorteile bieten mag – bedeutet für den in seiner nationalen Zusammensetzung und seiner geographischen Gestaltung auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarn angewiesenen Binnenstaat eine politische und wirtschaftliche Gefahr. Politisch ist es für die Tschechoslowakische Republik bedenklich, um ferne Freundschaften zu buhlen und eine gegen Deutschland gerichtete, gegen Deutschösterreich [sic!] und Ungarn aber mindestens indifferente Politik mitzumachen, da fast ein Drittel der tschechoslowakischen Bevölkerung deutscher und ungarischer Nationalität ist und das deutsche Volk den tschechoslowakischen Volksstamm [sic!] in weitem Bogen umschließt. Diese Politik ist auch wirtschaftlich schädlich, da die tschechoslowakische Ein- und Ausfuhr fast ausschließlich nur über deutsches bzw. deutschösterreichisches oder ungarisches Gebiet geleitet werden kann.“⁷⁹⁶

Von der österreichischen Reichshälfte hatten die böhmischen Länder mit Abstand am meisten geerbt: Mit 34,3 % der Bevölkerung bekam „Tschechien“ (= Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien, allerdings ohne den Ostteil des Herzogtums Teschen, der 1920 an Polen fiel) 44,7 % des Volkseinkommens, 50,7 % der Fabriken, 53,5 % der Roheisenerzeugung, 55,5 % der Biererzeugung, 63,8 % der Heizfläche der Dampfkessel, 77,6 % der Kohlegewinnung und 94,7 % der Zuckererzeugung. Die Republik Österreich (ohne das Burgenland) erhielt 22,3 % der Bevölkerung, 29,7 % des Volkseinkommens, 32,4 % der Fabriken, 34,3 % der Roheisenerzeugung, 32,0 % der Biererzeugung, 18,3 % der Dampfkessel, aber nur 6,3 % der Kohlegewinnung und 4,7 % der Zuckererzeugung. Daher entstand eine eklatante Importabhängigkeit Österreichs von „tschechischer“ Kohle und „tschechischem“ Zucker, die in den ersten Jahren nach 1918 dramatisch war und von Prag auch zu politischen Zugeständnissen Wiens ausgenützt wurde. Aber vor 1914 waren 54,2 % des gesamtösterreichischen Einkommens aus selbständigen Unternehmungen und 61,6 % des Kapitaleinkommens Cisleithaniens auf dem Gebiet der späteren Republik Österreich (ohne Burgenland) versteuert worden, d. h. „dass mindestens die Hälfte des gesamten mobilen Kapitals Alt-Österreichs Eigentümern gehörte, die auf unserem jetzigen Gebiete [dem Gebiet der Republik Österreich, Anm. Suppan] wohnten“.⁷⁹⁷

Die Artikel 297 des Friedensvertrages von Versailles, 249 des Vertrages von Saint-Germain und 232 des Vertrages von Trianon ermöglichten Eigentumsumschichtungen zugunsten der Staatsbürger der neuen Staaten. Damit war keine Verstaatlichung der Industriebetriebe und Großbanken gemeint, sondern oft die Umwandlung von Vermögenswerten in die Hände von Angehörigen der neuen Staatsnationen. Daher verabschiedete die tschechoslowakische Nationalversammlung bereits am 11. De-

⁷⁹⁶ Leg. Sekr. Rösner an BMfÄ, o. D., Vierteljahresbericht über die politische und wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei (Anfang Juli 1921); Ges. Flieder an Außenminister Beneš, 7. Juli 1921, AMZV, Politické zprávy Vídeň, čis. 92/1921. Der tschechoslowakische Gesandte in Wien, Robert Flieder, hatte diesen – und viele andere Berichte – „auf sehr vertraulichem Weg“ aus dem österreichischen Außenministerium erhalten.

⁷⁹⁷ Ernst WAIZNER, Das Volkseinkommen Alt-Österreichs und seine Verteilung auf die Nachfolgestaaten, in: Metron. Internationale Statistische Zeitschrift, VII/4 (1929) 82f.; Friedrich HERTZ, Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 167/2, München – Leipzig 1925) 50f.; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1032, Tab. 13.

zember 1919 ein Nostrifizierungsgesetz, das die Übertragung der Zentralen jener Aktiengesellschaften vom Ausland in die Tschechoslowakei festlegte, deren Werke und Zweigniederlassungen sich auf dem Gebiet des tschechoslowakischen Staates befanden. Davon waren hauptsächlich Firmen betroffen, die ihren Sitz in Wien, Budapest oder Berlin hatten. Ein weiteres Gesetz legte fest, dass bei Aktiengesellschaften der Generaldirektor und zumindest die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrates die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besitzen mussten. Der Generaldirektor hatte auch seinen ständigen Wohnsitz innerhalb des Staatsgebietes der ČSR zu wählen. Mit umfangreicher staatlicher Unterstützung begannen tschechoslowakische Banken und Großunternehmen Aktien im Besitz von österreichischen und deutschen Staatsbürgern zu kaufen, deren Wertpapiere infolge der galoppierenden Inflation in Österreich und Deutschland für die Inhaber tschechoslowakischer Kronen immer günstiger wurden. Dieser Nostrifizierungsprozess erreichte daher schon in den Jahren 1921 und 1922 seinen Höhepunkt und war Ende der 1920er Jahre praktisch abgeschlossen. In der Tschechoslowakei galt dieser Nostrifizierungsprozess für 235 große Industrieunternehmen und alle großen Banken – mit Ausnahme der bereits vor 1914 tschechischen *Živnostenská banka*, die aber ihrerseits sehr erfolgreich Bank- und Industriebeteiligungen aquirierte. Insgesamt erweckte die Nostrifizierung den Schein, als würden bisher fremdnationale Vermögenswerte in Form einer Kapitalinjektion in die eigene Nation repatriiert. Aber die Nostrifizierungsaktion brachte keine neuen Fonds ein, an vormalige Eigentümer musste Schadenersatz geleistet werden, und der Kapitalmangel blieb bestehen. Nun beteiligte sich vor allem britisches und französisches Kapital an Aktiengesellschaften, Versicherungen und Banken. Allein die Übernahme der Österreichischen Länderbank durch die *Banque de Paris et des Pays Bas* sowie die Sitzverlegung der Anglo-Österreichischen Bank nach London sicherte die Kontrolle über viele andere Banken, Handelsgesellschaften und Industrieunternehmen auf dem Gebiet der gesamten Habsburgermonarchie. Die *Bank of England* erhielt die Konzession, eine neue Bank in Prag zu gründen, die berechtigt war, alle Filialen sowie das Vermögen und die Schulden der Anglo-Österreichischen Bank auf dem Gebiet der Tschechoslowakei zu übernehmen. Die Sitze in den Verwaltungsräten der tschechoslowakischen Banken, die von Österreichern, Deutschen und Ungarn aufgegeben worden waren, wurden sukzessive von Repräsentanten tschechischer, britischer, französischer, amerikanischer, belgischer, niederländischer und italienischer Banken übernommen.⁷⁹⁸

Die neue Tschechoslowakei hatte aber auch alte Kriegs- und Vorkriegsschulden zu übernehmen. Der Anteil der ČSR an den Vorkriegsschulden Österreich-Ungarns betrug allerdings nur 6 Prozent (Kčs 1.336,899.584) und war an die *Caisse Commune* in Paris zu bezahlen. Am 1. Jänner 1938 betrug die fundierte Kriegsschuld an die USA noch \$ 115,000.000, an Großbritannien (für die Repatriierung der Tschechoslowakischen Legion aus Sibirien) noch £ 401.491, an Frankreich Kčs

⁷⁹⁸ Alice TEICHOVA, *Kleinstaat im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit* (Wien 1988) 57-61, 82, 87-97.

254,688.056 und an Italien Kčs 472,258.351. Dazu kam ein „Befreiungsbeitrag“ von 750.000 Goldfrancs. Das ergab zum Stichtag 1. Jänner 1938 einen Gesamtbeitrag an „politischen“ Schulden an die Alliierten von Kčs 5.720,547.313. Im Jahre 1922 hatte die Tschechoslowakei in Großbritannien und den USA eine Investitionsanleihe aufgelegt, die trotz deutscher Konkurrenz gut aufgenommen wurde. Diese Anleihen waren mit 8 Prozent verzinst und wurden mit dem Einkommen aus Zoll- und Steuereinnahmen und aus den staatlichen Tabak- und Sacharimonopolen sichergestellt. So rückten die Vereinigten Staaten zum größten Gläubiger der Tschechoslowakei auf, denn sie kamen für 70 Prozent der gesamten öffentlichen Auslandsverschuldung auf. Im Jahre 1932 erhielt die Tschechoslowakei eine französische Anleihe von 600 Millionen Francs, die 1937 konvertiert wurde und vor allem zur Sanierung der Škoda-Werke diente. Somit betrug die tschechoslowakische Auslandsschuld zum 1. Jänner 1938 insgesamt Kčs 8.251,575.417, das waren 17,5 Prozent der gesamten tschechoslowakischen Staatsschuld.⁷⁹⁹

Die Friedensverträge hatten den Siegerstaaten ein einseitiges Meistbegünstigungsrecht auf dem Gebiet der Mittelmächte für die ersten fünf Nachkriegsjahre eingeräumt, was dem tschechoslowakischen (und damit auch sudetendeutschen) Export nach Deutschland, Österreich, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien sehr zugute kam. Erst nach einem Treffen des neuen christlichsozialen Bundeskanzlers Michael Mayr mit Beneš im Schnellzug zwischen Leoben und Graz – Beneš fuhr gerade nach Rom – am 2. Februar 1921 stimmte der tschechoslowakische Außenminister einer Wirtschaftskonferenz der Nachbarstaaten zu. Österreich aber benötigte vor allem Garantien Prags für eine Kredithilfe der Entente, die es jedoch erst im Dezember 1921 in Form eines Vorschusses von 500 Millionen tschechoslowakischen Kronen (= 16 Millionen US-Dollar) erhielt.⁸⁰⁰

Nach einem Treffen der beiden Präsidenten Michael Hainisch und Tomáš G. Masaryk – zweier ehemaliger Schulfreunde aus dem Wiener Akademischen Gymnasium – am 10. August 1921 in Hallstatt in Oberösterreich besuchten Hainisch und Bundeskanzler Johannes Schober⁸⁰¹ Prag und wurden am 15. Dezember 1921 auch auf dem Landsitz Masaryks in Lana (Lány) nordwestlich von Prag empfangen. Schober versuchte, aus dem Renner'schen Geheimvertrag eine Reihe von Bedingungen zu entfernen, was ihm in mehrstündigen Verhandlungen mit Beneš auch gelang. Am nächsten Tag unterzeichneten Beneš und Schober in Prag ein „Politisches Abkommen“, das wie im Jänner 1920 gegen eine allfällige Restauration gerichtet war, im Konfliktfall mit einem dritten Staat aber nun zur Neutralität verpflichtete. – Obwohl am selben Tag die Volksabstimmung in Ödenburg

⁷⁹⁹ TEICHOVA, Wirtschaftsgeschichte, 65-67. Auf der Reparationskonferenz in Den Haag 1930 wurde der „Befreiungsbeitrag“ der ČSR auf 37 Jahresraten à 10 Millionen Goldfrancs festgelegt.

⁸⁰⁰ Hausnotiz BK Mayr über sein Treffen mit AM Beneš, o. D.; Hausnotiz Ges. Egger zur Begegnung zwischen Mayr und Beneš, 4. Februar 1921, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei geheim, GZ 475/1, Kart. 415.

⁸⁰¹ Michael GEHLER, Johannes Schober, in: Neue Deutsche Biographie 23 (Berlin 2007) 347f.

(Sopron) durchgeführt wurde, die zugunsten Ungarns ausfiel, enthielt sich somit die Tschechoslowakei jeglicher Parteinahme. – Wichtiger war Schober die tschechoslowakische Kreditzusage in Höhe von 500 Millionen Kčs zur Bezahlung von Kohle- und Zuckerlieferungen. Freilich sagten Prag und Wien einander auch zu, auf ihren Gebieten „keine politische oder militärische Organisation zu dulden, die gegen den Bestand und die Sicherheit des anderen Vertragsteiles gerichtet wäre“. Dieser Artikel wiederum erregte Widerspruch der Christlichsozialen und Großdeutschen im Wiener Parlament, sodass Schober und Beneš in gleichlautenden Noten festhalten mussten, dass dadurch nicht der Bestand und die Tätigkeit von Vereinigungen betroffen sei, „deren Ziel die Pflege nationaler Eigenart oder die Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Volksgenossen ist. Ferner werden beide Staaten alle jene Umtriebe gemeinsam bekämpfen, die auf einen gewaltsamen Umsturz, sei es von rechts sei es von links, abzielen.“ Nun aber scheute Beneš eine Debatte im Parlament und ließ das Abkommen vom Präsidenten Masaryk ratifizieren. Sogar aus dem Auswärtigen Amt in Berlin kam positive Resonanz. Die Sudetendeutschen befürchteten jedoch den Anschein, „dass sich so ziemlich alle Deutschen Europas mit Ausnahme der Sudetendeutschen mit dem gegenwärtigen Regierungssystem in der Tschechoslowakei wenn nicht versöhnt, so doch abgefunden haben“.⁸⁰²

Außenminister Beneš war andererseits – nach vorheriger Konsultation mit Bundeskanzler Ignaz Seipel – maßgeblich am Zustandekommen der für die finanzielle Konsolidierung Österreichs so wesentlichen Völkerbundanleihe vom 4. Oktober 1922 beteiligt. Unter dem Druck der Hyperinflation hatte Seipel nach spontanen Besuchen in Prag, Berlin und Verona am 6. September 1922 vor dem Völkerbundrat in Genf eindringlich vor den Konsequenzen eines finanziellen Zusammenbruchs Österreichs für ganz Mitteleuropa gewarnt:

„Es hieße aber auch den Friedensverträgen ans Leben greifen, wenn das durch sie geschaffene neue Österreich als lebensunfähig nicht nur für den Augenblick, sondern für alle Zukunft sich erweisen würde, es hieße, ein Loch mitten in die Karte Europas reißen; es hieße einen luftleeren Raum mitten in Europa schaffen, der mit ungeheurer Saugkraft die Nachbarn erfassen und dadurch das – auch abgesehen von Österreich – nur mit großer Kunst zwischen ihnen aufrecht-erhaltene Gleichgewicht stören müsste.“⁸⁰³

⁸⁰² Äußerungen der Politischen Sektion, der Wirtschafts- und Rechtssektion zur bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Hainisch und Masaryk in Hallstatt am 10. August 1921, o. D.; Zirkular Bundeskanzler Schober an die österreichischen Missionen, 17. August 1921, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 3865, Kart. 739; Politisches Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakei, Prag, 16. Dezember 1921, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 7461, Kart. 739; vgl. ADÖ 4/621, 628, 630, 631, 632, 638, 641, 643; REDLICH, Schicksalsjahre II, 591f.

⁸⁰³ Aufzeichnungen des Ges. Wildner über die Reise BK Seipels nach Prag, Berlin und Verona, 20.-27. August 1922, ÖStA, AdR, NPA Österreich, GZ 2845, Kart. 408; Protokolle I-III und Antwort des Finanzkomitees auf die vom österreichischen Komitee des Völkerbundes gestellten Fragen, Genf, 4. Oktober 1922, ÖStA, AdR, NPA Österreich, GZ 3204, Kart. 286; vgl. ADÖ 4/707, 709, 710, 711, 771; Gottlieb LADNER, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922

Eine zweite Entwicklungslinie, die neben der Frage der Selbstbestimmungsrechte in Richtung München führte, war das unstete außenpolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich einerseits sowie der Tschechoslowakei andererseits. Dies kam beim Abschluss des französisch-tschechoslowakischen Vertrages über Allianz und Freundschaft zum Ausdruck, der am 24. Jänner 1924 abgeschlossen wurde. Denn der Vertrag erwähnte nicht nur den Vertrag von Lana, sondern auch Artikel 88 des Vertrages von Saint-Germain, das sogenannte „Anschluss“-Verbot. Und die beiden Außenminister Poincaré und Beneš sagten einander in einem geheimen Briefwechsel gemeinsame Maßnahmen gegen die Aggression eines gemeinsamen Feindes zu – womit nur Deutschland gemeint sein konnte.⁸⁰⁴

Das Misstrauen zwischen Berlin und Prag beruhte auf Wechselseitigkeit. Im März 1924, als der deutsche Reichskanzler Wilhelm Marx und Reichsaußenminister Gustav Stresemann zu einem offiziellen Besuch nach Wien kamen, fragten sie Bundeskanzler Seipel und Außenminister Grünberger sehr direkt nach der Persönlichkeit des Außenministers Beneš, der den Herren der deutschen Regierung angeblich vorwerfe, „in einem Laboratorium sehr kunstvolle Noten [zu] bauen, niemals aber den Weg direkter Verständigung [zu] suchen“. – Genau diese Art von Diplomatie wurde Beneš in vielen Staatskanzleien nachgesagt. – Die österreichischen Politiker antworteten jedoch korrekt und hoben die Verdienste Beneš' um Österreich in der Sanierungsperiode 1922 hervor; daher hielten sie Beneš für durchaus verlässlich.⁸⁰⁵

Der tschechoslowakische Außenminister betrachtete freilich diese deutsch-österreichischen Gespräche ziemlich misstrauisch, da er dahinter stets die drohende Anschlussfrage vermutete. Immerhin mussten den Toast, den Stresemann auf dem Empfang in der deutschen Gesandtschaft in der Wiener Metternichgasse auf das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Österreichern ausgebracht hatte – „Wir sind Söhne eines Volkes“⁸⁰⁶ –, auch tschechoslowakische Diplomaten gehört und Beneš hinterbracht haben. Die Nervosität von Beneš konnte sogar in

(Wien – Graz 1964); Nicole PIETRI, *La Société des Nations et la reconstruction financière de l'Autriche* (Genève 1970); MÄRZ, *Bankenpolitik*, 470-503; Friedrich RENNHOFFER, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation (Wien – Köln – Graz 1978); Jiří KOVTUN, *Republika v nebezpečném světě. Éra prezidenta Masaryka 1918-1935* (Praha 2005) 207-215.

⁸⁰⁴ Bericht Ges. Marek an BMfÄ, 8. Jänner 1924, in: ADÖ 5/763; Piotr S. WANDYDZ, *The Twilight of French Eastern Alliances, 1919-1926* (Princeton 1988) 10-12.

⁸⁰⁵ Besprechungen BK Seipel und AM Grünberger mit RK Marx und RAM Stresemann am 20. und 21. März 1924 in Wien, in: ADÖ 5/771; vgl. dazu auch ADAP, A, Bd. 9, Dok. 212.

⁸⁰⁶ Gustav STRESEMANN, *Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden*, hg. von Henry Bernhard, Bd. 1 (Berlin 1932) 370. Vom Anschlussverbot nicht direkt tangiert, wurden österreichische, sudenteutsche und Danziger Studenten demonstrativ als Deutsche in die Studentenverbände im Reich aufgenommen. Die schlagenden Verbindungen übernahmen auch nur zu bereitwillig die österreichischen Ausschlussklauseln gegen Juden und Sozialisten. – WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* 4, 467.

kaum verhüllten Drohungen hervorbrechen, wie etwa im April 1925 gegenüber dem österreichischen Gesandten Post in Warschau: Im Falle eines „Anschlusses“ durch Sturz der österreichischen Regierung oder durch einen Putsch „würde er rücksichtslos vorgehen, d. h. die Grenzen schließen, alle Österreicher ausweisen, alles österreichische Kapital sequestrieren und alle Verfolgungsmaßnahmen gegen Österreicher in der Tschechoslowakei ergreifen“. Die etwa 300.000 in der Tschechoslowakei lebenden Österreicher würden zur Gänze Österreich zur Last fallen. – Wie Beneš auf die Zahl von 300.000 Österreichern kam, bleibt ein Rätsel, da die tschechoslowakische Volkszählung von 1921 nur 88.161 „Ausländer“ deutscher Nationalität auswies, von denen nur ein größerer Teil österreichische Staatsbürger waren. – Und Beneš ging in seinen Drohungen noch weiter: Die Herstellung direkter Grenzen Deutschlands zu Jugoslawien und Italien würde zu Streitigkeiten führen (etwa um Südtirol und Triest), die nationalistische Tendenz Deutschlands würde sich mit der Ungarns vereinigen und Konflikte mit Rumänien provozieren, „schließlich würde Deutschland auch Frankreich auf den Hals bekommen“. Der „Anschluss“ würde daher „den sicheren Beginn eines neuen Weltkrieges bringen“. Für Österreich ergäben sich hingegen keine Vorteile: Die deutsche Industrie sei stärker als die österreichische, Berlin werde Wien keine freie Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen mehr gestatten. Selbstbewusst schloss Beneš: „Ein sogenanntes Selbstbestimmungsrecht Österreichs könne er nicht anerkennen, denn Österreich sei heute von niemandem unterdrückt, und die Österreicher seien nicht in derselben Lage wie seinerzeit die Tschechen in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Österreich sei frei und unabhängig.“⁸⁰⁷

Dieses relativ plumpe Hervorkehren einer Politik der Stärke wurde aber nun in Wien nicht mehr akzeptiert. Auf Grund von missgünstigen Zeitungskommentaren verschob Beneš sogar seine für Ende Mai 1925 geplante Reise nach Wien. Reichsaußenminister Stresemann dachte zu dieser Zeit – so in seinem Brief an den preußischen Kronprinzen – durchaus an den Schutz der „zehn bis zwölf Millionen“ Auslandsdeutschen, womit auch die Österreicher und Sudetendeutschen gemeint sein mussten. Unter „Korrektur der Ostgrenzen“ war aber ausdrücklich „die Wiedergewinnung von Danzig, vom polnischen Korridor und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien“ gemeint. Denn bei einem allfälligen „Anschluss“ Österreichs sah der protestantische Nationalliberale „nicht nur Vorteile für Deutschland“, sondern auch eine Reihe von Problemen: „Verstärkung des katholischen Einflusses, Bayern plus Österreich gegen Preußen, Vorherrschen der klerikalen und sozialistischen Parteien in Deutsch-Österreich.“ Von Gebietsforderungen gegenüber der Tschechoslowakei war in diesem Brief nicht die Rede, nicht einmal hinsichtlich des 1919 abgetretenen Hultschiner Ländchens in Oberschlesien. Am

⁸⁰⁷ Bericht Ges. Post an Sch. Peter, 25. April 1925, in: ADÖ 5/796; Bericht Ges. Marek an BK Ramek, 26. Jänner 1926, in: ADÖ 5/816, 817; vgl. Eduard KUBŮ, Německo – zahraničněpolitické dilema Edvarda Beneše (Praha 1994); Ota KONRÁD, Nevyvážené vztahy. Československo a Rakousko 1918-1933 (Praha 2012).

24. November 1925 erklärte allerdings Stresemann im Reichstag, dass „vom moralischen Standpunkt aus“ keine Verpflichtung bestehe, „dass Deutschland auf Land und Leute, auf deutsches Land und deutsches Volkstum dauernd verzichte“. – Jetzt waren wohl auch die Sudetendeutschen mitgemeint.⁸⁰⁸

Der Locarno-Pakt im Oktober 1925 schuf ein neues „europäisches Konzert“, bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland, das im Prinzip bis „München“ Bestand hatte. Locarno änderte auch die internationale Lage in Mitteleuropa grundsätzlich, da nun Deutschland zwar seine westlichen Grenzen zu Frankreich und Belgien, nicht aber seine östlichen Grenzen zu Polen und der Tschechoslowakei garantiert hatte. Das bedeutete, dass Deutschland zwar ausdrücklich auf Revisionsforderungen gegenüber Frankreich (Elsass-Lothringen) und Belgien (Eupen-Malmedy) verzichtete, nicht aber auf solche gegenüber Polen (Oberschlesien, Korridor, Danzig). Als die Weimarer Republik im Jahre 1926 nicht nur Mitglied des Völkerbundes, sondern auch des Völkerbundrates wurde, konnte nun Deutschland über eine allfällige Änderung des Art. 80 des Friedensvertrages von Versailles sowie des Art. 88 des Friedensvertrages von Saint-Germain – also über die Anschlussfrage – mitbestimmen.⁸⁰⁹ Und als Mitglied des Völkerbundrates war Deutschland jetzt auch in der Lage, als Protektor der Sudeten- und Karpatendeutschen aufzutreten, die nach der Volkszählung von 1930 gegenüber 1921 um rund 100.000 Personen zunehmen sollten.⁸¹⁰ Weder die Wilhelmstraße noch der Ballhausplatz sahen daher eine „ernstliche Gefährdung des Deutschtums in der Tschechoslowakei“, und Generalsekretär Franz Peter, ein gebürtiger Egerländer, begründete dies sehr umsichtig:

„Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind so zahlreich und so stark, dass es bei einiger Geschicklichkeit ihnen möglich sein müsste, nicht nur ihren nationalen Besitzstand voll zu erhalten, sondern auch auf die Entwicklung des staatlichen Lebens in ihrem Heimatstaate bestimmenden Einfluss zu nehmen.“

Peter erkannte aber auch einige psychologische Schwierigkeiten – auf sudeten-deutscher und auf tschechischer Seite:

⁸⁰⁸ Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945* (Darmstadt 1995) 457-461; Peter KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (Darmstadt 1985) 299-301.

⁸⁰⁹ Georges-Henri SOUTOU, *Le deuil de la puissance (1914-1958)*, in: Dominique de Villepin (éd.), *Histoire de la diplomatie française* (Paris 2005) 743-860, hier 775f.

⁸¹⁰ Als Mitglied des Völkerbundrates konnte nun das Deutsche Reich auch bei Petitionen von deutschen Minderheitenangehörigen aus Estland (1922: 18.319), Lettland (1925: 70.964), Litauen (1910/23: 101.012), Danzig (1923: 348.493), Polen (1921: 1.058.824), Rumänien (1920: 715.902), Ungarn (1920: 551.211) und Jugoslawien (1921: 505.790) mitbestimmen, während die deutschen Minderheiten in Italien (1921: 195.650), Frankreich (1910: 1.634.260), Belgien (1920: 98.458) und Dänemark (1910: 40.172) über keinen internationalen Minderheitenschutz verfügten. – WINKLER, *Statistisches Handbuch*, 18-21. Vgl. Martin SCHEUERMANN, *Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren* (Marburg an der Lahn 2000).

„Leider mangelte es [den Sudetendeutschen, Anm. Suppan] an dieser Geschicklichkeit, und so verlieren sie häufig genug da und dort ihre Positionen. [...] Wir glauben zu wissen, dass von sehr einflussreichen tschechischen Kreisen (Masaryk, Beneš) ein Weg zur Verständigung mit den Deutschen aufrichtig gesucht wird. Eine solche Politik kann jedoch heute in der Tschechoslowakei nur sehr behutsam geführt werden, um nicht die nationalistischen Schreier, von denen es auch in der Tschechoslowakei genug gibt, allzu sehr herauszufordern.“⁸¹¹

Die tschechoslowakische Sprachenverordnung vom 3. Februar 1926 stieß nicht nur bei den sudetendeutschen Politikern, sondern auch in der Wiener Öffentlichkeit auf Kritik. Beneš erläuterte jedoch mit Recht, dass diese Regelung nicht gegen die Minderheitenverträge verstoße, denn er wolle nicht in Genf „eines auf den Schädel“ bekommen, wenn eine begründete Petition eingereicht werde. Andererseits kritisierten großdeutsche Abgeordnete Bundeskanzler Rudolf Ramek im Wiener Parlament, dass er als gebürtiger Sudetendeutscher Außenminister Beneš gerade am 4. März (1926) in Wien empfangen habe, dem „größten Trauertag des sudetendeutschen Volkes“. Im Übrigen müsse der „einheitliche Nationalstaat Deutschösterreich“ nicht devot „gegenüber dem innerlich zerrissenen Nationalitätenstaat“ Tschechoslowakei auftreten.⁸¹²

In den Berliner Besprechungen zwischen Stresemann und Ramek am 27. und 28. März 1926 kamen vom Reichsaußenminister tatsächlich das Verhältnis zur Tschechoslowakei und die sudetendeutsche Frage zur Erörterung. Beneš habe Stresemann bereits in Locarno einen Vertrag angeboten, „der den Besitzstand verbürge“, wodurch „sofort ein noch besseres Verhältnis mit Deutschland entstehen“ könnte, „das auch auf die Behandlung der Deutschen in der Tschechoslowakei von Einfluss sein würde“. Deutschland konnte aber „schon wegen Polen“ keinen „Ostpakt“ abschließen. Daher sei auch ein „Garantiepakt“ mit der Tschechoslowakei „vollkommen ausgeschlossen“. Eine Änderung der Grenzen sei andererseits „wohl auf absehbare Zeit ausgeschlossen, es wäre denn im Falle einer europäischen Konflagration, die wir beide nicht herbeiwünschen können“. Hinsichtlich einer Regierungsbeteiligung der Sudetendeutschen in Prag neigte daher Stresemann eher zu einer Empfehlung, was auch von Ramek geteilt wurde.⁸¹³

⁸¹¹ Manfred ALEXANDER, *Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge* (München 1970); KRÜGER, *Außenpolitik von Weimar*, 299-301; HILDEBRAND, *Das vergangene Reich*, 457-461; Amtsvermerk Sch. Peter, 5. März 1926, in: ADÖ 5/828; Sprechprogramm für Besprechungen von BK Ramek mit RAM Stresemann, 27. März 1926, in: ADÖ 5/832.

⁸¹² Ges. Marek an BK Ramek, 10. Februar 1926; Sch. Peter pro domo, 20. Februar 1926, in: ADÖ 5/821, 823; vgl. *Československé dějiny v datech* (Praha 1986) 399; Stenographisches Protokoll zur 138. Sitzung des österreichischen Nationalrates, 18. März 1926, in: ADÖ 5/828. Vgl. Tobias WEGER, *Die Konstruktion einer Gruppe. Der 4. März 1919 als zentraler sudetendeutscher Erinnerungsort der Zwischenkriegsjahre*, in: *brücken. Germanistisches Jahrbuch Tschechien – Slowakei* N.F. 14 (2006) 63-75.

⁸¹³ Niederschrift über die Besprechung RAM Stresemann – BK Ramek, Berlin, 27. und 28. März 1926, in: ADÖ 5/833; Aufzeichnung Min.Dir. Köpke, 28. März 1926, in: ADAP B/3, 105; SEIBT, *Deutschland und die Tschechen*, 288-290.

Am Rande einer Tagung des Völkerbundes in Genf im März 1927 entwickelte Präsident Masaryk dem deutschen Außenminister Stresemann den doch einigermaßen überraschenden Plan, „dass die früheren Staaten, die zur österreichischen Monarchie gehörten, sich wirtschaftlich verbänden, so wie es früher gewesen sei. Sie gehörten zueinander und müssten wieder miteinander verbunden sein. Dabei könnten ja Vereinbarungen getroffen werden zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche, die, ohne Deutschland die politische Oberhoheit zu geben, ihm den kulturellen Einfluss in Österreich sicherten und ihm eine so starke Befestigung schüfen, dass Österreich gewissermaßen die Avantgarde Deutschlands darstelle.“⁸¹⁴ Die Anregung Masaryks muss natürlich mit Beneš abgesprochen gewesen sein, die Behandlung Österreichs als Objekt der internationalen Politik wird freilich in Wien weniger gut aufgenommen worden sein. Allerdings sah auch Stresemann im Sommer 1927 – offensichtlich unter dem frischen Eindruck der dramatischen Ereignisse um den Justizpalastbrand in Wien⁸¹⁵ – den „Anschluss“ als „Opfer, das vielleicht einmal gebracht werden müsse“. Vorerst gelte es jedoch nur die beiden Staaten auf allen möglichen Gebieten anzugleichen und „aneinander zu ketten“, mit dem Ziel, dass „Österreich eben als Staat selbständig erhalten bleibe und nicht an Deutschland angegliedert würde“.⁸¹⁶

Im November 1927 empfing Bundeskanzler Seipel Reichskanzler Marx und Reichsaußenminister Stresemann ein zweites Mal in Wien, und in einer langen, sehr vertraulich geführten *Tour d'horizon* kamen neuerlich auch tschechoslowakische Fragen zur Sprache. So erinnerte sich Stresemann, auf einer der letzten Völkerbundratstagungen vom Präsidenten Masaryk gehört zu haben, dass es im Sinne einer Arbeitsteilung „Hauptaufgabe Deutschlands sein würde, alles zu tun, um eine möglichst weitgehende kulturelle Annäherung zwischen den Deutschen im Deutschen Reiche, jenen in Österreich und jenen in der Tschechoslowakei herbeizuführen“. Seipel unterstrich, dass der tschechoslowakische Ministerpräsident Švehla, der Obmann der Agrarier, sogar eine wirtschaftliche Zusammenfassung von Deutschland, der Tschechoslowakei und Österreich wünsche, was auch von starken Gruppen in der österreichischen und tschechoslowakischen Industrie unterstützt werde. Diese Kombination aber habe Außenminister Beneš und schließlich auch Außenminister Briand beunruhigt. Andererseits habe – so Seipel – der Eintritt der beiden deutschen Minister in die Prager Regierung eine Reihe von gegen die Deutschen gerichteten Maßnahmen verhindert. Zwar würde die aktivistische Politik der Deutschen in Böhmen „weit

⁸¹⁴ ADAP, B/3, 538; vgl. Klaus KOCH, Jahre der Souveränität, in: ADÖ 6, 11-26.

⁸¹⁵ BK Seipel schilderte Prof. Redlich seine Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Führern Seitz und Bauer sowie dem Polizeipräsidenten Schober. – REDLICH, Schicksalsjahre II, 649-652; vgl. Gerhard BOTZ, Die „Juli-Demonstranten“, ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des „15. Juli 1927“, in: Rudolf Neck und Adam Wandruszka (Hgg.), Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Protokoll des Symposiums in Wien am 15. Juni 1977 (Wien 1979) 17-59.

⁸¹⁶ ADAP B/6, 84; KOCH, Souveränität, 16; vgl. Stanley SUVAL, The Anschluß Question in the Weimar Era. A Study of Nationalism in Germany and Austria, 1918-1932 (Baltimore – London 1974).

grössere Erfolge aufweisen, wenn die Deutschen in die Regierung stärkere Männer entsenden möchten“, eines aber stehe für alle Fälle schon heute fest:

„Es könne nicht mehr von einem tschechoslowakischen Nationalstaat gesprochen werden, sondern es liege eine ausdrückliche Anerkennung der Sudetendeutschen als Nation neben der tschechischen Nation vor.“⁸¹⁷

Im Dezember 1927 versuchte der Gesandte Marek auf Grund vieler Gespräche mit den maßgeblichen tschechoslowakischen Politikern, Bankdirektoren und Industriellen und seiner hervorragenden Kenntnisse über die tschechoslowakische Politik die in Prag bestehenden „außenpolitisch wirtschaftlichen Konzeptionen“ zu ordnen:

- 1) Die Konzeption Dr. Beneš' folge dem französischen Plan der Errichtung einer Art von Donauföderation. Die möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Österreich solle die „Urzelle“ für ein späteres Konglomerat von Staaten bilden, das durch den Anschluss Jugoslawiens, Ungarns, Rumäniens und vielleicht auch Polens gebildet werden soll. „Der Hauptberuf dieses neuen Mitteleuropa“ – mit immerhin 1,250.000 km² und 85 Millionen Einwohnern – „ist die Landwirtschaft“, wobei die Tschechoslowakei und Österreich am industriereichsten seien. Es könnte daher ein großes Wirtschaftsgebiet mit der Möglichkeit eines großen Absatzmarktes entstehen. Handels- und Finanzzentrum dieser Staaten sei nach wie vor Wien, das auch noch immer Gläubiger der anderen Nachfolgestaaten sei.
- 2) „Die zweite, nicht französische Konzeption ist die Kombination mit Deutschland.“ Dieser neige der derzeitige Ministerpräsident Švehla zu, obwohl er überzeugter tschechoslowakischer Nationalist sei. Aber seine Kalkulation gehe folgendermaßen: In Frankreich sei für die Tschechoslowakei nichts zu holen, da es für die tschechoslowakische Wirtschaft an Bedeutung weit hinter Deutschland und Österreich zurückstehe. „Verdienen und Geschäfte machen, den Nationalreichtum mehren, könne die Tschechoslowakei nur mit Deutschland und in enger wirtschaftlicher Anlehnung an dieses. Deshalb müsse die auswärtige Politik der Tschechoslowakei sich nach Deutschland und Österreich orientieren. Mit Österreich, mit dem man durch Jahrhunderte beisammen war und mit dem man gleichartige, oft identische Interessen hat, kann und soll diese Zusammenarbeit bis zur Zollunion gehen. In Bezug auf Deutschland könne man allerdings nicht so weit gehen, weil sonst die wirtschaftlich schwächeren tschechoslowakischen Betriebe von der mächtigen reichsdeutschen Industrie und deren Handelsorganisationen verschlungen und vernichtet werden würden. Hier wären entsprechende Handelsverträge anzustreben.“
- 3) „Die Konzeption Masaryk – Preiss dürfte zwischen beiden eben geschilderten Systemen die Mitte halten.“ Spielten beim Präsidenten auch idealistische Motive eine Rolle, so wende sich der Oberdirektor der *Živnostenská banka*,

⁸¹⁷ Besprechung BK Seipel mit RK Marx und RAM Stresemann in Wien, 14. November 1927, in: ADÖ 6/886, 887.

Jaroslav Preiss, dorthin, „wo für die Tschechoslowakei das größere Geschäft herauschaut“. Auch hier sei der wirtschaftliche Zusammenschluss mit Österreich der Anfang vom Ganzen, der aber nicht unbedingt durch staatliche Verträge erzielt werden müsse, sondern via facti durch Kartellierungen der beiden Industrien herbeizuführen wäre. „Preiss würde sich scheinbar vorerst mit der Kombination Österreich – Tschechoslowakei – Jugoslawien begnügen und vorläufig auf andere Staaten weniger Wert legen.“⁸¹⁸

Die genannten Konzeptionen konnte man auf zwei Hauptrichtungen zurückführen: mit oder ohne Frankreich, mit oder ohne Deutschland. Österreich kam in jeder Konzeption maßgeblich vor – freilich ohne direkt gefragt zu sein. Deutliche Nuancierungen gab es aber in der Frage des „Anschlusses“: Für Beneš bedeute er noch immer Krieg; Krofta und Švehla würden im Ernstfall an keinen Widerstand denken; Preiss halte den „Anschluss“ für unvermeidlich, wenn Österreich nicht bald und gründlich geholfen werde. Im Übrigen sei er überzeugt, dass „sich im Ernstfälle kein Fuss in der Tschechoslowakei rühren [werde], und er glaube nicht, dass man den Anschluss in Wirklichkeit verhindern könne“.⁸¹⁹

Mitte Februar 1928 sprachen Beneš und Seipel in Prag über „regionale Sicherheits-Verträge“ nach dem Muster von Locarno, das Beneš noch immer beschäftigte. Der tschechoslowakische Außenminister suchte einfach nach Möglichkeiten, über die Pariser Vororteverträge hinaus eine Garantie durch den Völkerbundrat zu erhalten. Seipel konnte sich aber weder einen Locarno-ähnlichen Vertrag zwischen Österreich und Italien vorstellen – da sich Rom und Wien dann entweder auf die Brennergrenze oder auf die Grenze bei Salurn einigen müssten – noch einen Vertrag à trois mit der Tschechoslowakei und Ungarn, da Österreich nicht die tschechoslowakisch-ungarische Grenze garantieren könne. Beneš aber ging es – unausgesprochen – vor allem um einen Garantiepakt mit Deutschland, was Stresemann im November 1927 nicht mehr gänzlich ausgeschlossen hatte. Doch Beneš scheute sich, Seipel um Vermittlung in Berlin zu ersuchen.⁸²⁰

Im Mai 1928 fuhr Beneš selbst nach Berlin, freilich nicht offiziell, sondern als Privatmann. Als ihn Staatssekretär Carl von Schubert in der Berliner Wilhelmsstraße direkt fragte, ob nicht „vielleicht eine vorläufige wirtschaftliche Zusammenfassung der Tschechoslowakei, Österreichs und des Deutschen Reiches der Logik besser entspreche“, nahm Beneš bei der Ausrede Zuflucht, „dass dies zwar eine sehr logische Entwicklung wäre, dass aber Italien und Frankreich sich dagegen energisch zur Wehr setzen würden, ebenso aus wirtschaftlichen Gründen

⁸¹⁸ Bericht Ges. Marek an BK Seipel, Prag, 10. Dezember 1927, in: ADÖ 6/891.

⁸¹⁹ Ebenda; vgl. F. Gregory CAMPBELL, The Castle, Jaroslav Preiss and the Živnostenská Bank, in: Bohemia 15 (München 1974) 231-255. Preiss unterstützte auch nachhaltig das deutsche Kulturleben in Prag und investierte in die sudetendeutsche Industrie.

⁸²⁰ Auszugsweise Niederschrift der Gespräche zwischen Bundeskanzler Seipel und Außenminister Beneš über regionale Sicherheitsverträge sowie über die Abrüstungsfrage, Prag, 13. und 14. Februar 1928, ÖStA, AdR NPA Tschechoslowakei I/III geheim, GZ 20.779/13, Kart. 415; vgl. ADÖ 6/905; SUPPAN, Außenpolitische Beziehungen, 253-255.

England“.⁸²¹ Tatsächlich hielt Beneš aus politischen Gründen am französischen Plan der Errichtung einer Art von Donauföderation fest, in der vorerst die Tschechoslowakei, Österreich und Jugoslawien, später auch Ungarn, Rumänien und Polen ohne wirtschaftlichen Nationalismus und Schutzzollpolitik zusammenarbeiten sollten. Beneš' Stellvertreter, der Geschichtspräsident Kamil Krofta, musste aber bereits am 1. August 1928 – offensichtlich unter dem Eindruck der „Anschluss“-Demonstrationen anlässlich des Deutschen Sängerbundfestes in Wien⁸²² – in einer internen Aussprache mit den Sektionschefs des Prager Außenministeriums feststellen, dass der Anschlussgedanke immer weitere Kreise ziehe „und wir uns bewusst werden müssen: der Anschluss kann für die Zukunft nicht verhindert werden“. Dabei gestand er ein, dass der Anschlussgedanke nicht einer gewissen ethischen Grundlage entbehre.⁸²³

Auch Seipel wollte sich im Sommer 1928 die Optionen offenhalten:

„[...] Deswegen habe ich die Meinung, dass wir uns frei halten müssen, hineinzugehen in eine größere oder kleinere, eine europäische, mitteleuropäische, deutsche Lösung, sobald sich uns die Tür in dieses oder jenes größere Wirtschaftsgebiet öffnet. Aber niemals werden wir glauben, dass die mitteleuropäische Frage gelöst ist, wenn der große Staat, der das eigentliche Mitteleuropa erfüllt, das Deutsche Reich, bei dieser Lösung nicht mit dabei ist.“⁸²⁴

Der wechselseitige Handel zwischen den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie – zwischen der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien – wurde vor allem durch die Prager Zollpolitik erschwert. Auf Druck der Agrarpartei wurde der Gleitzoll für Getreide, Mühlenprodukte und Schweinefett im Jahre 1926 durch ein System von Schutzzöllen für landwirtschaftliche Produkte ersetzt. Dies führte zu einer steten Reduzierung der Agrarimporte aus den südosteuropäischen Ländern, im Besonderen aus Jugoslawien und Rumänien. Andererseits begann die allmähliche Industrialisierung der südosteuropäischen Staaten die tschechoslowakischen Exporte in diese Richtung noch stärker zu bremsen.

⁸²¹ Zu dieser Zeit benötigte das Deutsche Reich gar keine engeren wirtschaftlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei und Österreich, denn von 1925 bis 1929 kletterte der deutsche Anteil am Weltexport aller industriellen Fertigwaren von 14,8 auf 18,6 %, wobei der Maschinenbau einen Anteil von 21, die Chemie von 23 und die Elektrotechnik sogar von 26 % erreichte. – WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 525f.

⁸²² Vgl. Norbert BISCHOFF, Österreichische Außenpolitik 1918-1928, in: Wilhelm Exner (Hg.), 10 Jahre Wiederaufbau. Die staatliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Österreich 1918-1928 (Wien 1928) 34; SUPPAN, Jugoslawien, 184f.

⁸²³ Ges. Frank an Sch. Peter, Berlin 25. Mai 1928, ÖStA, AdR NPA Tschechoslowakei I/III geheim, Kart. 415; Herbert MATIS, Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer „Donaukonföderation“, in: Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan, Anna M. Drabek und Brigitta Zaar (Hgg.), Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Wien 1995) 229-255; Eduard KUBÛ, Die brüchigen Beziehungen: Die Weimarer Republik und die Tschechoslowakei, in: Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Hgg.), Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989 (Essen 2001) 71-84.

⁸²⁴ RENNHOFFER, Seipel, 568.

So ging zwar der Anteil der Nachfolgestaaten an den tschechoslowakischen Importen zwischen 1924 und 1929 lediglich von 23,7 auf 23,2 % zurück, der Anteil der Nachfolgestaaten an den tschechoslowakischen Exporten aber von 40,3 auf 35,1 %. In dieser Zeit fiel aber auch der Anteil der tschechoslowakischen Importe aus Deutschland von 35,2 auf 25,0 %, während der Exportanteil gleich blieb. Dennoch blieb Deutschland das wichtigste Land für den tschechoslowakischen Außenhandel. Dies hing auch mit dem günstigen Flusstransport über die Elbe bis Hamburg zusammen.⁸²⁵

In seiner Rede vor der Völkerbundversammlung am 8. September 1928 ging Bundeskanzler Seipel – er war wenige Tage zuvor zu einem der Vizepräsidenten gewählt worden – auch auf grundsätzliche Probleme zwischen den Staatsnationen und den nationalen Minderheiten ein, wobei er wohl in erster Linie an die deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten Österreichs dachte, die „durch bloße äußerliche Grenzziehung Minderheiten geworden sind“. Hierbei übte Seipel sowohl am „rudimentären“ Minderheitenrecht in den Pariser Vororteverträgen als auch an der faktischen Behandlung der Minderheiten Kritik. Vor allem aber wies er auf die noch bestehende Grenzlinie durch Europa hin, die zwei verschiedene Begriffe der Nation voneinander scheidet:

„[...] Auf der einen Seite dieser Grenze wohnen Völker, denen der Staat alles ist, die unter Nationalgefühl ein großes Maß an Begeisterung für den Staat verstehen, dem sie freiwillig oder nicht angehören. Auf der anderen Seite der Grenze gilt das Bewusstsein der gemeinsamen Kultur und Sprache und die ihr zugrunde liegende Blutsverwandtschaft mehr, ohne dass dadurch die Loyalität gegen den Staat beeinträchtigt zu werden braucht. Für die einen bedeutet der Minoritenschutz nur eine humane Übergangsmaßregel, um den Fremdstämmigen und Fremdsprachigen das Aufgehen in dem größeren Staatsvolk, dem sie durch die ursprüngliche Siedlungsart oder durch irgendwelche geschichtliche Ereignisse zugewiesen worden sind, schmerzloser zu machen. Den anderen ist er ein heiliges natürliches, unverjährbares Recht, auf das sie, selbst wenn sie wollten, gar nicht verzichten dürften.“⁸²⁶

Seipel warnte schließlich vor einer Unterschätzung von Nations- und Minderheitenfragen als Quellen für „das Gefühl der politischen Unsicherheit“, die aus der Überspitzung des Nationalgefühls entspringen. Als der Bundeskanzler im Hauptausschuss des Nationalrates darüber berichtete, kritisierte Otto Bauer, dass die Tschechoslowakei und Polen ihre Verpflichtungen aus den Minoritätsverträgen loswerden wollten und dass für die Deutschen Südtirols nichts erreicht wurde. Seipel widersprach hinsichtlich Warschaus und Prags, musste aber einräumen, dass Mussolini wolle, dass man in Österreich über Südtirol schweigt. Was Bauer übersah, war die unumstößliche Tatsache, dass Italien mit den Friedensverträgen keine Minderheitenschutzbestimmungen hatte übernehmen müssen – auch nicht hinsichtlich der deutschen Südtiroler. Daher empfahl der Bundeskanzler in sei-

⁸²⁵ TEICHOVA, Wirtschaftsgeschichte, 52-56.

⁸²⁶ Rede BK Seipel vor der Völkerbundversammlung am 8. September 1928 in Genf, in: ADÖ 6/945.

nem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, Eric Drummond, eine Ausdehnung der Minoritätenrechte auf das Recht der kulturellen Gemeinschaft der Minderheiten mit „Volksgleichen“. Die Minderheitenschutzverträge hätten außerdem den Zweck, „die Minderheiten dauernd zu erhalten“.⁸²⁷

Über diese Vertragswerke und Querelen hinaus sollte nicht übersehen werden, dass alle Deutschsprachigen Mitteleuropas durch einen imponierenden Bücher-, Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt vereint waren: Nach den Leipziger Messeverzeichnissen war der Vorkriegsstand von nahezu 35.000 Neuerscheinungen bereits 1927 mit 37.886 Titeln überboten worden, wobei wenige Großverlage in Berlin, Leipzig, München und Stuttgart dominierten. Von Erich Maria Remarques Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ (1928) wurden bereits bis zum Herbst 1930 eine Million Bände verkauft, dazu 2,1 Millionen übersetzte Ausgaben im Ausland. Von Thomas Manns „Buddenbrooks“ wurden bis Ende 1932 1,3 Millionen Exemplare verkauft, wozu fraglos die Verleihung des Nobelpreises im November 1929 maßgeblich beigetragen hatte. Aber auch Stefan Zweigs „Sternstunden der Menschheit“ erreichten eine Verkaufshöhe von 250.000, und die auflagenstarke „Berliner Illustrierte Zeitung“ veröffentlichte gut honorierte Vorabdrucke von Gerhart Hauptmann, Carl Zuckmayer und Arthur Schnitzler. Am renommierten „Berliner Tageblatt“ wirkten als regelmäßige freie Mitarbeiter nicht nur die Brüder Mann, Hugo Preuß, Ernst Troeltsch, Hans Delbrück, Walther Rathenau und Gerhart Hauptmann mit, sondern auch Joseph Roth, Egon Erwin Kisch, Robert Musil und Stefan Zweig.⁸²⁸

Auch der Briand-Kellogg-Pakt vom August 1928 und das Europa-Memorandum des französischen Außenministers im Mai 1930⁸²⁹ ließen die Spaltung Europas bestehen: zwischen Verteidigern und Gegnern des Status quo, zwischen garantierten und „weniger vornehmen“ Grenzen. Deutschland und Österreich einerseits sowie die Tschechoslowakei andererseits blieben durch diese politisch-mentale Linie getrennt. Die guten Konjunkturjahre bis 1929 blieben daher für eine engere wirtschaftspolitische Kooperation ungenützt. So protestierte der Gesandte Marek beim Gesandten Krofta, dass die tschechoslowakische Politik das österreichische Kapital und die österreichischen Unternehmer und höheren Angestellten offensichtlich aus der Tschechoslowakei zu verdrängen versuche, wie die Beispiele Witkowitz und Schöllner zeigten. Der stellvertretende Außenminister Krofta und Oberdirektor Preiss verteidigten sich mit dem Bestreben, „die Tsche-

⁸²⁷ Klubsitzung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 26. September 1928, in: ADÖ 6/946; Amtsvermerk GS Peter, 1. Oktober 1928, in: ADÖ 6/947. Vgl. die von Bundeskanzler Seipel knapp vor seiner Demission genehmigte und am 9. April an den Generalsekretär des Völkerbundes abgesandte Denkschrift über die Stellung Österreichs zur Frage des Verfahrens des Völkerbundes in Angelegenheit des Minderheitenschutzes, in: ADÖ 6/965; Société des Nations. Protection des minorités. Rapport du Comité, Genève, le 18 mai 1929. Annexe I: Mémoires adressés par des gouvernements.

⁸²⁸ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 474-478.

⁸²⁹ Vgl. ADÖ 7/1024.

chen reich und mächtig zu machen“, was ihnen „als dem Staatsvolk gebühre. Man könne es nicht dulden, dass die größten und wichtigsten Betriebe auf die Dauer in rein deutschen und ausländischen Händen bleiben.“ Wenn sich die tschechischen Banken der großen, bisher in ausländischem Besitz befindlichen Unternehmungen bemächtigten, „so sei dies nur die natürliche Entwicklung und der Ausdruck einer Erstarkung der tschechischen Kapitalkraft“. In einem Gespräch zwischen dem tschechoslowakischen Außenminister und dem deutschen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht im Juli 1929 wiederholte Beneš seine bekannte Position: Ein wirtschaftliches Zusammengehen Deutschlands und Österreichs mit der Tschechoslowakei sei „eine eminent politische Angelegenheit“, die nicht ohne Zustimmung Frankreichs, Italiens und Großbritanniens gelöst werden könne. – Wirtschaft und Politik konnten in Mitteleuropa einfach nicht harmonisiert werden, obwohl Prag von Wien nur sechs Eisenbahnstunden entfernt war und von Berlin gar nur fünf.⁸³⁰

Vom Zollunions- zum Tardieu-Plan

Weder die deutsche, österreichische und tschechoslowakische noch die internationale Historiographie registrierte, dass der internationale Streit um das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion einen weitgehenden Bruch in den mentalitätspolitischen Beziehungen zwischen Berlin und Prag einerseits sowie zwischen Wien und Prag andererseits bedeutete, der bis 1938 nicht mehr gekittet werden konnte. Ab Ende März 1931 wurde jedenfalls jede außenpolitische Aktivität Beneš' in der Wilhelmstraße und am Ballhausplatz mit großem Misstrauen beobachtet. Freilich, bereits im Februar 1930 waren zwischen dem deutschen Reichsaußenminister Julius Curtius und dem damaligen österreichischen Bundeskanzler Johannes Schober Geheimverhandlungen anberaumt worden, die im Verlauf des Jahres 1930 inhaltlich vor allem von Ministerialdirektor Karl Ritter und Sektionschef Richard Schüller geführt wurden. Und das Berliner Auswärtige Amt hielt in einem Memorandum für Reichskanzler Heinrich Brüning vom 7. Juli 1930 klar fest, dass „der Zusammenschluss mit Österreich die vordringlichste Aufgabe deutscher Politik“ sei, „denn von einem zu Deutschland gehörenden Österreich aus könnte in ganz anderer Weise, als dies jetzt möglich ist, die Entwicklung im Südosten im Interesse Deutschlands beeinflusst und gelenkt werden“.⁸³¹

⁸³⁰ Bericht Ges. Marek an BK Seipel, Prag, 14. März 1929, in: ADÖ 6/960; Bericht Ges. Marek an GS Peter, Prag, 7. August 1929, in: ADÖ 6/977. Auf dem Höhepunkt des Außenhandels in der Zwischenkriegszeit, im Jahre 1929, führte die Tschechoslowakei nach Österreich Güter im Wert von etwa 3 Milliarden Kč aus und aus Österreich Güter im Wert von etwa 1,6 Milliarden Kč ein. – *Zahraniční obchod ČSR v roce 1929*, I (Praha 1930) 12; TEICHOVA, *Wirtschaftsgeschichte* 54f.

⁸³¹ Vgl. Oswald HAUSER, *Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die Europäische Föderation*, in: *Historische Zeitschrift* 179 (1955) 55; F. Gregory CAMPBELL, *Con-*

Bereits in einem Gespräch mit Beneš im September 1930 in Genf ließ Curtius den Gedanken eines gemeinsamen Vorgehens Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei hinsichtlich der Abnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Agrarstaaten Ostmittel- und Südosteuropas aufleben. Aber Beneš verwies auf die Notwendigkeit, diesen Vorschlag mit den Verbündeten der Kleinen Entente und mit Frankreich erörtern zu müssen, und lehnte eine Wirtschaftskonferenz zwischen Berlin, Prag und Wien ab. Das Auswärtige Amt in Berlin war sich freilich der aus einer deutsch-österreichischen Zollunion resultierenden negativen Konsequenzen für die Tschechoslowakei durchaus bewusst. Durch die Umsetzung einer solchen Zollunion käme die Tschechoslowakei um 35 % ihres Gesamtexportes. „Ob sich daher die Tschechoslowakei zum Eintritt in den deutschen Wirtschaftsblock entschließen würde oder nicht, ihre wirtschaftliche und damit letzten Endes auch ihre politische Handlungsfreiheit wäre auf jeden Fall erheblich eingeschränkt.“⁸³²

Auch der tschechoslowakische Gesandte in Wien, Hugo Vavrečka⁸³³, ahnte die Gefährlichkeit einer deutsch-österreichischen Zollunion für die künftige Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei: Ziel des Plans einer deutsch-österreichischen Zollunion sei es, „die Hegemonie Deutschlands in Mitteleuropa zu gewährleisten und Frankreich – insbesondere Briand – zu gewinnen, und zwar mit der Aussicht auf ein Paneuropa, das zwar von Frankreich und Deutschland geleitet, Deutschland aber die Möglichkeit zu einer wirtschaftlichen Expansion in Mitteleuropa geben würde.“ Vavrečka nahm an, dass durch die deutsch-österreichische Zollunion zusammen mit den in Vorbereitung befindlichen Präferenzverträgen Deutschlands mit Rumänien und Österreichs mit Ungarn und Jugoslawien in Mitteleuropa ein neues handelspolitisches System unter der Leitung Berlins entstehen sollte.⁸³⁴

Bei österreichisch-deutschen Besprechungen am 3. und 5. März 1931 in Wien kam es tatsächlich zu entscheidenden Festlegungen⁸³⁵, die am 19. März 1931 in

frontation in Central Europe. Weimar Germany and Czechoslovakia (Chicago 1975) 221-233; Harro MOLT, „Wie ein Klotz inmitten Europas“. „Anschluss“ und „Mitteleuropa“ während der Weimarer Republik 1925-1931 (Frankfurt am Main – Bern – New York 1986) 65-84; SUPPAN, Außenpolitische Beziehungen, 256-260; KOVTUN, Republika, 663-670; Walter RAUSCHER, Briandplan und Zollunionsprojekt. Die österreichische Außenpolitik 1930/31, in: ADÖ 7, 13-36.

⁸³² Teleg. RM Curtius an RK Brüning, Genf, 29. September 1930, in: ADAP, B, XV, Nr. 236, 563; Bemerkungen des AA, Abt. II, zur Frage einer Zollunion mit Österreich, 21. Februar 1931, PA Bonn, AA, Bd. R 30 359k, Geheim 55/2, Österreich Handel 13; zitiert nach: Drahomír JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie des Deutschen Reiches und der tschechoslowakische Wirtschaftsregionalismus im Kampf um Mitteleuropa (1931-1938), in: Prague Papers on History of International Relations (Prague 2007) 293-341, hier 298f.

⁸³³ Hugo Vavrečka, der Großvater mütterlicherseits von Václav Havel, war neben seiner diplomatischen Tätigkeit in Budapest und Wien Herausgeber der *Lidové noviny* und Direktor im Baťa-Konzern. – SAYER, Bohemia, 198.

⁸³⁴ Bericht Vavrečka an Beneš, Wien, 13. März 1931, AMZV Praha, Politické zprávy Vídeň 1931, Nr. 17; JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie, 301.

⁸³⁵ Niederschrift: Österreichisch-deutsche Besprechungen am 3. und 5. März 1931 in Wien, in: ADÖ 7/1069.

einem Protokoll zusammengefasst wurden und Verhandlungen über einen „Vertrag zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse“ beider Länder ankündigten:

- Deutschland und Österreich werden ein Zollgesetz und einen Zolltarif vereinbaren;
- Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen während der Dauer des Vertrages keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden;
- Die beiden Regierungen werden Regelungen hinsichtlich der Warenumsatzsteuer, Monopole und Verbrauchsabgaben treffen;
- Die Zollverwaltung jedes der beiden Länder soll von der des anderen Landes unabhängig sein;
- Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverbote sollen zwischen Deutschland und Österreich nicht bestehen;
- Jede der beiden Regierungen soll auch nach dem Inkrafttreten des Vertrages grundsätzlich das Recht behalten, für sich mit dritten Staaten Handelsverträge abzuschließen.⁸³⁶

Nach Indiskretionen in mehreren Zeitungen sahen sich die Wilhelmstraße und der Ballhausplatz am 21. März 1931 zur offiziellen Bekanntgabe ihrer Zollunionsverhandlungen veranlasst. Vor allem in Paris und Prag brach ein Sturm der Entrüstung los. Der österreichische Gesandte in Paris, Alfred Grünberger, stellte in Frankreich nicht weniger als einen „Rückfall in die kriegspsychotische Gemütsverfassung der ersten Jahre nach dem Kriege“ fest. Außenminister Briand, der seine politische Stellung in Paris gefährdet sah, konstatierte einen Verstoß gegen das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922, betonte den Eindruck der „Einleitung des Anschlusses“ und hielt Deutschland einen Rückfall in die deutschen Vorkriegsmethoden vor. Auch der völlig überraschte und aus der Sicht seiner innenpolitischen Gegner bloßgestellte Außenminister Beneš verwies auf die „Verletzung der von Österreich übernommenen Verpflichtungen“, argumentierte aber ziemlich kopflos mit Regionalverträgen, Paneuropa, Völkerversöhnung, Militärklausel etc. Der Gesandte Vavrečka sprach – nicht weniger aufgebracht – von *fait accompli*, Zurücksetzung, Herausforderung, „*offense contre l’etiquette*“, worauf er von Vizekanzler Schober zurechtgewiesen wurde und sich entschuldigen musste. Rom und Washington agierten zurückhaltender, London vermittelte schließlich eine Erörterung der Angelegenheit vor dem Völkerbundrat.⁸³⁷

⁸³⁶ Protokoll: Richtlinien für eine deutsch-österreichische Zollunion, Wien, 19. März 1931, in: ADÖ 7/1077.

⁸³⁷ Besprechung VK Schober mit franz. GT Barois, Wien, 21. März 1931, in: ADÖ 7/1078; Besprechung VK Schober mit tschechoslowak. Ges. Vavrečka, Wien, 21. März 1931, in: ADÖ 7/1079; Besprechung VK Schober mit ital. GT Celesia, Wien, 21. März 1931, in: ADÖ 7/1080; dt. Bt. Hoesch an AA, 21. März 1931, in: ADAP, B, 17/25; *Kommunique* der österreichischen Bundesregierung, Wien, 22. März 1931, in: ADÖ 7/1082; Amtsvermerk Ges. Grünberger, Paris, 23. März 1931, in: ADÖ 7/1084; Ges. Prochnik an VK Schober, Washington, 24. März 1931, in: ADÖ 7/1085; Besprechung VK Schober mit brit. Gesandten Phipps, Wien, 25. März 1931, in:

Beneš hatte Mühe, seine Partner in der Kleinen Entente für ein gemeinsames Vorgehen gegen die deutsch-österreichische Zollunion zu gewinnen. Belgrad forderte von Prag Handelskompensationen, und Bukarest war teilweise von der Haltung des britischen Erdölmagnaten Sir Henry Deterding beeinflusst, dem die Idee einer deutsch-österreichischen Zollunion durchaus sympathisch war. Der tschechoslowakische Außenminister begann daher fieberhaft an einem Gegenmodell zu arbeiten, das sich zuerst auf die Verteilung der Agrarüberschüsse der Donauländer (Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien) konzentrierte. Von 115.000 Waggon Exportüberschuss an Weizen im Jahre 1930 hatten die europäischen Industriestaaten nur 72.000 Waggon abgenommen, davon Österreich 29.000 und die Tschechoslowakei 27.000 Waggon, während Deutschland, Italien, Frankreich und die Schweiz ihren Bedarf überwiegend aus Übersee gedeckt hatten. Die nicht exportierten 43.000 Waggon sollten nun von den Industriestaaten zu Präferenzbedingungen abgekauft werden. Ähnlich wie beim Weizen sollte auch bei der Verteilung der Gerste und anderer Getreidesorten vorgegangen werden. Damit könnte der Einfluss Deutschlands auf die Donauländer gebremst werden, das seine größeren Konsumationsmöglichkeiten und sein wirtschaftliches Übergewicht zur Gewinnung der Agrarstaaten einsetze. Die Industriekrise sollte durch eine Stabilisierung der Zölle sowie eine internationale Reglementierung der Produktion in bedeutenden Industriezweigen bekämpft werden. Dieser Weg, so behauptete Beneš, „behindere die Bildung von Zollunionen und sich gegenseitig befehdender und feindlich gesinnter Blöcke, die Europa weiter in einen verzweiferten Wirtschaftskrieg jagten“.⁸³⁸

Ein vorzüglicher Kenner der Prager Außen- und Innenpolitik, der österreichische Gesandte Marek, sandte am 9. April eine bemerkenswerte politisch-psychologische Analyse nach Wien, die grosso modo für die gesamte Zwischenkriegszeit galt. Die verschärfte Absage von Außenminister Beneš an das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion auf dem Kongress der National-Sozialistischen Partei bewiese von Neuem, so Marek, wie sehr die offizielle tschechoslowakische Außenpolitik von den deutsch-österreichischen Abmachungen getroffen wurde. Tatsache sei, „dass kein Ereignis seit dem Umsturz [1918, Anm. Suppan] die tschechoslowakische Politik und Öffentlichkeit so berührt“ habe. Zwar erwögen die praktischen Volkswirtschaftler, Vertreter der Banken, der Industrie und des Handels die Vor- und Nachteile eines solchen Zollunionsplanes, aber die Politiker seien für diese Erwägungen unzugänglich, und dies habe „psychologische Ursachen“:

ADÖ 7/1088; Zirkularerlass VK Schober an Ges. Grünberger (Paris), Franckenstein (London), Egger (Rom), Marek (Prag) und Calice (Budapest), Wien, 2. April 1931, in: ADÖ 7/1099.

⁸³⁸ Runderlass von Beneš an die tschechoslowakischen Gesandtschaften, 9. April 1931, AMZV Praha, Politické zprávy Vídeň 1931, Nr. 34; vgl. Edvard BENEŠ, *Boj o mír a bezpečnost státu. Československá zahraniční politika v projevech ministra E. Beneše 1924-33* (Praha 1934) 586f.

„Man ist einmal aus Tradition gegen alles Deutsche und zwar, wie der Herausgeber des ‚Prager Tagblattes‘ vor Kurzem sehr richtig bemerkte, weniger aus Hass gegen die Deutschen als vielmehr infolge eines gewissen Minderwertigkeitskomplexes, ein vielleicht unbewusstes Gefühl, das man durch Überbetonung einer Geringschätzung der Deutschen los zu werden trachtet. In Wirklichkeit scheint man aber eher die deutschen Pläne zu überschätzen, und es ist die Furcht vor Deutschland, welche die Politik der Tschechen beeinflusst. Und wozu hat man denn schließlich seine Selbständigkeit erkämpft, wenn diese wieder in Frage gestellt werden soll. Man hat sich auf die Seite der Sieger geschlagen, ist ein Kind der grossen französischen Republik und wird sich jetzt plötzlich mit den Besiegten und noch dazu mit den Deutschen vereinen, denen man endgültig ‚über‘ zu sein glaubte? Das, was man von dem so zäh bekämpften politischen Anschluss befürchtet, das ‚Ertrinken im deutschen Meere‘, das soll man jetzt auf einem geschickt maskierten Umweg erdulden? Wozu das schöne und kostspielige Heer, das all die verdienten Legionäre und andere treue Söhne des Vaterlandes versorgt und sie mit Glanz umgibt? Deshalb hat man mit allen Mitteln gesucht, eine Rolle im Konzert der europäischen Mächte zu spielen, dass man dann im Schlepptau des grossen deutschen Nachbarn zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wird? Und last [but, Erg. Suppan] not least, man ist einmal auf Frankreich eingeschworen, ist Frankreich zu Dank verpflichtet und muss und wird also machen, was Frankreich wünscht und befiehlt. Ja, wenn Frankreich mit dabei wäre, wenn man auch für die fernere Zukunft auf Frankreichs Schutz und Hilfe rechnen könnte, dann wäre es wohl etwas Anderes. Aber Frankreich sagt, der Zollplan ist der Anschluss und wenn der Anschluss kommt, hat Deutschland den Krieg gewonnen, und das allein müsste eigentlich genügen, um jedem Tschechen zu zeigen, wie er sich zum vorliegenden Plan zu stellen hat.“⁸³⁹

Auch der stellvertretende Außenminister Krofta nahm sich in Prag gegenüber dem Gesandten Marek kein Blatt vor den Mund: „Man hätte nie geglaubt, dass der österreichische Außenminister hinterrücks zu den Deutschen gehen und einen solchen Vertrag schließen werde – Österreich und Deutschland seien in die Fußstapfen ihrer Vorkriegspolitik getreten und hätten anscheinend ihre Mentalität nicht geändert.“ Und im weiteren Gespräch mit dem Stellvertreter Beneš’ musste Marek die Furcht vor einem übergrossen deutschen Einfluss feststellen, wenn Krofta hinzufügte. „So müsse es denn notwendigerweise wohl wieder zum Kampf gegen die Deutschen kommen, was sich ja in der Geschichte schicksalhaft wiederhole und was schliesslich zu unserem Leben in Mitteleuropa zu gehören scheine, ohne dass dadurch unsere gegenseitigen Beziehungen getrübt werden müssten.“⁸⁴⁰ – Zweifellos eine merkwürdig fatalistische Geschichtsauffassung.

Der tschechoslowakische Zentralverband der Handels- und Gewerbekammern wurde vom Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion aufgeschreckt und beauftragte den Vorsitzenden der Prager Kammer, Zdeněk Fafl, mit der Ausarbeitung einer Expertise: Durch eine deutsch-österreichische Zollunion würde der tschechoslowakische Export große Einbußen erleiden, insbesondere im österreichischen Zwischenhandel mit tschechoslowakischen Waren in den Balkan. Andererseits könnte eine Zolleinheit der Tschechoslowakei mit Deutschland und Österreich zu einer Erweiterung der Absatzmöglichkeiten sowohl für die Indus-

⁸³⁹ Bericht Ges. Marek an VK Schober, streng vertraulich, Prag, 9. April 1931, in: ADÖ 7/1104.

⁸⁴⁰ Ebenda.

trie als auch für die Landwirtschaft der Tschechoslowakei führen, freilich um den Preis struktureller Veränderungen einer „aus einer Anpassung resultierenden Krise“. Aber die wirtschaftlich schwächere Tschechoslowakei könnte in einer Zollunion kein gleichberechtigter Partner Deutschlands werden, sondern geriete in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland. Daher müsse man die gesamte wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa modifizieren, wozu die Tschechoslowakei sowohl im Rahmen der Kleinen Entente als auch im übrigen Ostmittel- und Südosteuropa beitragen könnte.⁸⁴¹

Die sudetendeutschen Politiker schienen das Zollunionsprojekt zunächst zu begrüßen; bald aber regten sich ernste Bedenken wegen der befürchteten negativen Auswirkungen auf die tschechoslowakische Wirtschaft. Besonders die deutschen Minister stellten diesen Aspekt bald in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Die aktivistischen Parteien schwenkten schließlich ganz auf die Linie von Beneš ein, was die deutsche Gesandtschaft so erboste, dass sie in einer zweifellos überzogenen Reaktion von einer „Dolchstoßpolitik“ gegen Deutschland sprach. Auf dem Hradschin aber war man mit der Haltung der deutschen Minister, die auch ein das Zollunionsprojekt scharf kritisierendes Exposé Beneš' akzeptiert hatten, sehr einverstanden, und der Außenminister hob dies in seiner Beschwerde an den Völkerbundrat besonders hervor.⁸⁴²

Beneš übersandte seinen Standpunkt zur deutsch-österreichischen Zollunion noch im April an Außenminister Briand in Paris. Erweitert und abgeändert legte der französische Völkerbund-Delegierte André François-Poncet im Mai 1931 in Genf einen *Plan constructif* auf den Tisch. Ausgehend vom Artikel 222 des Friedensvertrages von Saint-Germain, der ein regionales präferentielles System zwischen der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn ermöglichte, empfahl der Briand-Poncet-Plan die Einbeziehung Deutschlands und Italiens in einen solchen regionalen Block. Frankreich erklärte sich bereit, finanzielle Unterstützung in Form von Staatsanleihen oder landwirtschaftlicher Kredite zu gewähren. Aber weder Deutschland noch Italien waren an einem solchen Regionalismus interessiert, und auch die USA und Großbritannien sprachen sich dagegen aus.⁸⁴³

Das *Foreign Office* hatte wesentlich nüchterner reagiert als der *Quai d'Orsay*, obwohl es keine Hinweise gibt, dass London vor der Übergabe der französischen Protestnote vom 20. März 1931 über die bevorstehende Veröffentlichung des Zollunionprojektes informiert worden wäre. So äußerte sich der britische Außenminister Arthur Henderson noch am 23. März gegenüber dem deutschen

⁸⁴¹ Referat Fafl über die deutsch-österreichische Zollunion, Prag, 10. April 1931, NA Praha, Ústředí obchodních a živnostenských komor [Zentrale der Handels- und Gewerbevereine], Kart. 1081, Sign. 241; zitiert nach: JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie, 304f.

⁸⁴² Berichte Ges. Marek an VK Schober, 15. April und 7. Mai 1931, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 22.251/13, 22.697/13; vgl. JAWORSKI, Vorposten, 157-159.

⁸⁴³ Marta ROMPORTLOVÁ – Zdeněk SLÁDEK, Integrační středoevropský plán A. Tardieua a československá a maďarska politika, in: Sborník filozofické fakulty brněnské univerzity – řada historická, C, 25/26 (1978/79) 73-86; SOUTOU, Le deuil, 780.

Botschafter Konstantin von Neurath prinzipiell positiv zu einer „assimilation of customs and economic conditions“. Freilich wollte der Permanente Unterstaatssekretär im *Foreign Office*, Sir Robert Vansittart, die Kompatibilität mit dem Vertrag von Saint-Germain und dem Genfer Protokoll 1922 prüfen lassen. Erst auf die vehemente Verurteilung seitens der Pariser Diplomatie hin gab Henderson seinen Vertretungen in Berlin und Wien schärfere Instruktionen:

„German (Austrian) Government should be under no misapprehension as to serious misgivings which have been aroused by their action in many countries and in France particular. You should make it clear to German (Austrian) Chancellor that state of feeling both in Great Britain and here causes me great concern. [...] I appeal to [German (Austrian) Chancellor] that before they proceed further, opportunity should be given to the Council of League of Nations, under whose auspices the Protocol of 1922 was negotiated, to assure the Treaty is not contrary to the obligations undertaken by Austria and by that instrument.“⁸⁴⁴

Berlin lehnte eine Untersuchung des Vertragsentwurfs durch den Völkerbund ab, während sich Wien nur gegen eine politische Überprüfung wehrte. Aber Briand hielt am 28. März im französischen Senat eine Brandrede, in der er der österreichischen Regierung sogar mit der Auflösung des französisch-österreichischen Handelsvertrages drohte. Der Leiter der Zentraleuropaabteilung im Foreign Office, Orme Sargent, blieb dennoch bei einer sachlichen Beurteilung, nicht ohne die anderen Nachfolgestaaten zu kritisieren:

„The truth seems to be that economically Germany and Austria are by no means suited for the experiment of a customs union. Far from being complementary, their national economy is largely competitive. [...] Austria is the natural complement, not of an industrialised Germany, but of the agrarian countries occupying the Danube Basin. Such is the natural customs union for which Austria ought to have striven. But the Succession States, obsessed by their almost insane nationalism, have had only one idea of construction, and that is tariffs walls.“⁸⁴⁵

Vor der weiteren Erörterung des Zollunionsprojektes wurde Österreich von einer neuerlichen schweren Finanzkrise getroffen. Als die Direktion der Credit-Anstalt der Regierung mitteilen musste, für das Jahr 1930 einen Verlust von 140 Millionen Schilling ausweisen zu müssen, setzte am 12. Mai 1931 ein Run auf die Bankschalter ein. Da Baron Louis de Rothschild Präsident des Verwaltungsrates der Bank war und die Bank of England sowie amerikanische und französische Finanzgruppen zu ihren Großaktionären zählten, die etwa ein Drittel des CA-Aktienkapitals besaßen, wurde der CA-Zusammenbruch in der Öffentlichkeit als Einsturz des internationalen Kreditsystems in Mitteleuropa aufgefasst. Auf Druck der ausländischen Gläubiger und mit parlamentarischer Ermächtigung musste die Regierung Haftungen für die Verluste der Credit-Anstalt übernehmen, damit die

⁸⁴⁴ DBFP 2, 5; SIA, 1931, 306; zitiert nach: Siegfried BEER, Der „unmoralische“ Anschluß. Britische Österreichpolitik zwischen Containment und Appeasement 1931-1934 (Wien – Köln – Graz 1988) 22-28.

⁸⁴⁵ FO Memorandum (Sargent), 21. April 1931, zitiert nach: BEER, Anschluß, 39.

Bank of England der Österreichischen Nationalbank einen kurzfristigen Kredit von 150 Millionen Schilling gewährte. Da die tatsächlichen Verluste der CA lange vor der Öffentlichkeit verborgen gehalten worden waren, verlor die Nationalbank zwischen dem 30. April und dem 7. Oktober 1931 immerhin 848 Millionen Schilling an Gold, Devisen und Valuten, somit den Großteil ihrer Reserven. Im Hauptausschuss des Nationalrates wurden am 1. Juli sogar Haftungserfordernisse von rund 1100 Millionen Schilling festgestellt, was etwa 50 % des österreichischen Staatshaushalts entsprach. Der neue Generaldirektor Alexander Spitzmüller, der letzte k.u.k. Finanzminister, sah die Ursachen der CA-Krise vor allem in der 1929 von der Regierung gewünschten Übernahme der Boden-Credit-Anstalt, in der Kreditüberspannung bei den Industriebeteiligungen, aber auch in der zu günstigen Einschätzung der allgemeinen Finanzlage in der Weltwirtschaftskrise. Leider hätten derzeit, so Spitzmüller, alle Bankdirektoren Mitteleuropas „die Vorsicht eines guten Kaufmannes außer acht“ gelassen.⁸⁴⁶

Briand und Beneš versuchten nun im Völkerbundrat eine politische Prüfung des Zollunionsprojektes herbeizuführen, auf Antrag des britischen Außenministers Arthur Henderson aber wurde die Causa zur völkerrechtlichen Prüfung dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag zugewiesen. Beneš versuchte das Zollunions-Projekt vor allem völkerrechtlich als Verstoß gegen den Vertrag von Saint-Germain und gegen die Genfer Protokolle zu Fall zu bringen. Als die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion am 18. und 19. Mai 1931 vor dem Völkerbundrat zur Sprache kam, argumentierte Beneš aber neuerlich politisch-emotional:

„Wir haben es hier mit zwei Ländern derselben Rasse und derselben Sprache zu tun, in denen durch politische Aktion bereits ein gewisses politisches Gefühl für die vollständige Vereinigung geschaffen worden ist.“⁸⁴⁷

Beneš drängte daher weiter auf ein Fallenlassen des Projektes und erklärte dem Gesandten Marek unverblümt: „Nie könne und werde es geschehen, dass sich die 10 Millionen Slawen der Tschechoslowakei einem Block von 75 Millionen Deutschen anschliessen und dadurch ihr eigenes Todesurteil unterschreiben.“ Noch stärkerer Druck kam von der französischen Regierung, deren Gesandter Bertrand Clauzel Mitte Juni in Wien für eine Hilfeleistung Frankreichs in der CA-Krise den österreichischen Verzicht auf die Zollunion sowie die Einsetzung

⁸⁴⁶ Gerald D. FELDMAN, Die Creditanstalt-Bankverein in der Zeit des Nationalsozialismus, 1938-1945, in: Gerald D. Feldman, Oliver Rathkolb, Theodor Venus, Ulrike Zimmerl, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, 1. Bd.: Creditanstalt-Bankverein (München 2006) 23-684, hier 24-27; GOLDINGER – BINDER, Republik Österreich, 180-185; vgl. Dieter STIEFEL, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise – die Krise der Credit-Anstalt 1931 und ihre wirtschaftlich-politische Bewältigung (Frankfurt am Main 1988); Aurel SCHUBERT, The Credit-Anstalt Crisis of 1931 (Cambridge/Mass. 1991).

⁸⁴⁷ League of Nations, Official Journal, 12th Year, No. 7, Minutes of the Sixty-Third Session of the Council, p. 1076; BEER, Anschluß, 53-56.

einer ausländischen Kontrolle über die Credit-Anstalt und die Finanzgebarung des Bundes verlangte. Schober entgegnete, dass weder er noch irgendein anderer österreichischer Minister jemals eine solche Kapitulation annehmen könne. Und Otto Bauer sprach von einem „Ausbeutungsversuch der österreichischen Not“.⁸⁴⁸

Lediglich der *Governor der Bank of England*, Sir Montagu Norman, war zu sofortiger Hilfe bereit. Bereits bei der Zusammenkunft der Regierungschefs und Außenminister Großbritanniens und Deutschlands in London und Chequers vom 5. bis 8. Juni beschäftigte er sich in erster Linie mit der kritischen Lage in Wien. Am späten Abend des 16. Juni – zwei Stunden nach der Entscheidung der österreichischen Regierung, das französische Ultimatum abzulehnen und zurückzutreten – offerierte Governor Norman, offensichtlich alarmiert von Vertretern der Auslandsgläubiger der CA, der Österreichischen Nationalbank eine kurzfristige, bedingungslose Anleihe von 150 Millionen Schilling. Norman half auch Deutschland mit zwölf Millionen Pfund, während US-Präsident Herbert Hoover am 20. Juni ein Moratorium der Gläubigerstaaten für Auslandsschulden vorschlug, was vor allem der Reichsbank helfen sollte. Dennoch setzte Anfang Juli auch die deutsche Bankenkrise ein.⁸⁴⁹

Vizekanzler und Außenminister Schober musste sich am 10. August 1931 im Namen der Bundesregierung an den Völkerbundgeneralsekretär Drummond mit der Bitte um Einleitung einer internationalen Kreditaktion wenden. Gleichzeitig vereinbarte Generalsekretär Peter in streng vertraulicher Absprache mit dem britischen Geschäftsträger in Wien, dass „customs union issue is definitely set aside after the Hague decision regardless of verdict“. Geschäftsträger Hadow plädierte daher für eine weitere Unterstützung Österreichs, denn „Versaillesism [...] leading to extremes such as Fascism or the Soviet system“.⁸⁵⁰

Trotz Drängens aus Berlin, mit der Erörterung der Anleihefrage bis nach dem Entscheid des Haager Gerichtshofes zu warten, gab Wien das Ende des Zollunionsprojektes bereits am 3. September 1931 bekannt. Immerhin hatten sich

⁸⁴⁸ Bericht Ges. Marek an Vizekanzler Schober, Prag, 5. Juni 1931, in: ADÖ 7/1139; Amtsvermerk GS Peter, Wien, 16. Juni 1931, in: ADÖ 7/1141; Klubsitzung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Wien, 24. Juni 1931, in: ADÖ 7/1144; vgl. Walter RAUSCHER, Karl Renner. Ein österreichischer Mythos (Wien 1995) 272.

⁸⁴⁹ BEER, Anschluß, 69-85. Norman ließ sich erst Tage nach seiner Kreditusage vom Schatzkanzler Snowden einen auf den 15. Juni 1931 rückdatierten Brief schreiben: „[...] But I feel it only right to let you know that H. M. Government are deeply concerned at the danger of the present crisis in Austria, which may at any moment disturb the stability of Germany and other countries in Central and Eastern Europe, and I need hardly emphasize to you the great importance in the public interest of providing financial assistance for Austria without delay. [...] Having regard to the success with which Austria has surmounted past difficulties the Bankers can surely rely on the good faith of the Austrian Government in regard to any international obligations which they may incur at this juncture.“

⁸⁵⁰ BEER, Anschluß, 89-91.

Schober und Curtius mit der französischen Delegation in Genf auf eine diplomatisch vertretbare Formel geeinigt:

„Da die österreichische Bundesregierung aus den Ereignissen der letzten Monate feststellen konnte, dass im Gegensatz zu ihren Absichten Schwierigkeiten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Völker aus der Durchführung des Zollunionsprojektes hätten entstehen können, erklärt die Bundesregierung, für die das Interesse an dieser Zusammenarbeit enge mit den österreichischen Interessen verbunden ist, ihren Entschluss, das Projekt der Zollunion nicht weiter zu verfolgen.“⁸⁵¹

Frustriert schrieb Curtius von „österreichischer Würdelosigkeit“, von „rechtszerstörenden Verzicht Österreichs“ und von „schweren Folgen für die Zukunft des Deutschtums“.⁸⁵²

Der Ständige Internationale Gerichtshof erkannte am 5. September allerdings nur mit 8:7 Stimmen die Unvereinbarkeit des Zollunions-Planes mit dem Genfer Protokoll I von 1922, und nur 6 von 15 Richtern waren auch der Meinung, dass dieses Projekt gegen Artikel 88 des Friedensvertrages von Saint-Germain verstoße.⁸⁵³ – Es sollte für lange Zeit der letzte außenpolitische Erfolg Frankreichs über Deutschland und der Tschechoslowakei über Österreich sein.

Charles Fenwick, ein führender amerikanischer Völkerrechtler, urteilte sieben Jahre später – bereits nach dem „Anschluss“ – erstaunlich kritisch über die ablehnende Haltung der Westmächte zum deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt:

„It has been said that statesmanship is the ability to see today the effects which a particular policy will have ten years hence. Judged by any such test the Governments of Great Britain and France were singularly lacking in statesmanship when they set their hands not only against a political union of Austria and Germany, but even against a restricted customs union which might have brought economic relief to Austria without the necessity of closer political ties. Excuse may doubtless be found for the failure of the British and French Governments to foresee as early as 1919 the ultimate advantages that would come from leaving Austria free to decide her own destiny. For the chaotic conditions in central Europe immediately following the World War obscured the view of probable future developments. But by 1926 the smoke and dust of the war had largely cleared away. Germany was now being admitted to membership in the League of Nations; the Weimar Republican Constitution appeared to be a stable document; democratic institutions were in full operation; and treaties were still regarded as creating legal obligations. A mere customs union might not have relieved the economic situation for Austria; but the withdrawal of prohibitions against it would have eased the political situation and would have greatly strengthened the democratic forces both in Austria and in Germany.“⁸⁵⁴

⁸⁵¹ Amtsvermerk GS Peter, Wien, 2. und 3. September 1931, ADÖ 7/1164.

⁸⁵² Berichte Ges. Frank an VK Schober, Berlin, 28. Juli 1931, 1. August 1931, in: ADÖ 7/1150, 1151; Bericht Ges. Duffek an VK Schober, Den Haag, 2. August 1931, in: ADÖ 7/1154; Bericht LR Hornbostel über österreichisch-deutsche Besprechungen in Berlin, Wien, 18. August 1931, in: ADÖ 7/1161; Rede VK Schober vor der Studienkommission für die Europäische Union am 3. September 1931 in Genf, in: ADÖ 7/1165; vgl. ADAP B 18/167, 169, 175; RAUSCHER, Briandplan, 30-36.

⁸⁵³ BEER, Anschluß, 95-99; SOUTOU, Le deuil, 780.

⁸⁵⁴ Charles FENWICK, Editorial Comment: Fuit Austria, in: American Journal of International Law 32 (1938) 312.

In der Zeit der Zollunionsverhandlungen war auch das Deutsche Reich voll von der Weltwirtschaftskrise erfasst worden: Die nach dem amerikanischen Börsensturz am „Schwarzen Freitag“, dem 24. Oktober 1929, in Windeseile gekündigten riesigen US-Auslandskredite trafen die deutschen Großbanken wie ein Blitz. Zwischen 1929 und 1932 sank das Bruttosozialprodukt um 35 %, das Volkseinkommen um 43 %, die Industrieproduktion um 42 % und die Investitionsgüterproduktion sogar um 54 %. Die Arbeitslosenzahl stieg nach der offiziellen Statistik auf sechs Millionen an, nach einer plausiblen Dunkelziffer sogar auf über zehn Millionen. Dem Wiener Bankenkrach im Mai 1931 folgte am 13. Juli der Zusammenbruch der „Darmstädter und Nationalbank“ (Danat), des zweitgrößten deutschen Finanzinstituts, sodass die Regierung Brüning durch eine Notverordnung am 14. und 15. Juli alle Banken und Sparkassen schließen lassen musste. Auch die Dresdner Bank wurde mit öffentlichen Mitteln saniert. Da es zwischen 1928 und 1933 nicht zuletzt einen Sturz der Agrarpreise gab, erwartete die Agrarlobby ähnliche Subventionsgelder und erhielt eine großzügige „Osthilfe“.⁸⁵⁵

Als Reichskanzler Brüning im Jänner 1932 auf einer Konferenz mit dem Auswärtigen Amt und den wichtigsten deutschen Botschaftern in den westlichen Hauptstädten die Grundlinien seiner Politik erläuterte, behauptete er allen Ernstes, es gebe „allseits die klare Erkenntnis, dass die Katastrophe der Wirtschaftskrise politisch für uns auch ihr Gutes habe“, da sie seinen Vorsatz stütze, an „einer völligen Streichung der Reparation festzuhalten“. Außerdem hatte der Dawes-Plan die Reichsbank auf die Währungsdeckung in Gold und Devisen verpflichtet, das Reichsbankgesetz verbot die Kreditgewährung an die Regierung, und der Young-Plan untersagte die Abwertung der Reichsmark. Diese starren Rahmenbedingungen schienen Brünings Handlungsspielraum tatsächlich äußerst einzuschränken. Der bereits international angesehene Wirtschaftswissenschaftler Joseph A. Schumpeter kritisierte jedoch Brünings Reparationspolitik, die mit „ungeheuren Kosten“ arbeite, „abgesehen von den sozialen Konsequenzen [jedoch] die völlige Lähmung der Wirtschaft zur Folge“ habe.⁸⁵⁶

Nach seinem vordergründigen Erfolg in Genf und Den Haag versuchte sogar Außenminister Beneš gegenüber Berlin und Wien wieder eine Verbesserung der Beziehungen zu erreichen: „Es habe sich gerade in den letzten Monaten ganz deutlich gezeigt, dass der Anschluss Oesterreichs an Deutschland auf lange Dauer undurchführbar und nicht vielleicht eine tschechoslowakische, sondern eine europäische Angelegenheit sei.“ „Deutschland müsste einsehen“, so ließ er sich gegenüber dem Gesandten Marek vernehmen, „dass schon die Tatsache allein,

⁸⁵⁵ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 257-283. Im 1. Quartal 1933 gab es 6,001.000 gemeldete Arbeitslose, 1,78 Millionen geschätzte „unsichtbare“ Arbeitslose und 2,463.000 nicht unterstützte Arbeitslose. Diesen geschätzten 10,244.000 Arbeitslosen (= 39,6 % der Erwerbstätigen!) standen nur mehr 7,6 Millionen Vollbeschäftigte und 5,2 Millionen mit Kurzarbeit Beschäftigte gegenüber. – WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 4, 318.

⁸⁵⁶ WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 4, 520-523, 528.

dass sich die Tschechoslowakei mit ihren 3 ½ Millionen Deutschen, mit denen zu rechnen ist, mit einem deutschen Staat verbinde, die Tschechoslowakei nie mehr zu einem Feinde Deutschlands machen könnte und Berlin müsste, möchte man glauben, im eigenen wohlverstandenen Interesse das Zusammengehen Österreichs mit der Tschechoslowakei fördern.“ Als Beneš erwähnte, dass er sehr gut wisse, „dass man ihn in Wien verdächtige, er verfolge irgendwelche imperialistischen Zwecke und wolle eine tschechische Hegemonie in Oesterreich aufrichten“, verschwieg der österreichische Gesandte nicht, dass „tatsächlich in manchen Kreisen in Österreich ein gewisses Misstrauen bestehe und man nicht überall davon überzeugt sei, dass die Tschechoslowakei nicht besondere Nebenabsichten habe, wenn sie mit Österreich eine engere Kooperation suche. Es gäbe Stimmen, die von der Gefahr einer wirtschaftlichen Penetration durch das tschechische Kapital und von einer daraus zu befürchtenden Hegemonie sprechen, andererseits glaube man wiederum in anderen Kreisen annehmen zu müssen, dass der tschechoslowakische Außenminister auch hier nur die Geschäfte Frankreichs zu besorgen habe, dessen vorwiegender Wunsch es sei, die beiden deutschen Staaten Österreich und Deutschland auseinander zu halten.“⁸⁵⁷ – Beneš und Marek stimmten offensichtlich überein, dass die Psychologie zwischen Prag und Wien neuerlich gestört war.

Vizekanzler Schober rief am 19. Oktober 1931 seine führenden Beamten – Generalsekretär Peter, Sektionschef Schüller, Gesandten Junkar und Legationsrat Hornbostel – zusammen und ließ den aus Prag angereisten Gesandten Marek über die Mitteleuropa-Pläne des tschechoslowakischen Außenministers berichten: Beneš schwebte ein Wirtschaftsbündnis mit Österreich, Ungarn und allenfalls mit Jugoslawien vor (von dem er aber in letzter Zeit nicht mehr spreche). Ungarn – das nach Beneš' Informationen unmittelbar vor der Katastrophe stehe – warte aber auf eine Initiative der Großen Entente, die schließlich das heutige Ungarn geschaffen habe. Krofta prophezeie immer wieder, dass Österreich aus einem Wirtschaftsbündnis mit der Tschechoslowakei nur profitieren würde, insbesondere Wien. Hiezu kämen die bekannten Imponderabilien der gemeinsamen Vergangenheit, der Sympathien und Verbindungen (sic!). Beneš hoffe, dass selbst Deutschland sich angesichts der Zusammenfassung der Deutschen der Tschechoslowakei mit den österreichischen und der hiedurch gewährleisteten eher deutschfreundlichen Politik der ČSR mit einem solchen Wirtschaftsbündnis in Mitteleuropa abfinden müsste. Schober verwies aber auf die politischen Hindernisse für die Realisierung eines solchen Planes in Österreich, da zumindest 40 Agrarier unter den Christlichsozialen, dazu etwa 20 Landbündler und Abgeordnete des Wirtschaftsblocks dagegen wären. Schüller erinnerte daran, dass Österreich nach dem Scheitern des Zollunionsprojektes keine neue Initiative ergreifen, sondern lediglich eine Anregung Ungarns aufgreifen könne, in die sich dann Beneš einschalten könne. Seine

⁸⁵⁷ Bericht Ges. Marek an VK Schober, Prag, 1. Oktober 1931, in: ADÖ 8/1172.

Sache wäre es dann, die Angelegenheit mit Paris, Berlin und Rom zu besprechen. „Bekäme Beneš tatsächlich die Zustimmung der Großen, dann ließe sich wirtschaftlich die Sache mit agrarischen Zwischenzöllen zu unseren Gunsten gegenüber Ungarn, industriellen gleichfalls für uns gegenüber der Tsch.[echo]Slow.[akei] machen.“⁸⁵⁸

Aber schon Anfang Jänner 1932 bereitete Sektionschef Schüller in seinen unübertroffen knappen Formulierungen für die Sitzung des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates am 8. Jänner 1932 eine Information vor, weshalb noch niemals eine Zollunion zwischen mehreren selbständigen Staaten zustande gekommen sei und weshalb eine Zollunion zwischen der Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien nicht funktionieren könne:

„1) technische Hindernisse:

Die Regierungen mehrerer Staaten müssten einen gemeinsamen Zollltarif vereinbaren. Dieser Zollltarif müsste von den Parlamenten aller beteiligten Staaten angenommen werden. Er müsste in allen Staaten in gleicher Weise gehandhabt werden und die Handhabung müsste gegenseitig durch Zollorgane kontrolliert werden. Eine Änderung des Zollltarifs wäre nur möglich, wenn alle beteiligten Staaten ihr zustimmen. Bei der Verhandlung über Handelsverträge müssten alle beteiligten Regierungen die gleiche Instruktion geben und die Unterhändler müssten diese Instruktion in gleicher Weise durchführen. Die Verträge müssten in allen Parlamenten angenommen werden, um in Kraft treten zu können, jede Abänderung und jede Auslegung bei der Bestimmung der Verträge müsste gemeinsam erfolgen. Eine Kündigung wäre nur gemeinsam möglich.

Ein solches Vorgehen ist praktisch absolut undurchführbar. Es ist zwischen zwei Staaten im österreichisch-ungarischen Ausgleich 50 Jahre lang gehandhabt worden. Dies war aber nur möglich, weil Österreich und Ungarn in der Monarchie vereinigt waren, ein gemeinsames Staatsoberhaupt und eine gemeinsame Vertretung nach außen besaßen. Trotzdem führte dieses Verhältnis bekanntlich immer wieder zu schweren Krisen.

2) wirtschaftliche Hindernisse:

Ungarn, Rumänien und Jugoslawien haben einen Ausfuhrüberschuss von zusammen jährlich 8 Mill. mq Weizen, 13 Mill. mq Mais und 8 Mill. mq Gerste. Österreich und die Tschechoslowakei haben ein Einfuhrbedürfnis von zusammen 5 ½ Mill. mq Weizen, 2 ½ Mill. mq Mais und 700.000 mq Gerste.

Daraus geht hervor, dass ein gemeinsames Zollgebiet dieser Staaten einen starken Exportüberschuss hätte und dass deshalb in diesem Gebiet der Zolllschutz wirkungslos wäre. Die Landwirtschaft in Österreich und der Tschechoslowakei wird für Getreide nur die Weltmarktpreise erhalten und auch Ungarn, Rumänien und Jugoslawien hätten keinen Vorteil von dem Zollgebiet, weil sie zu den Weltmarktpreisen verkaufen müssen. Ähnlich wäre die Lage für Vieh und andere landwirtschaftliche Produkte.

Die österreichische Industrie hätte von einer solchen Zollunion Vorteile, die sie aber mit der billiger produzierenden tschechoslowakischen Industrie teilen müsste.

⁸⁵⁸ Geheime Aufzeichnung über Besprechung zu Mitteleuropa-Plänen des Außenministers Beneš, 19. Oktober 1931, in: ADÖ 8/1174. Marek sollte Beneš auch auf die unfreundliche Sprache der Wiener tschechischen Presse („Die Stunde“, „Die Börse“) und das taktlose Herumschimpfen des Gesandten Vavrečka aufmerksam machen.

- 3) politische Hindernisse:
 Deutschland und Italien würden einer solchen Zollunion den stärksten Widerstand entgegensetzen.⁸⁵⁹

Auf Grund dieser klar erfassten Export- und Importkapazitäten der fünf Donauraum-Staaten im landwirtschaftlichen Bereich hätte sich eigentlich jede weitere Diskussion darüber erübrigt, ob eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zumindest einen Teil der schweren Wirtschaftskrise lösen könnte. Dennoch hielten neben Beneš auch der ehemalige ungarische Staatssekretär Elemer Hantos und der ehemalige ungarische Außenminister Gustav Gratz die Frage der mitteleuropäischen Annäherung in der öffentlichen Erörterung. Gratz erläuterte seinen Standpunkt bei einem persönlichen Besuch in Wien: Er habe bereits 1921 Beneš die Schaffung eines wirtschaftlichen Präferenzsystems zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei angeboten, da nur eine wirtschaftliche Zusammenfassung der durch die Friedensverträge zerrissenen Gebiete des Donauraumes einer rapiden „Balkanisierung“ dieser Länder Einhalt zu gebieten vermöge. Auch Ministerpräsident Graf Bethlen habe vor seinem Ausscheiden aus der Politik die Plazierung des ungarischen Agrarüberschusses im Ausland als „das dringendste Gebot der Stunde“ gesehen; am zweckmäßigsten seien ihm aber hierfür Deutschland und Italien erschienen. Allerdings erwarte er, Gratz, von diesen beiden Großmächten derzeit kein Entgegenkommen, sodass eine wirtschaftliche Annäherung an die Tschechoslowakei und Österreich, in weiterer Folge an Jugoslawien und Rumänien, unumgänglich notwendig sei. Auch wichtige Persönlichkeiten der ungarischen Industrie plädierten in diesem Sinne.⁸⁶⁰

Als Graf Bethlen im Jänner 1932 eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und Ungarn anregte, nahm Beneš sofort einen kategorisch ablehnenden Standpunkt ein. Auch Jugoslawien begegnete dem Vorschlag mit großem Misstrauen. Der Hauptgrund lag darin, dass eine Schädigung der Tschechoslowakei durch Österreich in Ungarn sowie eine Schädigung Jugoslawiens durch Ungarn in Österreich befürchtet wurde. Der Ballhausplatz befürchtete, dass sich Ähnliches wiederholen könnte wie beim Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion. Angesichts der noch zu bewältigenden CA-Krise konnte Österreich keine internationale Herausforderung riskieren.⁸⁶¹

⁸⁵⁹ Stellungnahme Sch. Schüller, Wien, [Anfang Jänner 1932], ÖStA, AdR, NPA, Liasse Mitteleuropa Wirtschaft, GZ 20.182-13/pol.; vgl. ADÖ 8/1183.

⁸⁶⁰ Amtserinnerung (Geheim) LR Hornbostel von Gespräch mit kgl. ungar. Minister des Äußern a. D., Gustav Gratz, Wien, 21. Jänner 1932, HHStA, AdR, NPA Kart. 473; vgl. ADÖ 8/1187. Gratz sprach auch mit Beneš in Prag und erinnerte ihn an ihre Entrevue 1921 in Bruck an der Leitha, bei der ihm Beneš für die Schaffung eines wirtschaftlichen Präferenzsystems zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei beträchtliche Grenzkorrekturen im von Magyaren besiedelten Grenzstreifen in der südlichen Slowakei zugesichert hätte. Nun, im Herbst 1931, gab Beneš die erstaunliche Begründung, habe sich „die Tschechoslowakei so wesentlich konsolidiert, dass ein derartiges Opfer der tschechoslowakischen öffentlichen Meinung nicht zugemutet werden kann“ (sic!).

⁸⁶¹ LR Hornbostel, pro domo, Wien, 23. Jänner 1932, ÖStA, AdR, NPA Ungarn I/1, GZ 24.152-13/32; vgl. ADÖ 8/1189.

Die schwere Wirtschaftskrise in Mitteleuropa – und im Besonderen in Österreich – beschäftigte im Jahre 1932 auch den Völkerbund. Als sich der österreichische Bundeskanzler Karl Buresch am 16. Februar 1932 an die Vertreter der Großmächte in Genf wandte, Österreich bei der Lösung seiner Finanz- und Handelsprobleme zu helfen, gelangte seine Bitte auf die Tagesordnung des Finanzkomitees des Völkerbundes, das nun nicht nur die finanzielle und wirtschaftliche Situation Österreichs, sondern auch die Ungarns, Bulgariens und Griechenlands prüfte und beurteilte. Die Großmächte machten sich an die Ausarbeitung eigener Memoranden, während Beneš große Anstrengungen unternahm, die Vorbereitung des französischen und britischen Memorandums zu beeinflussen. In Gesprächen mit dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Tardieu und dem britischen Außenminister John Simon bestand er darauf, dass eine gemeinsame politische und staatsrechtliche Organisation der mitteleuropäischen Staaten für die Tschechoslowakei nicht annehmbar sei. Durchaus im Sinne Beneš' schlug Tardieu am 2. März 1932 den Regierungen der Tschechoslowakei, Österreichs, Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens vor, ein System gegenseitiger Präferenzen auszuarbeiten. Die Industriestaaten sollten die landwirtschaftlichen Überschüsse zu Präferenzbedingungen abnehmen und dafür Präferenzen für ihren Export von Industrieartikeln erhalten. Frankreich dachte aber durchaus weiter, wenn der französische Finanzminister Etienne Flandin dem deutschen Vertreter im Finanzkomitee des Völkerbundes erklärte, Endziel sollte eine Zoll- und Währungsunion der fünf Donauländer sein.⁸⁶²

Beneš glaubte zwar, dass nach dem Tardieu-Plan der Tschechoslowakei die führende Rolle im Donaunraum zufallen sollte, aber die tschechoslowakischen Agrarier lehnten eine so enge Zusammenarbeit mit den Agrarstaaten ab. Darüber hinaus beunruhigte die tschechoslowakischen Industrie- und Finanzkreise die Vorstellung, auf ihren traditionellen Märkten im Donaunraum für ihre Produkte Präferenzen verlangen zu müssen. Die österreichischen Industriellen waren zwar an einem präferentiellen Absatz ihrer Waren im Donaunraum interessiert, fürchteten aber eine noch stärkere tschechoslowakische Konkurrenz und Handelsverluste auf dem deutschen Markt. Allerdings war die Annahme des Tardieu-Planes indirekt mit einer zu erwartenden Anleihe verbunden, so dass Österreich nolens volens zustimmen musste.⁸⁶³

⁸⁶² Französische Gesandtschaft in Wien, Aide-mémoire, 5. März 1932, ÖStA, AdR, NPA Kart. 472; Stellungnahme Beneš, Genf (ohne Datum), AMZV Praha, IV. Sektion, Kart. 681; vgl. Jacques BARIETY, Der Tardieuplan zur Sanierung des Donaunraumes (Februar – Mai 1932), in: J. Becher, K. Hildebrand (Hgg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 (Augsburg 1980) 361-387; Zdeněk SLÁDEK, Malá dohoda 1919-1938. Její hospodářské, politické a vojenské komponenty (Praha 2000) 149; JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie, 307-309; Klaus KOCH, Österreich im Zentrum der Mitteleuropapläne, in: ADÖ 8, 11-34.

⁸⁶³ Protokoll über Beratung im tschechoslowakischen Außenministerium, 15. April 1932; Information Ges. Friedmann für Beneš, 7. Oktober 1932, in: AMZV, IV. Sektion, Kart. 680; KLIMEK – KUBŮ, Československá zahraniční politika, 61-64.

Großbritannien war bereits im Jänner 1932 mit dem Vorschlag einer Zollunion hervorgetreten. Das Foreign Office sah in einer echten Zollunion aller Donauländer die beste Alternative zu den zahlreichen seit 1918 von verschiedenen Seiten vorgebrachten, zumeist realitätsfernen Donauraumprojekten. Außenminister Simon war sich aber bewusst, „that the obstacles in the way of such a union were numerous and practically insurmountable“. Daher wollte London den regionalen Zollunionsplan in Genf diskutieren lassen. Nach vertraulicher Information an die Regierungen der anderen Großmächte lehnte der deutsche Staatssekretär von Bülow bereits am 2. Februar ab, da „jede Zollunion im Donauraum, die Deutschland nicht einbezieht, gegen Deutschland gerichtet ist“. Außenminister Schober schloss sich dieser Haltung an.⁸⁶⁴

Andererseits setzte am 12. März 1932 Sektionschef Schüller dem italienischen Außenminister Grandi die äußerst bedrängte wirtschaftliche Lage Österreichs auseinander, im Besonderen die unbedingte Notwendigkeit, Österreichs Ausfuhrmöglichkeiten zu erweitern, und das Erfordernis einer Anleihe für die Bereinigung der Creditanstalt-Affäre. Der Tardieu-Plan sei schon allein deshalb nicht umsetzbar, da es bereits Präferenz-Verträge gebe, wie zwischen Deutschland und Rumänien, Deutschland und Ungarn sowie von Frankreich mit Jugoslawien, Rumänien und Ungarn. Grandi stimmte der Beurteilung Schüllers zu und sprach – nach Ablehnung der Zollunion mit Deutschland – von einer Verpflichtung Italiens, „Österreich in seinen Schwierigkeiten zu helfen“. Die deutsche Reichsregierung wiederum betonte die intensiven Wirtschaftsbeziehungen entlang der europäischen Verkehrsader der Donau und die Notwendigkeit der Erweiterung der agrarischen Absatzmärkte auf die großen landwirtschaftlichen Zuschussgebiete Europas. Damit hatte das deutsche Memorandum einerseits eine der Schwächen des Tardieu-Planes aufgezeigt, andererseits ziemlich deutlich auf die deutschen Wirtschaftsinteressen im Donauraum hingewiesen.⁸⁶⁵

Außenminister Tardieu versuchte noch in Genf, eine gemeinsame Antwort der Großmächte auf das Ansuchen des österreichischen Bundeskanzlers zustande zu bringen, aber Frankreich und Großbritannien einerseits, Deutschland und Italien andererseits, standen sich in ihren Interessen deutlich gegenüber. Tatsächlich dürfte sich der Quai d'Orsay erst jetzt über die Daten des Handelsverkehrs zwischen den Donauländern ausreichend informiert haben. Außenminister Beneš aber brüstete sich, Tardieu zu seinem Vorschlag veranlasst und als erster vor einem parlamentarischen Forum darüber gesprochen zu haben. Nun sei es die Sache Österreichs, Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens, dazu Stellung zu nehmen. Das Argument, weder die Tschechoslowakei noch Österreich könnten die Getreideüberschüsse Ungarns, Jugoslawiens und Rumäniens aufnehmen, glaubte Beneš

⁸⁶⁴ BEER, Anschluß, 128f.; STEINER, Lights, 645-648.

⁸⁶⁵ Aide-mémoire, Rome, le 7 Mars 1932; Bericht Ges. Egger an BK Buresch, Rom, 12. März 1932; Bericht Sch. Schüller an GS Peter, Rom, 12. März 1932; Aide-mémoire der dt. Reichsregierung, Berlin, 13. März 1932, ÖStA, AdR, NPA Kart. 472; vgl. ADÖ 8/1206, 1206 A.

mit dem Hinweis auf die österreichisch-ungarische Monarchie, die eine Zollunion gebildet habe, wegwischen zu können, ohne zu berücksichtigen, dass etwa Serbien, die Walachei und die Moldau nicht zur Habsburgermonarchie gehört und nach Westeuropa und Deutschland exportiert hatten. Daher unterstellte er Deutschland, dass seine Ablehnung des Tardieu-Planes „einfach nur politisch“ motiviert sei. Auch der jugoslawische Außenminister Vojislav Marinković unterstützte den Tardieu-Plan, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Jugoslawien keinesfalls auf den wertvollen italienischen Markt verzichten könne, was mutatis mutandis auch für das Deutsche Reich gelte. Im Übrigen liege der britischen „Donauländer“-Politik das Bestreben zugrunde, seine Außenstände in Ungarn und Österreich zu konsolidieren, und England werde auf Kapitals- und Zinskürzungen nur dann eingehen, wenn die wirtschaftliche Rekonstruktion der Donauländer gewährleistet sei.⁸⁶⁶

Auf einer Konferenz der vier Großmächte in London im April 1932 beanspruchte der deutsche Staatssekretär Bülow die Konstruktion Tardieus, und auch Italien sah seinen Einfluss im Donaauraum gefährdet, besonders in Österreich und Ungarn. Somit wurde neuerlich unter Beweis gestellt, dass alle wirtschaftspolitischen Sanierungsüberlegungen an den politischen Rahmenbedingungen scheiterten. Der Ballhausplatz sandte nun seinen besten wirtschaftspolitischen Verhandler, Sektionschef Schüller, nach Genf, um zumindest gewisse Präferenzen zu erreichen. Er suchte einen Weg zwischen den französischen und deutschen Vorschlägen, denn für ihn war die deutsche Ablehnung einer Präferenz der tschechischen Industrie ebenso begreiflich wie die tschechische Ablehnung einer österreichischen Präferenz. Allerdings fuhr sich Tardieu mit seinem Plan fest, und Deutschland stellte jedes weitere aktive Vorgehen ein. Als sich die Kleine Entente in Belgrad zwar für die Durchführung des Tardieu-Planes aussprach – aber im Einvernehmen mit Deutschland und Italien –, war die französische Initiative endgültig festgefahren. Beneš erkannte durchaus die psychologischen Ursachen – Frankreich versuche „Zentraleuropa“ als politische Konföderation zu sehen, Deutschland denke noch immer in der alten Konzeption von „Mitteleuropa“, Italien wolle immer nur mit einem Staat zu tun haben –, vergaß aber auch seinerseits nicht, sein *ceterum censeo* zu wiederholen: „die einzig richtige Konzeption sei die, Österreich ein solches Statut zu geben, dass es ein für allemal politisch und diplomatisch gesichert sei“.⁸⁶⁷

⁸⁶⁶ Bericht Ges. Pflügl an BK Buresch, Genf, 17. März 1932; LR Hornbostel an Ges. Pflügl, Wien, 17. März 1932; Bericht Ges. Marek an BK Buresch, Prag, 24. März 1932; Bericht Ges. Ploenies an BKA/AA, Belgrad, 29. März 1932; LR Hornbostel, pro domo, 29. März 1932, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 7/1, GZ 21.409-13/32, Mitteleuropa Wirtschaft, GZ 21.526-13/32; vgl. ADÖ 8/1210, 1211, 1216.

⁸⁶⁷ Schreiben Sch. Schüller an GS Peter, Genf, 23. April 1932; Bericht Ges. Frank an BK Buresch, Berlin, 6. Mai 1932; Bericht Ges. Marek an BK Dollfuß, Prag, 24. Mai 1932, ÖStA, AdR, NPA, Mitteleuropa Wirtschaft, GZ 22.439-13/32; vgl. ADÖ 8/1226, 1228, 1229; JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie, 310f.

Am 26. Juni 1932 trafen der neue österreichische Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und Außenminister Beneš erstmals in Bellerive am Genfer See zusammen. Dollfuß versuchte Beneš für eine Beteiligung der Tschechoslowakei an der Völkerbundanleihe zu gewinnen, doch Beneš sicherte lediglich seine politische Unterstützung zu, da die gegenwärtige Lage in der Tschechoslowakei das Zusammenhalten aller vorhandenen Mittel notwendig mache. Im Übrigen fürchte er eine Politik der Großmächte, die die kleinen Staaten zugrunde richte. „Für die Tschechoslowakei bedeute dies das Zugrundegehen einer Reihe von Industrien, doch wäre dies unter den gegebenen Umständen unvermeidlich, weil sich die europäische Überindustrialisierung und Amerikanisierung [sic!] nicht halten könne.“ – Tatsächlich beteiligte sich die Tschechoslowakei an der Lausanner Anleihe mit keinem finanziellen Beitrag, und Beneš bemerkte in Österreich die systematische Tendenz, die Wirtschaftsbeziehungen mit der Tschechoslowakei einzuschränken. „Das Bewusstsein, dass Österreich der Tschechoslowakei gegenüber so eingestellt sei, wie eben geschildert, erzeuge eben in den politischen und wirtschaftlichen Kreisen des Landes eine gewisse Stimmung, die beileibe keine Feindschaft sei, aber eben eine Stimmung, mit der man auch rechnen müsse, wenn man an die Beteiligung an der Anleihe denke.“⁸⁶⁸

Inzwischen hatten sich aber Großbritannien und Frankreich am Rande der Lausanner Reparationskonferenz auf eine international garantierte Anleihe für Österreich geeinigt. Allerdings hatte Paris auf eine Bezugnahme auf das erste Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 bestanden. Als Deutschland dagegen Widerstand leistete, erreichte Dollfuß durch persönliche Intervention bei Reichskanzler Franz von Papen, dass Deutschland seinen Protest auf eine bloße Stimmenthaltung beschränkte. Österreich durfte sich auch das Recht vorbehalten, die Anleihe bereits nach zehn Jahren zurückzuzahlen, was für mehr Akzeptanz im Inland sorgen sollte.⁸⁶⁹

Am 28. Juli 1932 konnte Dollfuß im österreichischen Parlament tatsächlich von seinen erfolgreichen Verhandlungen und von der Unterzeichnung des „Lausanner Protokolls“ am 15. Juli berichten: Das vom Völkerbund eingesetzte Komitee habe erkannt, dass Österreichs Lage keineswegs hoffnungslos sei, sondern dass die Krise durch entsprechende und rasch wirkende Maßnahmen überwunden werden könne. Die österreichischen Verhandler konnten die Vertreter der Auslandsstaaten auch überzeugen, dass die Völkerbund-Anleihe nicht ein bloßes Geldausleihen sei, sondern die Grundlage für die Lösung der gesamten Wirtschaftssanierung. So stellte der Vorsitzende des Komitees bereits am 15. Juli fest, dass die Prüfung der finanziellen, der Währungs- und Budgetlage Österreichs die Komiteemitglieder davon überzeugt habe, „dass eine auswärtige finanzielle Hilfe die unentbehrliche

⁸⁶⁸ Aufzeichnung Ges. Pflügl über Gespräche zwischen BK Dollfuß, AM Beneš und Sch. Schüller, Lausanne, 26. Juni 1932, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 7/1, GZ 23.701-13/32; vgl. ADÖ 8/1235; Bericht Ges. Marek an BK Dollfuß, 18. Jänner 1933, ÖStA, AdR, NPA Österreich 8/IV, GZ 20.332-13/33; vgl. ADÖ 8/1262.

⁸⁶⁹ Grete KLINGENSTEIN, Die Anleihe von Lausanne. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in den Jahren 1931-1934 (Wien – Graz 1965) 65f., 132-140.

Grundlage für das Konsolidationswerk Österreichs darstellt“. Frankreich erklärte sich bereit, 100 Millionen Schilling zu zahlen, Großbritannien, 100 Millionen Schilling von einem kurzfristigen in einen langfristigen Kredit umzuwandeln, Italien wollte 30 Millionen Schilling zahlen, Belgien 5 Millionen und die Niederlande 3 Millionen. Das Lausanner Protokoll wurde als reguläre Fortsetzung der Völkerbundanleihe aus dem Jahre 1922 betrachtet. Freilich argumentierte Dollfuß etwas unpräzise, wenn er die Bestimmungen des Genfer Protokolls I vom 4. Oktober 1922 als „inhaltlich völlig gleich“ mit dem Vertrag von Saint-Germain, Artikel 88, bezeichnete, denn 1922 gab es den Zusatz: „Österreich wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen und finanziellen Bindung enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen.“ – Die Opposition hieb hauptsächlich in diese Kerbe: Ein 20-jähriger Anleihevertrag, der sich auf das Genfer Protokoll I aus dem Jahre 1922 berufe, bedeute ein 20-jähriges Verbot des Zollanschlusses an Deutschland, kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Ellenbogen und erinnerte daran, „dass 95 Prozent der österreichischen Bevölkerung für den Anschluss sind“. Und der großdeutsche Abgeordnete Straffner zitierte den bekannten Rechtsprofessor Karl Hugelmann, der nach Vergleich des Genfer und des Lausanner Protokolls auf neue Bindungen hinwies, die erst 1952 erlöschen. Erst am 17. August 1932 stimmte der Nationalrat mit der knappen Mehrheit von 82 : 80 dem Lausanner Protokoll zu.⁸⁷⁰

Das „Lausanner Protokoll“ wurde hinsichtlich des finanziellen Nutzens der Anleihe hinterfragt, da von den 300 Millionen Schilling Gesamtvolumen allein 100 Millionen an die Bank of England und 90 Millionen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich als Kredite zurückgezahlt werden sollten, aber die Anleihe stieß vor allem wegen des Zusammenhanges mit dem Genfer Protokoll I auf den schärfsten Widerspruch der nationalistischen Kreise in Österreich und im Deutschen Reich. In der Pressekampagne gegen die Bundesregierung wurde auch die Behauptung aufgestellt, Österreich habe mit der Annahme der politischen Bindungen des Anleiheprotokolls eine Änderung des Kurses der österreichischen Außenpolitik vorgenommen. Dollfuß stellte dies in einem Zirkular an alle Gesandten und Geschäftsträger in Abrede: Die Haltung, die die österreichische Bundesregierung in der für die allmähliche Überwindung der Wirtschaftskrise so wichtigen Anleihefrage eingenommen habe, sei „ausschließlich durch die pflichtgemäße Sorge um die Rettung der österreichischen Wirtschaft und damit des Staates vor einem sonst unvermeidlichen Zusammenbruch bestimmt“ gewesen.⁸⁷¹

⁸⁷⁰ Stenographische Protokolle der Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich, IV. G.P., 94. Sitzung, 28. Juli 1932, 2420-2440; 95. Sitzung, 29. Juli 1932, 2441-2443, 105. Sitzung, 9. November 1932, 2766; vgl. ADÖ 8/1239, 1249.

⁸⁷¹ Dieter STIEFEL, Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929-1938 (Wien – Köln – Graz 1988) 190; Zirkular BK Dollfuß an alle Gesandten und Geschäftsträger, Wien, 20. Oktober 1932, ÖStA, AdR, NPA Österreich 7/1, GZ 24.453-13/32; vgl. ADÖ 8/1243.

Die Lausanner Anleihe war noch keineswegs zur Gänze abgewickelt, als im Jänner und Februar 1933 die „Hirtenberger Waffenaffäre“ Österreichs Innen- und Außenpolitik erschütterte. Nachdem die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ am 8. Jänner 1933 von illegalen Waffentransporten aus Italien durch Österreich nach Ungarn berichtet hatte, wobei die Sozialdemokratische Partei Österreichs eine geheime Aufrüstung der Heimwehr befürchtete, schalteten sich Frankreich, Großbritannien und die Kleine Entente ein und verlangten von der Regierung Dollfuß Aufklärung. Die diplomatischen Vertreter der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens schlugen neuerlich – wie im März 1931 – einen Ton an, als ob die private Lieferung von ehemaligem k.u.k. Kriegsmaterial (immerhin 99.992 Gewehre und 1000 automatische Gewehre) aus Brescia nach Hirtenberg und Steyr, angeblich um dort repariert zu werden, eine neue Kriegsgefahr darstellen würde. Als freilich der britische Gesandte und der französische Geschäftsträger am 28. Jänner 1933 weitgehend gleichlautende Verbalnoten mit einer Fragenliste übergaben, musste sich die österreichische Bundesregierung doch zu einer raschen und präzisen Antwort bequemen. Weder Paris noch London gaben sich mit der Antwort zufrieden, da der Ballhausplatz das endgültige Ziel der Waffenlieferung verschleierte – nämlich Ungarn. Daher übergaben die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens am 11. Februar 1933 eine beinahe wie ein Ultimatum formulierte Demarche, die eine Rücksendung der Waffen nach Italien oder die Vernichtung der Waffen in Österreich innerhalb von 14 Tagen verlangte. Der Ballhausplatz war konsterniert; der allwissende Generalsekretär Peter erklärte, so etwas seit 30 Jahren nicht gesehen zu haben. Jetzt schaltete sich aber die italienische Regierung ein, die ja indirekt mit beschuldigt worden war. Einerseits begann eine heftige Pressekampagne gegen die französisch-britischen Forderungen und die „kriegslüsterne“ Kleine Entente, andererseits ließ Mussolini in London intervenieren:

„Kein Staat habe das Recht, einseitig Friedensverträge zu interpretieren [...] Weiters werde detailliert ausgeführt werden, dass die Waffensendung [...] ebenso ein Transit sei, wie die Sendungen von der Tschechoslowakei nach Jugoslawien. Ferner werde man London vor Augen führen, dass England ‚über Betreiben Frankreichs, das jeden Grund habe, Italien momentan nicht zu verstimmen‘, das politische Spiel Dr. Beneš’ und der Kleinen Entente spiele, was mit seiner Würde ebenso unvereinbar sei, wie die Verbindung mit der Anleihe mit seinem Großmut.“⁸⁷²

Mit dieser sofort nach Wien übermittelten Rückendeckung konnte Dollfuß die angeblich durch Krofta in die Öffentlichkeit gelangte Demarche ziemlich ablehnend beantworten und am Abend des 21. Februar 1933 eine erstaunlich selbstbewusste Erklärung im Parlament geben:

⁸⁷² ADÖ 8/1260, 1262, 1263, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1272, 1273, 1274; BEER, Anschluss, 155-180; KOCH, Mitteleuropapläne, 25-33; vgl. Dieter A. BINDER, Der Skandal zur „rechten“ Zeit. Die Hirtenberger Waffenaffäre an der Nahtstelle zwischen Innen- und Außenpolitik, in: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hgg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur – Wien – München 1996) 278-292.

„Nach der Entwicklung, die der heutige Tag gebracht hat, steht nun fest, dass

- 1) unser Rechtsstandpunkt tatsächlich anerkannt wird,
- 2) eidliche Erklärungen nicht mehr in Frage kommen. Was im Besonderen die Vorlage der Zolldokumente anlangt, möchte ich bemerken, dass es wie im internationalen Verkehr allgemein üblich ist, offizielle Mitteilungen der Bundesregierung, auch wenn sie durch Dokumente nicht belegt sind, voller Glaube beigemessen werden muss,
- 3) dass von einer 14tägigen Frist nicht mehr gesprochen wird.

Bei dieser Sachlage werde ich die Noten überhaupt nicht beantworten.“

Die sozialdemokratische und großdeutsche Opposition schäumte, musste aber einräumen, dass die Affäre „ohne demütigende Verletzung der Würde der Republik“ liquidiert worden war. Der Hauptausschuss nahm hingegen folgenden Abänderungsantrag des Alt-Bundeskanzlers Buresch einstimmig an: „Der Hauptausschuss bekennt sich nach wie vor zur Einhaltung strenger und gewissenhafter Neutralität gegenüber allen Bündnissen, Rüstungen und Konflikten der Nachbarstaaten, die die Republik Österreich vor ernststen Gefahren bewahren kann.“⁸⁷³ – Dieser letzte einstimmige Beschluss des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates konnte freilich in der Realität der internationalen Politik zwischen Mussolini, Hitler und der Kleinen Entente nicht bestehen.

Bereits nach der Lösung der österreichischen Anleihefrage hatte in Mitteleuropa erneut die Revisionspropaganda zugenommen. Der Stellvertreter Beneš' im Prager Außenministerium, der Historiker Kamil Krofta, kritisierte dabei weniger Mussolini – der angeblich „nie von einer Revision der Grenzen, sondern stets von einer Revision der Friedensverträge spreche“ – als vielmehr den ungarischen Gesandten in Prag, Masirevich, der seine Hoffnungen auf den neuen Unterstaatssekretär am Quai d'Orsay, Pierre Cot, setzte. Aber Ministerpräsident Paul-Boncour habe erst vor kurzem Beneš wissen lassen, Frankreich werde sich gegen jede Änderung der territorialen Klauseln der Friedensverträge stellen. Weder Polen noch die Tschechoslowakei, noch Jugoslawien oder Rumänien würden sich zwingen lassen, von den ihnen durch die Friedensverträge zugesprochenen Gebiete etwas abzutrennen und man müsse in Europa davon überzeugt sein, dass ein solcher Versuch den Krieg bedeuten würde. Davon scheinen nunmehr sogar die deutschen Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei überzeugt zu sein, wenn ihr Führer Jung in der Prager Budgetdebatte am 10. Jänner 1933 eine staatsfeindliche Politik seiner Partei negierte und zugab, „dass der Versuch der Vereinigung aller Deutschen in einem Dritten Reiche Deutschland in einen Krieg mit 15 anderen Staaten verwickeln müsste“.⁸⁷⁴ Nicht einmal sieben Jahre später war es soweit...

⁸⁷³ Protokoll zur 61. Sitzung des Hauptausschusses des Nationalrates der Republik Österreich, in: Parlamentsarchiv, HA-NR-IV. GP, vgl. ADÖ 8/1272; Tel. Ges. Wildner an Ges. Franckenstein, 22. Februar 1933; Ges. Franckenstein an BK Dollfuß, 22. und 23. Februar 1933, in: ADÖ 8/1273, 1274.

⁸⁷⁴ Bericht Ges. Marek an BK Dollfuß, Prag, 11. Jänner 1933, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 20.157-13/33; vgl. ADÖ 8/1257.

Die Tschechoslowakei zwischen NS-Deutschland, Sudetendeutscher Partei und dem „Anschluss“ Österreichs

Die verständliche Nervosität in der tschechischen Öffentlichkeit gegenüber dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war an Hochverratsprozessen gegen „hakenkrejcler“, Vereinsauflösungen und Zeitungsverboten zu erkennen. Zunehmend schlug sie auch bis zum Außenminister Beneš durch. Vom Gesandten Marek über mögliche Auswirkungen eines NS-Regimes in Deutschland auf die Sudetendeutschen befragt, antwortete Beneš heftig: „Wir würden die Nationalsozialisten in Fetzen reißen und sie alle ins Kriminal sperren.“⁸⁷⁵ – Der völlig undiplomatische Kraftausdruck verriet außerordentliche Nervosität. Denn es war evident, dass eines der von Hitler in „Mein Kampf“ formulierten Hauptziele, „alle Deutschen in ein einziges deutsches Reich aufzunehmen“, die bloße Existenz der Tschechoslowakei direkt bedrohte. Kamil Krofta, der Stellvertreter Beneš', glaubte in seinen Analysen zwar zu erkennen, dass die Nationalsozialisten an die Macht kommen würden, allerdings nur in Verbindung mit konservativen Nationalisten, sodass er am 15. September 1932 von der Möglichkeit einer nationalsozialistisch-monarchistischen Diktatur sprach.⁸⁷⁶ – Diese Einschätzung verriet wohl ein völliges Verkennen der Ziele der NS-Bewegung.

Trotz der Wahlerfolge Hitlers im Jahre 1932 war zwar eine gesamtdeutsche Gefahr noch nicht konkret; dennoch wurde dem von der deutsch-böhmischen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) gegründeten „Volksport“, der immer lauter nach dem Anschluss an das Deutsche Reich gerufen hatte, 1933 der Prozess gemacht; dem bevorstehenden Verbot der Partei kam aber deren Führung – die nach Deutschland floh – durch Selbstauflösung zuvor. Noch aber zeigten die Behörden im Deutschen Reich große Bedenken gegen den anschwellenden sudetendeutschen Flüchtlingsstrom, und ehemalige sudetendeutsche Nationalsozialisten kämpften vergeblich um die Mitgliedschaft in der NSDAP. Das Auswärtige Amt und der „Verein (später Volksbund) für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) waren sich mit dem deutschen Gesandten Walter Koch im März 1934 einig, dass die sich „nunmehr langsam herauskristallisierende neue nationale Bewegung ohne fühlbare Einwirkung reichsdeutscher Organisationen ihren Aufbau selbständig vollziehen müsse“.⁸⁷⁷

Weder Wien noch Prag – auch nicht Paris, London und Moskau⁸⁷⁸ – wussten anfänglich, was Hitler wirklich bedeutet. Zweifellos waren Österreich und die Tschechoslowakei durch das Revisions- und Expansionsprogramm Hitlers in mehrfacher Weise bedroht: einmal durch das Streben des Nationalsozialismus

⁸⁷⁵ Ges. Marek an AM Schober, 15. Dezember 1931, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, Kart. 757.

⁸⁷⁶ DEJMEK, Deutsche Reich, 151-157.

⁸⁷⁷ JAWORSKI, Vorposten, 161-167.

⁸⁷⁸ STEINER, The Triumph, 19-28.

nach ideologischer Gleichschaltung und dem „Anschluss“ Österreichs; zum zweiten durch eine allfällige Instrumentalisierung der durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise mit dem Prager Regime unzufriedener gewordenen Sudetendeutschen; und schließlich durch die Zielsetzung Hitlers nach „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten“. Die außenpolitischen Hauptzielsetzungen von Außenminister Beneš – die internationale Politik der kollektiven Sicherheit, die Absicherung gegen den deutschen und ungarischen Revisionismus, die Verhinderung des „Anschlusses“ sowie die Ablehnung einer Revision der Habsburger – waren durch die außenpolitische Programmatik Hitlers jedenfalls prinzipiell in Frage gestellt.⁸⁷⁹

Das am 16. Februar 1933 in Genf unterzeichnete neue Organisationsstatut der Kleinen Entente stellte hierfür kein Gegenrezept dar, obwohl es in seiner Präambel vom Streben nach „einer endgültigen Festigung der Verhältnisse in Mitteleuropa“ sprach. Die Festigung der Kleinen Entente sollte das politische und wirtschaftliche Vordringen des Deutschen Reichs ins südöstliche Mitteleuropa verhindern und eventuell Österreich in das neue mitteleuropäische System hineinziehen. Aber der Oberdirektor der *Živnostenská banka*, Jaroslav Preiss, erkannte sofort die entscheidende Schwäche des neuen Paktes: „Der von Beneš ausgehandelte Aufbau von Staaten der Kleinen Entente ist bislang ein politisches Gebilde, in das der wirtschaftliche Inhalt erst hineingetragen werden soll.“ Immerhin erwartete sich die tschechoslowakische Industrie rumänische und jugoslawische Staatsaufträge im Zusammenhang mit dem Programm der Vereinheitlichung der Armeeausrüstungen. Diese Aufträge waren aber erst zu erwarten, nachdem sich die Tschechoslowakei zum Kauf von rumänischem und jugoslawischem Getreide entschlossen haben würde. Diese Pläne stießen aber wiederum bei den tschechoslowakischen Agrariern auf großen Widerstand. Auf mehreren Sitzungen des Ständigen Rates und des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente wurde deutlich, dass sie nicht den wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Staaten entsprungen war. So importierte die Tschechoslowakei in den Jahren 1935 und 1936 aus Jugoslawien und Rumänien keinen Weizen mehr.⁸⁸⁰

Der im Februar 1933 von Bundeskanzler Dollfuß als neuer Leiter der Politischen Abteilung am Ballhausplatz berufene junge Gesandte Theodor Hornbostel warnte sofort vor einem Schwenk der österreichischen Außenpolitik in Richtung Deutschland, denn Österreichs Außenpolitik müsse sich darauf beschränken, „Österreich durch eine anpassungsfähige und elastische ‚Neutralität‘ nach allen Richtungen hin am Leben zu erhalten“:

„[...] Wenn man überhaupt von dem Grundsatz ausgeht, Österreich als Staat zu erhalten, so darf man sich nicht verhehlen, dass Deutschland seit vielen Dezennien (zumindest seit den schlesischen Kriegen Maria Theresia's) [sic!] uns gegenüber nur das eine Ziel verfolgt, Österreich als

⁸⁷⁹ Vgl. Robert KVAČEK, L'Anschluss et les relations tchécoslovaque-françaises, in: *Historica* 26 (Prague 1987) 47-102; Günter REICHERT, Das Scheitern der Kleinen Entente (München 1971) 7f., 45f.

⁸⁸⁰ JANČÍK, Wirtschaftsdiplomatie, 312-317.

‚unverlässlichen‘ (weil nicht zureichend deutschnationalen) Körper aus dem Wege der deutschen imperialistischen Politik ‚nach Osten‘ zu räumen, oder es zumindest zu paralysieren. Diesem Gedankengang und nur diesem entspringt die deutsche ‚Anschlusspolitik‘, die eben nichts anderes bedeutet, als das nach dem Weltkrieg übriggebliebene, angeblich deutsch-bevölkerte und ‚gesinnte‘ Sperrstück zu verschlucken. Nur so erklärt sich die seit 1918 konsequent betriebene ‚Verelendungspolitik‘, die Berlin Österreich gegenüber auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet betreibt. Deutschland hat das Gegenteil eines Interesses an der Erhaltung und an der Stärkung eines selbständigen Österreich. Das zur Schau gestellte nationale Mäntelchen für diese Politik entspricht der Rücksichtnahme auf den Zeitgeist, die deutsche Volksseele, und soll vor allem den eines eigenen National- und Staatsbewusstseins leider noch baren Österreicher ‚einfangen‘, was ja zum großen Teil auch gelungen ist. Österreich geht blind in diese Falle.

Die durchaus unrichtige Fiktion, dass Österreich ein ‚deutsches‘ Volk, ein ‚Brudervolk‘ u.s.w. besiedelt, wird systematisch von den höchsten österreichischen Stellen seit 1918, da sie die Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen schufen, aufrechterhalten. Sie steht im krassen Gegensatz zu den Tatsachen:

- 1) dass das österreichische Volk, insbesondere in Wien und den Brennpunkten der Intelligenz, ein Mischvolk ist (mit sehr erheblichem slawischem, italienischem, jüdischem Rasseneinschlag), gar nicht zu reden davon, dass die deutsche Wurzel der österreichischen Urbevölkerung stark bestritten ist; man bedenke nur die zahllosen slawischen Namen im österreichischen öffentlichen Leben!
- 2) dass die ‚Mission‘ der Ostmark und später Österreichs ausschließlich die war, die katholische, westliche Kultur gegen den Orient zu verteidigen und sie nach dem Osten vorzutragen. Eine westliche Kulturmission und keine ‚deutsche‘ allein, wie dies fast durchwegs im Dienste Berlins behauptet wird. Der Umstand, dass der sichtbare Träger der österreichischen Mission durch Jahrhunderte zugleich Träger der deutschen [sic!] Kaiserkrone war, mag zu dieser Geschichtsfälschung willkommenen Anlass geben. Die Tatsache aber, dass Österreichs Kulturmission keineswegs mit der Niederlegung der deutschen Kaiserkrone durch die österreichische Dynastie zu Ende war, sondern vielmehr gerade von 1804 an bis zum Zusammenbruch einen ihrer Höhepunkte erlebt hat, beweist nur, dass Österreichs Mission mit deutscher Kaiserkrone und deutscher Kultur nicht identifiziert werden kann.⁸⁸¹

Dollfuß muss dieses Memorandum gekannt und die überspitzt antideutsche Haltung Hornbostels gutgeheißen haben. Vermutlich diente Dollfuß das Memorandum auch als inhaltliches Gegengewicht am Ballhausplatz selbst, wo unter den Diplomaten und Beamten nicht nur „Großösterreicher“, sondern auch „Großdeutsche“ vertreten waren.⁸⁸²

Auch Professor Redlich stand „ganz unter dem Eindrucke der furchtbaren Entwicklung, welche die Dinge in Deutschland nehmen“, wo sich „die große Mehrheit der Männer und Frauen [...] einem Wahnsinnigen in die Hände gegeben“

⁸⁸¹ Memorandum Ges. Hornbostel, [Februar 1933], in: ADÖ 8/1276, Unterstreichungen im Original. Erstaunlicherweise verband auch Hornbostel – vermutlich unabsichtlich – die westliche mit der deutschen Kulturmission, wenn er von der deutschen Kaiserkrone sprach, die die Krone des Heiligen Römischen Reiches (Deutscher Nation) war. – Österreichisches Staatsarchiv (Hg.), Österreich und das Heilige Römische Reich (Wien 2006).

⁸⁸² Memorandum Ges. Hornbostel, [Februar 1933], ÖStA, AdR, NPA, Fasz. 247 alt; vgl. ADÖ 8/1276. Unterstreichungen im Original.

hätte, der jetzt „einen Hakenkreuz-Feldzug gegen die Juden“ führe. Redlich war tief von der Sorge bedrückt, was die Folge davon in Österreich sein werde, „wenn fanatische, teilweise durch Entbehrungen und Not deshalb um den Verstand und ganz um die Menschlichkeit gebrachte Massen die ganze Kultur Deutschlands zerstören werden“.⁸⁸³

Obwohl Krofta in einem Exposé vom 2. Februar 1933 glaubte, dass „Hitler eine moderate Politik betreiben oder aber bald wieder abtreten wird“, und Beneš in einem Exposé vor dem Parlament im März 1933 nicht zögerte, seinen Willen zur Aufrechterhaltung korrekter Beziehungen zum neuen Regime im Reich zum Ausdruck zu bringen, deutete der Außenminister bereits in seiner Unterredung mit dem Gesandten Marek am 25. April 1933 an, dass durch den in Deutschland zur Macht gelangten Nationalsozialismus die Anschlussfrage als jetzt allein entscheidend in den Vordergrund getreten sei. Und der tschechoslowakische Gesandte in Wien, Zdeněk Fierlinger, meldete am 4. Mai 1933 nach Prag, dass „die Parteigänger Hitlers nach und nach alle Bevölkerungsschichten durchdringen auf Kosten sowohl der Christlich-Sozialen als auch der Sozialdemokraten“.⁸⁸⁴

Nachdem Bundeskanzler Dollfuß am 15. Mai 1933 den deutschen Reichsjustizminister Dr. Hans Frank, den späteren Generalgouverneur in Polen, ausweisen ließ, antwortete Hitler am 27. Mai mit einer „Tausend-Mark-Sperre“, die vor allem den deutschen Tourismus nach Österreich einbrechen ließ. Anfang Juni begann eine Serie von NS-Sprengstoffanschlägen in Österreich, die auch zu einem tödlichen Handgranatenanschlag auf eine Gruppe christlich-deutscher Turner führte. Daraufhin verbot Dollfuß am 19. Juni die NSDAP, nachdem er schon am 26. Mai die Auflösung der KPÖ angeordnet hatte. Dollfuß appellierte auch vergeblich an London und Rom. Beneš fand lediglich lobende Worte:

„Der Widerstand gegen Hitler und das Auftreten Herrn Bundeskanzlers in London haben Österreich in der Welt ungeheuer populär gemacht und haben ihm allgemein große Sympathien erworben. [...] Zum ersten Mal seit 15 Jahren habe sich die Situation ergeben, dass Österreich mit seinem ganzen Gewicht auch in das Schicksal von Mitteleuropa eingegriffen habe und dass es sich nicht mehr als Objekt für die Politik der anderen, sondern als ein selbständiges Subjekt mit seiner eigenen Politik präsentiere.“⁸⁸⁵

Als sich Dollfuß und Beneš am 29. September 1933 um 6 Uhr früh am Bahnhof Wörgl in Tirol zu einer zwanzigminütigen Aussprache trafen – Dollfuß befand sich auf der Rückreise aus Genf, Beneš auf dem Weg vom rumänischen Sinaia

⁸⁸³ REDLICH, Schicksalsjahre II, 677f. Am 23. August 1933 schrieb Redlich an seine Jugendfreundin Flora Darkow: „Dass die junge Generation in Österreich stark vom Hitlerismus beeinflusst ist, leidet keinen Zweifel!“

⁸⁸⁴ DEJMEK, Deutsche Reich, 158f., 161.

⁸⁸⁵ Walter HUMMELBERGER, Österreich und die Kleine Entente, in: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hgg.) Das Jahr 1934: 12. Februar (Wien 1975) 40; Paul E. ZINNER, Czechoslovakia: The Diplomacy of Eduard Beneš, in: Gordon A. Craig and Felix Gilbert (eds.), The Diplomats 1919-1939 (Princeton 1953) 120; STEINER, The Triumph, 39; ADÖ 9/1301, 1307.

nach Genf –, erklärte der tschechoslowakische Außenminister sofort, dass die Prager Regierung dem Bundeskanzler „in seinem Abwehrkampfe gegen den Nationalsozialismus vollkommen zur Verfügung stehe. Sollte es zu einem Handstreich seitens der Nationalsozialisten von außen her kommen, so würde die Tschechoslowakei [aber, Anm. Suppan] nur dann militärisch reagieren – selbst wenn Italien bereits militärische Maßnahmen genommen hätte –, wenn es der Herr Bundeskanzler ausdrücklich wünsche [...]“. Beneš bestätigte dieses Prinzip der Nichteinmischung auch für seine Bündnispartner. Allerdings räumte er gegenüber Marek eine Ausnahme ein: „Sollten die Ungarn die Situation benützen wollen und im Burgenlande einmarschieren, von wo sie Österreich allein kaum herausbringen würde, so würde die Kleine Entente sofort einschreiten und die Ungarn mit militärischer Gewalt aus dem Burgenland hinaustreiben.“⁸⁸⁶ – Eine großspurige Zusage wie 1921, nun freilich – 1933 – noch weniger glaubwürdig.

Auch in einem einstündigen wirtschaftspolitischen Gespräch mit Sektionschef Schüller Anfang Oktober 1933 in Genf erklärte Beneš noch überheblich: „Ich kann Österreich nicht das Recht auf industrielle Vorzugszölle zugestehen. Ich kann solche gegebenenfalls dulden und will nichts tun, was die Erholung Österreichs hindern könnte.“ Während sich der tschechoslowakische Außenminister sicher gab, in drei Jahren den wirtschaftlichen Zusammenschluss der Kleinen Entente fertig zu haben, schlossen Deutschland und Jugoslawien am 1. Mai 1934 einen neuen Handelsvertrag mit Zollabsprachen und Kontingenten, der in nahezu 20 nicht publizierten Zusatzabkommen sehr wohl Präferenzen, „Rückvergütungen“ und Warenverkehr auf devisenfreier Basis enthielt. Da Beneš auch innerhalb der Kleinen Entente lediglich die gegenseitige Verpflichtung zur Abnahme von Minimalkontingenten vorgesehen hatte, resümierte Schüller: „Der Plan ist schwach.“⁸⁸⁷

Erst am 31. Oktober 1933, also nach dem Auszug der deutschen Delegation aus Genf, befasste sich Beneš in einer Parlamentsrede mit der „nationalsozialistischen Revolution“ und qualifizierte die akute Politik Berlins als Umsetzung alldeutscher Grundsätze, die tief ins 19. Jahrhundert zurückreichten. Wiewohl er „im heutigen Vorgehen Deutschlands“ nichts erkennen könne, „was in nächster Zeit irgendwelche katastrophalen Krisen auslösen könnte“, wies er territoriale Revisionsbestrebungen seitens des Deutschen Reiches ausdrücklich zurück, „denn der Kampf um das Territorium ist immer ein Kampf des betroffenen Staates und Volkes ums Überleben, und dieser Kampf müsste in einem faktischen Krieg entschieden werden“. – Aber die Spitzenbeamten des Prager Außenministeriums waren sich auch noch Ende Juni 1934 sicher, dass Deutschland an keinen Angriffskrieg denken könne. „Es braucht den Frieden, weil es für den Krieg keine Mittel

⁸⁸⁶ Amtserinnerung Ges. Hornbostel, 30. September 1933, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei I/III geheim, GZ 25.346/13-1933, Kart. 415; Ges. Marek an BK Dollfuß, 9. Oktober 1933, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, Fasz. 825 alt.

⁸⁸⁷ Schreiben SCh. Schüller an GS Peter, Genf, 4. Oktober 1933, ÖStA, AdR, Nachlass Wildner, Kt. 7; vgl. SCHRÖDER, Südosteuropa, 78f.

hat.“ Immerhin schloss Krofta schon im Oktober 1934 „Überraschungen“ nicht aus, „denn die Deutschen sind in ihrer gegenwärtigen Psychose im Stande, den verzweifelten Versuch eines Anschlusses von Österreich zu unternehmen“.⁸⁸⁸

Die Tschechoslowakei reagierte auch mit konkreten Rüstungsmaßnahmen. Die Grenzbefestigungen gegenüber Deutschland wurden verstärkt, und schon 1933/34 rollten die ersten Škoda-Panzer von den Fertigungsbändern. Als Beneš im Dezember 1933 Paris besuchte, traf er auch den polnischen Außenminister Beck und bot ihm den sofortigen Beginn von Verhandlungen über ein Bündnis an. Aber Piłsudski hatte mittlerweile sein Einverständnis zu einem Nichtangriffspakt mit Deutschland gegeben.⁸⁸⁹

Auch der regionale Aufstand des „Republikanischen Schutzbundes“ im Februar 1934 in Wien und einigen Industriezentren und seine Niederschlagung durch das Bundesheer, das von der Polizei, der Gendarmerie und der faschistischen „Heimwehr“ unterstützt wurde, entsprach keineswegs Beneš' Strategie. Der Schutzbund hatte mit Geldern der Sozialdemokratischen Partei massenhaft Waffen in der Tschechoslowakei gekauft, und aus der Tschechoslowakei waren Waffen zu den Aufständischen geschmuggelt worden. Der tschechoslowakische Gesandte in Wien, Zdeněk Fierlinger, hatte versucht, die sozialdemokratischen Führer nach Kräften zu unterstützen. Immerhin konnte er auch die überstürzte Flucht des Parteiführers Otto Bauer und des Schutzbundführers Julius Deutsch am Abend des 12. Februar nach Pressburg organisieren – angeblich mit dem Pass des Schriftstellers Emil Franzel. Nach der Flucht von etwa 2000 „Schutzbündlern“ in die Tschechoslowakei und dem Aufbau eines „Auslandsbüros österreichischer Sozialdemokraten“ in Brünn verlor jedoch die Prager Außenpolitik jeden Einfluss in Wien.⁸⁹⁰

Beneš war von den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen in Österreich auf einer Reise nach London, Paris und Genf überrascht worden. Nach Prag zurückgekehrt, versicherte er dem österreichischen Gesandten Marek sofort, dass man in Österreich „seine Politik scheinbar nicht ganz richtig“ beurteile, denn: „Was immer man in Österreich machen werde, gehe ihn nichts an, und er werde sich auch gegenüber dem neuen Regime so peinlich korrekt verhalten, wie er es bisher gegenüber allen früheren öster-

⁸⁸⁸ Exposé: Německá revoluce a nová fáze evropské politiky [Die deutsche Revolution und die neue Phase der europäischen Politik], in: BENEŠ, Boj o mír, 778-783; DEJMEK, Deutsche Reich, 162-164.

⁸⁸⁹ STEINER, The Triumph, 64; WANDYDZ, The Twilight, 316.

⁸⁹⁰ GOLDINGER – BINDER, Republik Österreich, 211-227; vgl. Rudolf NECK, Thesen zum Februar. Ursprünge, Verlauf und Folgen, in: Vom Justizpalast zum Heldenplatz, 151-156; Edvard BENEŠ, Das Problem Mitteleuropa und die Lösung der österreichischen Frage. Exposé des Ministers vor den beiden Kammern des Parlaments, Prag, 21. März 1934; Christoph HÖSLINGER, Österreich und die Tschechoslowakei 1934-1938. Politische Beziehungen im Lichte der Akten des Wiener Außenamtes (Diplomarbeit an der Geisteswiss. Fakultät der Universität Wien 1991); Ernst HANISCH, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938), (Wien 2011); Matthias Franz LILL, Die Tschechoslowakei in der österreichischen Außenpolitik 1918-1938 (München 2006) 313-320.

reichischen Regierungen getan [habe].“⁸⁹¹ – Das scharf antiösterreichische Agieren Beneš’ in der Zollunionskrise 1931 und in der Hirtenberger Waffenschmuggelaffäre 1933 stimmte mit dieser Behauptung keinesfalls überein und wurde am Ballhausplatz auch nicht vergessen. Immerhin sicherte Beneš zu, den sozialdemokratischen Emigranten keine Tätigkeit zuzulassen, die „dem internationalen Recht und der internationalen Übung“ widerspreche, insbesondere die Schaffung einer militärischen Organisation oder gar die Anzettelung eines Aufstandes in Österreich.⁸⁹²

Spätestens seit dem Regierungsantritt Hitlers drängten auch bei den Sudetendeutschen jüngere, radikalere Kräfte in die Führungspositionen der sudetendeutschen Volkstumspolitik, vorerst freilich mehr die Schüler und Anhänger des Wiener Professors für Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre, Othmar Spann, der mit ständestaatlichen, universalistischen und paternalistischen Ideen ein konservatives Gegenbild zum egalitären, rassistischen, antisemitischen und sozialdarwinistischen Nationalsozialismus, aber auch zum Marxismus entwarf.⁸⁹³ Der aus Spanns Schule hervorgehende „Kameradschaftsbund“ wurde jedenfalls eine erste Kerngruppe der am 1. Oktober 1933 in Eger gegründeten „Sudetendeutschen Heimatfront“ (SHF). Konrad Henlein⁸⁹⁴, seit 1931 Verbandsturnwart des Deutschen

⁸⁹¹ Amtserinnerung BKA/AA, 23. März 1934, ÖStA, AdR, NPA Österreich 2/10 geheim, GZ 21.449/13-1933, Kart. 405; Bericht Ges. Fierlinger an AM Beneš und Ges. Jan Masaryk (London), Wien, 12. April 1934, AMZV, Vyslanectví ve Vídni, čis. 14/1934.

⁸⁹² Bericht Ges. Marek an BK Dollfuß, Prag, 21. Februar 1934, ÖStA, AdR, Gesandtschaftsarchiv Prag, Zl. 77/pol, Kart. 32.

⁸⁹³ Othmar Spann wurde unmittelbar nach dem „Anschluss“ seiner Professorenstelle enthoben und einige Monate im KZ Dachau interniert, wo er infolge brutaler Misshandlungen ein schweres Augenleiden erlitt. Nach 1945 bemühte er sich erfolglos um eine Wiedereinstellung und wurde 1949 mit vollen Bezügen pensioniert. Vgl. Gerald SCHÖPPER, Umbrüche und Kontinuitäten. Politische Wechsellagen und Karriereverläufe in Österreich nach 1918 – eine unvollständige Gedankenskizze, in: Karner – Mikoletzky, Österreich, 341f.

⁸⁹⁴ Konrad Henlein, geb. 1898 in Maffersdorf bei Reichenberg als Sohn eines deutschen Kaufmanns und Enkel eines tschechischen Buchhalters, absolvierte die Handelsakademie in Gablonz, trat 1916 in die k.u.k. Armee ein und geriet 1917 als Fähnrich der Reserve in italienische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst im April 1919 zurückkehrte. Zunächst Bankbeamter in Gablonz, übernahm er 1925 die Turnlehrerstelle im Turnverein Asch, gründete 1928 mit Freunden aus der Jugendbewegung den „Kameradschaftsbund“ und wurde zu Pfingsten 1931 zum Verbandsturnwart des Deutschen Turnverbandes in der Tschechoslowakei gewählt. Radikalisiert durch die Wirtschaftskrise, präsentierte Henlein schon im Juli 1933 den Turnverband als sudetendeutsche Einheitsfront, die er am 1. Oktober 1933 auch tatsächlich schuf. Da die NSDAP 1935 den Wahlkampf der Sudetendeutschen Partei finanziell unterstützt hatte, nahm nach dem Wahlerfolg der SdP 1935 der Einfluss des Deutschen Reiches zu, und Henlein richtete sich nach der zunehmenden Anschlussstimmung unter den Sudetendeutschen und den Forderungen Hitlers aus. Nach dem Münchener Abkommen erhielt er die Position des Gauleiters und Reichsstatthalters im Reichsgau Sudetenland, wurde aber im Protektorat Böhmen und Mähren von seinem früheren Stellvertreter Karl Hermann Frank überflügelt. Bereits im Oktober 1938 zum SS-Ehrenführer ernannt, wurde er im Juni 1943 zum SS-Obergruppenführer befördert. Auf der Flucht von Reichenberg in den Westen geriet Henlein in US-Gefangenschaft und beging in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 1945 in Pilsen Selbstmord. – Hermann GRAML, Konrad Henlein, in: Neue Deutsche Biographie, 8. Bd. (Berlin 1969) 532-534.

Turnverbandes in der Tschechoslowakei, betonte als Träger der Mitgliedsnummer 1 der SHF „Sicherung und Ausbau unseres Volksbesitzstandes“, die Gemeinsamkeiten des „sudetendeutschen Stammes“ und die Verbundenheit mit „der gesamten deutschen Kulturgemeinschaft“. Der deutsche Gesandte Walter Koch warnte anfänglich Berlin, dass sich die SHF unter Führung des Kameradschaftsbundes ähnlich wie die österreichischen Deutschen entwickeln könnte, sah jedoch die Henlein-Bewegung bald als Versuch, die unorganisierten Massen früherer Mitglieder der aufgelösten Parteien zu sammeln.⁸⁹⁵

Im Verlauf des Jahres 1934 entwickelte sich die SHF unter Führung des „Kameradschaftsbundes“ und bei personeller Durchdringung des „Deutschen Turnverbandes“ zu einer neuen Massenbewegung unter den Sudetendeutschen. Freilich nahm die Bewegung auch gleich den größten Teil der Wähler und unteren Funktionäre der eben verbotenen DNSAP und der aufgelösten Deutschnationalen Partei auf. Daher kam es sehr bald zu Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Strömungen, bei denen es sich aber „zu einem großen Teil schlicht um Kämpfe um Posten und Macht handelte“. Henlein suchte im ersten Jahr der Sudetendeutschen Heimatfront Unterstützung durch den Bund der Landwirte, auch um günstige Beziehungen zur Prager Regierung aufbauen zu können. Tatsächlich war Professor Spina zu Verhandlungen mit Henlein bereit und half ihm damit, die anfängliche politische Isolation zu durchbrechen. Die Haltungen der tschechischen politischen Eliten zur SHF waren nicht einheitlich: Einige sahen in ihr eine „fünfte Kolonne“ des Nationalsozialismus, andere einen Alliierten gegen den Bolschewismus.⁸⁹⁶

In einer programmatischen Rede vor 30.000 Anhängern der SHF in Böhmisches Leipa (Česká Lípa) am 21. Oktober 1934 distanzierte sich Henlein noch deutlich vom Hitlerismus. Der deutsche Nationalsozialismus ende für ihn auf der anderen Seite der Grenze, ebenso wie die SHF auf dieser Seite der Grenze. Henlein plädierte auch für die „Staatstreue“ der Sudetendeutschen gegenüber der Tschechoslowakei. Aber nicht alle SHF-Anhänger waren mit Henleins Rede einverstanden. Der deutsche Gesandte Koch sah daher im Hintergrund weiterhin die Auseinandersetzung zwischen den traditionalistischen Kameradschaftsbündlern und den radikalen Nationalsozialisten:

⁸⁹⁵ Ges. Koch an AA, 8. November und 10. Dezember 1933, in: Heidrun und Stephan DOLEZEL (Hgg.), Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil IV: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933-1935 (München 1991) 75-77, 85-90; Lukáš NOVOTNÝ, Kameradschaftsbund. A Contribution to the History of the Czech-German Relationship (Part one), in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2008) 291-309; Kameradschaftsbund (part two), in: Prague Papers (Prague 2009) 387-405.

⁸⁹⁶ SEIBT, Deutschland und die Tschechen, 322f.; PRINZ, Böhmen und Mähren, 397; Ralf GEBEL, „Heim ins Reich!“ Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland 1938-1945 (München 1999) 27; vgl. Marie VYMAZALOVÁ, Sudetoněmecká strana 1935-1936 (Phil. Diss. Praha 1999). Der Begriff „Fünfte Kolonne“ stammt aus dem Spanischen Bürgerkrieg, als sich die Truppen Francos in vier Kolonnen Madrid näherten und angeblich von einer „Fünften Kolonne“ in der Stadt selbst unterstützt wurden.

„Von Nationalsozialisten mit dem Blick auf ein Groß-Deutschland wird den Kameradschaftsbündlern vorgeworfen, dass sie den ‚sudetendeutschen Menschen‘ analog dem ‚österreichischen Menschen‘ schaffen wollen, dass sie also nicht zum Reich streben, sondern vom Reiche fort. Damit wäre der Weg zu einer Art Verschweizerung offen.“⁸⁹⁷

Der österreichische Gesandte Marek war gegenüber dieser Rede Henleins deutlich skeptischer, da seitens der SHF natürlich keine Verbindung zur NSDAP zugegeben werden dürfe, obwohl Henlein auch die Führerschaft der aufgelösten DNSAP und der Deutschnationalen Partei übernommen habe. Tatsächlich wurde die SHF bereits vom „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) finanziell unterstützt, und VDA-Obmann Steinacher hatte Henlein bereits geheim getroffen. Nach vielen Verhandlungen erhielten im Jänner 1935 frühere DNSAP-Funktionäre bestimmte Aufgaben in der SHF. Und im März 1935 erging ein Zirkular der NSDAP, alle Angriffe in der deutschen Presse gegen Henlein einzustellen. Für die sorgfältig vorbereitete Wahlbewegung sollen aus Deutschland 331.711 Reichsmark geflossen sein.⁸⁹⁸

Ohne Kenntnis von diesen geheimen Kontakten und Unterstützungen urteilte der Gesandte Marek sechs Wochen vor den tschechoslowakischen Parlamentswahlen 1935 bereits in prophetischer Weise über die Erfolgchancen der zur „Sudetendeutschen Partei“ (SdP) umgewandelten SHF:

„Es ist ein offenes Geheimnis, dass die junge und mittlere Generation in Deutschböhmen heute mehr denn je nationalsozialistisch eingestellt ist, und diese Kreise werden, da sie sich nazistisch nicht betätigen dürfen, unbedingt für Henlein stimmen. Falls also in letzter Stunde nicht noch irgendein unerwarteter Umschwung eintritt, dürfte Herr Henlein aus den Wahlen mit einer Mandatszahl hervorgehen, die er sich vielleicht selbst kaum hat träumen lassen.“⁸⁹⁹

Die Umwandlung zur Partei war auf Anraten der tschechoslowakischen Agrarpartei erfolgt, die sich dabei Probleme innerhalb der Henlein-Bewegung erhoffte. Noch aber trat die Mehrheit der Parteien in der Regierungskoalition für ein Verbot der Sudetendeutschen Partei ein: die tschechischen und die deutschen Sozialdemokraten, die tschechischen National-Sozialisten und die tschechische Volkspartei. Die Regierung ersuchte daher den greisen Präsidenten Masaryk um eine Entscheidung. Henlein sandte ein langes Telegramm an Masaryk, in dem er seine völlige Loyalität zur Tschechoslowakischen Republik und seinen aufrichtigen Willen zu aktivistischer Politik versicherte. Dem Präsidenten lagen keine ausreichenden Beweise illoyaler Tätigkeit Henleins und der SdP vor, daher entschied er gegen eine

⁸⁹⁷ Ges. Koch an AA, 8. November 1934, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte IV, 87, 155-162; vgl. Ronald M. SMELSER, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933-1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik (München – Wien 1980); Andreas LUH, Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Vom völkischen Vereinsbetrieb zur volkspolitischen Bewegung (München 1988); GEBEL, Heim ins Reich, 25-42.

⁸⁹⁸ Jaroslav KUČERA, Mezi Wilhelmstraße a Thunovskou. Finanční podpora Německé říše Sudetoněmecké straně v letech 1935-1938, in: ČČH 95 (1997) No 2, 387-405.

⁸⁹⁹ Ges. Marek an AM Berger-Waldenegg, 9. April 1935, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 2/9, GZ 33.254/13-1935, Kart. 751.

Auflösung. Die *Národní listy* schrieben von einem „absoluten Sieg der Agrarier und einer vollständigen Niederlage der sozialistischen Parteien“.⁹⁰⁰

Nach einem von sudetendeutschen Unternehmern, aber auch vom VDA und einigen Berliner Ministerien finanziell unterstützten Wahlkampf wurde die Sudetendeutsche Partei am 19. Mai 1935 mit 1,249.534 Stimmen und einem Wähleranteil von 15,2 % zur allgemeinen Überraschung stimmenstärkste Partei in der gesamten Tschechoslowakei und erhielt 44 Mandate. Von der sudetendeutschen Wählerschaft erhielt sie gar 68 % der Stimmen und zwei Drittel der Mandate. Warnende Stimmen der aus dem Reich nach Prag geflohenen NS-Gegner dürften vom Wirtschaftsaufschwung und vom raschen Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland sowie vom Erfolg im Saar-Plebiszit übertrumpft worden sein, vor allem aber auch von der NS-Propaganda aus dem Reich. Obwohl die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei bereits 1934 Massenkundgebungen unter der Parole „Für Freiheit und Brot“ in Karlsbad, Komotau, Teplitz-Schönau, Bodenbach, Mährisch-Schönberg und Jägerndorf abgehalten hatte, erlitt auch sie 1935 eine schwere Wahlniederlage.⁹⁰¹

Die Sudetendeutsche Partei begann nun die Tageszeitung *Die Zeit* und das Monatsblatt *Volk und Führung* herauszugeben, wobei Walter Brand, der Verfasser des Aufrufs vom 1. Oktober 1933, Herausgeber der Tageszeitung wurde, andere Mitglieder des Kameradschaftsbundes das Monatsblatt kontrollierten. Henlein aber hoffte, nun an der Regierungsbildung beteiligt zu werden, wurde dazu jedoch nicht eingeladen. So versuchte er, seine Position innerhalb der sehr heterogenen Partei zu stärken, und richtete einen Viererausschuss mit Walter Brand, Wilhelm Sebekowsky, Karl Hermann Frank und Rudolf Sandner ein, die alle aus dem Kameradschaftsbund kamen. Diese Maßnahme beendete aber keineswegs die Auseinander-

⁹⁰⁰ Dt. Gesandtschaft an AA, 6. April 1935, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte IV, 228-233; NOVOTNÝ, Kameradschaftsbund (2009) 387-405.

⁹⁰¹ Jiří SLÁMA und Karel KAPLAN, Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935 – 1946 – 1948. Eine statistische Analyse (München 1986) 19-26; PRINZ, Böhmen und Mähren, 394. Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte nur mehr 299.942 Stimmen (= 3,6 %) und 11 Mandate erhalten, die Deutsche christlich-soziale Volkspartei 162.781 Stimmen (= 2,0 %) und 6 Mandate und der Bund der Landwirte 142.399 Stimmen (= 1,7 %) und 5 Mandate. Zum Vergleich: Die tschechoslowakische Agrarpartei hatte 1,176.593 Stimmen (= 14,3 %) und 45 Mandate erhalten, die tschechoslowakischen Sozialdemokraten 1,034.774 Stimmen (= 12,6 %) und 38 Mandate, die tschechoslowakischen Kommunisten 849.509 Stimmen (= 10,3 %) und 30 Mandate, die tschechoslowakischen National-Sozialisten 755.880 Stimmen (= 9,2 %) und 28 Mandate, die tschechoslowakische Volkspartei 615.877 Stimmen (= 7,5 %) und 22 Mandate, der slowakische Autonomistische Block 564.273 Stimmen (= 5,6 %) und 22 Mandate, die tschechische Nationale Vereinigung 456.353 Stimmen (= 5,6 %) und 17 Mandate, die tschechoslowakische Gewerbe- und Handelspartei 448.047 Stimmen (= 5,4 %) und 17 Mandate, die regionale christlich-soziale und ungarische Nationalpartei 291.831 Stimmen (= 3,5 %) und 9 Mandate sowie die tschechische Faschistengemeinde 167.433 Stimmen (= 2,0 %) und 6 Mandate. – *Statistická ročenka republiky Československé*, ed. Státní úřad statistický (Praha 1936) 269 n; vgl. Werner WEILGUNI, Arnold SUPPAN, Valeria HEUBERGER und Klaus KOCH, Die Wahlen des Jahres 1990 in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. The Elections of 1990 in Central, Eastern and Southeastern Europe, Atlas Ost- und Südosteuropa. Atlas of Eastern and Southeastern Europe 6.1.-G3 (Wien 1991).

setzungen innerhalb der Sudetendeutschen Partei, aus der verschiedene Mitglieder ihre Kontakte zur NSDAP-Auslandsorganisation, zur SS-nahen „Volksdeutschen Mittelstelle“, zum Sicherheitsdienst und zur Abwehr aufbauten. Die erste innenpolitische Kraftprobe aber hatte die SdP bei der Neuwahl des Präsidenten zu bestehen. Gemeinsam mit den tschechoslowakischen Agrariern und Hlinkas Slowakischer Volkspartei versuchte die SdP einen „Dezember-Block“ zu bilden, um Professor Němec zu wählen. Als dies die Volkspartei schließlich ablehnte, blieb die SdP der Abstimmung fern. Nach der Wahl von Außenminister Beneš gab es seitens der Regierung sogleich Strafmaßnahmen gegen die SdP: das Verbot eines Parteitages in Aussig und der Abhaltung einer „sudetendeutschen Woche der Kultur“.⁹⁰²

Prag wurde in den Jahren zwischen 1933 und 1938/39 zu einem Treffpunkt meist jüdischer und sozialistischer Intellektueller aus Deutschland, die 1934 geflüchteten österreichischen Sozialdemokraten (Otto Bauer, Julius Deutsch etc.) sammelten sich vorübergehend in Brünn. Unter den Tausenden deutschen Flüchtlingen in Prag konnte man die Schriftsteller Thomas und Heinrich Mann, Bertolt Brecht, Erich Maria Remarque, Lion Feuchtwanger und Bruno Adler sowie den „rasenden Reporter“ Egon Erwin Kisch treffen, den bekannten österreichischen Maler Oskar Kokoschka und den Wiener Journalisten Friedrich Torberg. Kokoschka, der erst im Oktober 1934 aus Protest gegen das Schuschnigg-Regime nach Prag gekommen war, malte von seinem Atelier neben der Karlsbrücke am Moldauufer aus berühmte Stadtansichten (16 sind bekannt), verbat sich allerdings die Kennzeichnung als Emigrant, sondern betrachtete sich aus freien Stücken als politischer Flüchtling und benötigte vor allem Geld. Unter seinen Porträts wurden jene vom alternden Präsidenten Masaryk und von der Jusstudentin Olda Palkovska bekannt, mit der er im Oktober 1938 nach London emigrierte. Den meisten politischen Flüchtlingen aus Deutschland und Österreich gelang 1938/39 die rettende Emigration nach Frankreich, Großbritannien, Palästina oder in die USA.⁹⁰³

Während die sudetendeutsche Frage ab dem Jahre 1933 die Beziehungen zwischen Prag und Berlin zunehmend belastete, verhielt sich die Wiener Regierung gegenüber der Henlein-Bewegung aus politischen und ideologischen Gründen sehr distanziert. Dies hing auch damit zusammen, dass der seit März 1933 – nach Ausschaltung des Parlaments⁹⁰⁴ – diktatorisch regierende christlichsoziale Bun-

⁹⁰² Dt. Konsulat in Reichenberg an Dt. Gesandtschaft in Prag, 23. Juli 1935, in: Deutsche Gesandtschaftsberichte IV, 285f.; R. N. FOUSTKA, Konrád Henlein. Neoficiální historie jeho strany (Praha 1937) 101; WINGFIELD, Flag Wars, 234-253.

⁹⁰³ Heinz SPIELMANN, Kokoschka in Prag, in: Peter Becher und Peter Heumos (Hgg.), Drehscheibe Prag. Zur deutschen Emigration in der Tschechoslowakei 1933-1939 (München 1992) 87-95. Nach britischen Schätzungen lebten im Sommer 1943 35.000 Deutsche, 15.000 Österreicher und 1000 deutschsprachige Flüchtlinge aus dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei in Großbritannien.

⁹⁰⁴ Nach den parteitaktisch motivierten Rücktritten aller drei Nationalratspräsidenten am 4. März 1933 kam es im Parlament zu einer Geschäftsordnungskrise, die Bundeskanzler Dollfuß – vor dem Hintergrund der deutschen Reichstagswahlen vom 5. März und im Einvernehmen mit dem christlichsozialen Parteivorstand – zu einem Weiterregieren ohne Parlament mittels des Kriegs-

deskanzler Engelbert Dollfuß in immer heftigere Konfrontation zum Nationalsozialismus geriet, was ihn schließlich im „Juliputsch“ 1934 auch das Leben kostete. Erstaunlicherweise wurde dies in Prag weit weniger registriert als Dollfuß' vorherige Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Opposition. Immerhin wurden die Regierungen in Rom, Paris und London durch den Aufstand der Nationalsozialisten in Österreich und die Ermordung Dollfuß' so weit geschockt, dass sie am 27. September 1934 ihre gemeinsame Erklärung vom 17. Februar 1934 zugunsten einer Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit bekräftigten. Mussolini betrachtete die Ermordung seines politischen Protegés Dollfuß als persönlichen Affront.⁹⁰⁵

Unter Bundeskanzler Kurt Schuschnigg⁹⁰⁶, einem Generalssohn und Jesuitenschüler, blieb das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis vorerst gespannt. Unterredungen mit Beneš in Genf im September 1934 drehten sich neuerlich um die Emigrations- und die Donauraumfrage, in denen beide Seiten nicht von ihren unterschiedlichen Standpunkten abrückten.⁹⁰⁷ Ziemlich einig waren sich der Ballhausplatz und der Hradschin allerdings in ihrer Skepsis gegenüber Aktivitäten der Sudetendeutschen Partei. Wien protestierte in Prag wiederholt gegen die österreichfeindliche Tendenz mancher sudetendeutscher Zeitungen, während Prag mehrmals auf die antitschechoslowakische Propaganda sudetendeutscher Hilfsvereine in Österreich aufmerksam machte. Da die Interessen der beiden Regierungen in diesen Fällen meist parallel liefen, wurden Zeitungen und Veranstaltungen der Sudetendeutschen in beiden Staaten schärfer überwacht, auch die Tätigkeit des „Sudetendeutschen Heimatbundes“ und des „Deutschen Schulvereins Südmärk“. Als Gesandter Marek im März 1935 nach Wien berichtete, dass sich sogar der Obmann der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei, Prälat Karl Hilgenreiner, immer weniger am österreichischen Katholizismus, sondern immer mehr nach Deutschland hin orientiere, ließ Bundeskanzler Schuschnigg im Vatikan intervenieren, „um Herrn Hilgenreiner das Wasser abzugraben“.⁹⁰⁸

wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 veranlasste. Als der großdeutsche Abgeordnete Sepp Straffner, der dritte Präsident des Nationalrates, für den 15. März 1933 eine neuerliche Sitzung des Nationalrates einberief, wurden auf Weisung des Bundeskanzlers an den Wiener Polizeipräsidenten sozialdemokratische und großdeutsche Abgeordnete von Kriminalbeamten am Betreten des Sitzungssaales gehindert. Straffner gelangte dennoch mit mehr als einem Drittel der Abgeordneten in den Sitzungssaal und an das Rednerpult, schloss aber von sich aus die Sitzung vom 4. März. – Vom Justizpalast zum Heldenplatz, 266, 344-353.

⁹⁰⁵ STEINER, *The Triumph*, 75f.; Gerhard JAGSCHITZ, *Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich* (Graz – Wien – Köln 1976).

⁹⁰⁶ Vgl. Michael GEHLER, Kurt Schuschnigg, in: *Neue Deutsche Biographie* 23 (Berlin 2007) 766f.

⁹⁰⁷ Aufzeichnung BK Schuschnigg über Gespräch mit AM Beneš, 13. September 1934, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei I/III, GZ 45.874/13-1934, Kart. 739.

⁹⁰⁸ Erlass BKA/AA an Ges. Marek, 6. Oktober 1934; Ges. Marek an GS Peter, 31.10.1934, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 6/1, GZ 45.948/13-1934, 46.724/13-1934, Kart. 762; Verbalnote der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien an BKA/AA, 16. Oktober 1936, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 2/21, GZ 43.205/13-1936; Bericht Ges. Marek an BKA/AA, 4. März

Unangenehmer für Prag und Wien wurde eine Neuorientierung im europäischen Sicherheitssystem im Frühjahr 1935. Bereits die überwältigende Mehrheit im Saar-Plebiszit am 13. Jänner 1935 für die Rückgliederung ans Reich stärkte Hitlers Außenpolitik. Als die französische Regierung am 15. März 1935 über die Einführung einer zweijährigen Militärdienstpflicht zu diskutieren begann, da 1935 auf Grund der „schwachen Jahrgänge“ aus dem Ersten Weltkrieg die Rekrutenzahlen stark zurückgingen, verkündete Hitler am 16. März 1935 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, womit eine Verletzung des Friedensvertrages von Versailles gegeben war. Beneš resümierte, dass es sich „um den bislang ersten manifesten und ostentativ durchgeführten Verstoß gegen die rechtsverbindlichen Friedensverträge“ handle. Aus Angst vor einem erstarkenden NS-Deutschland, aber auch aus Sorge vor einem zweiten Rapallo, schlossen Frankreich am 2. Mai und die Tschechoslowakei am 16. Mai 1935 einen Beistandspakt mit der Sowjetunion. Im Vertrag zwischen Moskau und Prag wurde eine militärische Beistandshilfe davon abhängig gemacht, dass sie auch von Frankreich der Tschechoslowakei geleistet werde. Hitler und die NS-Propaganda stigmatisierten die Tschechoslowakei sofort zu einem „Flugzeugmutterschiff“ des Bolschewismus in Mitteleuropa. Aber auch Schuschnigg befürchtete nun eine Zunahme des kommunistischen Einflusses in Mitteleuropa.⁹⁰⁹

Vor diesem internationalen Hintergrund – dazu kam der Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei am 19. Mai 1935 – zeigte sich Beneš bei einem Treffen mit dem österreichischen Amtskollegen Egon Berger-Waldenegg am 20. Mai in Tabor in der Frage der österreichischen Rüstung kompromissbereit: „Die Tschechoslowakei bereitet von sich aus der Erreichung der Gleichberechtigung durch die abgerüsteten Staaten keinerlei Widerstand [...] Grundsätze: Gegenseitige Kontrolle auf dem Grundsatz der *égalité* und *réciprocité* und Limitierung der Rüstungen [...].“ Sein politisches Endziel sei eine Entente Österreich – Ungarn – Tschechoslowakei, gewissermaßen als Bindeglied zwischen Kleiner Entente und Balkanentente. Der ebenfalls in Tabor anwesende Gesandte Jan Masaryk kommentierte in eher britischer Art: „Was wir auseinandergeschlagen haben, müssen wir jetzt wieder zusammentun, sonst kommt keiner weiter.“⁹¹⁰

Die Außerkraftsetzung des im April 1919 von der deutschösterreichischen Nationalversammlung ausgesprochenen Landesverweises für das Haus Habsburg im Juli 1935 setzte andererseits innerhalb der Kleinen Entente – vor allem in Belgrad und Prag –, aber auch in Paris neuerliche Restaurationsängste frei. Ministerprä-

1935; Erlass BKA/AA an Ges. Kohlruß (Vatikan), 9. März 1935, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 2/9, GZ 31.920/13-1935, Kart. 751.

⁹⁰⁹ DEJMEK, Deutsche Reich, 167f.; vgl. Robert KVAČEK, Nad Evropou zataženo: Československo a Evropa, 1933-1937 (Praha 1966); Vuk VINAVER, Jugoslavija i Francuska između dva rata (Beograd 1985). Die Sowjetunion erhielt freilich niemals eine Zustimmung Polens oder Rumäniens, über deren Gebiet militärische Assistenz in die Tschechoslowakei zu senden. – STEINER, The Triumph, 94f.

⁹¹⁰ Aufzeichnung über Zusammenkunft Beneš – Berger-Waldenegg in Tabor, 20. Mai 1935, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei I/III geheim, GZ 34.075-13/1935, Kt. 715.

sident Pierre Laval soll seinem Gesandten in Wien angeordnet haben, Schuschnigg zu sagen, Frankreich wolle keine Rückgabe des Besitzes und keine private Rückkehr der Habsburger nach Österreich. Beneš erklärte dem österreichischen Gesandten Marek, dass für die tschechische Nation die Habsburgerperiode eine Zeit des Verfalls und der Erniedrigung gewesen sei. Der jugoslawische Gesandte in Wien aber wandte sich auch an den deutschen Botschafter Franz von Papen und fragte nach der Möglichkeit vertraulicher militärischer Abmachungen „für den besonderen Fall“. Auf der Konferenz der Kleinen Entente in Veldes (Bled) Ende August 1935 wurde die angebliche Restaurationsgefahr in Österreich sogar als aktuellste Gefahr in der europäischen Politik dargestellt. Daher einigte sich der jugoslawische Ministerpräsident Milan Stojadinović mit den Außenministern Beneš und Titulescu sogleich auf neue Mobilisierungspläne, die bei drohender Restaurationsgefahr das Überschreiten der österreichischen Grenzen vorsahen.⁹¹¹

Man muss sich an dieser Stelle fragen, ob die Regierungschefs und Außenminister der Kleinen Entente tatsächlich eine Restauration der Habsburger in Österreich befürchteten oder ob ihre verschiedenen Beschlüsse und Erklärungen lediglich propagandistische Drohgebärden waren. Im ersten Fall hätte den Politikern in Belgrad, Bukarest und Prag doch klar sein müssen, dass weder Frankreich noch Deutschland, noch Italien eine Restauration ohne weiteres hingenommen hätten; außerdem wäre zu fragen gewesen, ob die Deutschnationalen (einschließlich der illegalen Nationalsozialisten) und Sozialdemokraten in Österreich eine Restauration akzeptiert hätten. Eine Restauration hätte wohl mit einiger Wahrscheinlichkeit außenpolitische Interventionen und innenpolitische Aufstände ausgelöst, was Schuschnigg jedenfalls vermeiden musste. Sollten aber die vollmundigen Proteste der Kleinen Entente nur propagandistisch gemeint gewesen sein, so wirkten sie stark überzogen und beeindruckten kaum jemanden – vor allem nicht Hitler und Mussolini.

Erst bei einem offiziellen Besuch Schuschniggs in Prag, im Jänner 1936, konnte er den neuen tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Milan Hodža – einen slowakischen Lutheraner und ehemaligen Sympathisanten des Belvedere-Kreises um den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand – hinsichtlich einer Restauration in Österreich einigermaßen beruhigen: Nur im Falle der Gefahr einer Angliederung Österreichs „als achter Gau“ komme eine Restauration in Frage, und zwar durch Schaffung eines „Landesfürstentums Österreich in seinen heutigen Grenzen“. Hodža warnte freilich sowohl vor einer legitimistischen Aktion als auch vor

⁹¹¹ MIP, šifr.cirk.pisma 29. Juli, 2., 3. und 7. August 1935, ADG SSIP, LP 1935, F I, D I-4, Pov.br. 633, 634, 580, 587; Geheimbericht Bt. Papen an RK Hitler, 21. August 1935, in: Hochverratsprozess Schmidt, 393f.; ADÖ 10/1494; Proces-verbal AM Jevtić – AM Titulescu, Belgrade, 25 et 26 mars 1935, AVII, P 17, kut. 98, fasc. 1, br. 24; Ministarstvo vojne i mornarice, Pov.dj.br. 1386, an Načelnik Glavnog Djeneralštava, 17. September 1935, AVII, P 17, kut. 16, fasc. 1, br. 14; Glavni Djeneralštab, Operativno odeljenje, str.pov.dj.br. 2686, 13. November 1935: „Studija Glavnog Djeneralštava po pitanju restoracije Habsburgovaca na austrijski presto“ [Studie des Haupt-Generalstabes zur Frage der Restauration der Habsburger auf den österreichischen Thron], AVII, P 17, kut. 98, fasc. 1, br. 24; SUPPAN, Jugoslawien, 1195-1199.

einer *societas leonina* eines Kleinstaates mit der Großmacht Deutschland. Erst wenn „Mitteleuropa“ organisiert sei – Hodža dachte an eine Annäherung zwischen den Staaten der Römischen Protokolle und der Kleinen Entente –, könne man mit Deutschland sprechen – „ob mit Hitler oder mit den Generälen, die eines Tages Hitler nicht mehr brauchen werden“ [sic!], wisse er noch nicht.⁹¹² – Auch dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten waren die Machtverhältnisse in Berlin offensichtlich noch nicht klar. Andererseits sprach sich Präsident Beneš Anfang März 1936 gegen eine österreichische Waffenbestellung bei den Škoda-Werken im Wert von drei Millionen Schilling aus, mit dem Argument, er habe sich immer einer Waffenlieferung an Exfeinde widersetzt.⁹¹³

Als Hitler sechs Wochen später, am 7. März 1936, in einem Überraschungscoup die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes wiederbesetzen ließ, bedeutete dies sowohl die Aufkündigung des Locarno-Vertrages als auch ein Alarmsignal für die mit Frankreich und der Sowjetunion verbündete Tschechoslowakei. Der neue tschechoslowakische Außenminister Krofta fragte noch am Vormittag des 7. März den deutschen Gesandten Ernst Eisenlohr unverblümt, ob denn Berlin „Gewissheit [habe], dass dort [im Rheinland] jetzt, nach dem, was die deutsche Regierung tut, nicht französische Truppen eindringen werden“. Und am 17. März stellte Krofta im Parlament fest: „Es handelt sich hier um einen umso ernsteren Verstoß gegen bestehende Vertragsbedingungen, als Deutschland einen Vertrag negiert, den es freiwillig unterschrieben hat, der also kein Diktat war, wie man in Deutschland [jetzt] vom Friedensvertrag sagt.“⁹¹⁴

Schuschnigg hatte nach dem Juliputsch 1934 versucht, seine Außenpolitik zwischen Italien und den Westmächten zu positionieren, musste aber spätestens im Frühjahr 1936 zur Kenntnis nehmen, dass Mussolini einen „Modus vivendi zwischen Österreich und Deutschland“ wünschte. Andererseits hatte der deutsche Gesandte Franz von Papen bereits seit Herbst 1934 auf geheime bilaterale Verhandlungen zwischen Berlin und Wien gedrängt. Allfällige Einmischungsgerüchte versuchte jedoch Hitler selbst in seiner „Friedensrede“ am 21. Mai 1935 zu zerstreuen: „Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen.“ Dennoch legte Papen am 11. Juli 1935 einen ersten formellen Vertragsentwurf für ein deutsch-österreichisches Abkommen vor. Der Ballhausplatz ließ sich mit einem Gegenentwurf Zeit, und Schuschnigg informierte

⁹¹² Aufzeichnungen Ges. Marek über die Unterredungen zwischen MP Hodža und BK Schuschnigg, Prag, 17. Jänner 1936, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei I/III geheim, GZ 34.525/13-1936, Kart. 415; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1167f. Hodža versuchte schon seit den 1920er Jahren bewusst, die Außenpolitik Beneš' zu konterkarieren. – JUNG, Die Tschechen, 74-78.

⁹¹³ Bericht Oberst Salland, Nr. 52/S, 29. April 1936, in: Georges CASTELLAN, Ein Vorspiel zum Anschluß (1935-1937). Nach der Korrespondenz des französischen Militärattachés in Wien, Oberst Salland, in: Gerald Stourzh – Birgitta Zaar (Hgg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938 (Wien 1990) 147-166.

⁹¹⁴ DEJMEK, Deutsche Reich, 170f.

erst am 19. März 1936 den Ministerrat, dass er nun – ungeachtet der Ablehnung des Nationalsozialismus – beabsichtige, mit Deutschland zu einem *Modus vivendi* zu kommen. Am 19. Juni schlug Schuschnigg vor, neben einem öffentlichen Abkommen auch ein geheimes *Gentlemen's Agreement* abzuschließen. Hitler verlangte noch eine möglichst umfassende Zulassung der deutschen Presse in Österreich und eine progressive Kontingentierung statt der vorgeschlagenen gänzlichen Aufhebung der Reiseverkehrsbeschränkungen. Am 11. Juli vormittags paraphierten Schuschnigg und Papen ein deutsch-österreichisches „Normalisierungs- und Freundschaftsabkommen“ sowie das *Gentlemen's Agreement*. Österreich hatte für sein Bekenntnis als „deutscher Staat“ und die Amnestie der Nationalsozialisten seine Eigenstaatlichkeit bestätigt bekommen und die Aufhebung der Tausend-Mark-Sperre, allerdings sollte Wien auch keine gegen Berlin gerichtete Außenpolitik betreiben. Die wichtigste Frage blieb freilich offen: Wird der Zeitgewinn für Österreichs Außenpolitik reichen, um in ein ruhigeres internationales Gewässer zu gelangen?⁹¹⁵

Zweifellos war für die Prager Außenpolitik der Abschluss des „Juliabkommens“ zwischen Berlin und Wien höchst unangenehm. Präsident Beneš versuchte zwar nach außen die Anlehnung Wiens an Berlin als „natürlichere Sache“ herunterzuspielen, als etwa das Bündnis Wiens mit Rom. Aber Außenminister Krofta, ein zum nationalen Ausgleich neigender Historiker und Diplomat, sagte dem Gesandten Marek ganz offen, dass Prag nun Wien als Verbündeten Berlins betrachte und dass in Österreich in Zukunft die NS-Ideologie überhandnehmen werde. Josef Redlich bestätigte, dass der „Friedensschluss“ zwischen Hitler und Schuschnigg die österreichischen Menschen sozusagen wie ein „Schlaganfall“ getroffen habe; aber beide würden trachten, den anderen zu betrügen.⁹¹⁶ – Den österreichischen Nationalsozialisten Friedrich Rainer und Odilo Globocnik, dem späteren Kärntner Gauleiter sowie dem späteren SS-Führer in Lublin und in Triest, erklärte Hitler auf dem Berghof, dass er „die ewigen Unruhen aus Österreich nicht länger ertragen“ könne und dass er zwei Jahre Zeit und eine ruhige außenpolitische Atmosphäre benötige, um das Heer wieder aufzurüsten und sich mit Italien zu befassen.⁹¹⁷

⁹¹⁵ ADÖ/1559, 1619, 1625-1627, 1631-1634, 1640-1643, 1653; Franz MÜLLER, Ein „Rechtskatholik“ zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Franz von Papen als Sonderbevollmächtigter Hitlers in Wien 1934-1938 (Frankfurt/Main – Bern – New York – Paris 1990) 117; Hanns HAAS, Österreich und das Ende der kollektiven Sicherheit, in: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hgg.) Das Juliabkommen 1936 (Wien 1977) 11-52; Gerald STOURZH, Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung, in: Stourzh – Zaar, Österreich, 319-346.

⁹¹⁶ Unterredung BK Schuschnigg – MP Hodža in Wien, 14. Juli 1936, ÖStA, AdR, NPA Kleine Entente geheim, GZ 40.512/13-1936, Kart. 412; REDLICH, Schicksalsjahre II, 683. Als Schuschnigg am 23. und 24. April 1937 in Venedig mit Mussolini und Ciano zusammentraf, wurde er von beiden aufgefordert, mit Deutschland zusammenzuarbeiten und jede Kooperation mit der Tschechoslowakei zu meiden. – STEINER, The Triumph, 314.

⁹¹⁷ Maurice WILLIAMS, Gau, Volk und Reich. Friedrich Rainer und der österreichische Nationalsozialismus (Klagenfurt 2005) 58.

Nach dem Scheitern des Planes des französischen Außenministers Yvon Delbos, Frankreich und die Kleine Entente in einem gemeinsamen Pakt stärker zu binden – vor allem der jugoslawische Ministerpräsident Stojadinović zeigte aus handelspolitischen Gründen wenig Interesse –, suchte auch Prag Kontakte zu Berlin – und dies trotz unangenehmer Erfahrungen mit der Gestapo und dem Sicherheitsdienst Reinhard Heydrichs.⁹¹⁸ Die geheimen Gespräche des Geographen Albrecht Haushofer von der Dienststelle Ribbentrop und des Beamten des Berliner Arbeitsministeriums, Maximilian Karl Graf Trauttmannsdorff, mit Beneš und Krofta im November und Dezember 1936 scheiterten aber an den unterschiedlichen Interessen. Hitler war an einem verstärkten Handelsaustausch, an einer Einschränkung der deutschen Emigrantentätigkeit und an einer Neutralisierung der Tschechoslowakei im Falle eines deutsch-sowjetischen Konfliktes interessiert gewesen, Beneš hatte lediglich die Erweiterung des deutsch-tschechoslowakischen

⁹¹⁸ Beneš und die tschechoslowakische Regierung hätten durch brutale Geheimdienstoperationen der Gestapo und des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrichs gewarnt sein müssen. Bereits im Oktober 1933 versuchten zwei seiner Agenten, Otto Strasser, den jüngeren Bruder von Gregor Strasser, einem Gründungsmitglied der NSDAP und Berliner Zeitungsverleger, in Prag zu überfallen, nach Deutschland zu verschleppen oder zu ermorden. Otto Strasser hatte die „Schwarze Front“ gegen die NSDAP aufgebaut und Hitler öffentlich als „größten deutschen Lügner“ bezeichnet. Nur Strassers neue Identität in Prag rettete ihn, seine Rückfrage beim Prager Polizeidirektor Benda zeigte die Spur nach Berlin. Nach der Ermordung Gregor Strassers am 30. Juni 1934 setzte Heydrich nochmals zwei Agenten auf Otto Strasser an, die jedoch den klaren Mordauftrag nicht ausführten. Weniger Glück hatte der Rundfunk-Ingenieur Rudolf Formis. Nach einem Zwischenfall in einer Sendung des Stuttgarter Senders – ein Unbekannter sprach den Satz: „Wir wollen den Verbrecher Hitler nicht!“ – wurde Formis entlassen und floh vor der Gestapo in die Tschechoslowakei. Dort traf er Otto Strasser und erhielt Unterstützung für den Aufbau eines Senders in einem abgelegenen Hotel in der Nähe Prags. Am 2. Dezember 1934 begann er mit regelmäßigen Sendungen der „Schwarzen Front“, die ständig die Parole wiederholten: „Es ist die Aufgabe jedes Deutschen, die Herrschaft von Adolf Hitler und seiner Helfershelfer zu stürzen.“ Bereits am 19. Dezember sprach der deutsche Gesandte Koch beim stellvertretenden Außenminister Krofta vor und verlangte die Beseitigung des illegalen Senders. Am 10. Jänner 1935 überreichte Koch eine weitere Protestnote. Die Inspektoren des tschechoslowakischen Funkkontrolldienstes (*Kontrolní služba radiová*) begannen Dorf für Dorf zu überprüfen, um zuletzt mittels Peilung den gut getarnten Sender zu finden. Gedrängt von Hitler, Göring, Himmler und Goebbels wollte Heydrich nicht warten und entsandte SS-Untersturmführer Alfred Helmut Naujocks, der in aller „Vorsicht, Diskretion und Unauffälligkeit“ den Sender ausschalten und Formis nach Deutschland entführen sollte. Die Operation endete mit der Erschießung von Formis, ohne aber den gut getarnten Sender zu finden, der erst von der Prager Kriminalpolizei entdeckt und ob seiner genialen Einfachheit von den Fachleuten der Post- und Telegraphendirektion anerkennend im Postmuseum deponiert wurde. Nun aber ersuchten die Prager Behörden in Berlin um Rechts-hilfe zur Ausforschung der Mörder; aber die Berliner Polizei gab vor, weder die nachgefragten Personen noch das Fluchtauto zu kennen. Dennoch wurde im Dezember 1935 Otto Strasser in Prag zu fünf Monaten unbedingt verurteilt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit –, nach einem Gnadengesuch an den Präsidenten Beneš schließlich jedoch freigelassen. So konnte er im September 1938 über die Schweiz und Frankreich nach Kanada fliehen. – Jörg KRUMMENACHER, Der Fluchtpunkt Schweiz und Hitlers Feind Nummer eins. Erinnerungen an Otto Strasser, erst Protagonist, dann Gejagter der deutschen Nationalsozialisten, in: NZZ, 8./9. November 2008, 37.

Schiedsvertrages von 1925 vorgeschlagen. Im Übrigen ließ Beneš durchblicken, dass minderheitenrechtliche Konzessionen an die Sudetendeutschen schon deshalb überflüssig seien, weil innerhalb seiner zweiten, bis 1949 reichenden Wahlperiode der Anteil der Deutschen in der Tschechoslowakei auf unter 20 % gesunken sein werde. Ob Beneš nach dem Wahlsieg der Sudetendeutschen Partei tatsächlich noch an seine Assimilationsstrategie glaubte, darf allerdings bezweifelt werden, denn er lehnte einen Vorstoß der deutschen Agrarier, Christlichsozialen und Sozialdemokraten zugunsten eines Autonomiestatuts – unter der vom tschechischen Sozialdemokraten Bechyně 1934 geprägten Formel „zweites Staatsvolk“ – ausdrücklich ab. Als Hermann Raschhofer im Jahre 1937 die tschechoslowakischen Denkschriften für die Pariser Friedenskonferenz in deutscher Übersetzung veröffentlichte, wurde dies von Beneš als „symptomatisch unfreundliches“ Verhalten der deutschen Politik gewertet. Daher ist Boris Čelovský zuzustimmen, dass damit die Tschechoslowakei „an einer sehr empfindlichen Stelle ihrer Existenz getroffen“ wurde.⁹¹⁹

Seit Mai 1936 war es innerhalb der Sudetendeutschen Partei zu scharfen ideologischen und persönlichen Konflikten gekommen. Vor allem Brand, Henleins Hauptberater, geriet in die Schusslinie der heimlichen Anhänger der NSDAP. Brand verlangte ein „Ehrengericht“, musste aber schließlich resignieren, als der Kameradschaftsbund mit dem Juliabkommen zwischen Deutschland und Österreich seine Rückhalteposition in Wien verlor. Zur selben Zeit, als Brand nach Wien gefahren war, reiste Henlein nach London, um die britische Öffentlichkeit über die Anliegen der Sudetendeutschen zu informieren. In einer dreistündigen Unterredung mit Robert Vansittart, dem British Permanent Under-Secretary for Foreign Affairs, distanzierte sich Henlein erneut vom Nationalsozialismus und erklärte sein Ziel eines Übereinkommens mit der Prager Regierung. Der Staatssekretär gewann von Henlein offensichtlich einen guten Eindruck und meinte, dass „unless the broad mass of Sudeten Germans felt content with Czechoslovakia, then nothing could save the state“. Außenminister Anthony Eden wollte dies nicht in dieser Direktheit dem britischen Gesandten in Prag weitergeben und betonte, dass Vansittart „had talked no politics at all, but only of his [Henlein’s, Erg. Suppan] economic difficulties and those of his supporters“.⁹²⁰

Henlein wusste aber auch, dass er weiterhin auf finanzielle Unterstützung aus Berlin angewiesen war. Dorthin wurde er auch als offizieller Gast zu den Olym-

⁹¹⁹ Gerhard WEINBERG, Secret Hitler-Beneš Negotiations in 1936-37, in: *Journal of Central European Affairs* 19 (1959/60) 360-374; STEINER, *The Triumph*, 267f.; vgl. Igor LUKEŠ, *Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s* (New York – Oxford 1996) 96-98. Dass Beneš im Februar 1937 auch Verfassungsbeschwerden sudetendeutscher demokratischer Parlamentarier mit demographischen Argumenten zurückwies, was sein Zögern hinsichtlich eines neuen Minderheitenstatuts erklärt, unterstreicht sein grundsätzlich minderheitenfeindliches Denken. Vgl. PRINZ, *Jaksch – Beneš*, 10, 20f.; Boris CELOVSKÝ, *Das Münchner Abkommen 1938* (Stuttgart 1958); KLEPETAR, *Seit 1918*, 370.

⁹²⁰ Mr. Eden to Sir J. Addison (Prague), 5 August 1936, NA, FO 371/20374, fol. 51; zitiert nach: NOVOTNÝ, *Kameradschaftsbund* 2, 404.

pischen Spielen eingeladen und traf Hess, Ley, Göring und Goebbels; schließlich wurde er von Hitler empfangen. Jetzt begannen eine Reorganisation der Sudetendeutschen Partei und ihre Ausrichtung auf die NSDAP. Im Verlauf dieses Anpassungsprozesses erwarb Henlein zwar Hitlers Gunst, nicht aber diejenige des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler; hingegen gelang es Karl Hermann Frank, Henleins Stellvertreter, die Unterstützung Hitlers und Himmlers zu erlangen – und letztlich bis in die Apriltage 1945 zu erhalten.⁹²¹

Symptomatisch für die distanzierte Haltung der Regierung Schuschnigg zur Sudetendeutschen Partei war allein schon die Tatsache, dass der österreichische Gesandte in Prag Henlein erst am 4. Februar 1937 persönlich kennenlernte. Bei diesem Gespräch bedauerte Henlein, dass sich Österreich dem Sudetendeutschtum entfremdet hätte, während Marek auf die österreichfeindliche Schreibweise der sudetendeutschen Presse und internationale Rücksichten hinwies. Einziges Ergebnis dieses Annäherungsversuches der Sudetendeutschen Partei war ein Schauturnen der Turnschule Asch am 3. April 1937 im Wiener Konzerthaus. Zuvor aber hatte Marek die deutschen Minister Zajicek und Spina „um Erlaubnis“ gefragt. Andererseits hatte Ministerpräsident Hodža schon im Februar 1937 mit einer Verordnung versucht, Forderungen von Vertretern der deutschen aktivistischen Parteien mit Hilfsmaßnahmen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet entgegenzukommen, war aber auf Kritik der Führungsriege der tschechischen Parteien gestoßen.⁹²²

Als am 26. März 1937 Ministerpräsident Hodža neuerlich Bundeskanzler Schuschnigg in Wien besuchte, berichtete er seinem Gastgeber ohne Zögern, dass die Gefahr einer „Konflagration“ zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei bestehe. Daher wolle er zur Krönung König Georgs VI. nach London fahren und dort „feststellen“, dass die Westmächte ein deutsches *fait accompli* gegen die Tschechoslowakei nicht ruhig hinnehmen würden. – Tatsächlich stieß Hodža beim neuen Außenminister Anthony Eden nur auf unverbindliches Interesse, als er ihn von der Funktionalität der Zusammenarbeit der Kleinen Entente mit Österreich, Ungarn und Bulgarien für die wirtschaftliche und politische Stabilität im Donaauraum zu überzeugen versuchte.⁹²³ – Schuschnigg gestand gegenüber Hodža zwar die „naturegegebene Parallelität unserer Interessen“ ein, hielt es aber „für Österreich ausgeschlossen, irgendwann oder irgendwie als Bundesgenosse der Tschechoslowakei aufzuscheinen“. Daher unterstrich der Bundeskanzler – der vor allem vom christlichsozialen Prager Minister Erwin Zajicek laufend informiert wurde – lediglich die „Notwendigkeit, den deutschen aktivistischen Parteien der Tschechoslowakei etwas Konkretes zu bieten und auch wirklich zu geben“. Hodža

⁹²¹ KÜPPER, K. H. Frank, 1.

⁹²² Ges. Marek an StSekr. Schmidt, 5. und 16. Februar 1937, 5. April 1937, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei 2/9, GZ 35.475/13-1937, 35.959/13-1937, 36.928/13-1937, Kt. 752; HASLINGER, Nation, 400.

⁹²³ Aide-Mémoire über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa, Prag, 29. April 1937, AMZV, IV. Sektion, Kt. 680.

zeigte sich tatsächlich bereit, dem „staatstreuen deutschen Element“ sehr weitgehende Konzessionen zu machen, sprach sich freilich kategorisch dagegen aus, Henlein, „dessen Staatstreue mit allem Grund angezweifelt werden müsse“, in die von ihm geplanten Aktionen einzubeziehen.⁹²⁴

Die Prager Außenpolitik wurde nun immer nervöser. Bevor Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath im Juni 1937 zu einem offiziellen Besuch nach Belgrad kam, ließ Außenminister Krofta in Absprache mit dem Präsidenten Beneš ein Aide-Mémoire über die tschechoslowakische Außenpolitik zusammenstellen und über den tschechoslowakischen Gesandten an den jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenminister Milan Stojadinović übergeben, mit der Bitte, es Neurath auszuhändigen. Das Prager Dokument fasste die Bündnisse mit Frankreich, der Kleinen Entente und der Sowjetunion zusammen, wies auf den Völkerbundpakt und die Schiedsverträge mit Deutschland, Polen und Österreich hin, versuchte aber auch gleich abzuschwächen: „En dehors des ces traités, la Tchécoslovaquie n'a aucun engagement et notamment elle n'en a aucun qui soit dirigé contre l'Allemagne ou la Pologne. Elle n'a non plus aucun traité ou engagement militaires avec la Russie des Soviets ...“ Freilich stellt sich hier die Frage, gegen wen „le traité d'alliance avec la France“ und „le traité d'assistance mutuelle avec la Russie des Soviets“ abgeschlossen worden sein sollten, wenn nicht gegen Deutschland.⁹²⁵ – Stojadinović übergab zwar das Aide-Mémoire an Neurath, fand aber für seinen tschechoslowakischen Verbündeten keine besonders unterstützenden Worte. Die Berliner Außenpolitik dürfte aber das versteckte Angebot eines Freundschaftsvertrages eher als Prager Schwächezeichen interpretiert haben.

Auch der geographisch bereits breit diversifizierte Baťa-Konzern geriet in die internationalen Spannungen. Die deutsche Fabrik wurde verkauft, nachdem 1933 die Behauptung in Umlauf gesetzt wurde, Jan Antonín Baťa, der 20 Jahre jüngere Halbbruder und Nachfolger des tschechischen Schuhmagnaten Tomáš Baťa, sei tschechischer Jude. Andererseits musste in Bataville in Lothringen eine neue Fabrik geschlossen werden, nachdem er bezichtigt worden war, Deutscher zu sein. Und in Polen zirkulierte das Gerücht, Baťa unterstütze die Sowjets. Immerhin konnte die 1932 in Möhlin bei Basel eingeweihte Fabrik gehalten werden.⁹²⁶

Jan Baťa führte das Werk seines 1932 abgestürzten Halbbruders Tomáš fort und ließ etwa eine Fabriksstadt in East Tilbury östlich von London und in Batanagar am Ganges bei Kalkutta errichten. 1937 veröffentlichte er noch das optimistische Buch „Bauen wir einen Staat für 40 Millionen Menschen“, welcher der „kul-

⁹²⁴ Amtserinnerung Ges. Hornbostel (nach Mitteilungen BK Schuschnigg), 27. März 1937, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei I/III geheim, GZ 37.430/10, Kart. 415; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1171.

⁹²⁵ Aide-Mémoire AM Krofta an MP Stojadinović, Prag, 4. Juni 1937, Archiv Národního muzeja (ANM), Praha, Pozůstalost Mastný, Kt. 8, č. 1259, I-12/096-100; DGFP, D, vol. V, 162f.; vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1172.

⁹²⁶ T. K., Die bewegte Familiengeschichte der Schuhdynastie Bata. Ein Erfolgsmodell aus dem mährischen Städtchen Zlín, in: NZZ, 4. September 2008, 13.

turell und wirtschaftlich gesündeste, stärkste und reichste Staat in Europa“ sein könnte und von einer Autobahn von West nach Ost – selbstverständlich über Zlín – durchzogen sein sollte. In Zlín ließ er ein 75 Meter hohes Verwaltungsgebäude errichten, das höchste in der ganzen Republik, in dem er sich mit einer verglasten Fahrstuhlkabine als Büro vertikal durch die Geschoße bewegen, verhandeln und kontrollieren wollte. Als das Hochhaus Anfang 1939 fertiggestellt war, hatte jedoch Jan Bat'a bereits das Land verlassen und führte die Produktionsstätten in Übersee weiter. Leitende Mitarbeiter steuerten die Firma in Zlín durch die Okkupationszeit und sahen sich 1945 dem Kollaborationsvorwurf ausgesetzt, der zur Verstaatlichung führte.⁹²⁷

Trotz dieser Internationalität der tschechoslowakischen Industrie verfasste der britische Botschaftsrat in Prag, Robert H. Hadow, am 23. August 1937 ein zusammenfassendes Memorandum, das eine deutliche Abwendung der Londoner Außenpolitik von der Tschechoslowakei signalisierte: Die Prager Regierung und der Staatspräsident seien es gewesen, die mit ihrer Politik – u. a. der Nichterfüllung der Verpflichtungen des Minderheitenschutzvertrages vom 10. September 1919, mit den militärischen Vorbereitungen im Grenzgebiet und auch mit den Aktionen gegen Henleins Partei – „am nachhaltigsten die Demokratie in der Tschechoslowakei gefährdeten“.⁹²⁸

Als Masaryk am 14. September 1937 starb, dachten viele Zeitgenossen an den Tod Kaiser Franz Josephs im November 1916 und das nachfolgende Ende der Habsburgermonarchie. Tatsächlich schlug Präsident Beneš am Grabe seines Vorgängers bereits einen pessimistischen Ton an:

„[...] I call you all without exception, from the left to the right, from the most remote hamlet to this capital city, from Aš [in the west, Anm. Sayer] to Jašina [in the east, Anm. Sayer], all of you, who think mostly about the social problems of this state, and you, who dedicate yourselves mostly to nationality problems – I call all of you without difference, in the spirit and memory of our first president, to the fulfillment of his bequest and the completion of his work – to the building of our just, staunch, unconquered, developing humanitarian democracy [...] President-liberator, to the bequest which you placed in our hands, we will remain faithful! [věrní zůstaneme].⁹²⁹

Schuschnigg und Hodža besprachen am 27. September 1937 im Hotel „Herzoghof“ in Baden bei Wien ein letztes Mal persönlich die Bedrohung seitens NS-Deutschlands. Der tschechoslowakische Ministerpräsident warnte noch eindringlicher als im März 1937 vor einem deutschen Interventionsfall gegenüber der Tschechoslowakei oder Österreich. Himmler betreibe eine immer radikalere Politik über das Auslanddeutschtum und wolle einen Grenzkonflikt zu einem Interventionsfall ausnützen, und zwar sowohl gegenüber der Tschechoslowakei als

⁹²⁷ Jan A. BAT'A, *Budujme stát pro 40,000,000 lidí* (Zlín 1937).

⁹²⁸ DEJMEK, *Deutsche Reich*, 176.

⁹²⁹ Rede von Präsident Beneš beim Begräbnis Präsident Masaryks am 21. September 1937, in: SAYER, *Bohemia*, 200, 220.

auch gegenüber Österreich. Und Himmler plane auch, eine allgemeine Volkswahl in Österreich erzwingen zu können, die von einer NS-Regierung ausgeschrieben werden sollte; „diese Wahlen würden dann mit 99 % [sic!, im Original] enden“. Der Bundeskanzler glaubte dennoch, Hodža versichern zu können, „dass sich Österreich keinesfalls widerstandslos zum Durchmarschgebiete missbrauchen lassen werde“.⁹³⁰

Da die Sudetendeutsche Partei im Verlauf des Jahres 1937 immer radikalere Töne anschlug und ihre Abhängigkeit von Berlin immer deutlicher wurde, trat im kühlen Verhältnis der österreichischen Regierung zur Henlein-Bewegung keine Änderung ein. Im Jänner 1938 häuften sich sogar Beschwerden von SdP-Funktionären, dass sie von Österreich absolut im Stich gelassen würden. Österreich, „der zweite deutsche Staat“, kümmere sich nicht um die Sudetendeutschen und „zeige sich den Annäherungsversuchen Prags ohne Rücksicht auf diese gesamtdeutsche Frage entgegenkommend“. Dies verbitterte die Sudetendeutsche Partei sehr, „sie fühle sich von Wien zurückgestoßen“.⁹³¹ Diese vorwurfsvolle Sprache dürfte wohl von Berlin inspiriert gewesen sein.

Der Wiener Korrespondent des *Daily Telegraph*, G. E. R. Gedye, resümierte hingegen die Lage der Sudetendeutschen bis 1938 als durchaus zufriedenstellend:

„[...] Aber selbst vor diesem Abkommen [das Münchener Abkommen, Anm. Suppan] war die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei wahrscheinlich die bestgestellte europäische Minorität. Sie war niemals politisch verfolgt worden, selbst aber im Bewusstsein der Unterstützung des deutschen 60-Millionen-Staates immer arrogant und aufsässig. Ihre begründeten Beschwerden betrafen gewisse wirtschaftliche Benachteiligungen (die aber teilweise politisch notwendig waren, weil die Deutschen sich der Republik gegenüber nicht loyal verhielten) sowie kleinliche Schikanen tschechischer Beamter. [...] Die deutsche Propagandamaschine hatte diese geringfügigen Klagen ständig aufgebauscht und in die Welt hinausposaunt, weil sie ihren Plänen für eine deutsche Hegemonie in Osteuropa förderlich waren.“⁹³²

Präsident Beneš war trotz der Besuche von Mussolini, Halifax, Darányi, Stojadinović und Beck in Deutschland auch weiterhin bestrebt, ruhige Nerven zu zeigen, auch wenn der englische Sozialist Clement Attlee, der 1934 und 1936 Beneš besucht hatte, befürchtete, dass er in seiner Außenpolitik gegenüber Deutschland zu sehr auf seine *Cleverness* vertraue: „He did not seem to realise how long a spoon was needed to sup with the devil.“ Es ist auch fraglich, ob Beneš vom Geheimbesuch des Botschafters von Papen Ende Oktober/Anfang November

⁹³⁰ Aufzeichnung Ges. Hornbostel (nach Mitteilungen BK Schuschnigg), 28. September 1937, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei I/III geheim, GZ 37.430/10, Kart. 415. Hodža schlug auch einen Vermittlungsversuch zu den Sozialdemokraten vor, der jedoch von Schuschnigg schroff abgelehnt wurde. Vgl. SUPPAN, Jugoslawien, 1173; KVAČEK, L'Anschluss, 63-65.

⁹³¹ GT Schleinitz und Ges. Marek an StSekr. Schmidt, 13. bzw. 27. Jänner 1938, ÖStA, NPA Tschechoslowakei 2/9, GZ 50.386/13-1938, 50.934/13-1938, Kart. 752.

⁹³² G. E. R. GEDYE, Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfuß-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Wien und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938 (Wien 1981) 358.

1937 in Paris erfuhr, bei dem Ministerpräsident Camille Chautemps und Finanzminister Georges Bonnet ihre Akzeptanz einer wirtschaftlichen und kulturellen Verbindung zwischen Deutschland und Österreich zusagten, auch einer größeren Autonomie für die Sudetendeutschen, und als Bedingung lediglich verlangten: Es müsse friedlich und „ohne Überraschung“ (*sans surprise*) vor sich gehen. Sogar nach dem erniedrigenden Besuch Schuschniggs auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden und als Schuschnigg eine weitere Einladung Hodžas telephonisch absagte, glaubte Beneš noch „durch praktisches Entgegenkommen das Vertrauen Deutschlands zu erwerben“.⁹³³

„It was Halifax and not Hitler who raised the possibility that England would accept alterations in Danzig, Austria, and Czechoslovakia if they came through ‚the course of peaceful evolution‘ and without using methods that would cause ‚far-reaching disturbances‘.“ Aber als Lord President Edward Halifax diese Überlegungen am 19. November 1937 Hitler in Berlin präsentierte, schien dieser nicht sonderlich interessiert. Am nächsten Tag versuchte jedoch Göring – für Halifax ein „film star, great landowner [...], prime minister, party manager, head gamekeeper [...]“ in einem – den britischen Gast in Karinhall zu einem deutsch-britischen Deal in Mitteleuropa und hinsichtlich einiger Kolonien zu überreden, während Kriegsminister Blomberg ohne Umschweife Deutschlands vitale Interessen in Mittel- und Osteuropa ansprach. Er könne nicht verstehen, warum Frankreich, das gar nicht bedroht sei, „so bitterly opposed the satisfaction of Germany’s vital needs“.⁹³⁴

Ob die Deutschland-Reise Mussolinis zwischen dem 25. und 29. September 1937 bereits das Schicksal Österreichs besiegelt habe, wie Zara Steiner meint, war erst im Nachhinein zu erkennen. Aber in diplomatischen Kreisen Frankreichs und Großbritanniens wurde es schon 1937 ein offenes Geheimnis, dass weder Paris noch London für die österreichische Unabhängigkeit kämpfen würden. Die Achse Paris – Prag – Moskau schien nicht besonders gefestigt, vor allem auch infolge der mörderischen „Säuberungen“ in den politischen und militärischen Rängen Moskaus. Polen und Rumänien versuchten sich neutral zu verhalten. Ungarn und Jugoslawien waren bereits wirtschaftspolitisch eng mit Deutschland verknüpft, Ungarn darüber hinaus durch seine revisionistischen Zielsetzungen, Jugoslawien durch seine Angst vor einer Restauration der Habsburger in Österreich festgelegt. Nach der Demütigung Schuschniggs auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938 wartete jedenfalls ganz Europa auf die nächsten aggressiven Schritte Hitlers gegenüber Österreich.⁹³⁵

Hitler beklagte in seiner Rede vom 20. Februar – die vollständig im österreichischen Rundfunk übertragen worden war (sic!) – die Trennung von zehn

⁹³³ CLEMENT ATTLEE, *As It Happened* (London 1954); WANDYCYZ, Beneš, 218; SOUTOU, *Le deuil*, 790.

⁹³⁴ STEINER, *The Triumph*, 338f.

⁹³⁵ SUPPAN, *Jugoslawien*, 1160-1222; STEINER, *The Triumph*, 359-386, 465f.

Millionen deutschen „Volksgenossen“, die durch die Friedensverträge festgelegt worden sei. Damit waren sowohl die Österreicher als auch die Sudetendeutschen gemeint. Die Rede bedeutete weiteren Rückenwind für die österreichischen und sudetendeutschen Nationalsozialisten, ja sogar eine verdeckte Aufforderung zum Kampf gegen die österreichische bzw. tschechoslowakische Regierung. Die österreichischen NSDAP-Funktionäre begannen in einer Reihe von Städten Massendemonstrationen zu organisieren. Als jedoch am Morgen des 9. März Schuschniggs Ankündigung bekanntgegeben wurde, am 13. März eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs abhalten zu wollen, zeigten sich Hitler und die Wehrmacht unvorbereitet, sodass Hitler in einer ersten Reaktion von Schuschnigg eine Verschiebung der Volksabstimmung um zwei Wochen verlangte. Ob die Ankündigung Schuschniggs tatsächlich eine „fatale Fehlkalkulation“ war, wie Ian Kershaw feststellt, darf jedoch auf Grund des hysterischen Durcheinanders in Berlin zwischen dem 9. und 11. März bezweifelt werden. Allerdings verlor angesichts der von Rainer angeordneten SS- und SA-Aktivitäten in Wien auch Schuschnigg die Nerven und akzeptierte am Nachmittag des 11. März die Forderung nach einer Verschiebung des Plebiszits; noch am selben Abend trat der Bundeskanzler zurück: Österreich habe der Gewalt weichen müssen. Um Blutvergießen zu vermeiden, würden die Streitkräfte des Landes keinen Widerstand leisten.⁹³⁶

Obwohl damit die wesentlichste deutsche Forderung erfüllt war, begann am 12. März um 5.30 Uhr der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich, der von der Bevölkerung mit Jubel, Blumen und Glockengeläut begrüßt wurde. Aber erst unter dem Eindruck seiner eigenen Triumphfahrt von Braunau nach Linz am Nachmittag des 12. März scheint sich Hitler zum unverzüglichen „Anschluss“ entschlossen zu haben. Hier, in Linz, wo er die Realschule besucht, aber nicht abgeschlossen hatte, unterzeichnete Hitler – nach dem Rücktritt des Bundespräsidenten Miklas – am Abend des 13. März das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“. Auch in Wien, wo Hitler am 14. März mit seiner Wagenkolonne triumphal einfuhr, gab es Szenen der Begeisterung, die sogar von ausländischen Journalisten nur schwer wiederzugeben waren. Der *Times*-Korrespondent berichtete über Hitlers triumphalen Einzug in Linz und Wien:

„Es gibt kein Adjektiv, um den Jubel zu beschreiben, der ihn in Linz empfing [...] oder der ihn in Wien erwartete. [...] Der triumphale Einzug wurde geteilt von der Armee, die er nach Österreich geschickt hatte; Blumen markierten den Pfad der rasselnden Tanks und Panzerwagen. Wenn es

⁹³⁶ KERSHAW, Hitler II, 119-125; WILLIAMS, Gau, Volk und Reich, 88-93. Als sich der auf ultimativen Druck Hitlers mit 54 Jahren pensionierte Feldmarschallleutnant Alfred Jansa, bis dahin Chef des Generalstabes für die bewaffnete Macht, am 16. Februar 1938 beim Bundespräsidenten Miklas verabschiedete, vertraute ihm dieser an: „Ja, ich habe Schuschnigg gesagt, er möge sich vors Mikrofon stellen und die Weltöffentlichkeit von dem Geschehen orientieren.“ General Jansa: „Bravo! Und denken Sie, Herr Oberbefehlshaber, an das Bundesheer! Es steht bereit.“ Da stand Miklas resignierend auf: „Schuschnigg will nicht, und ich habe nach der Verfassung keine Handlungsfreiheit. Die Politik ist Sache des Kanzlers.“ – Peter BROUCEK (Hg.), Feldmarschallleutnant Alfred Jansa. Erinnerungen (Wien 2011).

am Freitag [dem 11. März, Erg. Suppan] Österreicher gab, die gegen ihn waren, so verbargen sie sich oder sie wurden gestern und heute vom Gegenteil überzeugt.“⁹³⁷

Viele, die sich verbargen, waren von Polizeikommandos, die mit Himmler und Heydrich bereits am frühen Morgen des 12. März 1938 auf dem Flugplatz Aspern bei Wien gelandet waren, aufgespürt und verhaftet worden: Anhänger des Schuschnigg-Regimes, Sozialisten, Kommunisten und Juden. Viele Juden wurden vom nationalsozialistischen Mob misshandelt, geschlagen und gefoltert, viele jüdische Geschäfte geplündert; an die 500 Wiener Juden begingen Selbstmord.⁹³⁸ Das Fachorgan „Die Deutsche Polizei“ schrieb hingegen von einem „kühnen Handstreich des Reichsführers-SS Heinrich Himmler“, durch den „diese Revolution, eine der unwälzenden der ganzen Weltgeschichte [...] ohne einen einzigen Schuss und ohne jedes Blutvergießen durchgeführt wurde“. – Himmler wollte offensichtlich die Blamage der SS-Standarte 89 vom 25. Juli 1934 vergessen machen. – Und Himmler ließ es sich nicht nehmen, nach der Begrüßung Hitlers in Linz am 14. März gemeinsam mit Sepp Dietrich an der Spitze der „Leibstandarte Adolf Hitler“ in Wien einzumarschieren. Hier vereidigte er die Polizei des österreichischen „Ständestaates“ auf Adolf Hitler und richtete die Staatspolizeileitstelle Wien ein. Auch das österreichische Bundesheer wurde sogleich auf Hitler vereidigt. Ergebenheitsadressen kamen vom Adel und der Industrie, von den Arbeitern und der Bauernschaft, von Künstlern und den ethnischen Minderheiten, von den Bischöfen und sozialdemokratischen Führern.⁹³⁹

Stefan Zweig, der bereits nach London emigriert war, erhielt jedoch furchtbare Nachrichten aus Wien:

„Mit nackten Händen mussten Universitätsprofessoren die Straßen reiben, fromme weißbärtige Juden wurden in den Tempel geschleppt und von johlenden Burschen gezwungen Kniebeugen zu machen und im Chor ‚Heil Hitler‘ zu schreien. Man fing unschuldige Menschen auf der Straße wie Hasen zusammen und schleppte sie, die Abtritte der SA-Kasernen zu fegen; alles, was krankhaft schmutzige Hassphantasie in vielen Nächten sich orgiastisch ersonnen, tobte sich am hellen Tage aus.“⁹⁴⁰

⁹³⁷ Francis L. CARSTEN, *Die Erste Österreichische Republik im Spiegel zeitgenössischer Quellen* (Wien – Köln – Graz 1988) 217; vgl. KERSHAW, *Hitler II*, 127-129; GEDYE, *Bastionen*, 302; Erwin A. SCHMIDL, *März 1938. Der deutsche Einmarsch in Österreich* (Wien 1987).

⁹³⁸ Dem ersten Österreichertransport in das KZ Dachau – insgesamt 150 Personen – gehörten vor allem Wiener Juden und führende Funktionäre der Vaterländischen Front an. – Wolfgang NEUGEBAUER – Peter SCHWARZ, *Stacheldraht, mit Tod geladen... Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938* (Wien 2008).

⁹³⁹ LONGERICH, *Himmler*, 417f. Nach BOTZ, *Nationalsozialismus in Wien*, 405-407, stieg die Zahl der österreichischen NSDAP-Mitglieder zwischen 1938 und 1941 von 164.000 auf über 688.000. Die öffentlich Bediensteten wurden zu über 60 % NSDAP-Mitglieder, die Beamten im engeren Sinn sogar zu über 90%. Auch die Privatangestellten lagen mit 29% NSDAP-Zugehörigkeit über ihrem Bevölkerungsanteil (21 %), während die Selbständigen in Handel und Gewerbe sowie die Arbeiter mit jeweils 15 % unter ihrem Bevölkerungsanteil lagen.

⁹⁴⁰ Stefan ZWEIF, *Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers* (Stockholm 1944, Frankfurt am Main 1970) 458; vgl. BOTZ, *Wien*, 55-58. Zweig überschätzte seine Landsleute: „Nur

Am 15. März 1938 verkündete Adolf Hitler bei strahlendem Frühlingswetter vom Balkon der Neuen Hofburg am Wiener Heldenplatz vor Hunderttausenden jubelnden Anhängern: „Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.“ Mit diesem „Anschluss“ Österreichs hatte Hitler einerseits die Vereinigung der meisten Deutschen in einem Reich erzwungen, andererseits aber auch „den großen Traum der Revolution von 1848“ und die einhellige Forderung der Abgeordneten der Deutschen und Deutsch-Österreicher von 1918 erfüllt. Auch der Erzbischof von Wien, Theodor Kardinal Innitzer, versicherte Hitler noch am selben Tag die Loyalität der österreichischen Katholiken. Die Wahlen zum neuen „Großdeutschen Reichstag“ am 10. April – verbunden mit einem Plebiszit – ergaben in Deutschland wie in Österreich schließlich eine Mehrheit von über 99 % der Stimmen, also für die „Liste unseres Führers Adolf Hitler“ und für den „Anschluss“.⁹⁴¹

Karl Renner, der sozialdemokratische Staatskanzler von 1918-1920, hatte in einem Aufsehen erregenden Interview für das „Neue Wiener Tagblatt“, das am 3. April 1938 erschien, für den „Anschluss“ geworben:

„Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluss nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer der Selbstbestimmung der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudig begrüßte. [...] Nun ist diese zwanzigjährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November [1918] zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts, 1866 bis 1918, geht hiemit in unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte unter. [...] Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen.“⁹⁴²

Seit dem 10. April 1938 existiert in Österreich die Diskussion, wie viele Österreicher bei einer geheimen Volksabstimmung unter Beobachtung des

wir Österreicher wussten, mit welcher von Ressentiment gestachelten Gier es Hitler nach Wien trieb, der Stadt, die ihn im niedrigsten Elend gesehen und in der er einziehen wollte als Triumphator.“ (S. 454)

⁹⁴¹ KERSHAW, Hitler II, 130f.; MAIER, Past, 145. Hitler absolvierte zwischen dem 3. und 9. April 1938 eine sogenannte „Ostmarkfahrt“, auf der er perfekt inszenierte Massenkundgebungen in Graz, Klagenfurt, Innsbruck, Salzburg, Linz und Wien abhielt. Der Kundgebungstag in den einzelnen Landeshauptstädten wurde zum Festtag erklärt und war arbeits- und schulfrei. Allein in Graz strömten 400.000 Teilnehmer aus der ganzen Steiermark zusammen, die von 20.000 Soldaten und Sicherheitskräften geordnet wurden. Am Abend hielt Hitler jeweils vor ausgewähltem Publikum eine weitere Propagandarede. – Anton HOLZER, Masse und Maschine, in: Die Presse, 26. März 2011, spectrum, VII.

⁹⁴² Neues Wiener Tagblatt, 3. April 1938; vgl. Walter RAUSCHER, Karl Renner. Ein österreichischer Mythos (Wien 1995) 297-301.

Völkerbundes wirklich für einen „Anschluss“ gestimmt hätten. Man hätte mit Sicherheit die Abstimmungsberechtigten völlig heterogener Gruppen unter den Nein-Stimmen gefunden: die Juden, die streng gläubigen Katholiken und die Funktionäre der Vaterländischen Front, den Kern der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft und ihre Vertrauensleute sowie die Kommunisten – alle zusammen vielleicht eine Million von insgesamt vier Millionen Abstimmungsberechtigten. Dies hätte aber noch immer eine klare Mehrheit von 75 % für einen „Anschluss“ an Hitler-Deutschland ergeben. Man darf also davon ausgehen, dass im März/April 1938 eine klare Mehrheit von Österreichern wie Kardinal Innitzer und Karl Renner dachte, d. h. nicht nur alle Parteigänger der Großdeutschen, sondern auch eine Mehrheit der Christlichsozialen und Sozialdemokraten.⁹⁴³

Bereits am Abend des 11. März 1938 hatte der preußische Ministerpräsident Göring auf einem Bankett im Berliner „Haus der Flieger“ den tschechoslowakischen Gesandten Mastný zu sich gebeten und ihm versichert, dass die eben in Österreich vor sich gehenden Geschehnisse keinerlei ungünstigen Einfluss auf die Beziehungen des Deutschen Reiches zur Tschechoslowakei haben würden und dass Deutschland seinerseits fortfahren werde, sich ernsthaft um die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zu bemühen. Selbstverständlich hatte Mastný diese Feststellung noch am selben Abend telegraphisch nach Prag weitergegeben. Am Vormittag des 12. März wiederholte Göring telephonisch diese beruhigende Erklärung. Und am selben Tag erhielt Mastný vom ehemaligen Reichsaußenminister von Neurath im Namen Hitlers die Zusicherung, dass sich Deutschland nach wie vor durch den im Oktober 1925 zu Locarno geschlossenen deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrag gebunden erachte. Präsident Beneš und seine Regierung fanden sich daher sehr schnell mit dem deutschen Einmarsch in Österreich ab, und der tschechoslowakische Außenminister Krofta ließ an seine Gesandtschaften telegraphieren:

„[...] Nach den gestrigen Ereignissen halten wir Österreich für de facto mit dem Reich vereinigt [...]. Nach den vorliegenden Nachrichten aus Paris und London ist mit einem energischen und konsequenten Einschreiten des Westens nicht zu rechnen [...]. Bei der praktischen Passivität des Westens fällt natürlich unser Eingreifen, welcher Art auch immer, überhaupt nicht ins Gewicht; auf Anfragen erklären wir, dass wir unmittelbar nicht betroffen sind, dass es sich um eine Sache Berlins und Wiens auf der Grundlage des Vertrages von 1936 handelt; im übrigen ist das ein Problem ganz Europas, d. h. vor allem der Großmächte.“⁹⁴⁴

⁹⁴³ Vgl. Werner WELZIG (Hg.) unter Mitarbeit von Hanno Biber und Claudia Resch, „Anschluss“. März/April 1938 in Österreich (Wien 2010).

⁹⁴⁴ KVAČEK, L'Anschluss, 63f. Der französische Außenminister Yvon Delbos erklärte in seinem Runderlass vom 12. März 1938, dass Paris gegen den „Anschluss“ untätig bleibe, weil Großbritannien und Italien nicht reagieren wollten. Der französische Gesandte in Wien, Gabriel Puaux, aber sagte es direkter: Der „christliche Ständestaat“ von Schuschnigg, der Legitimus und der Klerikalismus – die drei Säulen der österreichischen Unabhängigkeit – seien für die Volksfront in Paris unannehmbar, die die Niederwerfung des Aufstandes ihrer österreichischen Genossen

Es darf bezweifelt werden, ob Außenminister Krofta tatsächlich an eine Nicht-Betroffenheit der Tschechoslowakei glaubte. Denn der „Anschluss“ Österreichs stellte einen entscheidenden Schritt zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands im Donauraum und in Südosteuropa dar. Krofta fasste daher wenige Wochen nach dem „Anschluss“ noch einmal die gewichtigen Gründe der „Anschluss“-Gegner von 1919 zusammen:

- Eine Vereinigung Österreichs mit Deutschland hätte einen wesentlichen Zuwachs der deutschen Macht gebracht;
- daraus hätte eine Gefährdung der Lebensinteressen anderer Staaten und Nationen resultiert, die gezwungen gewesen wären, sich gegen Deutschland zusammenzuschließen;
- somit wäre aber in Europa neuerlich eine kriegerische Spannung entstanden, „die mit der Zeit unabwendbar zu einem neuen großen Ringen führen müsste, das furchtbarer sein würde als der letzte Weltkrieg“.
- Im übrigen meinten viele, dass „ein solches Untergehen Österreichs im deutschen Meer kaum ein Glück für Österreich selber sein könne, das durch zahlreiche Lebensinteressen mit dem übrigen Zentraleuropa verbunden und durch seine Vergangenheit zu einer wesentlich anderen Art von politischem Leben erzogen war, als es in Deutschland gepflegt wurde, dass es aber sicher ein schwerer Verlust für das europäische Kulturleben wäre, wenn die geistige und künstlerische Eigenart Österreichs verschwinden sollte“.⁹⁴⁵

Im März 1938 ging mit dem „Anschluss“ tatsächlich nicht nur die Erste Republik, sondern auch ein Teil des alten geistigen Österreich unter und überlebte nur mehr in der Emigration. Dazu gehörten die Psychoanalyse des aus Nordmähren gebürtigen Sigmund Freud, die „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ Joseph Schumpeters, der Neoliberalismus Friedrich Hayeks, die „Reine Rechtslehre“ Hans Kelsens, die Sprachphilosophie Ludwig Wittgensteins, die Isotypenlehre Otto Neuraths, die mathematischen Theorien Kurt Gödels, die physikalischen Theorien Erwin Schrödingers und Wolfgang Paulis, die Wissenschaftstheorie Karl Poppers und die Kunstgeschichte Ernst Gombrichs. Indem sie die Juden aus Wien – bald auch aus Prag und Brünn – vertrieben, zerrissen die Nationalsozialisten eine Gemeinschaft, die mit ihrem strengen methodischen Rüstzeug und einem Sinn für Kontinuität befähigt war, das Leben als Ganzes zu sehen. Allerdings wären Karl Kraus oder Stefan Zweig überrascht gewesen, wenn sie feststellen hätten müssen, dass Österreich dennoch keine „Versuchsstation für Weltuntergänge“ wurde und die Zivilisation trotz allem überlebte. Und eine Mehrheit von Österreichern stimmte vermutlich dem bedeutendsten österreichischen Historiker dieser Zeit, Heinrich Ritter von Srbik, zu, dass der „Anschluss“ eine „gesamtdeutsche“ Brücke zwischen dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation

im Februar 1934 nicht vergessen hätte. – Gabriel PUAUX, *Mort et transfiguration de l'Autriche: 1933-1955* (Paris 1966).

⁹⁴⁵ Kamil KROFTA, *Zwanzig Jahre neues Zentraleuropa*, in: *Prager Rundschau* 1937/38, 1-10.

und dem Deutschen Reich von 1871 bilde. Denn die Aufgabe der deutschen Geschichte sei es, auf der Basis der Idee des Volkstums ein neues deutsches Haus zu errichten.⁹⁴⁶

Der US-Völkerrechtler Charles G. Fenwick gab die vielleicht profundeste Einschätzung der Bedeutung des „Anschlusses“ für das Völkerrecht und die internationale Politik:

“[...] Today [in spring 1938, Anm. Suppan] we witness not a customs treaty between two independent states, not even a confederation of Austria and Germany leaving the national integrity of Austria unimpaired, but the complete assimilation of Austria into Germany. Austria is henceforth to be a mere province of Germany, the name of the country, whose origins go back to the tenth century or earlier, is now erased from the annals of international law. Diplomatic relations of Austria with third states will be merged with those of Germany. Treaties made with Austria come to an end; and there is only the question of the extent to which Germany may be expected by law to succeed to obligations once binding upon Austria.

What is to be the attitude of other members of the international community towards the forcible extinction of one of their associates? By no process of legal legerdemain can the coercion exercised by Germany upon the *de jure* Government of Austria be resolved into an act of voluntary consent on the part of Austria to the union. Whatever be the results of the plebiscite to be held as means of obtaining formal confirmation of the accomplished fact, the initial use of force by Germany must taint all subsequent proceedings with illegality. In the case of members of the League of Nations the legal obligation is explicit enough, whatever difficulties may be in the way of giving practical effect to the obligation. For the experience of recent years has shown that collective security can not be counted upon less unless the vast majority of the community is on the side of law and order, so that their combined strength greatly exceeds that of the lawbreaker and his accomplices. Collective security must inevitably fail when those who challenge the law are so powerful that they can only be suppressed at a cost to the community which appears to outweigh the suffering of the victim. Under such circumstances each member of the international community will be tempted to take a narrower view of its national interests and to seek its present safety at whatever cost to the general principle of cooperative defense.

For the states parties to the Pact of Paris [Briand-Kellogg-Pact] there are no treaty obligations calling upon them to take action in consequence of the violation of the Pact. But apart from treaty obligations they have a right under international common law to protest against violation of a treaty and to support their protest by such methods as they may see fit to adopt. The doctrine of non-recognition should logically be applied to the annexation of Austria as to a territorial conquest, since otherwise the protest against the violation of the treaty provisions would be nullified by acceptance of the results. Further methods of protest might go so far as the prohibition of the shipment to the treaty-violating state of the raw materials of war industries and even the temporary recall of diplomatic representatives.

[...] It may be that it is now too late to bring about that combination of military, economic, and moral disarmament which has been all along the one means of stemming the tide of international anarchy, but which has not been into effect simply because of the lack of a determined will to do so. But the greater the danger that faces the nations, the more imperative it is that they make that

⁹⁴⁶ William M. JOHNSTON, Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donaauraum 1848 bis 1938 (Wien – Köln – Weimar 4. Aufl. 2006) XII-XVII; MAZOWER, Hitler's Empire, 41f.

last bold effort which, if it should succeed, would save our civilization from a calamity greater than any that has yet come upon it.⁹⁴⁷

Der „Anschluss“ Österreichs ist allerdings nicht nur aus völkerrechtlichen, nationalpolitischen oder geistesgeschichtlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Abgesehen vom großen propagandistischen Erfolg Hitlers für seine Außen- wie Innenpolitik, wurden in der Folgezeit die personalbezogenen und wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkte am wichtigsten. Obwohl das am 14. März 1938 in die Wehrmacht eingegliederte und auf Hitler vereidigte österreichische Bundesheer nur gut 25.000 Mann umfasst hatte, sollten im Verlauf des Zweiten Weltkrieges 1,309.000 „Österreicher“ in Wehrmacht und SS zum Einsatz kommen, d. h. über 40 Prozent der gesamten männlichen Bevölkerung von 1938 bzw. über 80 Prozent der Männer zwischen 17 und 55 Jahren. Zwar galt ab 1. April 1938 die bessere deutsche Besoldungsregelung, die Dienstzeit im Bundesheer wurde angerechnet und der Dienstgrad blieb erhalten, aber 440 Offiziere – darunter 123 jüdische Offiziere – wurden nicht übernommen, mussten Kürzungen oder gar Streichungen ihrer Pension hinnehmen und kamen später zum Teil auch in einem KZ ums Leben. Andererseits sollten etwa 220 „Österreicher“ in Hitlers Armee in den Generalsrang aufsteigen (unter etwa 2000 deutschen Generälen), von denen 49 fielen und fünf nach dem Krieg als Kriegsverbrecher hingerichtet wurden. Von der Gesamtzahl der „österreichischen“ Soldaten fielen nicht weniger als 247.000 Mann, also etwa 18,5 %.⁹⁴⁸

Die wesentlichsten wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkte waren:

- Österreich produzierte auf dem Agrarsektor Holz, Milch, Butter und Käse über seinen Eigenbedarf hinaus und konnte somit empfindliche Lücken im Bedarf des Altreichs schließen.
- Österreich verfügte über wertvolle Rohstoffe wie Eisen-, Blei- und Zinkerze, Magnesit, Erdölvorkommen und ungenutzte Wasserkräfte.
- Die Österreichische Nationalbank verfügte über einen Valutabestand von 460 Millionen S, ungemünztes Gold im Wert von 296 Millionen S, Clearingguthaben in Höhe von 150 Millionen S und ein Golddepot bei der Bank of England in Höhe von 80 Millionen S.
- Österreich besaß sowohl eine leistungsfähige Grundstoffindustrie als auch eine qualitativ hochwertige verarbeitende Industrie, deren Kapazitäten seit 1918

⁹⁴⁷ Charles FENWICK, Editorial Comment: Fuit Austria, in: *American Journal of International Law* 32 (1938) 312-314. Fenwick scheute sich auch nicht, von den USA moralische und ökonomische Unterstützung für die Einhaltung der Prinzipien des Völkerrechts zu verlangen.

⁹⁴⁸ OVERMANS, *Verluste*, 263, chart 51; Bertrand Michael BUCHMANN, *Österreicher in der Deutschen Wehrmacht – Soldatenalltag im Zweiten Weltkrieg* (Wien 2009). Vom österreichischen Bundesheer wurden 55 % der Generäle, 40 % der Obersten und 14 % des übrigen Offizierskorps aus politischen oder „rassischen“ Gründen nicht in die Deutsche Wehrmacht übernommen. Vgl. Wolfgang ETSCHMANN, *März 1938 – eine militärhistorische Betrachtung siebenzig Jahre danach*, in: *Heeresgeschichtliches Museum/Militärhistorisches Institut* (Hgg.), *Einmarsch 38. Militärhistorische Aspekte des März 1938. Begleitband zur Sonderausstellung des Heeresgeschichtlichen Museums* (Wien 2008) 15-46.

und neuerlich seit 1930 ungenügend genutzt wurden, was auch durch die hohe Arbeitslosigkeit von über 400.000 Personen (zum großen Teil Facharbeitern) zum Ausdruck kam.⁹⁴⁹

Erst der „Anschluss“ ermöglichte daher der deutschen Führung sowohl die für 1938 geplante Fortführung der Rohstoff- und Devisenwirtschaft als auch die Errichtung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Führung. Immerhin hatten die Gold- und Devisenreserven der Österreichischen Nationalbank die Reserven der Reichsbank mehr als verdoppelt. Bereits zwei Tage nach dem deutschen Einmarsch erlangte der Vierjahresplan auch für Österreich Gültigkeit, und Göring kündigte sogleich an, „für den Ausbau der Energiewirtschaft, für die Hebung der Bodenschätze wie für die Ausgestaltung der vordringlich in Frage kommenden Industrie- und Verkehrszweige“ Sorge zu tragen. Ohne Umstände übernahmen allein die Reichswerke Hermann Göring 30 Industriebetriebe, darunter die Österreichische Alpine-Montan-Gesellschaft mit dem steirischen Erzberg. So wurde zwischen 1937 und 1939 die Eisenerzförderung von 1.880.000 t auf 2.971.000 t gesteigert, die Erdölförderung von 32.900 t auf 144.300 t. Bereits Ende März 1938 hatte Göring auch erklärt, dass es nicht angehe, dass in Österreich einsatzfähige Arbeitskräfte längere Zeit arbeitslos blieben und Unterstützung erhielten, während sie im übrigen Reichsgebiet dringend benötigt würden. „Wenn also die österreichische Wirtschaft in absehbarer Zeit nicht restlos zur Einstellung der arbeitslosen Kräfte“ in der Lage sei, „könne ein Einsatz im alten Reichsgebiet erfolgen“. Tatsächlich schuf die „Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung“ vom 22. Juni 1938 die Voraussetzungen für eine Dienstverpflichtung, die in kurzer Zeit die Überführung von 100.000 österreichischen Arbeitskräften, unter ihnen rund 10.000 Ingenieure, nach Deutschland ermöglichte.⁹⁵⁰

Das Deutsche Reich griff aber nicht nur nach den österreichischen Rohstoffen und Arbeitskräften, sondern gleich auch nach den österreichischen Banken und Industriebetrieben. Unter Ausnützung der neuen diktatorischen Verhältnisse und durch gewaltsame Enteignung unter rassistischen oder politischen Gesichtspunkten – die nach früherem und heutigem österreichischen Recht größtenteils als Raub zu klassifizieren ist – brachte die reichsdeutsche Wirtschaft in kurzer Zeit einen Großteil der österreichischen Banken und Industrieunternehmen durch Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen oder ganzer Firmen zu Schleuderpreisen unter ihre Kontrolle. So kam die Creditanstalt-Bankverein unter die Kontrollmehrheit der Deutschen Bank, während die Länderbank Wien eine Tochtergesellschaft der Dresdner Bank wurde.⁹⁵¹ Im Verlauf der unter zunehmendem Druck erfolg-

⁹⁴⁹ Norbert SCHAUSBERGER, *Der Anschluß und seine ökonomische Relevanz*, in: *Anschluß 1938* (Wien 1981) 244-270; VOLKMANN, *NS-Wirtschaft*, 323-325.

⁹⁵⁰ Hermann GÖRING, *Ostmark*, 194; VOLKMANN, *NS-Wirtschaft*, 324f.; TOOZE, *Ökonomie*, 290f.

⁹⁵¹ Wie ein im Jahre 2000 von einem New Yorker Gericht verlangtes und 2006 abgeschlossenes Forschungsprojekt nachwies, arbeiteten Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank und Josef

ten Eigentumsverschiebungen wurden zahlreiche wirtschaftliche Schlüsselpositionen mit Reichsdeutschen oder „alten Kämpfern“ unter den österreichischen Nationalsozialisten besetzt. Vor allem die Reichswerke Hermann Göring, die in Linz ein riesiges Hüttenwerk zu errichten begannen, aber auch die IG-Farben AG und die Gustloff-Stiftung nahmen zahlreiche Industrieunternehmen in ihre Regie. Bei Kriegsbeginn galten bereits 245 frühere österreichische Unternehmen als Rüstungsbetriebe, die in der Hauptsache Uniformen, Hindernis- und Stellungsbauwerkzeug, Karabiner, sowie Aufbauten für Panzerspähwagen herstellten, während die Errichtung einer Reihe von Werken zum Bau von Panzer- und Flugzeugteilen sowie zur Produktion von Geschützen und Munition unmittelbar bevorstand.⁹⁵²

Bedurfte es bei der Einbeziehung der österreichischen Industrie und Landwirtschaft immerhin einiger deutscher Investitionen (etwa in der Bauwirtschaft und in der Düngemittelversorgung), um durch Ausschöpfen der wirtschaftlichen Möglichkeiten „in verhältnismäßig kurzer Zeit den Einsatz dieser Zuschussmittel“ wieder zurück zu erhalten, so stellte die rasche Übernahme der Gold- und Devisenbestände der Österreichischen Nationalbank seitens der Reichsbank einen ziemlich leicht durchzuführenden imperialistischen Zugriff dar. Mit der Eröffnung einer Reichsbankhauptstelle in Wien flossen zusätzlich sehr hohe Goldwerte, Devisenbestände und ausländische Wertpapiere aus privater Hand in die Geldinstitute, insgesamt im Wert von 1750 Millionen Schilling. Dies wurde sowohl durch Ankündigung einer Abgabepflicht als auch durch Einräumung eines kurzfristigen (bis zum 25. April 1938) günstigeren Eintauschkurses im Verhältnis von S 3 zu RM 2 erreicht. Somit brachte Österreich an Gold und Devisen den 15- (bei S 3 = RM 2) bis 21-fachen (bei S 1 = RM 0,47) Betrag dessen ein, was die Reichsbank an Barvermögen besaß. Auch die auf mindestens 500 Millionen Schilling zu beziffernden Geldreserven der österreichischen Girodepositen, Banken und Sparkassen gingen schon im April 1938 auf die Reichsbank über.⁹⁵³

Auf Grund der geostrategischen Lage und der Verbindungen Österreichs war das Deutsche Reich durch den „Anschluss“ die mit Abstand stärkste Macht auch im Donaauraum und in Südosteuropa geworden. Das „Dritte Reich“ hatte nun die böhmischen Länder eingekreist und war direkter Nachbar der bald autonom und dann selbständig werdenden Slowakei sowie Ungarns und Jugoslawiens geworden. Aber auch die Handelswege nach Rumänien und Bulgarien – etwa entlang der Donau – hatten sich stark verkürzt. Durch den „Anschluss“ erhöhte sich etwa

Joham von der Creditanstalt „Hand in Hand in Osteuropa“, „und Abs unterstützte Wien und die Creditanstalt in ihrem Ziel, eine Sonderrolle bei der territorialen und der wirtschaftlichen Expansion einzunehmen“. – Gerald D. FELDMAN, Oliver RATHKOLB, Theodor VENUS, Ulrike ZIMMERL, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, 1. Bd.: Creditanstalt-Bankverein (München 2006) 7-16.

⁹⁵² VOLKMANN, NS-Wirtschaft, 324. Erneut beschlagnahmt und enteignet wurde auch der Besitz der Habsburger, der mit den „Habsburgergesetzen“ 1935 zurückgegeben worden war, und der „Familienversorgungsfonds des Hauses Habsburg-Lothringen“. – SCHEUTZ, Wiener Hof, 140.

⁹⁵³ VOLKMANN, NS-Wirtschaft, 325.

die Außenhandelsabhängigkeit Ungarns und Jugoslawiens schlagartig. Göring gab daher sofort den Auftrag, im Sinne des Aufbaues einer Großraumwirtschaft „in allen Lagen einen geregelten Warenaustausch“ sicherzustellen. Freilich, die NS-Rüstungswirtschaft hatte die Input-Effekte des „Anschlusses“ bald aufgebraucht und hielt noch im Jahre 1938 nach zusätzlichen Lebensraumerweiterungen Ausschau.⁹⁵⁴

Die *Neue Zürcher Zeitung* erkannte bereits am 15. März 1938 die geo- und wirtschaftsstrategische Bedeutung des „Anschlusses“:

„[...] Im Zeitraum von 48 Stunden, vom Abend des 11. März [...] bis zur Verkündung des Anschlussgesetzes am Abend des 13. März ist Hitler die Eroberung und Annexion eines Staates mit einem Flächeninhalt von 83.686 km² und einer Bevölkerung von rund 6 ¾ Millionen ohne Schwertstreich gelungen. Das ist ein Gewinn, der die Verluste übertrifft, die Deutschland im Jahre 1919 auf Grund des Friedensvertrages von Versailles [...] erlitt. Da der Besitz Österreichs zugleich die Herrschaft über eine Schlüsselposition der europäischen Politik bedeutet, ist der tatsächliche Machtzuwachs für Deutschland unvergleichlich größer. [...] Wer in Wien sitzt, sagte in der Zeit der Friedenskonferenz ein italienischer Diplomat, wird letzten Endes den Weltkrieg gewonnen haben. Darin – ganz abgesehen von der zum Teil einmaligen, aber im Augenblick äußerst wichtigen Bereicherung, die der kriegsmäßigen Mangelwirtschaft des Nationalsozialismus mit der Aufsaugung der Rohstoff- und Devisenschätze Österreichs zufällt – ist das beispiellose Triumphgefühl und Selbstbewußtsein begründet, das sich Deutschland bemächtigte, sobald der Erfolg des gewaltigen Handstreiches [...] feststand. [...] Sowohl die Methoden, die dabei angewendet wurden, als auch die machtpolitischen Verschiebungen und die drohenden Konsequenzen des gestörten europäischen Gleichgewichts sind für die nächste Zukunft des Kontinents von der allergrößten Bedeutung.“⁹⁵⁵

Das Münchener Abkommen 1938

Das Münchener Abkommen, unterzeichnet von Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1938, stellt nicht nur in der tschechischen Historiographie, sondern auch in der gesamten tschechischen Öffentlichkeit bis heute das Trauma des 20. Jahrhunderts dar – erstaunlicherweise mehr als die sechs Jahre des NS-Protectorats und die 41 Jahre kommunistischer Herrschaft samt Intervention des Warschauer Paktes 1968. „München“ bedeutet für die meisten Tschechen in erster Linie nicht die Abtretung der mehrheitlich deutschen Grenzgebiete an das Deutsche Reich, schon eher den „Verrat“ der sudetendeutschen Volksgruppe am gemeinsamen Staat, vor allem aber den „Verrat“ (*Mnichovská zrada*) der befreundeten Nationen Frankreich und Großbritannien an der ohnmächtigen Tschechoslowakei. Noch 1948 wurde das Trauma mit dem Plakat „Nie wieder München“ (*Již nikdy Mnichov*) instrumentalisiert, um die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion zu verdeutlichen.⁹⁵⁶ In der

⁹⁵⁴ VOLKMANN, NS-Wirtschaft, 325f.; TOOZE, Ökonomie, 292.

⁹⁵⁵ Neue Zürcher Zeitung, 15. März 1938.

⁹⁵⁶ Wilma IGGERS, Tschechoslowakei/Tschechien. Das verlorene Paradies, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen (Berlin 2005), II, 773-798, hier 774f. „Již

internationalen Historiographie und in der internationalen öffentlichen Meinung wiederum wurde der Terminus *appeasement policy* zum Synonym für falschen Pazifismus.⁹⁵⁷

Auch zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen bestehen zwei stereotype, einander entgegengesetzte Erklärungsmuster fort, die noch in der Gegenwart anzutreffen sind:

- 1) Im Münchener Abkommen sei den Sudetendeutschen – sozusagen als Wiedergutmachung für 1918 – endlich ihr Selbstbestimmungsrecht zuteil geworden, das ihnen aber die wiedererstandene Tschechoslowakei durch die Vertreibung 1945 neuerlich genommen habe.
- 2) Der sudetendeutsche Separatismus habe sich in der Zwischenkriegszeit über Jahre nur versteckt, um dann in den 1930er Jahren als fünfte Kolonne Hitlers wieder hervorzutreten und dazu beizutragen, dass durch das Münchener Diktat und seine Folgen die Tschechoslowakei tatsächlich zerstört wurde. Dieses – auf 1918 zurückgehende – Kontinuum sei der hinreichende, ja zwingende Grund für den Zwangsabschub (*odsun*) der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Republik gewesen.⁹⁵⁸

Adolf Hitler eröffnete am 5. November 1937 in der Reichskanzlei in einem längeren Monolog dem Reichskriegsminister und dem Reichsaußenminister, Generalfeldmarschall Werner von Blomberg und Konstantin Freiherrn von Neurath, sowie den Oberbefehlshabern des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, Generaladmiral Erich Raeder und Generaloberst Hermann Göring, „seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage“. Gleich einleitend bat er die überraschten Generäle und Minister – zum Treffen hatte Blomberg geladen, um über die Aufteilung von Stahllieferungen unter den Teilstreitkräften zu verhandeln –, „seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen“. Ziel der deutschen Politik sei „die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse“ – insgesamt 85 Millionen Menschen in einem „fest geschlossenen Rassekern“ – und „deren Vermehrung“. Allerdings sei ein Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei ebenso wenig möglich wie die Erhaltung

nikdy“ ist im leuchtenden Weiß über einer verwitterten Hakenkreuzfahne gedruckt; darunter rollt ein Panzer der Roten Armee mit einer tschechoslowakischen Fahne über das in deutscher Fraktur geschriebene „Mnichov“.

⁹⁵⁷ *The Economist*, May 24th, 2008, 19, präzisierte: „In Munich in 1938, Neville Chamberlain's sin was not that he talked to Adolf Hitler, but that instead of standing up to him he sold Czechoslovakia down the river. Had the British prime minister then been Winston Churchill, the outcome of the meeting, and the history of the world, might have been different.“ – Mag sein. Aber *The Economist* vergaß hinzuzufügen, wie sehr Churchill gegenüber Stalin nachgab: in der Frage der polnischen Ostgrenze, in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, in verschiedenen Balkanfragen, bei der Auslieferung der Kosaken im Mai 1945.

⁹⁵⁸ LEMBERG, Staatsgründung, 120.

des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. „Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt.“ Außerdem sei auf dem Gebiet der Rohstoffe (Kohle, Erze, Faserstoffe, Ernährungsfette) nur eine beschränkte, auf dem Gebiet der Lebensmittel überhaupt keine Autarkie erreichbar. Selbst bei höchster Produktionssteigerung in der Landwirtschaft sei daher eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen. Da jedoch der deutsche Außenhandel über die von Großbritannien beherrschten Seegebiete führe, seien die Rohstoffgebiete für Deutschland „zweckmäßigerweise im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen“. „Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn unter geringstem Einsatz zu erreichen sei.“⁹⁵⁹

„Die deutsche Politik“, so fuhr Hitler fort, „habe mit den beiden Hassgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloß inmitten Europas ein Dorn im Auge sei.“ Daher könne es „zur Lösung der deutschen Frage [...] nur den Weg der Gewalt geben, dieser wird niemals risikolos sein“. Die Kriege Friedrichs des Großen und Bismarcks seien ebenfalls „von unerhörtem Risiko“ gewesen. Als Fall 1 sah Hitler – auch aus biographischen Gründen („Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer“) – den Zeitraum 1943-1945 vor, wenn die Aufrüstung der Armee, der Kriegsmarine und der Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierskorps „annähernd beendet“ sei. Fall 2 könnte eintreten, wenn soziale Spannungen in Frankreich die französische Armee zur Bewältigung einer innenpolitischen Krise oder gar eines Bürgerkrieges absorbieren würden. Dann „sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen“. Fall 3 gelte, wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt sei, dass es nicht gegen Deutschland „vorgehen“ könne:

„Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten.“⁹⁶⁰

An sich glaubte Hitler, „dass mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich, die Tschechei bereits im Stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, dass diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde“. England sei mit Schwierigkeiten in seinem Empire beschäftigt und werde sich daher nicht erneut in einen lang währenden europäischen Krieg verwickeln lassen. Ohne englische Unterstützung sei aber ein Vorgehen Frankreichs „wenig wahrscheinlich“. Naturgemäß aber müsse Deutschland während der Durchführung eines Angriffs „gegen die Tschechei und Österreich“ eine „Abriegelung im Westen“ vornehmen. Zu berücksichtigen sei schließlich, dass die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechoslowakei „von Jahr zu Jahr an Stärke zunähmen und dass auch eine

⁹⁵⁹ Niederschrift des Obersten Hoßbach über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937, von 16,15 bis 20,30 Uhr, in: ADAP, D, Bd. 1 (Göttingen 1956) 25-32; Bernd-Jürgen WENDT, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes (München 1987) 191-195.

⁹⁶⁰ WENDT, Großdeutschland, 195-199.

Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände“. Infolge der Spannungen im Mittelmeer sah Hitler den Fall 3 in eine „gewissere Nähe“ gerückt, „auch bereits im Jahre 1938“. Sollte dieser Zeitpunkt eintreten, etwa durch einen Krieg zwischen England und Italien, so sei er entschlossen, ihn „zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage“ auszunutzen:

„Wenn auch die Besiedelung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5-6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militär-politisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf 1 Million Einwohner eine neue Division entfalle.“⁹⁶¹

Die anwesenden Generäle gaben nur kleinlaute Bedenken von sich, stellten aber Hitlers „Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko“ grundsätzlich nicht in Frage. Immerhin machte der Reichskriegsminister von Blomberg „nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen hätte und unseren Angriff aufs Äußerste erschwere“. Zu den wesentlichen Fragen um Krieg und Frieden aber schwiegen die Reichsminister und Oberbefehlshaber.

Nicht zufällig stellte die „Hoßbach-Niederschrift“ eines der „Schlüsseldokumente“ der Anklage im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess 1945/46 dar, vor allem für die Anklagepunkte „Verschwörung gegen den Frieden“ und „Vorbereitung eines Angriffskrieges“. Im kaum zu überblickenden Forschungsdiskurs zur nationalsozialistischen Außenpolitik⁹⁶² bekamen Hitlers strategische Überlegungen vom 5. November 1937 unterschiedliche Bewertungen. Klaus Hildebrand hob mit Recht hervor, dass zu diesem Zeitpunkt für Hitlers Außenpolitik der „Faktor Großbritannien“ (samt Empire) die Hauptrolle spielte. Da er aber von London nicht mehr genügend Entgegenkommen erwartete, vollzog er einen Kurswechsel und entschied sich für einen kommenden Krieg. Die „Niederwerfung“ Österreichs erschien Hitler offensichtlich unproblematisch, auch die „zwangsweise Emigration“ von einer Million Menschen aus Österreich. An welche Personengruppen Hitler hierbei gedacht haben mag, bleibt abgesehen von den 200.000 österreichischen Juden unergründbar. Noch schwieriger sind die ebenfalls zur „zwangsweisen Emigration“ vorgesehenen zwei Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei zu bestimmen, wiederum abgesehen von den etwa 360.000 Personen mosaischen Glaubens. Jedenfalls ging es dem Diktator aber schon damals nicht mehr um die Vollendung des großdeutschen Nationalgedankens, sondern um Lebensraum- und Rohstoffpolitik.⁹⁶³

⁹⁶¹ WENDT, Großdeutschland, 199f.

⁹⁶² Vgl. WENDT, Großdeutschland, 212-235;

⁹⁶³ Klaus HILDEBRAND, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945 (Darmstadt ²1996) 636-639.

Bernd-Jürgen Wendt fasste zusammen, dass es der NS-Außenpolitik trotz vielfacher Bemühungen nicht gelungen sei, Großbritannien zum Einlenken auf die deutschen Vorstellungen in kontinentalen Angelegenheiten zu bringen. Mitte Juli 1937 hatte Außenminister Eden nochmals unmissverständlich die Grenzen des Entgegenkommens seiner Regierung in Mitteleuropa dargelegt: Änderung des internationalen Status von Österreich nur mit dem Willen der Bevölkerung; Ablehnung einer gewaltsamen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei zugunsten des Sudetenlandes; für Danzig nur eine verfassungsmäßige und gemäßigte weitere Entwicklung seines Status im prodeutschen Sinne. Andererseits war mit der Intensivierung der deutschen Rüstungsanstrengungen zur „Erhöhung der Angriffskraft des Heeres“ eine Rüstungsspirale in Gang gesetzt worden, die die schmalen materiellen und finanziellen Ressourcen zu überfordern drohte. Der Mitte September 1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg von Hitler bombastisch verkündete „Vierjahresplan“ hatte trotz energischer Maßnahmen des neuen „Wirtschaftsdiktators“ Göring nur wenig Abhilfe geschaffen. Zudem verfügte Deutschland Ende 1937 nur mehr über Gold- und Devisenreserven in Höhe von 70 Millionen Reichsmark. Die im März 1938 beginnende territoriale Expansion erfolgte also ganz wesentlich unter der rüstungswirtschaftlichen Zielsetzung einer Erweiterung des deutschen „Großwirtschaftsraumes“.⁹⁶⁴

Genau vierzehn Tage nach der Besprechung in der Reichskanzlei legten führende Funktionäre der Sudetendeutschen Partei – vermutlich Karl Hermann Frank, Franz Künzel und Wolfgang Richter, nicht aber Konrad Henlein – in einem geheimen Bericht an Reichsaußenminister von Neurath dar, dass es für sie als „nationalsozialistisch ausgerichtete“ Partei in Zukunft nur noch die „deutsche“ Lösung des sudetendeutschen Problems geben könne. Und Henlein – früher immer wieder Objekt von Angriffen des NSDAP-Hauptorgans *Völkischer Beobachter* – bot in einem anbiedernden Bericht für den „Führer und Reichskanzler“ über aktuelle Fragen der deutschen Politik in der Tschechoslowakischen Republik vom 19. November 1937 die Sudetendeutsche Partei als Mittel zur „Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes [sic!] in das Reich“ an.⁹⁶⁵

Henlein hatte nur wenige Wochen zuvor einen „offenen Brief“ an den Präsidenten Beneš geschrieben, in dem er überschwenglich vom großen Verständnis

⁹⁶⁴ WENDT, Großdeutschland, 117-139.

⁹⁶⁵ Denkschrift der Sudetendeutschen Partei an Reichsaußenminister Neurath, 19. November 1937, in: ADAP, D, Bd. 2, 40-51; BRÜGEL, Tschechen und Deutsche, 332; SMELSER, Sudetenproblem, 185; Jörg K. HOENSCH, Die Politik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gegenüber der Tschechoslowakischen Republik 1933-1938, in: Peter Glotz, Karl-Heinz Pollock, Karl von Schwarzenberg, John van Nes Ziegler (Hgg.), München 1938. Das Ende des alten Europa (Essen 1990) 199-228, hier 220. Hoensch ist sich sicher, dass Henlein über die „Hoßbach-Konferenz“ nicht informiert war. Vgl. Václav KRÁL (Hg.), Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933-1947. Dokumentensammlung (Prag 1964); Igor LUKES, Czechoslovakia between Stalin and Hitler. The Diplomacy of Edvard Beneš in the 1930s (New York – Oxford 1996).

sprach, das er auf seiner London-Reise zwischen 10. und 15. Oktober 1937 erfahren habe. Obwohl das *Foreign Office* diesen Besuch nur als privaten Aufenthalt qualifizierte, verfasste es bereits am 19. Oktober 1937 ein Memorandum zum Thema *German Minority in Czechoslovakia*. Und zehn Tage später wies der Chefredakteur der *Times*, George Dawson, ein Vertrauter von Premierminister Neville Chamberlain und Lord President Edward Halifax, auf die Notwendigkeit einer Verdeutlichung der britischen *appeasement policy* hin. Denn:

„[...] There is little sympathy here [in Großbritannien, Anm. Suppan] with the view, which has sometimes seemed to prevail on the Continent, that the proper way to treat Germany is to ring her about with the vigilant allied States, sometimes masquerading as the League of Nations, like trained elephants round a tiger in the jungle, to prevent her expansion in any direction beyond the limits imposed twenty years ago. She [Deutschland, Anm. Suppan] has broken these limits here and there already – broken them by methods which are creditable neither to herself nor to the rest of the world – and every article of statesmanship suggests that a halt should be called to a process which must otherwise lead inevitably to war and to the downfall of civilisation in the West. [...]“⁹⁶⁶

Diese britische Strategie ging der tschechoslowakischen Außenpolitik von Präsident Beneš und Außenminister Krofta nicht weit genug, die seit den Friedensverträgen von Versailles und Saint-Germain – mit nachhaltiger Unterstützung des *Quai d’Orsay* – konsequent versucht hatte, die Eindämmung der deutschen (und österreichischen) außenpolitischen Interessen sowohl in Richtung „Anschluss“ als auch in Richtung Ostmitteleuropa zu betreiben.⁹⁶⁷ Die Skepsis der Prager Außenpolitiker mußte zunehmen, als Lord Halifax am 19. November 1937 zu einer Sondierungsmission zu Hitler auf den Berghof kam. Das *Foreign Office* hatte für ihn ein Memorandum zur britischen Haltung gegenüber der Tschechoslowakei und den Sudetendeutschen erstellt, das wesentliche Haltungsveränderungen gegenüber der Minderheitenpolitik in den 1920er Jahren beinhaltete:

„[...] Apart from our obligations under the Minorities Treaties we have no particular sympathies of interests in any of the different races which go to make up Czechoslovakia and in ordinary circumstances we would be quite prepared to let them fight the matter out as best they could. But in present circumstances a disunited and distraught Czechoslovakia constitutes not merely a danger to itself but a danger to Europe and it is therefore in our interest to insist that a real effort should be made to produce a contented and united Czechoslovakia which alone would be capable of constituting a bulwark against German aggression in Central Europe. At present instead of constituting such a bulwark, Czechoslovakia’s weakness and disunion constitute [...] a standing and growing temptation to the extremists in Germany to embark on an adventure which might easily lead to a European catastrophe. [...]“⁹⁶⁸

⁹⁶⁶ George DAWSON, *The Claim to Colonies*, in: *The Times*, October 28, 1937, p. 17; vgl. Reiner FRANKE, *London und Prag. Materialien zum Problem eines multinationalen Nationalstaates 1919-1938* (München 1981) 306f.

⁹⁶⁷ Vgl. WANDYCYZ, Beneš, 216-238; Jaroslav PÁTEK, *Die tschechoslowakische Außen- und Europapolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen*, in: Glotz, Pollok, Schwarzenberg und van Nes Ziegler, München 1938, 115-133; SUPPAN, *Außenpolitische Beziehungen*, 213-286.

⁹⁶⁸ FRANKE, *London und Prag*, 495f.

Der britischen Außenpolitik ging es um eine Entschärfung der wachsenden Konfliktherde in Mitteleuropa und um den Versuch einer friedlichen Lösung der europäischen Nachkriegsprobleme; die sogenannten „Ostfragen“ wurden nur kursorisch behandelt. Auch die Tschechoslowakei, so hatte Lord Halifax zu Hitler gesagt, „falle in die Kategorie möglicher Änderungen der europäischen Ordnung“, und: „In all diesen Angelegenheiten geht es uns nicht notwendigerweise darum, am Status quo, wie er heute ist, festzuhalten“. Ein Leitartikel in *The Times* fasste *The Way of Appeasement* zusammen:

„[...] The peace-minded can best serve peace for the moment by ceasing to agitate themselves and others with morbid fancies about corrupt understandings, trampled Austrians and bartered Czechs, and other presumed triumphs of cynicism and realism – according to the point of view [...] Everything is to be gained, nothing to be lost, by timely and friendly contact and inquiry. [...]“⁹⁶⁹

Aber auch der französische Ministerpräsident Camille Chautemps war zu Verhandlungen mit und zu Konzessionen an Deutschland bereit, wie der gut informierte US-Botschafter William Bullitt nach Washington berichtete: „in other words to abandon Austria and the Germans of Czechoslovakia to Hitler“. Zu den britisch-französischen Gesprächen Ende November 1937 in London gab es daher schon eine deutliche Warnung an Prag:

„[...] Because the weight of the Western Powers is likely at all times to be exerted against aggression, has Czechoslovakia no responsibility at all for the present state of affairs and no obligations of any kind to discuss the terms on which, by mutual consent, the status of the great German minority might be made compatible with good relations of the Reich? [...] Who, looking at the composition of the Czechoslovak State and the conformation of its boundaries, can fail to see that German good will is an essential of its security? It will be statesmanship to help the weak against the overbearing dictate of the strong, but it cannot be statesmanship to organise and encourage antagonism between them, and actually to equip the strong with all the strength of just grievance. These are the questions which call for far-sighted examination in Prague, Paris and London. [...] the encirclement policy has broken down. It remains a cause of conflict, but it has ceased to encircle. The gravitational pull of a nation of nearly 70,000,000 cannot be denied. It would be as easy to divert the Gulf Stream.“⁹⁷⁰

Aus Prag kam scharfe Kritik an diesem Leitartikel. Aber Chamberlain machte in seinem Kabinett am 8. Dezember 1937 deutlich, dass London derzeit aus militärischer Schwäche keine Politik der Stärke machen könne. Auch wenn die Prager Außenpolitik nicht die volle Wahrheit über die Verhandlungen zwischen Hitler und Halifax erfuhr, beklagte sich Außenminister Krofta im Dezember 1937, dass „die Engländer von der Idee besessen [seien], dass es für sie eine große Erleichterung und Vereinfachung wäre, wenn sich unser Verhältnis zu Deutschland verbes-

⁹⁶⁹ *The Times*, November 25, 1937, p. 15: “The Way of Appeasement”; FRANKE, London und Prag, 308; KERSHAW, Hitler II, 111.

⁹⁷⁰ *The Times*, November 29, 1937, p. 15: „The French Visit“; vgl. FRANKE, London und Prag, 309; STEINER, *The Triumph*, 343.

sert, und sie denken, dass der Kern davon sein könnte, etwas für unsere Deutschen zu tun und besonders für die Parteigänger Henleins“.⁹⁷¹

Die über die Prager Politik sehr gut informierte britische Journalistin Sheila Grant Duff schrieb am 5. Jänner 1938 ihre Einschätzung zu Beneš' Politik an Winston Churchill:

„Beneš thinks that in 1938, a detente if not an entente is possible between Germany and her neighbours. While Beneš is in power, it is certain that the Czechs will not go any further than the French nor do anything which the French would disapprove or anything which would weaken the chance of a general settlement... I think Beneš' view that a detente is possible is as much a wish as a thought and that he does not believe in the possibility of a permanent understanding which Hitler Germany. Behind the wish is the urgency of calling a halt to the armaments race.“⁹⁷²

Die tschechische Politik versuchte nun verstärkt innenpolitisch zu mobilisieren. Die Mitgliedszahl des *Sokol*, die am 1. Jänner 1914 nicht mehr als 194.321 betragen hatte und bis zum 31. Dezember 1920 auf 559.026 gestiegen war, erreichte am 31. Dezember 1937 immerhin die beachtliche Größe von 818.642 Mitgliedern. Gesamtveranstaltungen des *Sokol* (*Slet všesokolský*) in den Jahren 1920, 1926, 1932 und 1938 versammelten jeweils über 100.000 Turner – auch aus anderen slawischen Ländern. Im 1932 neu eröffneten Strahov Stadium fanden sogar 200.000 Zuschauer Platz.⁹⁷³

Im Winter 1937/38 versuchte das Prager Unterrichtsministerium eine Annäherung zwischen Tschechen und Deutschen auf schulischer Ebene und ließ etwa im Olmützer Stadttheater Schülern des tschechischen Staatsrealgymnasiums Friedrich Schillers „Kabale und Liebe“ vorführen, Schülern des deutschen Staatsrealgymnasiums Jaroslav Vrchlickýs „Noc na Karlštejně“. An eine entsprechende Vorbereitung in den jeweiligen Klassen kann sich ein sudetendeutscher

⁹⁷¹ DEJMEK, Deutsche Reich, 178. Nach Robert Bruce Lockhart, dem britischen Vertreter bei der tschechoslowakischen Exilregierung in den Jahren 1940 und 1941, teilte sich das Foreign Office 1937/38 in zwei Schulen, in eine des Appeasement und eine andere des Anti-Appeasement: Die Appeaser habe Alexander George Montagu Cadogan, zwischen 1938 und 1946 Permanent Under-Secretary im Foreign Office, angeführt und zu ihnen gehörten vor allem die Leiter des auch für die Tschechoslowakei zuständigen Central European Department: Yvone Augustine Kirkpatrick (1939/40), Roger Melor Makins (1941/42) und Frank Kenyon Roberts (1942/45). An der Spitze der Anti-Appeaser sei Anthony Eden (1939/40 Minister für die Dominien, 1940 Kriegsminister, 1940/45 Außenminister) gestanden, unterstützt von Orme Gaston Sargent (1938-1946 Deputy Under-Secretary im Foreign Office) und Lockhart. Robert Gilbert Vansittart (1930-1937 Permanent Under-Secretary im Foreign Office, 1938-1941 Chief Diplomatic Advisor im Foreign Office) sei vorerst an der Appeasement-Politik beteiligt gewesen, habe dann die „Münchener Lektion“ – wie er selbst sagte – gelernt und habe sich schließlich für ein hartes Vorgehen gegenüber den Sudetendeutschen eingesetzt: „If the Sudeten don't like it, they can emigrate to the real Reich.“ – BRANDES, Großbritannien, 569f.; BRANDES, Vertreibung, 16-19.

⁹⁷² Sheila Grant Duff to Winston Churchill, 5 January 1938, in: STEINER, The Triumph, 406.

⁹⁷³ Ottův slovník naučný nové doby, vol. VI/1, Praha 1940, 99f.; Památník X. Sletu všesokolského v Praze 1938, hg. von Rudolf Procházka (Praha 1939).

Augenzeuge nicht mehr erinnern. Hingegen berichtete das *Mährische Tagblatt*, das sich bis Dezember 1938 im Besitz der jüdischen Familie Groák befand, Mitte März 1938 von vielen Verhaftungen und Selbstmorden in Wien.⁹⁷⁴

Als unter dem Eindruck des deutschen Einmarsches in Wien und des NS-Pogroms Tausende Juden und andere NS-Gegner zu flüchten versuchten, erlebten sie an der tschechoslowakischen Grenze böse Überraschungen. Ein Teil wurde in der Grenzstation Břeclav (Lundenburg) aus dem Nachtexpress geholt und zurückgeschickt, ein anderer Teil stellte das Auto irgendwo entlang der Znaimer, Brüner oder Pressburger Straße vor den Grenzübergängen ab und versuchte zu Fuß die Grenze zu überqueren.⁹⁷⁵

Nach dem „Anschluss“ Österreichs berichteten die Nuntien in Wien, Bern und Prag nahezu gleichlautend an den Heiligen Stuhl, dass nun die Position der Tschechoslowakei „äußerst fragil“ geworden sei. Saverio Ritter, der Prager Nuntius, war überzeugt, dass Deutschland, „vom leichten Erfolg berauscht, die Politik der absoluten Präponderanz in Zentraleuropa fortsetzen wird“. Mit Bitterkeit merkte er auch an, dass – während ein Teil des tschechischen Katholizismus nach links abzudriften scheine – viele sudetendeutsche Katholiken der Euphorie der „nationalen Revolution“ und der Anziehungskraft der Sudetendeutschen Partei erlügen. Ihre Spitzen reisten „zwischen den Sudeten, Berchtesgaden und Berlin hin und her“ und empfingen Unterstützung und Befehle aus Berlin. Als der ehemalige Obmann der deutschen Christlichsozialen, Senator Karl Hilgenreiner, im Sommer 1938 wegen des Einschwenkens seiner Partei zur Sudetendeutschen Partei und des Eintritts zahlreicher Priester in diese Partei vor dem Heiligen Offizium in Rom Rede und Antwort stehen musste, verteidigte er sich mit dem kaum glaubwürdigen Argument, dass für Henlein „nationalsozialistische Weltanschauung“ Bekenntnis zur „deutschen Volksgemeinschaft“ bedeute, in welchem „von Antikirchlichem und Antireligiösem keine Spur“ sei.⁹⁷⁶

Nach dem „Anschluss“ war tatsächlich kaum mehr ein Kompromiss zwischen der Prager Regierung und der Sudetendeutschen Partei möglich gewesen. Denn die „Anschluss“-Euphorie in Österreich hatte voll auf die Sudetendeutschen übergegriffen. Als Henlein am 28. März 1938 nach Berlin kam, erklärte ihm Hitler, dass er „das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit zu lösen“ beabsichtige. Daher befahl er Henlein, der tschechoslowakischen Regierung unannehmbare Forderungen zu stellen, um auf diese Weise die Unmöglichkeit weiteren Verbleibens der Sudetendeutschen in der ČSR zu demonstrieren. Gleichzeitig empfahl Hitler Henlein, Westeuropa zu bereisen, um dort für das Anliegen

⁹⁷⁴ NATHER, Als Deutscher, 14-21. Hugo Groák musste Anfang Dezember 1938 das *Mährische Tagblatt* an Friedrich Irrgang verkaufen und starb später im KZ Theresienstadt. Der letzte Chefredakteur, Walter Stiebitz, wurde im Brüner Gestapogefängnis zu Tode gefoltert, sein pensionierter Vorgänger, Hugo Waldmann, starb in Auschwitz.

⁹⁷⁵ Gerhard BOTZ, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg (Wien – München 1978) 75.

⁹⁷⁶ Emilia HRABOVEC, Der Heilige Stuhl und die Tschechoslowakei 1938, in: zur debatte, 39/7 (2009) 15f.

der Sudetendeutschen zu werben und Stimmung gegen die Tschechoslowakei zu machen. Um sicher zu gehen, fragte Henlein nach: „Wir müssen also immer soviel [von Beneš] fordern, dass wir nicht zufrieden gestellt werden können“; Hitler bejahte diese Auffassung. Nach außen hin und für die Weltöffentlichkeit aber lautete der NS-Slogan: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“. Er sollte das Streben nach einem ethnisch homogenen deutschen Nationalstaat verdeutlichen.⁹⁷⁷

Am 23. und 24. April fand in Karlsbad die Haupttagung der Sudetendeutschen Partei statt. Henlein hielt eine lange Rede mit einem historischen Rückblick voll von Halbwahrheiten, tendenziösen Verdrehungen und ganzen Lügen. Die von der Sudetendeutschen Partei im „Karlsbader Programm“ vom April 1938 geforderte politisch-rechtliche Autonomie – konkret: die volle Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk; die Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit; der Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiet mit deutschen öffentlichen Angestellten, nicht zuletzt die „volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung“ – war keineswegs ehrlich gemeint, wenn man an die Zusage Henleins an Hitler vom November 1937 denkt.⁹⁷⁸ Das *Mährische Volksblatt* verschwieg in seinem Bericht über die Karlsbader Tagung auch nicht die infame Drohung Henleins an die Sudetendeutschen:

„Wenn ihr mich und meine Nazis unterstützt, so ist die gegenwärtige tschechische Regierung zu gutmütig, um Euch etwas zu tun. Wenn ihr mich aber nicht unterstützt, so schreibe ich Eure Namen auf meine Liste – und wenn Hitler kommt, wird er Euch in Konzentrationslager stecken.“⁹⁷⁹

Die regierungsnahen *Lidové Noviny* erkannten, woher der Wind wehte:

„Die Forderungen sind in Berlin ausgearbeitet worden und sind ‚amtlich deutsch‘ im vollen Sinn des Wortes. [...] Diese Forderungen sind weder das Maximal- noch das Minimalprogramm der deutschen Minderheit, sondern einfach das außenpolitische Programm des Dritten Reiches.“⁹⁸⁰

Am 12. Mai 1938 reiste Henlein nach Großbritannien, wo er bei Treffen mit britischen Politikern den kompromissbereiten Lokalpolitiker mimte, der mit Hitler nichts zu tun habe und dem einzig und allein das Wohl der Sudetendeutschen am Herzen liege. Sollte Beneš mit Hitler keine Vereinbarung erreichen, so sollte eine Volksabstimmung unter internationaler Beobachtung stattfinden. Es fiel Henlein nicht schwer, Verständnis bei Chamberlain zu finden, der die Sudetendeutschen – genau wie Hitler – als nützliches Instrument seiner Politik betrachtete. Diese

⁹⁷⁷ CELOVSKÝ, Münchener Abkommen, 162-167.

⁹⁷⁸ ADAP, D, Bd. 2, Nr. 23; Hans LEMBERG, „München 1938“ und die langfristigen Folgen für das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen, in: Jörg K. Hoensch und Hans Lemberg (Hgg.), *Begegnung und Konflikt. Schlaglichter auf das Verhältnis von Tschechen, Slowaken und Deutschen 1815-1989* (Essen 2001) 103-118.

⁹⁷⁹ Mährisches Tagblatt, 26. April 1938; vgl. BRÜGEL, *Tschechen und Deutsche*, 419.

⁹⁸⁰ *Lidové Noviny*, 27. April 1938; vgl. CELOVSKÝ, *Münchener Abkommen*, 166.

doppelte Instrumentalisierung machte sie in den Augen ihrer tschechischen und slowakischen Mitbürger zu „Verrätern“ am eigenen Staat und zur „fünften Kolonne“ fremder Mächte.⁹⁸¹

Inzwischen hatten Präsident Beneš und die tschechoslowakische Regierung unter dem Druck des „Anschlusses“ Österreichs und des „Karlsbader Programms“ – spät, aber doch – den Versuch unternommen, den Forderungen der Minderheiten entgegenzukommen. Sie legten den Entwurf eines Nationalitätenstatuts vor, der die Tschechoslowakei von einem Nationalstaat in einen Nationalitätenstaat umgewandelt hätte, ohne jedoch die Existenz der Tschechoslowakei in Frage zu stellen. Obwohl das Nationalitätenstatut die meisten politischen Forderungen der sudetendeutschen Minderheit erfüllte und zweifellos einen großen politischen Erfolg der Sudetendeutschen Partei darstellte, löste es in ihrer Führung nicht Genugtuung sondern Unruhe aus. Die Annahme des Nationalitätenstatuts hätte sowohl die innen- wie außenpolitische Position der Tschechoslowakei gestärkt, indem sie den Klagen der Minderheiten jede Grundlage genommen und der Tschechoslowakei die Sympathien der europäischen Öffentlichkeit gebracht hätte. Daran hatten freilich weder Hitler noch Henlein das geringste Interesse. Am 18. Mai 1938 fasste daher die Führung der Sudetendeutschen Partei den Beschluss, das Nationalitätenstatut abzulehnen, „weil es uns nicht um die friedliche Lösung der sudetendeutschen Frage im Rahmen des tschechoslowakischen Staates gehen kann“.⁹⁸²

Bereits am 21. April 1938 hatte Hitler mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), General Wilhelm Keitel, die politischen und strategischen Voraussetzungen für die Zerschlagung der Tschechoslowakei erörtert. Mitte Mai gab es allerdings unzutreffende tschechoslowakische Meldungen an das *Foreign Office* und den *Quai d'Orsay* über deutsche Truppenkonzentrationen an den tschechoslowakischen Grenzen. Obwohl General Keitel dem britischen Botschafter Henderson ausdrücklich versichert hatte, dass die Truppenbewegungen auf die üblichen Frühjahrsmanöver zurückgingen, ordnete die Prager Regierung am 20. Mai eine Teilmobilmachung von ca. 200.000 Mann an, um damit die eigene Verteidigungsentschlossenheit zu demonstrieren und Hitler und seinen Generälen die Illusion eines blitzartigen Überrennens der Tschechoslowakei zu nehmen. Die Teilmobilmachung verlief erfolgreich und zeigte auch den Verbündeten die hohe Kampfbereitschaft der tschechoslowakischen Armee. Hitler betrachtete diese Teilmobilmachung als „Provokation“ und verkündete am 28. Mai in einer dreistündigen Rede vor Ministern und Generälen seinen „unerschütterlichen Willen“, die Tschechoslowakei im Oktober 1938 mit einer militärischen Aktion zu zerschlagen, um damit den Rücken „zum Antreten gegen den Westen“ freizubekommen. Und am 30. Mai unterzeichnete er für das Oberkommando der Wehrmacht die Weisung für den „Fall Grün“: „Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion

⁹⁸¹ STEINER, *The Triumph*, 561.

⁹⁸² Václav KURAL, *Der Weg zum „Münchener Abkommen“*, in: *Geschichte verstehen*, 110f.

zu zerschlagen.“ Die Wehrmacht erhielt den Befehl, die Vorbereitungen „unverzüglich zu treffen“ und die Ausführung von „Grün“ spätestens ab dem 1. Oktober 1938 sicherzustellen. Auch in diesem Befehl verlor Hitler die zu erwartenden wehrwirtschaftlichen Gewinne nicht aus den Augen:

„Im Verlauf der Operationen ist es wertvoll, durch schnelle Erkundung und Wiederingangsetzung wichtiger Betriebe möglichst bald zur Gesamtstärkung der wehrwirtschaftlichen Kraft beizutragen. Aus diesem Grund kann Schonung der tschechischen Industrie- und Werkanlagen – soweit die militärischen Operationen es gestatten – für uns ausschlaggebende Bedeutung haben.“⁹⁸³

Aber der deutsche Generalstab unter Führung von General Ludwig Beck widersetzte sich Hitlers Kriegsplänen. Zwar räumte auch Beck in einer Denkschrift von Ende Mai 1938 ein: „Es ist richtig, dass die Tschechei in ihrer durch das Versailler Diktat erzwungenen Gestaltung für Deutschland unerträglich ist und ein Weg, sie als Gefahrenherd für Deutschland auszuschalten, notfalls auch durch eine kriegerische Lösung, gefunden werden muss.“ Aber die Generäle bestritten energisch, dass die Tschechoslowakei auf Grund der Stärke ihrer Armee und ihrer Befestigungen „blitzartig“ überrannt werden könnte, wie es Hitler glaubte. Sie wiesen zudem darauf hin, dass ein Angriff auf die Tschechoslowakei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch zum Konflikt mit Frankreich und Großbritannien und somit zu einem Zweifrontenkrieg führen würde. Sie mutmaßten sogar, dass ein Kriegskurs Deutschland in einen weiteren Weltkrieg führen könnte, den es nicht gewinnen und der daher in den Untergang (*finis Germaniae*) führen könnte. – Hitler war zwar über seinen Generalstab verärgert, versuchte aber zu beruhigen, dass er für die Eingliederung des Sudetenlandes keinen allgemeinen Krieg riskieren werde, und erklärte am 18. Juni: „Ich werde mich nur dann zum Handeln entschließen, wenn [...] ich fest davon überzeugt sein kann, dass Frankreich nicht marschieren und daher auch England nicht eingreifen wird“.⁹⁸⁴

Die Teilmobilmachung der tschechoslowakischen Armee veränderte schlagartig das tschechisch-deutsche Verhältnis im Alltagsleben. So befürchtete etwa ein deutscher Gymnasialdirektor in Olmütz Übergriffe auf seine Schüler und ließ Knaben und Mädchen ihre weißen Stutzen ausziehen, bevor sie nach Hause gingen. In Eger wurden zwei deutsche Landwirte von einem Polizisten erschossen, und die Beisetzung geriet zu einer nationalen Demonstration, an der der deutsche Militärattaché Oberst Toussaint – der spätere Prager Stadtkommandant von 1945 – in voller Uniform teilnahm.⁹⁸⁵

„Wir werden treu bleiben“ [*Věrní zůstaneme*], hatte bereits Beneš am Sarg Masaryks ein Jahr zuvor gelobt und dabei auf einen hussitischen Choral aus dem

⁹⁸³ WENDT, Großdeutschland, 145f.; HOENSCH, Politik des Deutschen Reiches, 206f.; KERSHAW, Hitler II, 151-153; STEINER, The Triumph, 571-574. Hitler befahl am 28. Mai auch die beschleunigte Fertigstellung der Schlachtschiffe „Bismarck“ und „Tirpitz“.

⁹⁸⁴ Klaus-Jürgen MÜLLER, General Ludwig Beck (Boppard am Rhein 1980) 521; Raymond CARTIER, Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, 1918-1939 (München 1982) 498.

⁹⁸⁵ NATHER, Als Deutscher, 17.

15. Jahrhundert zurückgegriffen. Unter demselben Titel hatten im Mai 1938 über 300 führende tschechische Intellektuelle und Künstler ihrer Regierung eine Petition übergeben und sie aufgefordert, die tschechoslowakische Souveränität gegen die deutsche Bedrohung zu verteidigen; innerhalb weniger Wochen war die Petition von mehr als einer Million Staatsbürger unterzeichnet worden.⁹⁸⁶

Die Tschechoslowakei war im Frühjahr 1938 unvergleichlich besser gerüstet, als es Österreich wenige Monate zuvor gewesen war. Das Heer bestand aus vier Armeen mit 26 gut ausgerüsteten Divisionen, die mit motorisierten und mechanisierten Verbänden mit moderner Artillerie, Panzerabwehr- und Fliegerabwehrwaffen ausgestattet waren. Insbesondere die tschechoslowakischen Maschinengewehre, Geschütze und Panzer gehörten zu den besten ihrer Art. Die Luftstreitkräfte besaßen 326 Jagdflugzeuge, 101 leichte Bomber, 54 schwere Bomber sowie 590 Nah- und Fernaufklärungsflugzeuge. Im Grenzgebiet zum Deutschen Reich und vor Pressburg waren Festungsanlagen und Sperren größtenteils bereits fertiggestellt, freilich nicht an der ehemaligen Grenze zu Österreich. Die tschechoslowakischen Festungsbunker lagen Dutzende Meter unter der Erde und konnten allen damals bekannten Waffenarten widerstehen. Militärisch hätte also die Tschechoslowakei einem Angriff des Deutschen Reiches durchaus einige Zeit erfolgreich Widerstand leisten können. Ob dies zu einer bewaffneten Unterstützung Großbritanniens, Frankreichs oder der Sowjetunion geführt hätte, muss allerdings bezweifelt werden.⁹⁸⁷

Generalstabschef Beck rechnete nach wie vor mit einer Intervention Großbritanniens und Frankreichs zugunsten der Tschechoslowakei und ließ Oberbefehlshaber Brauchitsch für den 4. August ein Treffen mit führenden Generälen einberufen. Keiner der Teilnehmer widersprach der Lageeinschätzung Becks. Lediglich General Erich von Manstein machte Beck auf den Unterschied zwischen militärischer und politischer Verantwortung aufmerksam; denn die endgültige Verantwortung in der Frage der Tschechoslowakei trage der „Führer“ allein. Als Hitler Mitte August die führenden Kommandeure zusammenrief, überzeugte er sie, dass weder Großbritannien noch Frankreich für die Tschechoslowakei kämpfen würden. Am 21. August akzeptierte Hitler den Rücktritt von Beck, ohne dies

⁹⁸⁶ SAYER, *Bohemia*, 25, 325.

⁹⁸⁷ ETSCHMANN, März 1938, 31f., 42; vgl. Zdeněk TITZ, *Czechoslovakian Air Force 1918-1970* (London – New York 1971); Zdeněk NOVOTNÝ – František BARTA, *Grenzfestungen in der Tschechoslowakei*, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 2 (1992) 144-150; Pavel ŠRÁMEK, *Československá Armáda v roce 1938* (Brno – Nachod 1996); Eduard STEHLÍK, *The Heart of the Army. General Staff 1919-2004* (Prague 2004); Karel STRAKA, *Československá Armáda. Píliř Obrany Statu z Let 1932-1939* (Praha 2007). Die tschechoslowakische Rüstungsindustrie, vor allem Škoda und Zbrojovka Brno, gehörte zu den führenden Waffenausporturen der Welt und lieferte im Jahre 1937 Waren im Wert von 347 Mio. Kčs, besonders nach Lateinamerika, Rumänien, Jugoslawien, China, Japan, in die Türkei und die baltischen Staaten. Viele Exporte erfolgten über die seit 1919 internationalisierte Elbe und die Freihandelszone im Hamburger Hafen. – Aleš SKŘÍVAN Jr., *On Czechoslovak Arms Exports in the Interwar Period*, Vienna, 14 December 2010.

publik zu machen. Auch der Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk warnte Hitler: Das Reich stehe einer unmittelbaren Finanzkrise gegenüber und habe nicht die Finanzmittel, um einen Krieg zu beginnen. Auch Schwerins Warnungen wurden beiseite geschoben.⁹⁸⁸

Die Mai-Krise hatte der Tschechoslowakei kaum genützt, auch nicht die Diskussionen in der deutschen Führung, die freilich nicht nach außen drangen. Andererseits erzielte die unaufhörliche NS-Propaganda über die vermeintliche Verfolgung der Sudetendeutschen durchaus Wirkung. Die beiden Bündnispartner Frankreich und Sowjetunion fürchteten, in einen militärischen Konflikt gegen Deutschland hineingezogen zu werden: Paris, weil es militärisch nicht vorbereitet war; Moskau, weil es mit dem „Großen Terror“ beschäftigt war. Außerdem war es ausgeschlossen, dass Polen oder Rumänien der Roten Armee ein Durchmarschrecht einräumen würden. Und London wusste, dass Paris nicht vorbereitet war, Prag zu helfen. Hitler entsandte seinen Militäradjutanten Fritz Wiedemann nach London, um Halifax mitzuteilen, dass, wenn die sudetendeutsche Frage nicht friedlich gelöst werde, „it will one day be solved by force“. Daher begannen die britische und französische Regierung die Prager Regierung zu Verhandlungen mit der Sudetendeutschen Partei zu drängen. Am 20. Juli 1938 schlug die britische Regierung Präsident Beneš die Entsendung eines Vermittlers vor, der einen Vergleich zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der Sudetendeutschen Partei vermitteln sollte. Am selben Tag erklärte Außenminister Bonnet – gestützt auf die Beratung durch Generalstabschef Gamelin – dem tschechoslowakischen Gesandten Osuský in Paris, dass Frankreich für die Tschechoslowakei in keinem Fall Krieg führen werde. Nachdem sich Beneš mit der Entsendung eines Vermittlers einverstanden erklärt hatte, traf Viscount Walter Runciman, ein früherer Minister der Regierung Baldwin, am 3. August in Prag ein. Nach zwei Wochen an Konferenzen und Besprechungen mit Beneš, Hodža, Krofta und den Repräsentanten der Sudetendeutschen Partei erklärte Lord Runciman – „a good progressive Liberal in his parliamentary career“ – die Sudetenfrage zu einem „quarrel in a far-away country between people of whom we know nothing“. Daher zog Lord Runciman nach seiner Mission im August 1938 auch das Resümee, dass die Tschechoslowakei im Sudetenland „so viel kleinliche Intoleranz und Diskriminierung“ an den Tag gelegt habe, dass sich die Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung „unvermeidlich zum Aufstand fortentwickeln musste“. Lord Runciman empfahl in seinem Abschlussbericht unmissverständlich: „Je früher die sudetendeutschen Gebiete von der Tschechoslowakei abgetrennt werden, desto besser!“⁹⁸⁹

⁹⁸⁸ STEINER, *The Triumph*, 575-579.

⁹⁸⁹ DGFP, D, VII, Appendix III, 628, 633; STEINER, *The Triumph*, 579-581; SOUTOU, *Le deuil*, 791; EVANS, *Great Britain*, 17; WEINBERG, *Foreign Policy II*, 322-365; Odsun I, 778. Als Lord Runciman bei Eugen Graf Czernin auf Schloss Petersburg bei Karlsbad übernachtete, defilierten etwa 5000 Anhänger der Sudetendeutschen Partei mit Musik, Fahnen und Spruchbändern unter dem Balkon des Schlosses vorbei. – CZERNIN, *Böhmen*, 54. Die Runciman-Mission kehrte erst am 16. September 1938 nach London zurück. – STEINER, *The Triumph*, 594.

Auf den Chef des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes, den Obersten František Moravec, hatte Lord Runciman den Eindruck hinterlassen, als ob er seine Entscheidung, was er in seinem Abschlussbericht empfehlen werde, bereits vor Beginn der Untersuchung gefällt hätte. Moravec und seine Leute bemühten sich, Runcimans Beratern zu beweisen, dass die sudetendeutsche Frage eine Verschwörung zwischen dem Deutschen Reich und der Henlein-Partei sei. Sie versuchten die Befehle Berlins abzuhören, die Vorbereitungen von Zwischenfällen – etwa in Reichenberg und Mährisch-Ostrau – aufzudecken und den Hintergrund von Henleins „Verhandlungen“ aufzuzeigen. Doch der Nachrichtendienst musste bald das britische Desinteresse zur Kenntnis nehmen. Da Großbritannien keine direkten Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei hatte, wollte es auch nicht wegen der französischen Verpflichtungen in einen Krieg verwickelt werden. Premierminister Chamberlain werde es daher nicht zulassen, dass sich das sudetendeutsche Problem zu einem bewaffneten Konflikt entwickle.⁹⁹⁰

Vor allem auf Grund der wochenlangen tschechenfeindlichen Propaganda begann auch die deutsche Bevölkerung zu spüren, dass Kriegsgefahr drohte. „Im Lande herrscht schwere Beunruhigung wegen der Lage. Alles spricht von Krieg [...] Einziges Thema: Krieg und Prag“, notierte Goebbels am 28. August in sein Tagebuch. Für die überwältigende Mehrheit der Deutschen war die Vermeidung eines Krieges, zu dem Hitler entschlossen war, wichtiger als die „Heimholung“ der Sudetendeutschen. Aber Hitler hatte Karl Hermann Frank, Henleins Stellvertreter, bereits am 26. August aufgefordert, für provokative „Zwischenfälle“ zu sorgen. „Der Führer will also den Krieg“, lautete die Schlussfolgerung von Helmuth Groscurth, dem Chef der Abteilung II der „Abwehr“.⁹⁹¹

Präsident Beneš, der von seinem militärischen Nachrichtendienst über die Absichten seiner Gegner einigermaßen informiert war, beugte sich dem Druck der britischen Regierung und legte Lord Runciman am 4. September einen Plan vor, der faktisch die Annahme der Karlsbader Beschlüsse bedeutete.⁹⁹² Dieser sogenannte „Vierte Plan“ von Anfang September 1938 sagte den Sudetendeutschen eine Kombination von Territorial- und Personalautonomie zu, wie sie einst Karl Renner und Otto Bauer für die Habsburgermonarchie entwickelt hatten und die heute etwa in Südtirol verwirklicht ist. Nach Wenzel Jakschs späterer Darstellung ging der Plan auf ein Memorandum zurück, das sudetendeutsche Sozialdemokraten für die Mission des Lord Runciman im August 1938 ausgearbeitet hatten und das über Beneš' Sekretär Prokop Drtina zum letzten, sehr weitreichenden

⁹⁹⁰ František MORAVEC, Špion, jemuž nevěřili (Toronto 1977) 187-189.

⁹⁹¹ TBIG, Teil 1, Bd. 6, 61f., zitiert nach: KERSHAW, Hitler II, 161-163; GROSCURTH, Tagebücher, 104-107.

⁹⁹² Detlev BRANDES, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen (München 2001) 5; KERSHAW, Hitler II, 162. Nach seinen eigenen Erinnerungen war sich Beneš sicher, dass die Sudetendeutsche Partei auch diesen Plan ablehnen und damit die Runciman-Mission ad absurdum führen werde. – Edvard BENEŠ, Paměti I – Mnichovské dny, hg. von Milan Hauner (Praha 2008) 306.

Verhandlungsangebot an Henlein umgearbeitet wurde. Vorgesehen waren u. a. die nationale Proportionalität im öffentlichen Dienst, eine Novellierung des Sprachengesetzes zugunsten des Deutschen als zweiter Staatssprache und eine Anleihe in Höhe von 700 Millionen Kčs für die deutschen Notstandsgebiete. Ein Teil des deutschen Steueraufkommens wäre nicht mehr in die Staatskasse, sondern in die Kassen der deutschen Selbstverwaltungsorgane geflossen. Dass die sudetendeutschen Gebiete trotz der noch nicht bewältigten Wirtschafts- und Sozialkrise auch noch 1938 einen gesamtstaatlichen Steueranteil von 40 % aufbrachten, bei einem Bevölkerungsanteil von 22,5 %, lässt erahnen, was die Verwirklichung des Vierten Planes bedeutet hätte. Freilich räumte Beneš bereits bei seinem ersten Gespräch mit Jaksch im Londoner Exil am 3. August 1939 ein, dass der Plan „mehr zur Demaskierung Henleins bestimmt gewesen wäre“. Andererseits stellt sich die Frage, wie sich die tschechisch-deutsche Frage entwickelt hätte, hätten die Sudetendeutschen 1920 ein solches Autonomiestatut bekommen, was auch der Formel von der „Verschweizerung“ entsprochen hätte.⁹⁹³

Jedenfalls war die Sudetendeutsche Partei durch den „Vierten Plan“ unangenehm überrascht, so dass einer ihrer Funktionäre erschrocken ausgerufen haben soll: „Um Gotteswillen, er hat uns alles gegeben!“ Aber am 1. und 2. September 1938 hatte Henlein bei Hitler auf dem Berghof letzte Instruktionen eingeholt. Und Hitler hatte ihn angewiesen, mit der tschechoslowakischen Regierung weiter zu verhandeln, jedoch auf seinen unerfüllbaren Forderungen zu beharren und dann vom 4. September an „Zwischenfälle“ herbeizuführen, um die Verhandlungen abbrechen zu können. So löste die sudetendeutsche Führung am 7. September in Mährisch-Ostrau einen Zwischenfall aus und brach die Verhandlungen mit der Prager Regierung ab. Am Nürnberger Parteitag vom 5. bis zum 12. September 1938 aber hielten Hitler und Göring Brandreden gegen die Tschechoslowakei. Am 10. September spottete Göring und drohte in ordinären Worten:

„Wir wissen, dass es unerträglich ist, wie dieser kleine Volkssplitter da unten – kein Mensch weiß, woher sie gekommen sind – ein Kulturvolk dauernd unterdrückt und belästigt. Wir wissen aber, dass es nicht diese lächerlichen Knirpse sind. Dahinter steht Moskau, dahinter steht die ewige jüdisch-bolschewistische Zerrfratze. Gegen diesen lächerlichen Versuch, uns einzuschüchtern, möchte ich [...] eines versichern: Wir sind allezeit Schießler gewesen, niemals aber Scheißer.“⁹⁹⁴

Am 12. September griff Hitler die Tschechoslowakische Republik und den Präsidenten Beneš verbal an und schilderte in düstersten Farben den angeblichen Terror gegen die Sudetendeutschen. Schließlich rief er aus: „Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder wehrlos noch sind sie verlassen. Das möge man zur Kenntnis nehmen!“⁹⁹⁵ Diese Rede Hitlers wirkte auf die um die Volksemp-

⁹⁹³ PRINZ, Jaksch – Beneš, 10, 25; vgl. KANN, Nationalitätenproblem II, 160-182; BRÜGEL, Tschechen und Deutsche, 462.

⁹⁹⁴ BENEŠ, Mnichovské dny, 310; BRÜGEL, Tschechen und Deutsche, 464.

⁹⁹⁵ Gordon A. CRAIG, Geschichte Europas 1815-1980. Vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart (München 1983) 516.

fänger versammelten Sudetendeutschen wie ein Signal zum Aufstand. Tausende Anhänger der Sudetendeutschen Partei strömten auf die Straßen, bejubelten Hitler und das Deutsche Reich, während sie Beneš und die Tschechoslowakische Republik beschimpften. Auf Gebäuden wurden Hakenkreuzfahnen gehisst, entlang der Staatsgrenze tschechoslowakische Grenzposten ausgerissen. Paramilitärische Verbände der Sudetendeutschen Partei begannen Polizei- und Zollstationen zu belagern, ganze Städte und Dörfer militärisch zu besetzen. Es kam auch zu ersten Misshandlungen von Tschechen und Juden, tschechische und jüdische Geschäfte wurden geplündert, Postämter und Behörden ausgeraubt. Diese unverhüllten Gewalttaten verunsicherten die Menschen in den Grenzgebieten, Tschechen wie Juden, aber auch Deutsche. Aus Angst vor zu erwartenden kriegerischen Auseinandersetzungen verließen vor allem Frauen und Kinder ihre Häuser und Wohnungen und fuhren zu Verwandten und Bekannten – entweder ins innertschechische Gebiet oder über die Grenze ins Deutsche Reich, wo sie auch in Kinderheimen untergebracht wurden. Erst nach Abschluss der Okkupation und Annexion sollten die sudetendeutschen Familien wieder in ihre Heimatorte zurückkehren.⁹⁹⁶

Gegen den Aufstand der Sudetendeutschen Partei verhängte die Prager Regierung über 13 sudetendeutsche Bezirke den Ausnahmezustand und beauftragte die tschechoslowakische Armee, in den sudetendeutschen Gebieten Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Bereits am Abend des 12. September begannen die Gegenmaßnahmen anzulaufen, was auf eine vorausschauende Vorbereitung schließen ließ. Die Armee bildete 44 von Panzerwagen unterstützte Kampfgruppen, die beauftragt wurden, die belagerten Polizei- und Zollstationen zu entsetzen, die besetzten Städte und Dörfer zurückzuerobern und die paramilitärischen sudetendeutschen Verbände zu zerschlagen. Zur Abwehr eines allfälligen Angriffs des Deutschen Reiches wurden die motorisierten Divisionen in günstige Ausgangsstellungen vorgeschoben, die schweren Festungen in der Festungslinie in Kampfbereitschaft versetzt, die leichten Befestigungen durch Infanterietruppen gesichert, die Kampfgeschwader der Luft-

⁹⁹⁶ Detlev BRANDES, *Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938* (München 2009) 259-288.

Auch die Schüler des deutschen Gymnasiums in Komotau (Chomutov) beteiligten sich am 15. September 1938 an einer Großdemonstration zugunsten eines Anschlusses an Deutschland. Nach der Chronik des Gymnasiums wurden am 18. September alle Fahrzeuge für die tschechoslowakische Armee beschlagnahmt, und die wohlhabenden tschechischen Bürger begannen die Stadt zu verlassen. Am 23. September setzte die Evakuierung der Beamten und Staatsangestellten ein, am Abend desselben Tages, um 22.15 Uhr, wurde die allgemeine Mobilmachung der Männer bis 40 Jahre bekanntgegeben, der angeblich 1,5 Millionen Männer Folge leisteten. Als am 30. September die Prager Regierung das Ergebnis des Münchener Abkommens bekannt gibt, rebellieren die Soldaten, „sind entrüstet und verdammen die Regierung und die Armeeführung“. Ab 1. Oktober begannen Tschechen, Kommunisten und Sozialdemokraten aus Komotau zu flüchten, am 4. Oktober zogen die letzten tschechischen Einheiten ab, am Mittag des 9. Oktober marschierten die ersten reichsdeutschen Militäreinheiten „unter dem Jubel der Menge“ in Komotau ein. – Collegium Bohemicum und Antikomplex (Hgg.), *Tragická místa paměti. Tragische Erinnerungsorte. Průvodce po historii jednoho regionu. Ein Führer durch die Geschichte einer Region* (Praha 2010) 223-227.

waffe auf Feldflugplätze verlegt und die Luftabwehr-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt. Durch Einberufung von Reservisten wurde die Zahl der einsatzbereiten Soldaten auf 380.000 Mann erhöht. Unter diesem schnellen Zugriff der tschechoslowakischen Armee brach der Aufstand der Sudetendeutschen Partei binnen eines Tages zusammen. Ihre Anhänger verschwanden aus den Straßen, ihre paramilitärischen Verbände wurden aus den Städten und Dörfern des Sudetenlandes vertrieben. Am 15. September riefen Henlein und Frank die Sudetendeutschen zum weiteren Kampf gegen die Tschechoslowakei auf und flohen nach Deutschland. Die Prager Regierung löste schon am 16. September die Sudetendeutsche Partei und ihre paramilitärischen Verbände auf. Unter den Sudetendeutschen trat vorübergehend Niedergeschlagenheit und Ernüchterung ein.⁹⁹⁷

Vom schnellen Zusammenbruch des sudetendeutschen Aufstandes überrascht, ordnete Hitler noch am 16. September an, ein Sudetendeutsches Freikorps zu bilden, dessen Aufgabe in der „Aufrechterhaltung weiterer Unruhen und Zusammenstöße“ lag. Bereits am 19. September riefen Henlein und Frank alle sudetendeutschen Flüchtlinge zwischen 18 und 50 Jahren zum Eintritt in das Sudetendeutsche Freikorps auf. Die Kader des Freikorps bildeten reichsdeutsche SS- und SA-Männer, die Masse des Freikorps bestand aus sudetendeutschen Flüchtlingen, die Waffen kamen aus früheren österreichischen Beständen. Schon am 19. September drangen erstmals Kampfgruppen des Freikorps in tschechoslowakisches Staatsgebiet ein und begingen zahlreiche Verbrechen (Morde, Entführungen, Brandstiftungen, Plünderungen etc.). Da das Deutsche Reich dieses Freikorps initiiert, ausgerüstet und zu Einsätzen befohlen hatte, stellte dies eindeutig eine Kriegshandlung NS-Deutschlands gegen die Tschechoslowakische Republik dar.⁹⁹⁸

Lord Runciman hatte seinen Premierminister noch gewarnt: „Die Verantwortung für den endgültigen Bruch hat meiner Ansicht nach Herr Henlein und Herr Frank zu tragen sowie jene ihrer Parteigänger innerhalb und außerhalb der Staatsgrenze, die sie in diese extremistische und verfassungswidrige Handlungsweise hineingetrieben haben.“⁹⁹⁹ Dennoch schickte Chamberlain am 13. September an Hitler die Nachricht, er sei bereit, nach Deutschland zu kommen, um dort mit ihm zu verhandeln. Tatsächlich landete er am 15. September 1938 in München und besuchte Hitler auf dem Berghof. Als Beneš am 15. September erfuhr, dass Chamberlain auf dem Weg zu Hitler war, ahnte er, was dies bedeuten könnte. In einer geheimen Instruktion an den tschechoslowakischen Sozialminister Jaromír Nečas vom 16. September 1938, die dieser noch am selben Tag dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und seinem Vorgänger Léon Blum überbringen sollte, entwickelte Beneš einen weiteren, den sogenannten „Fünften Plan“, der erstmals Gebietsabtretungen mit Zwangsumsiedlungen verband. Das Egerland und ein Landzipfel in Nordostböhmen zwischen

⁹⁹⁷ ŠRÁMEK, Československá Armáda, 35f.

⁹⁹⁸ CELOVSKÝ, Münchener Abkommen, 338f.; Stanislav BIMAN – Roman ČÍLEK, Der Fall Grün und das Münchener Abkommen (Berlin o. J.) 139f.

⁹⁹⁹ KRÁL, Die Deutschen, 28.

Staatsgrenze und Befestigungslinie mit 4000 bis 6000 km² Land sollten unter der Bedingung abgetreten werden, dass Deutschland dafür eineinhalb bis zwei Millionen Sudetendeutsche in sein Territorium übernehme. Da das mehrheitlich deutsche Siedlungsgebiet in der Tschechoslowakei zu dieser Zeit etwa 30.000 km² mit etwa vier Millionen Einwohnern betrug, wollte Beneš für die Abtretung eines Sechstels der deutschen Siedlungsgebiete mehr als die Hälfte der Sudetendeutschen aussiedeln. Nečas selbst sagte Blum ganz offen, dass keine tschechoslowakische Regierung einem solchen Plan zustimmen könnte, denn die tschechoslowakische öffentliche Meinung würde eine solche Regierung hinwegfegen. – Ob Beneš zu diesem Zeitpunkt wirklich zur Abtretung von sudetendeutschen Gebieten bereit gewesen wäre, oder ob der Präsident in erster Linie politisch-taktisch agierte, wird mit letzter Sicherheit nicht mehr festzustellen sein. Der Persönlichkeit des Präsidenten Beneš entsprach eher die rationale Überlegung, dass Hitler kein Angebot annehmen werde, das nicht die Abtretung deutschsprachiger Gebiete der Tschechoslowakei enthielt. Dass Beneš aber ernsthaft glaubte, mit einem solchen Kompromissangebot einer Konfrontation mit Hitler ausweichen zu können, darf bezweifelt werden.¹⁰⁰⁰

Präsident Beneš und die anderen Mitglieder des Obersten Verteidigungsrates hatten inzwischen vom Chef des tschechoslowakischen Generalstabs, General Ludvík Krejčí, ein am 9. September 1938 abgefertigtes Memorandum zur Verteidigungsfähigkeit der Tschechoslowakei und der Angriffsfähigkeit der deutschen Wehrmacht erhalten: Die tschechoslowakische Armee sei „diszipliniert und sowohl in moralischer als auch in materieller Hinsicht auf der Höhe“. Sie verfüge über „genügend, größtenteils modernste Waffen und genügend Munition“. Die tschechoslowakischen Befestigungen seien „stark und widerstandsfähig“ und könnten „beliebig starke feindliche Kräfte auf eine gewisse Zeit zum Stehen bringen“. Die derzeitige Größe der deutschen Armee sei nur scheinbar, denn keine Armee der Welt könne in derart kurzer Zeit perfekte Kader aus dem Boden stampfen und allseitig ausgebildete Offiziere sowie eine genügende Anzahl ausgebildeter Reservisten bereitstellen. Vorläufig könne konstatiert werden, „dass die Moral des deutschen Soldaten durch den Kult des Übermenschentums künstlich aufgepeitscht ist und dass er vom unblutigen Sieg bei der Besetzung des Rheinlands

¹⁰⁰⁰ADAP, D, Bd. 2, Nr. 107; Zápís o postupu jednání v otázkách národnostních, smluveném s p. poslancem Kundtem a s p. Sebekowským u pana presidenta republiky dne 24. srpna 1938, in: HIA, Eduard Táborský papers, box 3; BENEŠ, Mnichovské dny, 20-22; vgl. Stephan DOLEZEL, Deutschland und die Rest-Tschechoslowakei (1938-1939), in: Karl Bosl (Hg.), Gleichgewicht – Revision – Restauration. Die Außenpolitik der Tschechoslowakei im Europasystem der Pariser Vororteverträge (München – Wien 1976) 253-264; Niklas PERZI, Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie (St. Pölten – Wien – Linz 2003) 142-146; BRANDES, Pläne, 5-7; STEINER, The Triumph, 611.

Beneš hatte Nečas auch aufgetragen, die geheime Instruktion nach Erfüllung seiner Mission zu vernichten. Nečas behielt aber die Instruktion und teilte später Beneš mit, dass sie von seiner Frau versteckt worden sei und er sie nach dem Krieg zurückerhalte. Doch Frau Nečas verstarb mit ihrer Tochter in Auschwitz und Nečas selbst starb im Jänner 1945 in London. Beneš aber erwähnte in seinen Memoiren die Nečas-Mission mit keinem Wort.

und Österreichs berauscht ist. Es genügt jedoch der erste Misserfolg dieses Soldaten vor unseren Befestigungen, gegen die er auf Grund seiner ungenügenden Ausbildung blindlings anstürmen wird – und die ganze Moral des deutschen Soldaten und damit auch die ganze künstlich aufgebaute Kraft der deutschen Armee wird zusammenbrechen.“ Das Memorandum endete mit einem Appell:

„Die Schicksalsstunde unseres Volkes [...] hat geschlagen. Das Ziel Deutschlands ist das Schwarze Meer. Für unser Volk wird es kein Erbarmen geben. Wenn es sich nicht zur Wehr setzt, so wird es auf eine schändliche und jeder Menschlichkeit widerstrebende Weise ausgetilgt werden. Wenn sterben, dann ehrenhaft!“¹⁰⁰¹

Entscheidend aber wurde nicht die Verteidigungsbereitschaft des tschechoslowakischen Generalstabes, sondern dass Hitler unter Androhung eines Krieges gegen die Tschechoslowakei die Zustimmung des britischen Premiers und danach der britischen und französischen Regierung zur Inbesitznahme der sudetendeutschen Gebiete erhielt. Nach Chamberlains Rückkehr aus Deutschland kamen Daladier und Bonnet nach London, berieten mit Chamberlain und Halifax und akzeptierten – unter vielen Erklärungen – den britischen Vorschlag. Noch am Abend des 18. September sandten die britische und französische Regierung gleichlautende Noten an die Prager Regierung, in der sie zur Abtretung der mehrheitlich sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich aufforderten und für die neuen Grenzen eine Garantie gegen einen unprovokierten Angriff versprachen. Nach Rückfrage in Moskau, ob die Sowjetunion die Tschechoslowakei unterstützen würde, wenn Frankreich seine Bündnisverpflichtungen erfüllte, und zustimmender Antwort der sowjetischen Regierung, lehnte die tschechoslowakische Regierung am 20. September die britisch-französische Forderung vorerst ab. Sie stellte fest, dass diese Vorschläge ohne Beteiligung und gegen die Interessen der Tschechoslowakischen Republik zustande gekommen seien, und wies darauf hin, dass nach der tschechoslowakischen Verfassung Entscheide über eine Veränderung der Staatsgrenzen vom tschechoslowakischen Parlament gefällt werden müssten. Außerdem würde die Annahme der britisch-französischen Vorschläge den tschechoslowakischen Staat völlig verstümmeln und zur leichten Beute seiner Gegner machen. Selbst wenn sich die Tschechoslowakei zur Annahme dieser Vorschläge entschlösse, wäre die Friedensfrage keineswegs gelöst. Am Ende der Antwortnote hieß es: „In dieser entscheidenden Stunde geht es nicht nur um das Schicksal der Tschechoslowakei, sondern auch um das anderer Länder, insbesondere Frankreichs.“¹⁰⁰²

¹⁰⁰¹ Jiří DOLEŽAL – Jan KŘEN (Hgg.), Die kämpfende Tschechoslowakei. Dokumente über die Widerstandsbewegung des tschechoslowakischen Volkes in den Jahren 1938-1945 (Prag 1964) 17-19.

¹⁰⁰² BÍMAN – ČÍLEK, Fall Grün, 143-148; STEINER, The Triumph, 611f. Dass sich Beneš und die tschechoslowakische Regierung das britisch-französische Ultimatum quasi „bestellt“ haben könnten, um die Verantwortung für die Abtretung des Sudetenlandes leichter auf London und Paris abschieben zu können – wie Milan Hauner im Vorwort der Edition von Beneš, Paměti I: Mnichovské dny, 18-20, meint –, erscheint ob seiner Tragweite doch ziemlich unwahrscheinlich. Beneš dürfte es vielmehr darum gegangen sein, deutlich auf den Bruch des Staats- und Völkerrechts hinzuweisen.

Am Morgen des 21. September, um zwei Uhr früh, ließen jedoch die Gesandten Großbritanniens und Frankreichs – „like two angels of death“ – den Präsidenten Beneš wecken und übergaben ultimative Noten ihrer Regierungen. Die britisch-französischen Vorschläge seien die einzige Möglichkeit, einen Krieg zu verhindern. Im Falle einer Ablehnung übernehme die Tschechoslowakei die Verantwortung für den Ausbruch eines Krieges; im Falle eines Krieges werde aber Frankreich seine Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nicht erfüllen, und auch Großbritannien werde die Tschechoslowakei ihrem Schicksal überlassen. Daher forderten die Gesandten Beneš auf, die ablehnende Antwort der tschechoslowakischen Regierung zurückzuziehen und die britisch-französischen Vorschläge anzunehmen. Trotz Drängens der beiden Gesandten verlangte Beneš eine Frist bis zum Mittag des 21. September, um sich mit der tschechoslowakischen Regierung zu beraten. Während die Regierungsmitglieder überwiegend dazu neigten, die britisch-französischen Vorschläge anzunehmen, setzten sich die Militärs nachdrücklich für die Ablehnung der britisch-französischen Vorschläge ein. Letztere forderten daher die unverzügliche Mobilisierung der Armee und eine bedingungslose Verteidigung der Republik. Am Ende aber setzten sich doch die Politiker durch. Am Nachmittag des 21. September übergab Außenminister Krofta den beiden Gesandten folgende Antwort der tschechoslowakischen Regierung:

„Durch die Umstände gezwungen und einem unerhörten Druck nachgebend, [...] nimmt die tschechoslowakische Regierung die britisch-französischen Vorschläge schmerzerfüllt an, wobei sie davon ausgeht, dass die beiden Regierungen alles tun werden, um die Lebensinteressen des tschechoslowakischen Staates im Zuge ihrer Durchführung sicherzustellen. Die Tschechoslowakei stellt mit Bedauern fest, dass diese Vorschläge ohne vorherige Fühlungnahme mit ihr erstattet worden sind.“¹⁰⁰³

Kaum hatte der tschechoslowakische Rundfunk die Nachricht von der Annahme der britisch-französischen Vorschläge gesendet, strömten in Prag und anderen Städten Hunderttausende Bürger auf die Straße, um gegen die „Kapitulation“ der tschechoslowakischen Regierung und den „Verrat von Frankreich und Großbritannien“ zu demonstrieren. Entschlossen forderten sie die kompromisslose Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik gegen den „faschistischen Diktator“ und seine „fünfte Kolonne“. Gleichzeitig begannen im tschechoslowakischen Verteidigungsministerium Militärs Überlegungen anzustellen, die Regierung zu stürzen, eine Militärdiktatur zu errichten und die militärische Verteidigung der Republik durchzusetzen. Angesichts der Massendemonstrationen trat die Regierung Hodža bereits am 22. September zurück und wurde durch eine neue Regierung unter Führung von General Jan Syrový ersetzt. Präsident Beneš rief am Abend des 22. die Bevölkerung dazu auf, Ruhe zu bewahren und die Entwicklung der Dinge ohne Furcht abzuwarten. Er habe einen Plan für alle Eventualitäten. Und: „Wenn

¹⁰⁰³ BÍMAN – ČÍLEK, Fall Grün, 149-151.

es notwendig ist, so sind wir bereit zu kämpfen – und wir werden bis zum letzten Mann für unsere Rechte eintreten. [...] Fürchtet Euch nicht um Volk und Staat, unser Land wird nicht untergehen.“¹⁰⁰⁴

Am 22. September 1938 flog Chamberlain ein zweites Mal nach Deutschland und traf sich mit Hitler in Bad Godesberg. Der britische Premier überbrachte die Zustimmung der tschechoslowakischen Regierung zu einem Rückzug aus den Mehrheitsgebieten der Sudetendeutschen; doch dies genügte Hitler nicht mehr: Er verlangte den sofortigen Rückzug der tschechischen Militäreinheiten und Zivilbehörden hinter die Sprachgrenze und die Erfüllung der territorialen Forderungen Polens und Ungarns. Chamberlain reagierte verärgert: Er habe die von Hitler am 15. September erhobenen Forderungen erfüllt. „Today he was accused of selling the Czechs, yielding to dictators, capitulating, and so on.“ Chamberlain verlangte ein Memorandum, und Hitler legte ein solches bei einem zweiten Treffen vor, einschließlich einer Karte mit den abzutretenden Gebieten. Aber das Treffen endete ergebnislos, sodass die britische wie die französische Regierung es der tschechoslowakischen Regierung am 23. September anheim stellten, eine Mobilmachung anzuordnen. Noch am selben Abend befahl die Prager Regierung die Generalmobilmachung. In kürzester Zeit füllten sich die Straßen mit Hunderttausenden an Einberufenen, die zu ihren Regimentern eilten. Bis zum 28. September waren 1,075.000 Mann mobilisiert, aufgeteilt auf 40 Divisionen in vier Armeen und 9000 befestigte Positionen. Die Haltung der Sudetendeutschen auf die Mobilmachung war eine geteilte. Tatsächlich desertierte ein Teil der sudetendeutschen Wehrpflichtigen zur deutschen Seite; aber der weitaus größere Teil – immerhin mehr als 300.000 (!) – leistete dem Mobilmachungsbefehl Folge. Daher sind daraus „weder Verdikte der kollektiven Schuld zu fällen, noch Freibriefe der kollektiven Unschuld auszustellen“.¹⁰⁰⁵

Ministerpräsident Syrový schilderte aus seiner Sicht die Alternativen in der Zerreißprobe für die tschechoslowakische Führung:

„Ich durchlebe die schwierigsten Augenblicke meines Lebens, denn ich erfülle eine so schmerzhafteste Aufgabe, dass es leichter wäre zu sterben. Wir hatten die Wahl zwischen verzweifelter und aussichtsloser Verteidigung, die die Opferung nicht nur der gesamten erwachsenen männlichen Generation, sondern auch von Kindern und Frauen bedeutet hätte, und zwischen der Annahme der Bedingungen, die in ihrer Rücksichtslosigkeit ohne Beispiel in der Geschichte sind. In tiefer Erregung haben alle Staatsführer gemeinsam mit der Armee und dem Präsidenten alle Möglichkeiten, die uns verblieben, abgewogen. Sie einigten sich darauf, dass in der Wahl zwischen einer Grenzverkleinerung und dem Untergang des Volkes es die heilige Pflicht ist, das Leben unseres Volkes zu erhalten.“¹⁰⁰⁶

¹⁰⁰⁴ BÍMAN – CÍLEK, Fall Grün, 167-170; ŠRÁMEK, Československá Armáda, 48; SEIBT, Deutschland und die Tschechen, 338; STEINER, The Triumph, 614-616.

¹⁰⁰⁵ LEMBERG, „München 1938“, 109f.; SCHMIDT, Statist auf diplomatischer Bühne, 412; STEINER, The Triumph, 616-619; ZÜCKERT, Nationsidee, 282-293.

¹⁰⁰⁶ Klaus KIRSCHNER, Achtung-acht! Tschechien und die Achter-Jahre. Manuskript einer Sendung von Radio Prag, 5. Jänner 2008, zitiert nach: ETSCHMANN, März 1938, 32.

Die Prager Regierung lehnte das Memorandum ab, das Hitler in Bad Godesberg an Chamberlain übergeben hatte. Chamberlain glaubte noch immer, dass das Objekt von Hitlers Politik ethnische Einheit und nicht „the domination of Europe“ sei. Aber Halifax warnte Chamberlain, dass die „mass of public opinion“ fühle, dass die Grenze für Konzessionen erreicht sei. Daladier teilte Botschafter Bullitt mit, dass „if Hitler should send one soldier across the Czechoslovakian frontier he would attack Germany at once“. Aber am Sonntag, dem 25. September, waren die Straßen von Paris nach Westen und Süden bereits von Autos überfüllt, teilweise gab es Panik. Daladier wiederholte dennoch seinen Standpunkt auch in London und berichtete von einer sowjetischen Teilmobilisierung. Nach heftigen Diskussionen in seinem Kabinett entschloss sich Chamberlain, Sir Horace Wilson mit einem Brief zu Hitler zu entsenden, um das Godesberg-Memorandum zu modifizieren. Am späten Nachmittag des 26. September präsentierte Wilson gemeinsam mit Botschafter Henderson Chamberlains Vorschlag einer internationalen Konferenz unter Einschluss von tschechoslowakischen Repräsentanten. Hitler stimmte nur unter der Bedingung zu, dass sein Memorandum akzeptiert und das verlangte Territorium am 1. Oktober geräumt werde. Die Antwort der Prager Regierung müsse bis zum 28. September vorliegen.¹⁰⁰⁷

Aber am Abend des 26. September drohte Hitler in einer Rede im Berliner Sportpalast neuerlich mit Krieg. Nachdem er Chamberlain und Großbritannien mit einigen freundlichen Sätzen bedacht hatte, überhäufte er Beneš und die Tschechoslowakische Republik mit wüsten Beschimpfungen:

„Dieser Staat begann mit einer einzigen Lüge. Der Vater dieser damaligen Lüge hieß Beneš. [...] Die gesamte Entwicklung seit den Jahren 1918 bis 1938 zeigte eines klar, Herr Beneš war entschlossen, das Deutschtum langsam auszurotten.“ Hitler erklärte weiters, das Sudetenland sei „die letzte territoriale Forderung, die ich in Europa zu stellen habe“, und versicherte, sobald diese Forderung erfüllt sei, interessiere ihn der tschechische Staat nicht mehr, denn „wir wollen gar keine Tschechen!“. Schließlich forderte er Beneš geradezu zum Duell heraus: „Nun treten zwei Männer gegeneinander auf: Dort ist Herr Beneš! Und hier stehe ich! [...] Frieden oder Krieg! [...] Herr Beneš mag jetzt wählen!“¹⁰⁰⁸

Hitler hatte in seiner immer wieder von „Sieg Heil!“-Schreien des Publikums unterbrochenen Rede immerhin versprochen, dass er keine Tschechen wolle und dass es nach Lösung dieses Problems für Deutschland kein weiteres territoriales Problem in Europa gebe. Wilson überbrachte am 27. September mittags Chamberlains Zusage, dass er für eine „faire und volle“ Erfüllung der tschechoslowakischen Zusage sorgen wolle. Dennoch drohte Hitler: Sollte das Memorandum abgelehnt werden, werde er die Tschechoslowakei „zerschmettern“.¹⁰⁰⁹

Bereits am 27. September verließ nun die Prager Regierung die Hauptstadt, da sie ein deutsches Bombardement befürchtete. US-Präsident Franklin Delano Roosevelt beschwor Hitler, Beneš, Chamberlain und Daladier, den Frieden zu bewahren.

¹⁰⁰⁷ STEINER, *The Triumph*, 623-628.

¹⁰⁰⁸ BÍMAN – ČÍLEK, *Fall Grün*, 194f.

¹⁰⁰⁹ STEINER, *The Triumph*, 628.

Aber die deutsche Führung versuchte nach wie vor, einen Krieg zu provozieren. Hitler befahl einen Propagandamarsch motorisierter Truppen mitten durch Berlin. Als die Panzer durch die Wilhelmstraße rollten, blieben die Passanten ruhig; niemand brachte Hochrufe aus; Hitler sah dies von der Reichskanzlei aus und reagierte verärgert. Aber er sandte eine schriftliche Antwort an Chamberlain: Der Premierminister möge entscheiden, wie er die Prager Regierung zu einer Zustimmung bringen könne. Im *Foreign Office* wurde ein *timetable* für die deutsche Besetzung der Grenzgebiete ausgearbeitet, beginnend mit Asch und Eger. Dann sollte am 3. Oktober eine internationale Grenzkommission eingerichtet werden, die das Vorrücken der deutschen Truppen bis 31. Oktober festlegen sollte. Eine gemeinsame Garantie der neuen Grenzen sollte die Aktion abschließen. Das *Foreign Office* sandte diesen Vorschlag noch am Abend des 27. September nach Paris, Prag und Berlin. Chamberlain sprach noch am selben Abend über BBC und appellierte für den Frieden:

„How horrible, fantastic, incredible it is that we should be digging trenches and trying on gas masks here because of a quarrel in a faraway country between people of whom we know nothing.“

Und die Prager Regierung wurde noch nach der abendlichen Kabinettsitzung gewarnt, dass es keine Möglichkeit mehr gebe, dass „Czechoslovakia could be restored to her frontiers of today.“¹⁰¹⁰

Am 28. September erhielt Außenminister Krofta eine Nachricht des französischen Botschafters in Berlin,

„that the German Government have given to His Majesty’s Ambassador in Berlin the text of telephone conversations which were supposed to have taken place between President Beneš, Mr. Masaryk and Mr. Osuský. According to this, President Beneš was supposed to have said to Mr. Masaryk that he is not ready to carry out the Anglo-French plan, and Mr. Masaryk supposedly reported to Mr. Beneš about his negotiations with the Opposition in London to overthrow Dr. Chamberlain’s Government“. Krofta telegraphierte noch am selben Tag an Viscount Halifax: „This assertion is an absolute untruth and typical of the method used by the German Government in these very serious times in order to push on to others the responsibility for deeds that they may be planning.“¹⁰¹¹

Auf Grund vieler Gespräche mit britischen, französischen und italienischen Diplomaten waren Papst Pius XI. und Kardinalstaatssekretär Pacelli überzeugt, dass weder Frankreich noch Großbritannien, noch Italien wegen der Tschechoslowakei in einen Krieg eintreten würden. Als jedoch Nuntius Ritter aus Prag berichtete, die Situation sei „extrem ernst“, verkündete der Papst am Abend des 29. September im Radio Vatikan eine öffentliche Friedensbotschaft. Einen Tag nach der Münchener Konferenz sollte er aber zu Domenico Tardini, dem Sekretär für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, sagen:

¹⁰¹⁰ STEINER, *The Triumph*, 629-631.

¹⁰¹¹ LUZA – VELLA, *The Hitler Kiss*, 22; *Telegr. AM Krofta to Viscount Halifax, Prague, 28th September, 1938*; *Secret message Halifax to Masaryk, London, 8th October 1938, HIA, exhibition, March 2009*: „Shattered Peace. The Road to World War II.“

„Es ist wahr, dass die Tschechoslowakei nicht das Recht hatte, die ganze Welt ihretwegen in den Krieg hineinzuziehen, doch es ist genauso wahr, dass sie jedes Recht hatte, nicht als Minderjährige behandelt zu werden.“¹⁰¹²

Am Morgen des 28. September überreichte der britische Botschafter in Rom, Lord Perth, die Einladung an Mussolini, eine internationale Konferenz zu vermitteln. Vom Prinzen Philipp von Hessen über die Godesberger Konferenz informiert und beunruhigt durch die Kriegsgefahr, sandte Mussolini seinen Botschafter in Berlin zu Hitler, um eine 24-stündige Verschiebung der Mobilisierung zu erreichen. Bernardo Attolico erfüllte sofort seinen Auftrag, und Hitler stimmte zu. Dann erhielt Attolico Mussolinis zweiten Vorschlag, den einer Vierer-Konferenz. Auch Göring und Neurath plädierten für eine friedliche Lösung, sodass Hitler auch dem weiteren Vorschlag Mussolinis – der eigentlich von London ausging – zustimmte. Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier sollten sich umgehend in München treffen.¹⁰¹³

In Übereinstimmung mit Hitler, der Mussolini in Kufstein abholte, präsentierte Mussolini bereits am Nachmittag des 29. September 1938 im Münchener „Führerbau“ die deutschen Forderungen. Auf der Münchener Konferenz ging es eigentlich nicht mehr um den politischen Beschluss der Abtretung des Sudetenlandes, sondern nur mehr um die Modalitäten der Durchführung, wobei nun die Besetzung des Sudetenlandes in fünf Etappen zwischen dem 1. und 10. Oktober erfolgen sollte. Eine internationale Kommission sollte den vier Großmächten noch kleine Grenzmodifikationen vorschlagen dürfen, eine deutsch-tschechische Kommission sollte den Austausch von Bevölkerungsteilen organisieren. Großbritannien und Frankreich waren bereit, die neuen Grenzen zu garantieren, Deutschland und Italien erst nach Regelung der Grenzfragen mit Polen und Ungarn. Um 10 Uhr abends übergab die britische Delegation den vor der Tür wartenden tschechoslowakischen Vertretern die Beschlüsse der Vier und machte Druck: „Falls Sie den Plan nicht annehmen, so bedeutet das, dass Sie den Streit mit Deutschland allein ausfechten müssen. Von uns können Sie dann keine Hilfe mehr erwarten.“ Erst um 1.30 Uhr früh wurden die tschechoslowakischen Vertreter in den Verhandlungssaal geführt, und Chamberlain übergab ihnen das gerade von ihm, Daladier, Hitler und Mussolini – die beiden Diktatoren hatten sich bereits entfernt – unterzeichnete Abkommen mit der Aufforderung, es laut vorzulesen. Der tschechoslowakische Delegationsleiter, Gesandter Mastný, fragte Daladier und Chamberlain, ob man eine Antwort der tschechoslowakischen Regierung erwarte. Als beide antworteten, die Tschechoslowakei habe keine andere Wahl, als das Abkommen anzuerkennen, rief Mastný aus: „Aber was für eine Wahl ist das – die zwischen Mord und Selbstmord!“¹⁰¹⁴

¹⁰¹² HRABOVEC, Heiliger Stuhl, 16.

¹⁰¹³ STEINER, The Triumph, 637-639.

¹⁰¹⁴ Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, getroffen in München, am 29. September, in: Odsun 2, 793-796; WISKEMANN, Czechs and Germans, 206-208; SEIBT, Deutschland und die Tschechen, 335-338; KERSHAW, Hitler II, 176-182; STEINER,

Am Tag der Münchener Konferenz empfing Beneš auf der Prager Burg den Chef des tschechoslowakischen Generalstabes sowie die Oberbefehlshaber der 1., 2. und 4. Armee, die die Truppen in Böhmen, Nordmähren und Südmähren kommandierten. Die Generäle Krejčí, Vojtechovský, Lůža und Prchala erklärten dem Präsidenten, dass die Armee und das Volk kämpfen und die Republik verteidigen wollten, auch dann, wenn die Tschechoslowakei völlig allein kämpfen müsse; sie glaubten drei Monate gegen die Wehrmacht bestehen zu können. Daher forderten sie Beneš auf, keinem Druck nachzugeben, keine territorialen Abtretungen zu akzeptieren und den Willen des Volkes und der Armee zur Verteidigung der Republik zu respektieren. Beneš hielt in seinen Erinnerungen fest: „Ich sah die Tränen in den Augen der Generäle und hörte aus ihrem Munde die Worte der Bitte, der Warnung und auch der Drohung.“ Aber er antwortete ihnen: „Was Sie tun und fordern, ist Ihre Pflicht zu tun und zu fordern. Ihr Verhalten ehrt die tschechoslowakische Armee. [...] Ich bin [aber, Erg. Suppan] nicht nur der Oberbefehlshaber der Armee, sondern auch der Präsident. Ich kann mich nicht ausschließlich danach richten, was das Volk oder die Armee will, sondern muss auch die ganze innen- und außenpolitische Lage in Betracht ziehen.“ Beneš meinte, der Krieg gegen Hitler komme ohnehin bald, und er wolle das Land nicht zum Schlachtfeld machen. Die Generäle verließen unzufrieden, verbittert und verzweifelt den Präsidententrakt der Prager Burg. Eine vorher besprochene Absetzung des Präsidenten wagten sie jedoch nicht. Beneš rechtfertigte sich später im Londoner Exil: „Ich konnte es sie nicht machen lassen [gemeint war der militärische Widerstand, Anm. Suppan], ihr Denken war politisch naiv.“¹⁰¹⁵

Das Münchener Abkommen bestätigte also die Abtretung der mehrheitlich deutschen Gebiete der Tschechoslowakei an Deutschland und legte die Räumung dieser Gebiete seitens der Tschechoslowakei zwischen dem 1. und 10. Oktober 1938 fest – „ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen“. Als Grundlage für die Feststellung der ethnischen Mehrheitsverhältnisse wurde die österreichische Volkszählung von 1910 herangezogen, die nach der Umgangssprache gefragt hatte und nun – 1938 – die Sprachgrenzen mit Sicherheit nicht mehr exakt wiedergab. Denn abgesehen von der Stationierung und Ansiedlung Zehntausender tschechischer Beamter und Staatsangestellter (und ihrer Familien)

The Triumph, 639-641; Jindřich DEJMEK (Hg.), *Československá zahraniční politika v roce 1938*, Bd. II (1. Juli – 5. Oktober 1938), (Praha 2001) 323-326, 343-345, 347, 359f., 378f., 390-392, 421f., 436-438, 452-454, 458-460, 462f.; BÍMAN – CÍLEK, Fall Grün, 216f.

¹⁰¹⁵ BENEŠ, *Mnichovské dny*, 341f.; MORAVEC, *Špion*, 201; Radomir LUZA – Christina VELLA (eds.), *The Hitler Kiss. A Memoir of the Czech Resistance* (Baton Rouge 2002) 20-22; MORAVEC, *Špion*, 201; BÍMAN – CÍLEK, Fall Grün, 196.

Beneš soll gemäß seinen Memoiren – *Mnichovské dny*, 242 – den Generälen noch eine bittere Botschaft mitgegeben haben: „Ja, es ist schrecklich, was uns Frankreich und Großbritannien angetan haben. Aber denken Sie an meine Worte. Sie wollten jetzt nicht mit uns und unter leichteren Bedingungen kämpfen. Sie werden deshalb später für uns aber ohne uns und unter schwereren Bedingungen kämpfen müssen. Sie werden für ihren Fehler teuer bezahlen.“

im sudetendeutschen Gebiet, hatte es etwa in den bereits 1910 gemischtsprachigen Gemeinden um Budweis, Pilsen, Leitmeritz, Olmütz, Mährisch-Ostrau, Brünn und Znaim doch Assimilationsprozesse von „Deutschsprachigen“ – besonders in deutsch-tschechischen und jüdischen Familien – an die tschechische Nationalität gegeben.¹⁰¹⁶

Nicht nur Hitler und Mussolini, auch Chamberlain und Daladier wurden in ihren Hauptstädten als Friedensstifter bejubelt – nicht nur von der jeweiligen regierungsnahen Presse. Als Daladier auf dem Pariser Flughafen Le Bourget aus dem Flugzeug stieg, wurde er von einer jubelnden Menge empfangen und mit Blumensträußen überschüttet. In seiner Presseerklärung stellte er scheinbar selbstbewusst fest: „La paix est sauvée.“ Zu dem neben ihm stehenden Botschafter Léger aber flüsterte er: „Diese Idioten!“ Und schon am 3. Oktober sagte er dem US-Botschafter Bullitt, er mache sich keine Illusionen, München sei eine völlige Niederlage für Frankreich und England gewesen, und wenn Frankreich sich nicht zusammenraffe, würde es im nächsten Jahr einer fatalen Lage entgegensehen. Chamberlain wurde bereits am Londoner Flughafen Heston gefeiert; er schwenkte die gemeinsame deutsch-englische Erklärung und las sie der jubelnden Menge vor. Er erhielt eine Einladung des Königs, direkt in den Buckingham Palace zu kommen, um die Glückwünsche für den Erfolg in München entgegenzunehmen. Vor seinem Amtssitz in der Downing Street sprach Chamberlain schließlich den bedeutungsvollen Halbsatz vom „Peace for Our Time“. Auch die Londoner *Times* hielt den Gebietstransfer an Deutschland für „notwendig und grundsätzlich gerecht“. – Hitler aber zog aus München ganz andere Schlussfolgerungen: „Erst jetzt sehe ich, wie schwach der Westen ist. Jetzt werde ich den Krieg führen, den ich brauche, um der Welt meine Ideen aufzuzwingen.“¹⁰¹⁷

Im britischen Unterhaus fand eine dreitägige Debatte über das Münchener Abkommen statt. Winston Churchill trat als leidenschaftlicher Kritiker auf: „Wir haben eine vollständige, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten.“ Das britische Volk müsse wissen, „dass das ganze europäische Gleichgewicht gestört wurde und dass jetzt das unheilvolle Urteil über die Demokratien des Westens gefällt worden ist“. „Glauben Sie nicht“, rief Churchill seinen Kollegen zu, „dass es damit sein Bewenden habe. Es ist der Beginn der Abrechnung. Es ist nur der erste Schluck, der erste Vorgeschmack des bitteren Kelches, der uns nun Jahr für Jahr vorgesetzt werden wird.“ Aber Churchills Warnung verhallte ungehört. Mit 366 gegen 144 Stimmen billigte das Unterhaus die Politik der Regierung Seiner Majestät, „durch die der Krieg in der vor kurzem entstandenen Krise vermieden wurde“. Das französische Parlament stimmte sogar mit 535 gegen 75 Stimmen für das Münchener Abkommen. Der sowjetische Botschafter in London, Ivan Maiskij, aber konstatierte: „Der Völkerbund und die kollektive Sicherheit sind

¹⁰¹⁶ Dt. Gesandtschaft Prag an AM Krofta, Prag, 30.9.1938, HIA, Eduard Táborský papers, box 3.

¹⁰¹⁷ CELOVSKÝ, Münchener Abkommen, 458, 467; BÍMAN – ČÍLEK, Fall Grün, 226; STEINER, The Triumph, 643f.; The Times, October 7, 1938.

tot. In den internationalen Beziehungen beginnt eine Epoche grausamer Willkür, grober Gewalt und eine Politik der gepanzerten Faust.“¹⁰¹⁸

Präsident Beneš und seine Regierung hatten unter dem ultimativen Druck Hitlers – aber auch der Westmächte – trotz Generalmobilmachung resigniert und am 30. September das Diktat der Großmächte zur Kenntnis genommen. Aber Beneš fühlte sich besonders von den Westmächten betrogen, denn zwei der vier Unterzeichner des Münchener Abkommens seien „Freunde“ der Tschechoslowakei gewesen. Außenminister Krofta übergab den Gesandten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens folgende Erklärung der tschechoslowakischen Regierung:

„Nach allseitiger Erwägung und Prüfung aller dringlichen Empfehlungen, die der tschechoslowakischen Regierung durch die französische und britische Regierung übermittelt wurden, [...] hat sich die tschechoslowakische Regierung [...] dazu entschlossen, die Münchener Beschlüsse der vier Großmächte anzunehmen. Sie hat es im Bewusstsein getan, dass die Nation erhalten werden muss und dass eine andere Entscheidung heute nicht möglich ist. Die Tschechoslowakische Regierung protestiert beim Treffen dieser Entscheidung gleichzeitig vor der ganzen Welt gegen die Abmachungen, die einseitig, ohne ihre Teilnahme getroffen worden sind.“¹⁰¹⁹

Krofta merkte auch verbittert an: „Das haben wir nicht verdient.“ Und bevor die Gesandten gingen, sagte er zu ihnen: „Bestimmt werden wir nicht die letzten sein. Nach uns kommt die Reihe noch an andere...“¹⁰²⁰

Nach der Annahme des Münchener Abkommens durch die tschechoslowakische Regierung war es nur noch die tschechoslowakische Generalität, die die Umsetzung verhindern hätte können. Tatsächlich gab es zwischen 1. und 3. Oktober noch intensive Gespräche zwischen einigen Politikern und den Generälen Krejčí, Prchala, Lůža, Vojtechovský, Votruba und Ingr. Denn in diesen Tagen erfolgten vorerst die ersten beiden Etappen der Räumung des tschechoslowakischen Grenzgebietes, das noch vor der tschechoslowakischen Festungslinie lag. Bis zum 3. Oktober wäre daher die Verteidigung der Republik noch möglich gewesen. Im Raum standen Vorschläge, das Parlament aufzulösen, die politischen Parteien zu verbieten, eine Militärregierung zu bilden und die militärische Verteidigung der Republik in die Wege zu leiten. Die Pläne scheiterten schließlich an der Verfassungstreue der tschechoslowakischen Generäle, die sich nicht dazu durchringen konnten, die demokratisch gewählten Organe der Republik (einschließlich des Präsidenten) außer Kraft zu setzen. Als zwischen dem 4. und 7. Oktober die Gebiete geräumt wurden, in denen die Festungslinie lag, war an militärischen Widerstand nicht mehr zu denken.¹⁰²¹

¹⁰¹⁸ Winston S. CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg*, 161; vgl. *Documents on British Foreign Policy 1919-1939. Third Series (March 1938 – September 1939)*, vol. 2 (London 1949) 434-436, 442f., 447f., 518f., 627-629, 676; vol. 3 (London 1950) 639-642; STEINER, *The Triumph*, 683-686.

¹⁰¹⁹ BÍMAN – ČÍLEK, *Fall Grün*, 220; STEINER, *The Triumph*, 641f.

¹⁰²⁰ Ebenda, 221.

¹⁰²¹ ŠRÁMEK, *Československá armáda*, 48-50.

Als die Sudetendeutschen von der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich erfuhren, brach unter ihnen unbeschreiblicher Jubel aus. Sie verhöhn-ten und beschimpften die sich zurückziehende tschechoslowakische Armee und begrüßten die einmarschierende deutsche Wehrmacht mit begeisterten „Sieg Heil!“-Rufen und Blumensträußen. Im ganzen Sudetenland wurden – zum Teil als Revanche für die tschechischen Denkmalzerstörungen 1918 – tschechoslowakische Denkmäler geschleift und national-tschechische Einrichtungen (Verlage, Bibliotheken, Kulturhäuser etc.) beschädigt. Als Hitler durch das Sudetenland reiste, spielten sich geradezu hysterische Szenen ab, die sogar für die deutschen Soldaten unbegreiflich und unerträglich waren. So wurde etwa in den Akten überliefert: „Als ein Häuflein junger Mädchen vor lauter ‚Sieg Heil!‘, ‚Sieg Heil!‘ den Mund nicht mehr schließen konnte, drehte sich ein Landser am Absatz herum und schrie in die jauchzende Menge: ‚Wir möchten gerne heraus aus der Knechtschaft und ihr wollt hinein?‘ [...] Ja, man war wie hypnotisiert.“¹⁰²² – In ihrer Euphorie merkten die meisten Sudetendeutschen nicht, dass ihre Eingliederung in die gesamtdeutsche Nation und in das Großdeutsche Reich auch die Unterwerfung unter eine totalitäre Diktatur bedeutete, die ihnen in den kommenden sechseinhalb Jahren unermessliche Opfer abverlangen sollte.¹⁰²³

Das Münchener Abkommen hypnotisierte aber auch große Teile der deutschen Bevölkerung im Reich, einschließlich der politischen und militärischen Führungskreise, in denen es bis dahin auch Skepsis und Opposition gegen Hitlers Aggressionspolitik gegeben hatte. Generalstabschef Halder hob noch vor dem Militärtribunal in Nürnberg hervor:

„Ich möchte noch einmal die außerordentliche Bedeutung dieses Münchener Abkommens betonen, nicht nur wegen des Eindruckes auf die Bevölkerung, sondern auch auf die Wehrmacht. Von nun an wurde dauernd gesagt: ‚Der Führer wird es schon irgendwie machen, er hat es in München auch geschafft!‘“¹⁰²⁴

Die Hitler-Gegner – tschechische, jüdische und deutsche – waren nicht hypnotisiert, sondern auf der Flucht. Etwa 150.000 Tschechen – meist Beamte oder Staatsangestellte – mussten mit ihren Familien das Sudetenland verlassen, meist als Flüchtlinge, manchmal auch als Vertriebene. Schlimmer ging es vielen Juden, die von SS-Detachements in das Niemandsland zwischen deutschem und tschechischem Territorium getrieben, zum Teil auch schon nach Dachau deportiert wurden. Henlein aber bezog eine arisierte Villa in Reichenberg und richtete dort sein

¹⁰²² GLOTZ, Die Vertreibung, 130. Den 54 sudetendeutschen Toten des 4. März 1919 wurden volle militärische Ehren erwiesen. – GROSCURTH, Tagebücher, 140-147.

¹⁰²³ Eduard (Hans) Hanisch-Concée prägte eine Medaille mit dem Kopf Hitlers in Seitenansicht auf der Vorderseite, umrahmt von der Inschrift „Der Einer und Führer aller Deutschen“, und dem Reichskreuz und dem Reichsapfel auf der Rückseite, mit den beiden Daten: 13.3.1938, 29.9.1938, umrahmt von der Inschrift: „Das Großdeutsche Reich ist erstanden.“ – TELESKO, „Anschluss“, 171.

¹⁰²⁴ SEIBT, Deutschland und die Tschechen, 337.

Hauptquartier als neuer Gauleiter ein. Das Sudetendeutsche Freikorps hatte auf Antrag Franks von Hitler drei Tage „Jagdfreiheit“ auf die politischen Gegner bekommen. In Reichenberg, Komotau und Holeischen (Holyšov) bei Mies (Stříbro) wurden deutsche Sozialdemokraten durch die Straßen getrieben. Die vielen Tausenden sozialdemokratischen Flüchtlinge waren aber in der zweiten Tschechoslowakischen Republik nicht willkommen und wurden in ganzen Waggonladungen ins Reich zurückgeschickt.¹⁰²⁵

Mit der Wehrmacht waren auch motorisierte Polizeiverbände, zwei Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, die gesamte SS-Verfügungstruppe sowie vier Totenkopfbataillone ins Sudetenland einmarschiert, hatten Schriftgut der tschechoslowakischen Polizei beschlagnahmt und eine große Zahl von Verhaftungen durchgeführt. Himmler sah sich durch den Einsatz im Sudetenland in seinen militärischen Ambitionen bestärkt und berichtete am 8. November 1938 seinen Gruppenführern in München: Während der Sudetenkrise habe er 5000 SS-Männer zwischen 45 und 50 Jahren einberufen, von denen die Schutzstaffel 3500 bei der Truppe behalten habe. Durch diese Einberufungen sei es möglich, aktive Totenkopfverbände aus den KZ herauszuziehen und sechs neue Bataillone aufzustellen.¹⁰²⁶

Am 5. Oktober 1938 trat der völlig desillusionierte tschechoslowakische Präsident Beneš von seinem Amt zurück. Schon Tage zuvor hatte es Rücktrittsaufforderungen gegeben. In einer letzten Rundfunkansprache wandte er sich an die tschechoslowakische Öffentlichkeit und versuchte sein Vorgehen zu rechtfertigen:

„[...] Ich will nur sagen, was wir alle schmerzlich fühlen: Die Opfer, die von uns so nachdrücklich verlangt wurden, sind unangemessen und sind nicht gerecht. Die Nation wird dies niemals vergessen, auch wenn sie es mit Würde, Ruhe und Selbstbewusstsein trägt, die allgemeine Bewunderung erwecken. [...] Ich glaube, dass es unter diesen Umständen gut ist, dass die neue Entwicklung und die neue europäische Zusammenarbeit [sic!] von unserer Seite nicht dadurch gestört werden, dass es den Anschein hätte, als ob ihr hervorragender Repräsentant durch seine persönliche Stellung dieser Entwicklung im Wege stehen könnte. [...]“¹⁰²⁷

Am Ende mahnte er: „Bewahret Ruhe und Einigkeit, Ergebenheit und gegenseitige Liebe zu einander.“ Seinen langjährigen Mitarbeitern aber vertraute er angeblich an, dass nach seiner Einschätzung das Deutsche Reich bereits in etwa fünf Monaten auch den Rest der Tschechoslowakei besetzen und sich nach weiteren sechs Monaten gegen Polen wenden werde. Im Falle eines Krieges vereinbarten sie eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Exil und dem Widerstand im Lande. Tatsächlich bestieg Beneš am 22. Oktober mit seiner Frau und einigen engen Mitarbeitern ein Flugzeug und begab sich nach Großbritannien ins Exil. Seine Abreise wurde vom Hohn der Sudetendeutschen und von der Enttäuschung der Tsche-

¹⁰²⁵ EBENDA, 131f.; Václav KURAL – Zdeněk RADVANOVSKÝ a kol., „Sudety“ pod hákovým křížem (Ústí nad Labem 2002) 50-69.

¹⁰²⁶ LONGERICH, Himmler, 419f.

¹⁰²⁷ Bohemia, 6. Oktober 1938, zitiert nach: HOFFMANN – HARASKO, Odsun, 814.

chen begleitet. Die Sudetendeutschen versahen seinen vielfach geäußerten Satz: „Ich habe einen Plan“ mit dem hämischen Kommentar: „Ja, ja, einen Aeroplan.“ Vielleicht stammte dieser Satz aus der Propagandaküche von Goebbels. Im tschechischen Volksmund aber hieß es verbittert: „Er schnappte seine Hana, nahm sich Pinkepinke, setzte sich ins Flugzeug und machte Winkewinke.“ – Beneš schrieb später: „Ich hielt es für den gesamten weiteren Verlauf der Entwicklung für besser, dass alle Schuld auf meine Schultern fiel. Selbst erlegte ich mir die Pflicht auf, zunächst [...] zu schweigen und abzuwarten [...].“¹⁰²⁸

Das Münchener Abkommen wurde dem Prager Parlament niemals zur Beschlussfassung vorgelegt, das entsprechend der tschechoslowakischen Verfassung allein für eine allfällige Gebietszession zuständig gewesen wäre. Während des Krieges erklärte dann Beneš mehrere Male, dass die Prager Regierung dem Münchener Abkommen nicht zugestimmt habe, was aber eindeutig eine nachträgliche Fehlinformation darstellte. Hingegen verwiesen tschechische Verfassungs- und Völkerrechtler mit Recht auf die fehlende Zustimmung des Prager Parlaments.¹⁰²⁹

Andererseits ist Beneš teilweise zuzustimmen, wenn er schon im Jänner 1940 vor der *Royal Empire Society* in London erklärte:

„The solution reached in Munich about the cession to Nazi Germany by Czechoslovakia of the Sudeten German territory, had very little to do with a dispute about a minority question. It had to have as its consequence the strategic and military occupation of Czechoslovakia [...] It is clear, that the occupation of the Sudeten German territory was not at all the last territorial claim of Germany, as Chancellor Hitler expressly promised at Godesberg and in his public speech at the Sport Palast in Berlin on 26th September 1938, but a military and strategical German advance, not only against Czechoslovakia, but against Poland, Hungary and Romania.

But, a definite world's reaction against German violence was only provoked by the cynical breach of the Munich Agreement, i.e. the German occupation of Bohemia and Moravia and the establishment of the Czech and Slovak Protectorates. [...] At first the emotional reaction of our whole nation was one of bitterness and despair. Today it regards this as its great and fateful task in the present war. [...]

We ask only, that it should be clear to everyone – if only in order rightly to determine our common peace aims, that Czechoslovakia has been at war with Germany since the summer of 1938 [sic!], that since March 1939, the Czechoslovak lands are a militarily occupied territory, and that since that time, they have been and are suffering all the horrors of the Nazi terror [...].“¹⁰³⁰

Nicht wenige Zeitgenossen – wie etwa der ehemalige österreichische Staatskanzler Karl Renner – erinnerten sich an ähnliche Diktate der Großmächte gegenüber Österreich in Saint-Germain 1919 und gegenüber Ungarn in Trianon 1920. Der gebürtige Südmährer Renner lobte jedenfalls in einem Nachwort vom

¹⁰²⁸ GLOTZ, Die Vertreibung, 128; BENEŠ, Paměti, 74-77; Václav HAVEL, Beneš und das „tschechische Dilemma“. Das Drama eines europäischen Politikers, in: Neue Zürcher Zeitung, 19. April 2002, 6.

¹⁰²⁹ Vgl. Václav PAVLIČEK, O české státnosti. Úvahy a polemiky (Praha 2002).

¹⁰³⁰ Edvard Beneš, The case of Czechoslovakia, speech at the Royal Empire Society, London, January 23rd, 1940, HIA, Eduard Táborský papers, box 4.

1. November 1938 zu seiner im September 1938 abgeschlossenen Studie den gemeinsamen Weg zum Münchener Abkommen,

„[...] als im dramatischen Ablauf einiger Wochen durch die beispiellose Beharrlichkeit und Tatkraft des deutschen Reichskanzlers, vereint mit der weitblickenden Staatsklugheit der Regierung Großbritanniens, unter opferbereiter Selbstüberwindung Frankreichs und heroischer Verzichtleistung der Tschechoslowakei, mit dem vermittelnden Beistand Italiens, ohne Krieg und Kriegsoffer, sozusagen über Nacht, das sudetendeutsche Problem volle Lösung fand. Eine Lösung, welche [...] vielfach auf den Buchstaben dem von der Republik Deutschösterreich bei ihrer Begründung 1918 und 1919 eingenommenen Rechtsstandpunkt entspricht.“ Und: „Die Münchner Vereinbarungen schließen ein leidvolles Kapitel der Geschichte, indem sie die Donaumonarchie für alle Zeiten liquidieren und das Nationalstaatsprinzip für Mitteleuropa zur Vollendung führen [...].“

Immerhin räumte Renner auch ein:

„Das tragische Opfer der Fehler von Saint-Germain und ihre Berichtigung durch München ist diesmal das tschechische Volk: dort verführt, über seine eigene Kraft sich zu erheben, ist es hier tief herabgestürzt worden, tiefer als seinem geschichtlichen Range entspricht. Es büßt nur zum Teil eigene, es büßt noch mehr fremde Schuld.“¹⁰³¹

Renner war sich zwar bewusst, dass mit dem Münchener Abkommen „ein neues Kapitel europäischer Geschichte“ eingeleitet wurde, „mit neuen Methoden“ und „anderen, völlig neuen Zielen“, ahnte aber offensichtlich nicht, dass die Führung des neuen „Großdeutschlands“ in einen Vernichtungskrieg ungeahnten Ausmaßes steuerte. Denn ein fundamentaler Unterschied zur bisherigen Politik lag bereits in der Brutalität der Kriegsdrohungen Hitlers, der ja in Deutschland und Österreich schon einen totalitären Staat errichtet hatte. Das Nachgeben der westlichen Demokratien hatte sich schon beim „Anschluss“ Österreichs als fatal erwiesen, mit dem Münchener Abkommen wurde auch die Zerstörung der letzten mitteleuropäischen Demokratie eingeleitet. Freilich, die demokratische Regierung in Prag hatte sich trotz großen Rüstungspotenzials – Beneš selbst sprach von „800.000 makellos ausgerüsteten, zu allem bereiten und seelisch standhaften Soldaten aller Waffengattungen“ mit 500 Panzern, 6000 Kanonen, 36.000 Fahrzeugen und 1500 Flugzeugen¹⁰³² – als ebenso unfähig erwiesen, militärischen Widerstand gegen Hitler zu organisieren, wie das innenpolitisch vom nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Lager bekämpfte und seit dem deutsch-österreichischen Juliabkommen 1936 auch außenpolitisch bereits ausgehöhlt „ständestaatliche“, de facto diktatorische Regime unter Bundeskanzler Kurt Schuschnigg.¹⁰³³

Der „Eckermann“ Präsident Masaryks, Karel Čapek, hatte wiederholt im engen Freundeskreis gefragt: „How is it possible, that treaties are not kept; it is the end of culture.“ – Čapek starb bereits zu Weihnachten 1938, 48-jährig, an gebrochenem Herzen wegen der Münchener Kapitulation, wie manche meinten.

¹⁰³¹ RENNER, Deutschösterreich, 6f., 87; RAUSCHER, Renner, 297-301.

¹⁰³² Edvard BENEŠ, Mnichovské dny. Paměti (Praha 1968) 295.

¹⁰³³ Vgl. Gottfried-Karl KINDERMANN, Österreich gegen Hitler – Europas erste Abwehrfront 1933-1938 (München 2003).

Das Nationaltheater lehnte es ab, eine schwarze Fahne zu hissen, was als klares Zeugnis für das allgemeine Klima der Angst und der Demoralisierung zu werten war. Čapeks enger Freund Ferdinand Peroutka, der Herausgeber des bedeutenden literarisch-politischen Magazins *Přítomnost* [Die Gegenwart], verbrachte die Zeit des Protektorats in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald.¹⁰³⁴

Ohne Zweifel hinterließ die erzwungene Akzeptanz von München bis in die Gegenwart sichtbare Spuren in der politischen Mentalität der tschechischen (und slowakischen) Gesellschaft. Der US-amerikanische Gesandtschaftssekretär und Historiker George F. Kennan hielt den tief gehenden Stimmungsumschwung in Prag nach dem Münchener Abkommen fest:

„Gone were the unifying faith and national tolerance of the Middle Ages; gone – in large measure – was the glamour of the Counter-Reformation, the outward manifestation of the wealth and power of Rome; gone indeed were the gay dreams of the empire of Joseph II and Maria Theresia: the laughing voice of Vienna, the spirit of Mozart. A sterner age was upon us; and it was only in the gaunt spires of the Tyn Church – those grim reminders of the country-long struggle of a stubborn and rebellious Bohemia against the united power of western Europe – that there was something vitally connected with the problems of this day. The ghosts of Jan Hus and the Bohemian Brethren stalked again through ‚black-out‘ streets, which could not have been darker in the fifteenth century itself. And again a remarkable little people, whose virtues and whose failings are alike the products of adversity, found themselves standing out in lonely bitterness against what they felt to be an unjust and unsympathetic Europe.“¹⁰³⁵

Der Kulturkritiker und Dissident Václav Černý versuchte 1968 im kanadischen Exil die psychologische Seite der vorläufigen Akzeptanz von „München“ auszuloten:

„Was nach München durch Resignation und Schande folgte, brach für viele Jahre das tschechische moralische Rückgrat, das man braucht, um sich verteidigen zu können. Der Kampf wäre verzweifelt gewesen, und [...] ohne Verbündete wäre er von Anfang an verloren gewesen. [...] Es gibt tragische Situationen, in denen es sich lohnt, in einem gerechten Kampf besiegt worden zu sein [...] die Polen wußten es und die Jugoslawen.“¹⁰³⁶

Und der Herausgeber der Pariser Exilzeitschrift *Svědectví* und spätere außenpolitische Berater von Václav Havel, Pavel Tigrid, erinnerte sich in den 1980er Jahren:

„München war in der tschechischen und slowakischen Geschichte ein Wendepunkt [...] im kritischen Moment war dieser Staat international isoliert, innerlich gespalten und von direkter militärischer Aggression bedroht. In der Situation war es die militärische Führung und vor allem der Präsident der Republik – nicht das Volk oder wenigstens ein bedeutender Teil davon – die beschlossen, kampfflos zu kapitulieren.“¹⁰³⁷

¹⁰³⁴ SAYER, Bohemia, 22 f., 222.

¹⁰³⁵ George F. KENNAN, From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938-1940 (Princeton 1971) 3f.

¹⁰³⁶ Václav ČERNÝ, Paměti, Bd. 4 (Toronto 1983), zitiert nach: IGGERS, Paradies, 776.

¹⁰³⁷ Pavel TIGRID, Kapesní průvodce inteligentní ženy po vlastním osudu (Praha 1990) 99f., zitiert nach: IGGERS, Paradies, 776.

Hitlers Marsch nach Prag 1939

Zwischen dem 1. und 10. Oktober 1938 besetzte die Deutsche Wehrmacht unter frenetischem Jubel des Großteils der sudetendeutschen Bevölkerung ein Gebiet von 30.000 km², in dem etwa 3,1 Millionen Deutsche und ungefähr 700.000 Tschechen und Juden lebten. Zwischen Eger (Cheb), Reichenberg (Liberec) und Troppau (Opava) wurde der „Reichsgau Sudetenland“ mit 22.608,23 km² geschaffen, in dem nach der Volkszählung 1930 3.157.000 Einwohner gelebt hatten. Südmähren mit Zlabings (Slavonice), Znaim (Znojmo), Nikolsburg (Mikulov) und Lundenburg (Břeclav) wurde ebenso dem „Reichsgau Niederdonau“ angeschlossen wie die beiden deutschen Minderheitsgemeinden westlich und südlich von Pressburg, Theben (Devín) und Engerau (Petržalka). Auch Südostböhmen mit Neubistritz (Nová Bystřice) fiel an den „Reichsgau Niederdonau“, Südböhmen mit Krumau (Český Krumlov) und Kaplitz (Kaplice) jedoch an den „Reichsgau Oberdonau“; das nördliche Böhmerwaldgebiet mit Oberplan (Horní Planá) und Bischofteinitz (Horšovský Týn) wurde an den „Reichsgau Bayerische Ostmark“ angeschlossen, das Hultschiner Ländchen an den Reichsgau Oberschlesien. Von den nach der Volkszählung 1930 überwiegend von Deutschen bewohnten 3397 Gemeinden der böhmischen Länder wurden alle bis auf 59 dem Deutschen Reich eingegliedert, dazu aus wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründen auch etwa 400 Gemeinden, die 1930 eine tschechische Mehrheit aufgewiesen hatten. – Damit waren die Grenzen Böhmens und Mährens zum ersten Mal seit dem Spätmittelalter weitgehend verändert worden.¹⁰³⁸

Durch einen Erlass Hitlers wurde Henlein schon am 1. Oktober zum „Reichskommissar für die besetzten Sudetengebiete“ unter der Dienstaufsicht des Reichsinnenministers ernannt, nach Einrichtung des „Reichsgaues Sudetenland“ am 30. Oktober 1938 jedoch Reichsstatthalter und Gauleiter des jüngsten Gaues Großdeutschlands. Sein Gau gliederte sich in Stadt- und Landkreise, die in den Regierungsbezirken Karlsbad (später Eger), Aussig und Troppau zusammengefasst waren, die von Regierungspräsidenten geleitet wurden. Die vollziehende Gewalt des Oberbefehlshabers des Heeres und der Oberbefehlshaber der Heeresgruppen endete bereits am 21. Oktober 1938. Die vorwiegend mit Tschechen besetzten Bezirkshauptmannschaften wurden unter die Leitung von sudetendeutschen, reichsdeutschen und vormals österreichischen Verwaltungsbeamten gestellt, die

¹⁰³⁸ ARBURG – STANĚK, Vysídlení Němců, 34-39. Nach der Volkszählung vom 17. Mai 1939 gab es im Reichsgau Sudetenland eine Wohnbevölkerung von 2.943.187 Personen, in Südmähren 181.753, in Südböhmen 123.664, im nördlichen Böhmerwald 90.332 und im Hultschiner Ländchen 52.967, insgesamt 3.391.903. Von diesen bekannten sich 88,5 % zur römisch-katholischen, 5,4 % zur evangelischen und 1,4 % zu einer anderen christlichen Konfession. – Dokumentation der Vertreibung IV/1, 13; vgl. Sudetendeutsches Ortsnamensverzeichnis. Amtliches Gemeinde- und Ortsnamensverzeichnis der nach der Grenzfestlegung vom 20. November 1938 zum Deutschen Reich gekommenen Sudetendeutschen Gebiete (Bad Godesberg 1965); HÖBELT, Einiges über Böhmen, 74.

sudetendeutschen Bürgermeister blieben überwiegend im Amt. Die Zehntausenden „frei“ werdenden Stellen in der Verwaltung und in den Schulen, bei Bahn und Post, in der Polizei und Gendarmerie wurden sofort durch Sudetendeutsche, Reichsdeutsche und Österreicher nachbesetzt. Bisher arbeitslose deutsche Lehrerinnen und Lehrer, Beamte und Ingenieure waren über ihre Erst- oder Wiederanstellung hoch erfreut.¹⁰³⁹

Sogleich nach dem deutschen Einmarsch im Oktober 1938 und der rasch erfolgten Machtübernahme durch NS-Behörden begannen Tschechen, Juden und politisch oppositionelle Deutsche – nicht zuletzt unter dem Druck der SS-Einsatzgruppen Dresden und Wien – in Massen aus den ans Reich angeschlossenen Gebieten zu fliehen, abzuwandern oder umzusiedeln. Dies galt in erster Linie für tschechische Verwaltungsbeamte, Lehrer, Polizisten und Gendarmen, sowie Post-, Eisenbahn-, Bergbau- und Forstangestellte mit ihren Familien, aber auch für deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten, nicht zuletzt für jüdische Gewerbetreibende und Handelsleute. Die sogenannte „Vertreibung der Tschechen“ war allerdings kein organisierter Akt der Deutschen und auch nicht der Tschechen gewesen. Die meisten der über 150.000 Tschechen – unter ihnen auch Funktionäre der tschechischen Grenzlandbewegung, die aus Furcht vor den Henlein-Anhängern flohen – gingen oft zu Fuß über die teilweise nur wenige Kilometer entfernte neue Staatsgrenze. Etwa die doppelte Anzahl an Tschechen blieb zurück. Einige Tausend kehrten sogar zurück, da für sie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Binnenland schlechter waren.¹⁰⁴⁰

Die „Reichspogromnacht“ – die Nationalsozialisten sprachen zynisch von „Reichskristallnacht“ und viele Historiker übernahmen unbedacht diese Verhöhnung – vom 9. auf den 10. November 1938 mit Synagogenbränden, Plünderungen von Geschäften und Wohnungen, Verwüstungen von Friedhöfen und verschiedenen Mordtaten in ganz Deutschland vermittelte den noch im Sudetengau zurückgebliebenen Juden – aber auch den Deutschen und Tschechen – schlagartig die ganze Gewalttätigkeit des nationalsozialistischen Terrorsystems. Umfangreichere, von der Gestapo und Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei organisierte Pogrome gab es in Reichenberg, Troppau und Jägerndorf. Neben 7000 bis 8000 sozialdemokratischen Funktionären und sonstigen Gegnern des Anschlusses

¹⁰³⁹ Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudetendeutschen Gebiete vom 1. Oktober 1938, RGBl. I 1938, S. 1331f.; UMBREIT, Kontinentalherrschaft, 14-19; NATHER, Als Deutscher, 11f.; MAZOWER, Hitler's Empire, 56.

¹⁰⁴⁰ Dokumentation der Vertreibung, IV/1, 3-18; KURAL – RADVANOVSKÝ, „Sudety“, 64; ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen, 71-82; Intolerance. Češi, Němci a Židé na Ústecku 1938-1948. Intoleranz. Tschechen, Deutsche und Juden in Aussig und Umgebung 1938-1948, hg. vom Archív města Ústí nad Labem (Ústí nad Labem 1998) 10-18; Michael JOHN, Aspekte der Enteignung, Vertreibung und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Oberösterreich und Südböhmen, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948, hg. von Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Wien 1997) 33-69; Jan KŘEN, in: FAZ, 30. Juni 1992.

des Sudetenlandes wurden auch 47 katholische Priester in Konzentrationslager deportiert. Etwa 5000 Sozialdemokraten, 500 Kommunisten und einigen Hundert Christlichsozialen und Liberalen gelang die Flucht ins Ausland. Das Prager Innenministerium registrierte jedenfalls am 3. Dezember 1938 bereits 151.997 Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten, unter ihnen 125.425 Tschechen (= 82,5 %), 14.925 Juden (= 9,7 %) und 11.647 Deutsche (= 7,8 %). Die Gesamtzahl der bis März 1939 Geflüchteten und Optanten wird rund 400.000 Personen betragen haben, davon etwa 200.000 Tschechen.¹⁰⁴¹

Bereits bei den Verhandlungen in Bad Godesberg hatte Hitler auch die Gebietsforderungen Polens und Ungarns auf den Tisch gelegt. Am 20. September hatte er auf dem Berghof zuerst den ungarischen Regierungschef Imrédy und Außenminister Kánya, sodann den polnischen Außenminister Lipski empfangen. Während die ungarische Delegation von einem Plebiszit in der (südlichen) Slowakei sprach, verlangte der polnische Minister die Abtretung der Region Teschen. Dies wurde auch der Prager Regierung mitgeteilt. Im Münchener Abkommen wurden allerdings weder die polnischen noch die ungarischen Forderungen berücksichtigt. Nach einem Ultimatum der polnischen Regierung vom 30. September 1938 stimmte die Prager Regierung aber bereits am 1. Oktober der Abtretung des seit 1919 umstrittenen Teschener Gebietes und einiger Landstriche in den Karpaten (im Norden der Orava und der Zips) zu. Viele nach 1918 ins Teschener Gebiet eingewanderte Tschechen mussten buchstäblich über Nacht das Gebiet verlassen.¹⁰⁴²

Auch Ungarn hatte im Münchener Abkommen berücksichtigt werden wollen, war jedoch von den vier Signatarmächten auf bilaterale Verhandlungen mit der Prager Regierung verwiesen worden. Trotz einer Teilmobilisierung in Ungarn, Massendemonstrationen in Budapest mit der Forderung nach „Rückgabe“ von „Oberungarn“ (Felvidék) – gemeint war die gesamte (!) Slowakei – und des Einsickerns von illegalen Diversantengruppen, die nach Festnahme standrechtlich abgeurteilt und hingerichtet wurden, musste sich die ungarische Regierung an den Verhandlungstisch setzen. Die Verhandlungen zwischen dem 9. und 13. Oktober 1938 zwischen dem neuen slowakischen Ministerpräsidenten Jozef Tiso und dem ungarischen Außenminister Kálmán Kánya an Bord des auf der Donau zwischen Komárno und Komárom liegenden ungarischen Schiffes Szent István scheiterten jedoch an unannehmbaren Forderungen Ungarns, die deutlich über die ethnischen Grenzen hinausgingen. Auf Drängen Ungarns sprachen schließlich Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und sein italienischer Kollege Galeazzo Conte Ciano am 2. November 1938 im Wiener Belvedere ein Machtwort, nachdem sie auf einer großen Karte noch eigenhändig mit dicken Bleistiften Korrekturen vor-

¹⁰⁴¹ Miroslav KÁRNÝ, Pogrom zvaný křišťálová noc, in: Roš chodeš, 11/1998, 7; SEIBT, Deutschland und die Tschechen, 341. Geschichte verstehen, 116, spricht von 160.000-170.000 Tschechen, Juden sowie sudetendeutschen Demokraten, die nach dem 30. September 1938 aus dem Sudetenland geflüchtet bzw. vertrieben worden seien.

¹⁰⁴² STEINER, The Triumph, 614f.; vgl. JELÍNEK, Vztahy, mape 8-10.

genommen hatten. Der „Erste Wiener Schiedsspruch“ zwang die Tschechoslowakei zur Abtretung der südlichen Gebiete der Slowakei und der Karpato-Ukraine an Ungarn. Dies betraf 10.390 km² mit 869.299 Einwohnern, von denen sich in der tschechoslowakischen Volkszählung 1930 503.980 zur magyarischen und 272.145 zur tschechoslowakischen Nationalität, die übrigen zur rusinischen, jüdischen oder deutschen Nationalität bekannt hatten. Der Schiedsspruch hatte freilich nicht die tschechoslowakischen Volkszählungsergebnisse von 1930, sondern die der ungarischen Volkszählung von 1910 herangezogen. Nach Besetzung des Gebietes und der Städte Komárno (Komárom), Fiľakovo (Fülekk), Berehove (Beregszász), Kaschau (Košice, Kaschau), Levice (Léva), Užhorod (Ungvár) und Mukačevo (Munkács) durch die Honvéd kam es sofort zur Ausweisung von tschecho-slowakischen „Kolonisten“ sowie zur Entlassung von tschecho-slowakischen Beamten, Richtern, Lehrern, Post- und Eisenbahnbediensteten. Das Unrecht von Trianon war durch ein im Belvedere gesprochenes neues Unrecht abgelöst worden.¹⁰⁴³

Staatssekretär Wilhelm Stuckart vom Reichsinnenministerium fasste die staats- und völkerrechtlichen Regelungen im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 20. November 1938 und im Gesetz über die „Wiedervereinigung“ der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich vom 21. November 1938 zusammen. Tschechoslowakische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit, die ihren Wohnsitz oder das Heimatrecht im Sudetenland bzw. in den anderen im Münchener Abkommen abgetretenen Gebieten besaßen, erhielten unter Verlust ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit mit Wirkung vom 10. Oktober 1938 ipso iure die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Dezember 1938 abgehaltene Ergänzungswahlen gaben den Sudetendeutschen die Gelegenheit, nach dem Wahlvorschlag der NSDAP 41 Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden. Die in der zweiten Tschecho-Slowakischen Republik verbliebenen Deutschen wurden mit der Statuierung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ deutsche Staatsangehörige, also ebenso kollektiv eingebürgert. Ihre Zahl betrug im Oktober 1940 – gemeinsam mit den aus dem Reich und dem Sudetenland Zugewanderten – rund 260.000 Personen.¹⁰⁴⁴

Die an das Deutsche Reich angeschlossenen Tschechen konnten optieren, d. h. sich für die tschecho-slowakische oder die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden. Nach dem Optionsvotum, das ursprünglich bis zum 31. März 1940 später nur bis zum 10. Juli 1939 befristet war, wurde auch der Umzug mit dem gesamten beweglichen Besitz zugesichert. Ursprünglich zurückgelassener beweglicher Besitz konnte nach einer deutsch-tschechischen Vereinbarung „Über die Wiederaushän-

¹⁰⁴³ Ladislav DEÁK, Der Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 und seine Konsequenzen für die Slowakei, in: Richard G. Plaschka, Horst Haselsteiner, Arnold Suppan und Anna M. Drabek (Hgg.), Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 1-8; KONTLER, Hungary, 372; SCHMIDT, Statist, 422f.; STEINER, The Triumph, 688-690.

¹⁰⁴⁴ Gesetz über die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich vom 21. November 1938, RGBl. I 1938, S. 1641f.; UMBREIT, Kontinentalherrschaft, 19.

digung zurückgelassener Wohnungseinrichtungen und persönlicher Gebrauchsgegenstände“ vom 23. November 1938 nachgeholt werden. Beide Vertragsparteien waren aber an keiner allzu großen Umsiedlung interessiert: Die Deutschen wollten ihre Minderheit in der Tschecho-Slowakei nicht schwächen; die Tschechen befürchteten eine zu große Zahl an Flüchtlingen. Daher registrierte die deutsche Volkszählung vom 17. Mai 1939 auf den nach dem Münchener Abkommen abgetretenen Gebieten insgesamt 3,391.903 Einwohner, davon 3,201.321 als „Reichsangehörige“, unter denen wieder 3,004.246 die deutsche, immerhin noch 318.500 die tschechische Volkszugehörigkeit angaben. Im Reichsgau Sudetenland wurden 291.000 Tschechen gezählt (= 9,9 % der Einwohnerschaft), von denen 117.143 die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Demnach dürften sich rund 100.000 Einwohner, die sich 1930 als Tschechen bekannt hatten, nun als Deutsche deklariert haben. Schätzungen in der tschechischen Historiographie sprechen aber von 350.000 bis 400.000 Tschechen, unter Einschluss des Teschener Gebietes von über 500.000. Infolge Eingemeindungen zählte Reichenberg nun 69.195, Aussig 67.063, Karlsbad 53.311 und Troppau 47.551 Einwohner.¹⁰⁴⁵

Die Prager Republik – nach dem Wiener Schiedsspruch maß sie noch 99.395 km² und zählte 9,680.000 Einwohner – und ihre gesellschaftlichen Stützen waren nach dem Münchener Abkommen in eine tiefe moralische Krise gestürzt. Gefühle der Enttäuschung, Erbitterung, Depression und Apathie machten sich breit. Die bisher bestimmenden politischen Kräfte der „Burg“ gerieten in Isolation. Der Zustrom an Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten führte zu Arbeitslosigkeit, Versorgungsschwierigkeiten und politischer Labilität. Als Schuldige für die Münchener Katastrophe wurden von den tschechischen Faschisten vor allem die Juden und Beneš identifiziert. Rasch wurde das Motto ausgegeben, die Republik zu „entbeneschisieren“ (*odbenešit*). Schon im Oktober 1938 wurde sowohl in den böhmischen Ländern als auch in der Slowakei die KSČ verboten, die Regierung des Generals Syrový beschlagnahmte ihr Vermögen und entzog ihren Abgeordneten die Sitze im Parlament und im Prager Stadtrat. Am 18. November wurde die „Partei der nationalen Einheit“ proklamiert, an deren Spitze der Repräsentant der Agrarpartei, Rudolf Beran, trat. Am 1. Dezember 1938 wurde Beran vom neuen Präsidenten Hácha zum Ministerpräsidenten ernannt.¹⁰⁴⁶

Nach einer gemeinsamen Autonomieerklärung von Abgeordneten der Slowakischen Volkspartei und anderer slowakischer Parteienvertreter am 6. Oktober 1938

¹⁰⁴⁵ Das Brünner Verfassungsgericht bezeichnete in einer Entscheidung von 16. März 1995 den Vorgang der Umsiedlung mit dem gesamten beweglichen Besitz als „zwangsweisen Weggang“ (*nucený odchod*). Vgl. GEBEL, Reich, 275f.; Zdeněk RADVANOVSKÝ, Der Reichsgau Sudetenland, in: Geschichte verstehen, 138-147. Die Vermutung Radvanovskýs, die deutsche Volkszählung vom 17. Mai 1939 sei gefälscht gewesen, vgl. S. 146, kann auf Grund der Zahlenangaben zu den tschechischen, kroatischen, ungarischen und slowenischen Volksgruppen in den österreichischen Reichsgauen nicht bestätigt werden. – SUPPAN, Volksgruppen, 51-53.

¹⁰⁴⁶ Tomáš PASÁK, Pod ochranou říše (Praha 1998) 11-14; vgl. Tomáš PASÁK, Český fašismus 1922-1945 a kolaborace 1939-1945 (Praha 1999).

in Sillein (Žilina) und der Ernennung einer slowakischen Regierung unter Jozef Tiso beschloss das Prager Parlament am 22. November 1938 auch Verfassungsgesetze über die Autonomie des Slowakischen Landes und der Karpato-Ukraine. Nachdem Edvard Beneš am 5. Oktober 1938 dem tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Syrový mitgeteilt hatte, vom Präsidentenamt zurückzutreten, und am 22. Oktober ins Exil gegangen war, wählten beide Häuser des Prager Parlaments am 30. November 1938 im Rudolfinum mit großer Stimmenmehrheit den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtshofes, Emil Hácha¹⁰⁴⁷, zum neuen Präsidenten der Tschecho-Slowakischen Republik. Hácha und die Eliten der „Zweiten Republik“ versuchten nun, der Reduzierung auf die tschechischen und slowakischen Mehrheitsgebiete positive „rein-slawische“ Aspekte abzugewinnen. Sogar Beneš hatte in seiner letzten Rede anlässlich seines Rücktritts am 5. Oktober 1938 vom Wert eines „Nationalstaates“ gesprochen und damit eine Abkehr von seiner 1918/20 durchgesetzten Konzeption vollzogen:

„[...] Unser Staat hat eine besonders nationale Struktur. Jetzt ändern sich bedeutend die Verhältnisse. Eine Reihe von Ursachen für Streitigkeiten mit unsern Nachbarn verschwindet. Wir werden einen Nationalstaat, einen Staat der Tschechen und Slowaken besitzen, wie im gewissen Sinne die Entwicklung des Nationalitätenprinzips darauf hinweist. Darin wird eine große Kraft unseres Staates und des gesamten tschechoslowakischen Volkes liegen. Das wird ihm eine neue, große schöpferische Kraft und eine moralische Grundlage verleihen, wie es sie bisher nicht besaß. Unsere nationale Kultur wird vertieft und gestärkt werden. Wir sind noch immer stark und genug groß an Zahl. Blicken wir daher mit Hoffnung auf unsere nationale Zukunft. [...]“¹⁰⁴⁸

Ohne Zweifel hatten die Slowaken im neuen tschechoslowakischen Staat alle Möglichkeiten vorgefunden, um sich politisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell zu emanzipieren. Freilich waren sie – zumindest in den 1920er Jahren – auf umfassende tschechische Hilfe angewiesen, die nicht selten auch als „Überfremdung“ durch die besser qualifizierten Tschechen angesehen wurde. Auf Grund des Fehlens einer ausdifferenzierten slowakischen Elite kamen ab 1919 eine Vielzahl an Tschechen als Beamte, Lehrer, Offiziere, Unteroffiziere, Polizisten, Gendarmen, Eisenbahn- und

¹⁰⁴⁷ Emil Hácha, geb. 1872 in Trhové Sviny, Sohn eines Finanzbeamten, studierte an der Prager Rechtsfakultät, trat 1898 in das Verwaltungsgericht für das Königreich Böhmen ein, verbrachte 1902/03 ein Studienjahr in Großbritannien, habilitierte sich an der Karls-Universität, wurde 1916 an den Verwaltungsgerichtshof nach Wien berufen, kehrte im November 1918 an den neuen Verwaltungsgerichtshof der Tschechoslowakei nach Prag zurück und wurde 1925 vom Präsidenten Masaryk zum Präsidenten dieses Höchstgerichtes ernannt. Hácha publizierte über *Procedures of British Parliamentarism*, gab mit Kollegen ein *Dictionary of Czechoslovak Public Law* heraus und schrieb 1934 einen Vergleich von preußischen und tschechoslowakischen Gesetzen. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Rudolf Beran am 30. November 1938 mit 272 Stimmen (davon 39 slowakischen) zum Präsidenten gewählt, bezog Hácha umgehend den Präsidentensitz in der Prager Burg und residierte dort (oder im Schloss Lány) bis zum 13. Mai 1945. An diesem Tag wurde er gemeinsam mit seiner Tochter ins Gefängnis Pankrác gebracht, wo er seiner schweren Krankheit erlag. – DEMETZ, *Prague in Danger*, 10-14.

¹⁰⁴⁸ Ladislav DEÁK, *Hra o Slovensko. Slovensko v politike Maďarska a Poľska v rokoch 1933-1939* (Bratislava 1991) 120, 177f.; Bohemia, 6. Oktober 1938; HOFFMANN – HARASKO, *Odsun*, 814f.

Postangestellte, aber auch als Unternehmer und Handelsleute in die Slowakei und zählten 1930 schon 121.000 Personen (= 3,7 %). Mit der Konzeption der „tschechoslowakischen Nation“ und der „tschechoslowakischen Staatssprache“ gab es zwar in der täglichen Praxis wenig Probleme, da die offiziell gemeinsame Sprache einfach in einer slowakischen und einer tschechischen „Variante“ verwendet wurde, aber die Idee des „Tschechoslowakismus“ blieb bei den Slowaken umstritten. Da die führenden tschechoslowakischen Parteien (Agrarier, Nationaldemokraten, Sozialdemokraten, Volkspartei und National-Sozialisten) 1920 eine zentralistische Verfassung beschlossen, gab es für die Slowakei – wohl auch aus Angst der Tschechen, die Sudetendeutschen könnten Gleiches fordern – keine Autonomie, die jedoch von der Slowakischen Volkspartei unter Führung des katholischen Priesters Andrej Hlinka in den Jahren 1922, 1930 und 1938 mit konkreten Vorschlägen verlangt wurde. So erfolgten zwar für die Slowaken in den 1920er Jahren viele Modernisierungsschritte im wirtschaftlichen (Errichtung von Rüstungsindustrie), gesellschaftlichen (Bodenreform) und kulturellen Bereich (Gründung der Komenský-Universität in Bratislava, Wiedereinrichtung slowakischer Gymnasien, Wiederzulassung der *Matica Slovenská*), dennoch wurde die bisherige Abhängigkeit von Budapest (und Wien) durch eine neue, wenn auch gemilderte Abhängigkeit von Prag (Regierung, Parlament, Banken, Militärorganisation etc.) ersetzt. Dies begann sich mit Beginn der Agrarkrise ab 1928 negativ auszuwirken, da nun die slowakischen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, die seit Generationen Arbeit auf den ungarischen und österreichischen Großgrundbesitzungen gefunden hatten, keinen entsprechenden Ersatz in den böhmischen Ländern fanden. Andererseits verbreiterte aber die erste Generation der Universitätsabsolventen die slowakische Intelligenzschicht als teilweise Trägerin der Autonomiebewegung, die mit den Feiern zum 1100. Jahrestag der Grundsteinlegung der ersten christlichen Kirche in Nitra im August 1933 starken Aufwind bekam.¹⁰⁴⁹

Präsident Hácha versuchte schon bald nach seiner Wahl auf einer Reise in die Slowakei und bei einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten Tiso die schon brüchig gewordenen Bande der „Blutsbrüderschaft“ wieder zu festigen. Dieser Besuch

¹⁰⁴⁹ LIPTÁK, Slovakia, 244-254; KIRSCHBAUM, Slovakia, 155-183; Jörg K. HOENSCH, Die Slowakische Volkspartei Hlinkas, in: Hoensch, *Studia Slovaca*, 199-220. Erstaunlicherweise stieg der Prozentsatz der Römisch-Katholischen in der Slowakei von 1880 (63,8 %) bis 1950 (76,2 %) kontinuierlich an, während die Prozentsätze der Griechisch-Katholischen (von 8,8 % auf 6,6 %), der Lutheraner (von 14,2 % auf 12,9 %) und der Calvinisten (von 6,8 % auf 3,3 %) kontinuierlich zurückgingen. Die 1880 6,3 % der Gesamtbevölkerung ausmachende jüdische Minderheit, die 1930 noch 4,1 % zählte, sackte jedoch nach der Shoah auf 0,2 % ab. Während die nach 1918 aus den böhmischen Ländern kommende „Tschechoslowakische Kirche“ und die „Böhmischen Brüder“ in der Slowakei kaum Resonanz fanden, stieg ab 1948 die Zahl der Konfessionslosen und machte 2001 – gemeinsam mit den Nichtdeklarierten – bereits 16 % aus. In dieser letzten Volkszählung kamen die Römisch-Katholischen aber immer noch auf 68,9 %, die Lutheraner auf 6,9 %, die Griechisch-Katholischen wieder auf 4,1 % und die Calvinisten auf 2 %, d. h. die Multikonfessionalität der Slowakei blieb doch erhalten. – Demographical Analysis of Slovakia, 108; vgl. Emilia HRABOVEC, *Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922 im Kontext internationaler Beziehungen* (Frankfurt am Main 2002).

wurde auch von der slowakischen Bevölkerung bemerkenswert gut aufgenommen, obwohl es nach Einführung der slowakischen Autonomie zahlreiche Entlassungen tschechischer Beamter und wirtschaftliche Diskriminierungen von Tschechen gegeben hatte. Als besonders verletzend war tschechischerseits auch empfunden worden, dass bei den Wahlen in der Slowakei in einzelnen Bezirken zwei Urnen aufgestellt worden waren: eine für die Slowaken, die andere für Tschechen und Juden. Antisemitische Maßnahmen gab es aber auch in den böhmischen Ländern, wo viele deutschsprechende jüdische Lehrkräfte beurlaubt oder gar entlassen wurden. Damit versuchten sich die beiden neuen Parteien – die nationale Einheitspartei und die Partei der nationalen Arbeit – dem zunehmenden deutschen Druck anzupassen.¹⁰⁵⁰

Schon im Oktober 1938 war in der tschechischen Gesellschaft eine erste Welle des Antisemitismus hochgegangen. Die Bewegung der *Vlajka* [Die Fahne] – ursprünglich gegen die Hegemonie der „Burg“ und gegen die Übermacht der politischen Parteien gegründet – begann jüdische Häuser, Versammlungen und Friedhöfe zu attackieren; Juden wurden aus der Anwalts- und Ärztekammer ausgeschlossen. Im November 1938 gab es in Prag auch antisemitische Demonstrationen, und tschechische Studenten verlangten – wenn auch nicht untereinander abgestimmt – gleichzeitig mit deutschen Kommilitonen einen Numerus clausus „gegen die Ostjuden“. Und noch unmittelbar vor dem deutschen Einmarsch am 15. März 1939 entließ die tschechoslowakische Regierung die Juden aus dem Staatsdienst und dankte öffentlich allen jüdischen Universitäts- und Gymnasialprofessoren, die pensioniert wurden.¹⁰⁵¹

Die Monate um die Jahreswende 1938/39 führten aber auch zum Niedergang liberaler deutscher Einrichtungen in Prag. Bereits fünf Tage vor dem Münchener Abkommen schloss das 1888 erbaute Neue Deutsche Theater für immer seine Pforten. Der letzte Direktor, der Schweizer Paul Eger, hatte noch Stücke von Arthur Schnitzler bis Bertolt Brecht aufgeführt, die in Deutschland schon längst verboten waren. Das Amt des Reichsprotectors ließ dann wiederum ein deutsches Theater einrichten, selbstverständlich mit einem ganz anderen Programm. Schon am 31. Dezember 1938 wurde die deutschsprachige Zeitung der „Burg“, *Prager Presse*, eingestellt, deren Chefredakteur Arne Laurin ein hervorragendes Zeitungsausschnitts-Archiv hatte anlegen lassen. Auch die schon 1828 gegründete, national-liberale *Bohemia* stellte am 31. Dezember 1938 ihr Erscheinen ein, das 1875 gegründete, schärfer formulierende *Prager Tagblatt* erst am 4. April 1939. Bereits am nächsten Tag ließ in dieser Redaktion das Amt des Reichsprotectors die neue offizielle Zeitung des Protektoratsregimes, *Der neue Tag*, erscheinen.¹⁰⁵²

¹⁰⁵⁰ Pol. Bericht Ges. Hencke an AA, A.III.2.allg., Prag, 28. Dezember 1938, AÚTGM, EB II, V 89/1. Der Bericht gibt keinen Hinweis, welche Wahlurnen für die Magyaren, Deutschen und Rusini vorgesehen waren.

¹⁰⁵¹ Jan HAVRÁNEK, *Co jsem zažil* [Was ich erlebt habe]. Vortrag in Eger (Cheb), August 2001.

¹⁰⁵² DEMETZ, *Prague in Danger*, 33-39. Die *Bohemia* war 1919 von tschechischen Zensoren gemäßregelt worden, da sie für eine Autonomie des Sudetenlandes eingetreten war; ab 1933 wurde sie immer wieder in Deutschland konfisziert. Im *Prager Tagblatt* schrieben u. a. Egon Erwin Kisch, Max Brod, Emil Ludwig und Richard Katz.

Zweifellos hatte die Tschecho-Slowakische Republik ihre Bedeutung als selbständiger Faktor in der internationalen Politik verloren. Hitler hatte dem neuen Außenminister František Chvalkovský bereits bei seinem Antrittsbesuch in Berlin am 13. und 14. Oktober 1938 unmissverständlich die neue Rolle der Tschechoslowakei angewiesen: „Sie sind in den Körper des großen Deutschland eingekleimt, und Ihr Verhalten muss sich einfach nach dieser Tatsache richten.“ Aber schon eine Woche später erteilte Hitler am 21. Oktober 1938 – trotz der Garantierklärung im Münchener Abkommen – die Weisung an die Wehrmacht, „die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können“.¹⁰⁵³

Die Regierung unter dem Agrarier Rudolf Beran war um den Erhalt der äußeren Souveränität ihres Staates willen bereit, durchaus weitere Forderungen Berlins zu erfüllen, solange sie nicht neue territoriale Ansprüche betrafen. Daher versuchte die Prager Regierung in einer Reihe von Fragen kooperationswillig zu sein: in der Frage der Autobahnen, bei deutschen Anträgen auf Rüstungslieferungen, beim Verbot der KSČ, bei der Zulassung der NSDAP und bei der Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe. Freilich konnte der deutsche Gesandte Hencke nicht wirklich ergründen, ob hinter dem neuen Kurs der Prager Regierung nur realpolitische Erwägungen oder auch echte Überzeugungen stünden. Vor allem bestand in der Regierung und im Volk die Furcht fort, dass das Reich die Republik endgültig zerschlagen und sich Böhmen und Mähren einverleiben wolle. Auch die Stimmung im tschechischen Volk sei Deutschland gegenüber völlig labil. Von direkten Befürwortern eines staatsrechtlichen Anschlusses unter Gewährung von autonomen Rechten, die besonders unter der Landbevölkerung zu finden seien, reichte das Meinungsspektrum bis zu jenen Elementen – die besonders stark in der Intelligenz und in der Beamtenschaft vertreten seien –, die die heutige Lage nur als einen Übergangszustand ansähen und auf den Tag der Revanche, ja sogar auf die Rückkehr von Beneš hofften. Ob der größere Teil der tschechischen Bevölkerung innerlich für oder gegen ein Zusammengehen mit Deutschland sei, getraute sich der deutsche Gesandte freilich in einem offiziellen Bericht nicht zu sagen.¹⁰⁵⁴

¹⁰⁵³ Vojtech MASTNY, *Design or Improvisation? The Origins of the German Protectorate of Bohemia and Moravia in 1939*, in: *Columbia Essays in International Affairs* (New York and London 1966) 137.

¹⁰⁵⁴ Pol. Bericht Ges. Hencke an AA, A.III.2.allg., Prag, 28. Dezember 1938, AÚTGM, EB II, V 89/1. Havel kritisiert in diesem Zusammenhang „die tschechische Kleinheit“, das „bücke dich und ducke dich“: „In unserer modernen Geschichte gibt es wiederholt Situationen, in denen sich die Gesellschaft zu einer Handlung aufrafft, aber dann machen die Vormänner Rückzugsmanöver, weichen aus, schließen einen Kompromiss, manchmal kapitulieren sie, geben etwas auf, opfern etwas, selbstverständlich im Interesse der Rettung der nationalen Existenz. Und die Gesellschaft, zunächst davon traumatisiert, gibt dann sehr schnell alles auf, begreift sozusagen ihre Vormänner und fällt schließlich in Apathie oder gleich in Ohnmacht. [...] So war das in der Zeit nach München, während des Protektorats, in den fünfziger Jahren und 1968 nach der sowjetischen Okkupation. [...] Nach solchen Vorfällen kommt es gesetzmäßig zu den Rufen nach weiterer Homogenisierung der Gesellschaft: Wir entledigen uns der Juden, dann der Deutschen, dann der Bourgeoisie, dann der Dissidenten, dann der Slowaken – und wer wird als Nächster an der Reihe sein? Roma? Homosexuelle? Ausländer überhaupt? Und wer bleibt übrig? Reinblütige Kleintschechen auf ihrem kleinen Hof.“ Vgl. HAVEL, *Fassen Sie sich bitte kurz*, 137-139.

Direkter war Gesandter Hencke in der von ihm vermuteten tschechischen Beurteilung anderer Beziehungen: Ganz allgemein werde Frankreich und Großbritannien Verachtung entgegengebracht, während über Polen und Ungarn Wut herrsche. Bei Regierung und Volk – bei den Tschechen wie bei den Slowaken – herrsche starke Erbitterung über die Art, wie die beiden Nachbarstaaten ohne eigene Opfer und Risiken die Notlage der Tschecho-Slowakei ausgenutzt hätten. Die angeblich rücksichtslose Behandlung der Tschechen und Slowaken in den an Polen und Ungarn abgetretenen Gebieten trage noch das ihrige dazu bei, um die Beziehungen von Prag und Pressburg zu Warschau und Budapest zu erschweren. Trotz Bemühungen der dortigen Regierungen um eine neuerliche Entspannung sei die Stimmung in der tschechischen bzw. slowakischen Bevölkerung so stark antipolnisch und antiungarisch, dass der „Mann auf der Straße“ sein Vaterland gegen diese beiden Länder verteidigen würde. Hingegen seien die früher guten Beziehungen zur Sowjetunion in den Hintergrund getreten. Da Frankreich der Tschechoslowakei in einer entscheidenden Krise des Staates nicht helfen habe können, sei Paris nur noch als wirtschaftlicher Partner und möglicher Geldgeber von Bedeutung, während mit London Anleiheverhandlungen geführt wurden, die man jedoch britischerseits wegen des antijüdischen Kurses der Regierung Beran vertagte. Aus demselben Grund erlitt auch der Wirtschaftsverkehr zu den USA Rückschläge.¹⁰⁵⁵

Um die Jahreswende 1938/39 verkaufte der Schneider-Konzern zweifellos überhastet sein Aktienpaket bei Škoda, sodass für kurze Zeit tschechische Unternehmen und Banken fast 400.000 der 687.000 Aktien übernahmen, nämlich das unter starkem staatlichem Einfluss stehende Konsortium *Zbrojovka Brno*, die *Anglo-Prago Banka* und die *Živnostenská banka*. Damit ging auch der französische Einfluss in der tschechoslowakischen Wirtschaft zu Ende.¹⁰⁵⁶

Der zweite und nun jedes Völkerrecht verletzende Gewaltakt Hitlers gegenüber der Tschecho-Slowakei war nach dem Münchener Abkommen die Schaffung des „Protektorats Böhmen und Mähren“. Bereits zu Jahresbeginn 1939 erhöhte Berlin neuerlich den Druck auf Prag. Hitler und Ribbentrop luden Außenminister Chvalkovský zu einer neuerlichen Verhandlungsrunde am 21. Jänner 1939 in Berlin ein. Hitler erklärte ultimativ:

„Ihre Innen- und Außenpolitik gehen auseinander. Sie eilen einer Katastrophe entgegen. [...] Sie müssen in jeder Sache mit uns verbunden sein, und man kann nicht mit einer unterschiedlichen historischen Entwicklung argumentieren. Das ist ein genialer Unsinn. Die Anhänger Beneš' festigten ihre Positionen in der tschechoslowakischen Verwaltung. Sollte es Zeichen geben, die zur Gefahr führen könnten, würde ich mich gezwungen fühlen einzugreifen. [...] Prag kann nicht mehr Weltpolitik machen. [...] Wenn es in der ČSR nicht evident ist, das Schicksal des Landes hänge räumlich mit Deutschland, materiell, wirtschaftlich und anders, gibt es keine Lösung. Keine der Großmächte schickt zum Schutz der Tschechoslowakischen Republik nur einen Soldaten. [...] Den Krieg wünschen bei Ihnen nur die Chauvinisten und die Juden. Die Tschecho-

¹⁰⁵⁵ Pol. Bericht Ges. Hencke an AA, Prag, A.III.2.allg., 28. Dezember 1938, AÚTGM, EB II, V 89/1.

¹⁰⁵⁶ KARLICKÝ, Škoda, 628.

slowakische Republik erwartet immer noch ihre Stunde. Ich biete ihr nur eines an – den Weg an der Seite Deutschlands. Alles Übrige ist eine Utopie.“¹⁰⁵⁷

Hitler und Ribbentrop hielten dem tschecho-slowakischen Außenminister auch eine „unbefriedigende Entschiedenheit“ bei der „Lösung der Judenfrage“ vor und forderten Chvalkovský auf, die Nürnberger Gesetze in der Tschecho-Slowakei umzusetzen. Tatsächlich begann die Prager Regierung in der Folge, Juden aus der Staatsverwaltung zu entlassen.¹⁰⁵⁸

Als Hebel verwendete Hitler nun die slowakische Frage. Bereits am 16. Februar 1939 sprach Professor Vojtech Tuka, der spätere slowakische Ministerpräsident, bei Hitler vor und erklärte, dass er vom „Führer“ die volle Befreiung seines Volkes erwarte. Die Reichssender Leipzig und Wien starteten eine Propagandakampagne, um die Slowaken gegen die Tschechen aufzuhetzen, nach Pressburg wurden Gestapo-Agenten eingeschleust, um als *agents provocateurs* zu wirken. Streitigkeiten zwischen der Prager und der Pressburger Regierung um Finanzen und die Bildung slowakischer Regimenter sowie zunehmende separatistische Tendenzen der Hlinka-Garde veranlassten Präsident Hácha und Ministerpräsident Beran am 9. März, den Ministerpräsidenten Tiso und die Mehrheit der slowakischen Minister zu entlassen, weiters etwa 230 prominente Mitglieder der Slowakischen Volkspartei und der Hlinka-Garde verhaften zu lassen. Am selben Tag begannen tschechische Polizeieinheiten in die Slowakei einzumarschieren und in Pressburg öffentliche Gebäude zu zernieren, stießen aber auf erbitterten Widerstand eines Teils der slowakischen Öffentlichkeit. Präsident Hácha ernannte daher am 11. März Karol Sidor zum neuen slowakischen Ministerpräsidenten, der sogleich versuchte, die Verhaftungen rückgängig zu machen. In dieser gespannten Atmosphäre lud Hitler den entlassenen Ministerpräsidenten Tiso zu Gesprächen nach Berlin ein und stellte ihm vor die Alternative: Unabhängigkeitserklärung der Slowakei und Schutz des Deutschen Reiches oder Aufteilung unter den Nachbarn Polen und Ungarn. Unter diesem ultimativen Druck Hitlers sah sich der Slowakische Landtag – nach Information seitens Tiso – bereits zu Mittag des 14. März 1939 gezwungen, einen selbständigen und unabhängigen „Slowakischen Staat“ (*Slovenský štát*) auszurufen.¹⁰⁵⁹

Noch für den Abend dieses 14. März 1939 bestellte Hitler den Präsidenten Hácha und Außenminister Chvalkovský nach Berlin, die tatsächlich um 16 Uhr in Prag einen Sonderzug bestiegen, um gegen 22 Uhr am Anhalter Bahnhof in Berlin

¹⁰⁵⁷ DGFP, D, IV, 190-195; Rozumět dějinám, 112.

¹⁰⁵⁸ Ebenda.

¹⁰⁵⁹ KOVÁČ, Dejiny Slovenska, 205-216; L'ubomír LIPTÁK, Slovakia in the 20th Century, in: A Concise History of Slovakia, hg. von Elena Mannová (Bratislava 2000) 254-259; Jörg K. HOENSCH, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik (Köln – Graz 1965) 210, 250, 301; Walter BRANDMÜLLER, Holocaust in der Slowakei und katholische Kirche (Neustadt an der Aisch 2003) 16; Valerián BYSTRICKÝ, The military intervention of the central government in Slovakia, 9-11 March 1939, in: Historický časopis. Historical Journal of the Institute of History of the SAS 59 (2011) Supplement, 77-110.

einzutreffen. Nach kurzer Aufwartung durch Ribbentrop im Hotel Adlon wurde die tschechische Führung erst gegen 1 Uhr nachts von Hitler in der Reichskanzlei empfangen. Nach dem Stenogramm des Diplomaten Walter Hewel – dem mehr Authentizität als Háchas eigenem Aide-Mémoire vom 20. März zuzusprechen ist – präsentierte sich der tschechoslowakische Präsident eher als apolitischer Staatsbeamter, der zu Masaryk und Beneš nie in engeren Beziehungen gestanden sei. Er habe sich auch manchmal gefragt, „ob es ein Glück für die Tschechoslowakei war, selbständig zu sein“. Diese Unterwerfungsgesten verfielen bei Hitler überhaupt nicht, der Hácha brüsk erklärte, dass er wegen der schlechten Behandlung der verbliebenen deutschen Minderheit der Wehrmacht Befehl gegeben habe, am 15. März um 6 Uhr morgens in die tschechischen Gebiete einzumarschieren, um die Tschecho-Slowakei ins Dritte Reich zu integrieren. Die einzige Zusicherung Hitlers bestand darin, dass er auf Rückfrage Háchas den Tschechen „die vollste Autonomie und ein Eigenleben“ versprach, „mehr als sie es jemals in der österreichischen Zeit genossen“ hätten. Hácha hätte als ehemaliger Jurist am Wiener Verwaltungsgerichtshof die Positiva des alt-österreichischen Nationalitätenrechtes von 1867 kennen müssen¹⁰⁶⁰, Hitler dürfte es weder genau gekannt noch geschätzt haben.

Unter Assistenz Görings, Keitels und Ribbentrops scheute sich Hitler auch nicht, Hácha brutal unter Druck zu setzen und im Falle tschechischen Widerstandes mit den schärfsten Konsequenzen zu drohen. Hácha, der auf Grund eines Schwächeanfalls ärztliche Assistenz benötigte, und Chvalkovský wurde lediglich Gelegenheit gegeben, aus einem Nebenraum entsprechende Telefongespräche mit Prag zu führen. So rief Hácha den Verteidigungsminister Syrový an und gab ihm den Befehl, gegen einrückende deutsche Streitkräfte keinen bewaffneten Widerstand zu leisten. – Tatsächlich waren schon am Abend des 14. März deutsche Truppen in Mährisch-Ostrau und Witkowitz einmarschiert, um einer möglichen Besetzung seitens Polens zuvorzukommen. – Am 15. März 1939, um 3.55 Uhr morgens, unterzeichneten Hácha und Chvalkovský einen Unterwerfungsvertrag, der das Schicksal des tschechischen Volkes in die Hand des „Führers“ legte. Die beiden tschechischen Vertreter mußten eine Prüfung der ernststen Lage auf dem bisherigen tschechoslowakischen Staatsgebiet zugestehen und der zynischen Erklärung der deutschen Seite zustimmen, „dass das Ziel aller Bemühungen die Sicherung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Teil Mitteleuropas sein müsse“. Im offiziellen Abkommen wurde das Ausmaß der Aggression verschleiert, die den eigentlichen Zivilisationsbruch zwischen Deutschen und Tschechen darstellte:

„Der tschechoslowakische Staatspräsident hat erklärt, dass er, um diesem Ziele zu dienen und um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes und Landes vertrauensvoll in die Hände des Führers des Deutschen Reiches legt. Der Führer hat diese Erklärung angenommen und seinem Entschluss Ausdruck gegeben, dass er das tschechische

¹⁰⁶⁰ Peter DEMETZ, *Prague in Danger* (New York 2008) 6-8; vgl. Gerald STOURZH, *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848 bis 1918* (Wien 1985).

Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches nehmen und ihm eine seiner Eigenart gemäß autonome Entwicklung seines völkischen Lebens gewährleisten wird.“¹⁰⁶¹

Wenige Stunden nach Unterzeichnung dieses Abkommens, in den frühen Morgenstunden des 15. März 1939, erließ Hitler bereits einen Aufruf an die Deutschen, in dem er seine im Verlauf des Jahres 1938 mehrmals aufgestellte Behauptung vom angeblich unerträglichem terroristischen Regime der Tschecho-Slowakei wiederholte, auf einem Territorium, das über tausend Jahre lang zum Deutschen Reich gehört habe. Daher habe er Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren lassen, um terroristische Banden und die sie deckenden tschechischen Streitkräfte zu entwaffnen. Schon in der Nacht nahmen Truppen der Wehrmacht und der SS Mährisch-Ostrau ein, im Morgengrauen des 15. März marschierten bei Schneefall 15 deutsche Divisionen aus dem Norden, Nordosten und Süden in die Rest-Tschechoslowakei ein, die Luftwaffe besetzte die Flughäfen und Flugfelder. Die tschechische Armee leistete keinen Widerstand, die Flugzeuge blieben am Boden und die Fliegerabwehr wurde deaktiviert. Kurz vor 9 Uhr erreichte die Wehrmacht mit motorisierter Infanterie, Motorrädern und gepanzerten Fahrzeugen über Mělník kommend Prag. Am Hauptbahnhof wurden Panzer und schwere Artillerie ausgeladen und am Wenzelsplatz in Stellung gebracht. Entlang der Einfallstraßen sammelten sich – kontrolliert von tschechischen Polizisten – tschechische Männer und Frauen (die Kinder waren in der Schule) mit finsternen Mienen, weinten teilweise und erhoben ihre Fäuste. General Johannes Blaskowitz, Oberbefehlshaber der dritten Heeresgruppe, ließ in deutscher und tschechischer Sprache eine Verlautbarung affichieren, dass das öffentliche und Geschäftsleben ungestört weitergehen sollte. Tatsächlich verhängte der Chef der tschechischen Polizei nur für die Nacht vom 15. auf den 16. März eine Ausgangssperre. „V Praze je klid“, in Prag ist es ruhig, titelten die Zeitungen am nächsten Tag.¹⁰⁶²

Auch Gesandtschaftssekretär Kennan registrierte den denkwürdigen Einmarsch der Wehrmacht in Prag erstaunlich nüchtern:

„About ten o'clock, word came that the German troops had already reached the palace [...]. A crowd of embittered but curious Czechs looked on in silence [...]. For the rest of the day, the motorized units pounded and roared over the cobblestone streets: hundreds and hundreds of vehicles plastered with snow, the faces of their occupants red with what some thought was shame but what I fear was in most cases merely the cold [...]. By evening the occupation was complete and the people were chased off the streets by an eight o'clock curfew.“¹⁰⁶³

¹⁰⁶¹ ADAP, D, Bd. 4, Nr. 228; Abkommen zwischen dem Führer und dem tschecho-slowakischen Staatspräsidenten, Berlin, 15. März 1939, in: *Geschichte verstehen*, 307. Göring hatte sich auch nicht gescheut, mit einer Bombardierung Prags zu drohen. – STEINER, *The Triumph*, 728.

¹⁰⁶² DEMETZ, *Prague in Danger*, 8f., 14-16.

¹⁰⁶³ KENNAN, *From Prague*, 86f., 103.

